

Editorial .....	169
Verlagsmitteilungen .....	172
Elfriede Jelinek: Bombenstimmung in Bambiland .....	174
Silke Wittich-Neven: Unermesslich blank oder Schmutzige Arbeit mittlerer Art und Güte .....	176

### **Der Krieg, Europa, der Weltprotest**

Wolfgang Fritz Haug Hegemonialer Unilateralismus? Versuch, die Spaltung des Westens mit Gramscis Hegemoniebegriff zu denken .....	179
Etienne Balibar Europa oder Der verschwindende Vermittler .....	199
Ulrich Brand und Cristoph Görg Ein anderes Welt-Sozialforum ist möglich .....	212
John Holloway Die Druckerei der Hölle. Antwort auf Joachim Hirsch .....	219
Helmut Bock Mary Kaldor über die »neuen Kriege« .....	228

### **Politische Philosophie und Feminismus**

#### **Hannah Arendt / Carl Schmitt**

Teresa Orozco Männlichkeitskonstruktionen in der Carl-Schmitt-Rezeption .....	234
Frigga Haug Im Banne der Polis. Versuch zu ergründen, was Linke und Feministinnen an Hannah Arendt fasziniert .....	253
Thomas Weber »Der seltsamste Marxist«. Hannah Arendts Benjamin-Porträt .....	282

\*\*\*

#### *Nachrufe*

An Dorothee Sölle denkend (Erich Wulff) .....	291
Zum Tode von Karel Kosík (Milan Prucha) .....	293
Giuseppe Fiori (Guido Liguori) .....	295

#### *Kongressberichte und -ankündigungen*

verstehen – urteilen – handeln. Hannah Arendts Denkanstöße zur Neubestimmung des Politischen (Frigga Haug); 19. Chaos Communication Congress (Thomas Barth) .....	296
<i>Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries</i> .....	332

## Besprechungen

### Philosophie

- Marx, Karl, u. Friedrich Engels, *Die Bibliotheken von Karl Marx und Friedrich Engels (MEGA IV.32)* (Georg Fülberth) ..... 300
- Marx, Karl, u. Friedrich Engels, *Die Bibliotheken von Karl Marx und Friedrich Engels (MEGA III.13)* (Thomas Marxhausen) ..... 302
- Zeleny, Jindrich, *Die dialektische Ontologie* (Vesa Oittinen) ..... 303
- Arendt, Hannah, *Denktagebuch 1950–1973* (Frigga Haug) ..... 305
- Weingarten, Michael (Hg.), *Warum Hannah Arendt? Aufklärungsversuche linker Missverständnisse* (Frigga Haug) ..... 309
- Kahlert, Heike u. Claudia Lenz (Hg.), *Die Neubestimmung des Politischen. Denkbewegungen im Dialog mit Hannah Arendt* (Frigga Haug) ..... 310

### Soziologie

- Morris, Lydia, *Managing Migration. Civic Stratification and Migrants' Rights* (Katrin Mohr) ..... 31
- Conrad, Sebastian, und Shalini Randeria (Hg.), *Jenseits des Eurozentrismus – Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften* (Annette Dietrich) ..... 314
- Lossáu, Julia, *Die Politik der Verortung. Eine postkoloniale Reise zu einer anderen Geographie der Welt* (Bernd Belina) ..... 315
- Reuter, Julia, *Ordnungen des Anderen. Zum Problem des Eigenen in der Soziologie des Fremden* (Jens Kastner/Elisabeth Tuider) ..... 315
- Di Luzio, Gaia, *Verwaltungsreform und Reorganisation der Geschlechtsbeziehungen* (Irene Dölling) ..... 316

### Soziale Bewegungen und Politik

- Kaldor, Mary, *Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung* (Helmut Bock) ..... 228
- Faber, Richard, *Abendland. Ein politischer Kampfbegriff* (Pit Jehle) ..... 318
- Holmes, Amy, David Salomon, Stefan Schmalz u. Guido Speckmann, *Imperial Dihad? Über Fundamentalismus, Schurkenstaaten und neue Kriege* (Marco Tullney) ..... 319
- Ramonet, Ignacio, *Kriege des 21. Jahrhunderts. Die Welt vor neuen Bedrohungen* (Wolfgang Fritz Haug) ..... 320

(Fortsetzung S. VIII)

## Editorial

Zum vierten Mal, seit die Anschläge vom 11. September 2001 katastrophische Bewegung in die Weltpolitik gebracht haben, stülpen wir die sonst übliche Heftstruktur – ein thematischer Schwerpunkt, auf den vermischte Beiträge folgen – um zugunsten einer thematischen Zweiteilung:

Der erste Schwerpunkt umfasst aktuelle Analysen zum Krieg, zur Zukunft Europas angesichts der Spaltung des Westens durch die Imperialpolitik der USA, sowie zur Orientierung der weltweiten Protestbewegungen gegen die neoliberale Globalisierung und die Kriegspolitik der USA.

Im zweiten Teil, der von der Frauenredaktion gestaltet ist, folgt die Auseinandersetzung mit Carl Schmitt und Hannah Arendt, deren Bedeutung seit dem Geschichtsbruch von 1989 stetig gewachsen ist. So sehr sich die einer antikisierenden Polis-Utopie nachstrebende Arendt vom autoritär-politischen Theologen Schmitt unterscheidet, gibt es doch eine überraschende Gemeinsamkeit, auf die Giorgio Agamben hingewiesen hat: 1961 taucht der auf neue Weise brandaktuelle Begriff »Weltbürgerkrieg« sowohl bei Carl Schmitt (*Theorie des Partisanen*) als auch bei Hannah Arendt (*On Revolution*) auf.

*Teresa Orozco* untersucht die Rezeption von Carl Schmitt unter der Frage, wie Geschlechterverhältnisse artikuliert werden, wie Männlichkeit als tragendes Konstrukt die politische Philosophie Schmitts bestimmt.

Gleichsam einen Schwerpunkt im Schwerpunkt bilden das Werk Hannah Arendts und seine feministische Rezeption. *Frigga Haug* stellt zunächst die Architektur von Arendts Denken so weit vor, wie es fürs Verständnis der von der Rezeption erhofften »Neubestimmung des Politischen« erforderlich ist. Im Anschluss zeichnet sie nach, wie Arendt mit Rosa Luxemburg und Bert Brecht verfährt. Zwar ist Arendts Politikvorschlag antisozialistisch, doch die großen Intellektuellen der Arbeiterbewegung, angefangen bei Marx, reiht sie – ihres sozialen Engagements und ihrer marxistischen Theorie entkleidet – in ihr Pantheon »begabter« Menschen ein, die nichts bewegt, als ihre Vortrefflichkeit öffentlich streitend zu leben. Wie Walter Benjamin dabei wegkommt, wird im Beitrag von *Thomas Weber* untersucht.

Angesichts dessen, dass Arendt auch explizit »antifeministisch« schreibt, gilt der paradoxen Zunahme ihres Einflusses im Feminismus der dritte Teil des Aufsatzes von *Frigga Haug*. Nicht genug damit, dehnt sich der Arendtschwerpunkt über die Grenzen des Aufsatzteiles aus: Ein Tagungsbericht vermittelt einen Eindruck vom »Arendtkult« und von Arendts »Archäologie der Begriffe«; die Rezension des Denktagebuchs zeigt ihren Umgang mit Marx, zwei weitere Rezensionen behandeln linke und feministische Rezeption.

## Themenausschreibung ARGUMENT 252 (Doppelheft)

### Berichte aus dem Reich der Kultur des Imperiums

Im Anschluss an unsere letzten Doppelhefte zur »Neuen Ökonomie des Internet«, zur »Geburt des Biokapitalismus« und zum »Imperium des High-Tech-Kapitalismus«, die den Akzent auf die politische Ökonomie der heraufziehenden kapitalistisch bestimmten Weltgesellschaft legen, geht es nun um die Spannungen und Widersprüche zwischen einer amerikanisierten Weltkultur und den vielfältig sich darin und dagegen artikulierenden kulturellen Produktionen, die immer auch gezwungen sind, sich zum kulturell globalisierten »Westen« zu verhalten. So falsch es ist, nicht-westliche Lebensweisen stets am abstoßenden Erscheinungsbild von Frauenverachtung und tyrannischer Herrschaft festzumachen, so wenig vermag die vom neoliberalen Kapitalismus in die Zange genommene parlamentarische Demokratie die Entstehung einer »Weltkultur« zu leisten, die – weil für alle geltend – ihren Namen verdient.

Die Fragestellung bietet Anlass, den ganzen Komplex von Kulturindustrie, Warenästhetik und Konsumismus zu durchleuchten. Angesichts der Devise des »Schöner Lügens«, die unsichtbar über der Szene schwebt, gilt es die Faszination durch die Offenlegung der Lüge zu frustrieren. Jeder Beitrag ist nützlich, der, wie Adorno meinte, »durch Präzision des Ausdrucks jene Widerstände setzt, die gefordert sind, wo die Sache hervortreten soll«. Diese kann vieles sein. Vielfältig können auch die literarischen Genres sein, in denen sie zum Hervortreten gebracht wird.

Gesucht sind Beiträge, die den aktuellen Medienalltag kritisch durchleuchten. Sei es, dass sie Phänomene aufspießen wie einst Karl Kraus, der »gemalt« hat, was Medienintellektuelle taten, so dass sich die »grellesten Erfindungen« als »Zitate« herausstellten. Sei es, dass von selbstbestimmten Politiken des Kulturellen oder Formen künstlerischer Praxis, wo immer sie sich hervorwagen, berichtet wird. Es gibt kaum ein Feld, wo das, was Gramsci als Lorianismus bekämpft hat (die intellektuellen Spinnereien, der Mangel an kritischem Geist und Verantwortung), fröhlichere Urständ feiert als die Medientheorie. »Um das Funktionieren unserer sozialen Systeme zu verstehen, sind Software-Kenntnisse dienlicher als die Lektüre der Klassiker politischer Ökonomie«, erklärt etwa Norbert Bolz, der sich besonders bemüht, die sozialkritischen Filter herauszuschrauben. Der Artikel »Medien« in den *Ästhetischen Grundbegriffen* (Bd. 4, 2002) beschreibt »Globalisierung« »neutral« als »die weltweite Vernetzung politischer, kultureller und wirtschaftlicher Prozesse«. Das Heft soll nicht zuletzt dazu beitragen, solcher faulen Gemütlichkeit den Spiegel vorzuhalten.

Das Heft erscheint im Herbst 2003. Wir bitten um Beitragsangebote.

Peter Jehle

## Verlagsmitteilungen

*Neues zur Lage der Zeitschrift.* – Wenn man aufgefordert wird, für eine Zeitschrift zu spenden oder sich in der Abonentengewinnung zu engagieren, ist die Qualität der Zeitschrift natürlich das Wichtigste, die Einschätzung zudem, dass es sich um eine eingreifende Schrift in dieser Zeit handelt. Legitimerweise interessiert man sich auch dafür, wieviele Abonnenten diese Zeitschrift hat, das gilt für Mitarbeiter wie Leser und Unterstützer (alle beiderlei Geschlechts). Hier also die Aboentwicklung der letzten 4 Jahre in Kürze:

1998 hatten wir 1620 Abonnenten, davon fast 400 Studierende, mehr als 200 Auslandsabos. In den Jahren 1998, 1999, 2000 sank die Zahl der Abonnenten stark – um insgesamt 425 (jeweils 176, 150, 99 Kündigungen) – bei nur 220 Neuabos. In den beiden Folgejahren (2001, 2002) stabilisierte sich die Zahl der Kündigungen auf 79 pro Jahr, die Zahl der Neuabos auf 55. Zu Beginn des Jahres 2003 haben wir 1300 Abonnenten, davon 240 Studierende, 215 Auslandsabos. Im Februar überstieg die Zahl der Neuabonniehenden erstmals wieder die der Kündigungen um 6; in den ersten 3 Monaten 2003 haben 33 Menschen das Argument neu abonniert. Wir tun etwas, damit dieser Trend steigt. Damit jeder ein eigenes Urteil fällen kann, bieten wir Probeabos zum stark ermäßigten Preis und schenken dafür in einer großangelegten Aktion das erste Heft des Jahrgangs zum Krieg und zu Foucault. Wer die Möglichkeit sieht, im Freundes-, Studierenden-, Bekanntenkreis Abos zu gewinnen, wende sich an den Argument-Verlag Hamburg, (Adresse und E-Mail im Heft) mit der Bitte um Abo-Karten und die gewünschte Anzahl von Leseexemplaren von Heft 249. Wir bitten Euch dringlich, uns zu helfen, insbesondere von den Studierenden müssten doch viele zu gewinnen sein.

*Buchpatenschaften.* – Die bislang für Gramsci, Kommunistisches Manifest und Hall (2 Bände) vereinbarten Patenschaften und die langfristig angelegten Autorenverträge (bislang Haug und Weber) haben sich bewährt. Die Gelder fließen bereits zurück an die Kreditgeber. Leider stockt die Initiative. D.h. wir brauchen dringend weitere Paten für den Schriftenband von Hall und, um den Backlist-Verkauf stabil halten zu können, für die Nachauflagen der Krimis von McDerimid. Anfang des nächsten Jahres benötigen wir weitere Patenschaften für die geplante Reihe von *Einführungen* (vorgesehen sind zunächst Ideologietheorie, Regulationstheorie, Kritische Psychologie). Die Kredite werden im Zeitraum von ca. 2 Jahren zurückgezahlt. Wir danken all denen, die schon bisher eingesprungen sind und dem Verlag geholfen haben, die bisher schwierigste Zeit seines Bestehens zu überstehen.

### Argument-Neuerscheinungen

#### Wissenschaft

Das *Forum Kritische Psychologie* (FKP) ist der Ort, an dem Debatten um aktuelle kritisch-psychologische Diskussionen organisiert werden. FKP 46 erarbeitet die

Themen »Kinder als Verwaltungsobjekte«, »Als Patient im neoliberalen Krankenhaus«, »Leiblichkeit/ Transsexualität«, Nachdenken über Bourdieu sowie Studieren im Neoliberalismus.

Die *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung Neue Folge 2002* befassen sich mit dem 18. *Brumaire*, einer der nach dem *Kommunistischen Manifest* meistzitierten Schriften von Marx. Anlässlich des 150. Jahrestages ihres Erscheinens fand eine wissenschaftliche Konferenz in Berlin statt. Ein Blick in die Rezeptionsgeschichte des 18. *Brumaire* zeigt, wie die marxischen Thesen in der jeweiligen aktuellen politischen Situation häufig recht einseitig interpretiert wurden. So wurde die Veranstaltung zu einem Forum der Verständigung über Marxens Auffassungen über Klasseninteressen, revolutionäre Veränderungen und Möglichkeiten von Demokratie.

### Belletristik

Romane im Argumentverlag – das heißt Vergnügen mit Politik, Entspannung mit Spannung zu erfahren. Neu erschienen sind drei Romane, davon zwei Krimis, die jeweils Themen aufgreifen, die eine lange Geschichte haben, wie sie immer noch brandaktuell sind:

Aus Katalonien kommt der zeitgenössische Roman *Mondsüchtig* von Maria-Antónia Oliver (Roman 4006). Die Autorin zieht einen großen Bogen von der Zeit unter des Francoregimes bis heute, erzählt vom Standpunkt eines aidskranken Schwulen. Es geht um das Verhältnis von Politik und Literatur, um Politik im Sexuellen, um Bindung und Freiheit. Und schließlich geht es auch um Liebe.

Petra Pfänders *Die blaue Katze* (AK 1148) führt in ein Milieu lukrativer Verbrechen: Kinderprostitution für reiche Industrielle mit ausgefallenen Wünschen. Zwischen Kindesmissbrauch und Psychiatrie entwickelt die Autorin ein vielfältiges Sittenporträt unserer Zeit, das keine der dominanten Kräfte ausspart.

Aus der Reihe klassischer Schwulenkrimis bringen wir einen weiteren Roman des »Altmeisters« Joseph Hansen, der in diesem Jahr 80 wird. In *Nabelschau* (PP 2077), dem fünften Fall des Versicherungsdetektivs Dave Brandstetter, muss dieser den Tod eines christlich-fundamentalistischen Predigers untersuchen, eines fanatischen Pornographiegegners.



**Unterstützen Sie dieses Standardwerk  
durch eine Vorbestellung!**

Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus  
*Abtreibung bis Hexen*  
Herausgegeben und eingeleitet von Frigga Haug  
ISBN 3-88619-295-4 · ca. 19,50 € [D]

**NEU IM JUNI 2003**



Argument Vorbestellungen bitte an den Argument-Versand:  
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin  
Fax: 030 / 611 42 70 · [versand@argument.de](mailto:versand@argument.de) · oder im Buchhandel.

Berliner Institut für kritische Theorie

## Die Linie Luxemburg/Gramsci/Brecht in Diskussion mit Hannah Arendt

Einladung zur InkriT-Arbeitstagung, 22.-24. März 2004 in der Evangelischen Akademie Bad Herrenalb/Schwarzwald

»Nach dem Fall des autoritären Kommunismus und seitdem die marxistische Theorie weltweit den Rückzug angetreten hat, erwies sich Hannah Arendts Denken als die kritische politische Theorie des posttotalitären Augenblicks.« (Seyla Benhabib, *Arendt als melancholische Denkerin der Moderne*, 1998) Hannah Arendts Einfluss hat nach 1989 eine wahre Renaissance erfahren, die noch immer anhält und z.T. kultische Züge angenommen hat.

Dabei werden eine ganze Reihe von Thematiken verschoben und Felder besetzt, in denen die »Linie Luxemburg-Gramsci« (Peter Weiss) traditionell ihre Stärken hat, Felder, auf denen sich Menschen politisch angerufen fühlen. Das gilt für Themen wie Politik und Zivilgesellschaft; Arbeit und Produktion; Denken, Sprechen, Handeln, Praxis; Hegemonie, Macht und Gewalt; Intellektuelle usw. Es gilt aber auch für die Rezeption von Autoren wie Marx, Luxemburg, Brecht oder Benjamin, die von Arendt entpolitisiert und umgedeutet werden. Nicht zuletzt sind es Gramscis Schlüsselthemen, die Arendt (ohne Gramsci zu kennen) konservativ umarbeitet. Die Fertigstellung der kritischen Gesamtausgabe von Gramscis *Gefängnisheften* bietet Anlass, in vertiefenden Gramsci-Studien zu prüfen, ob Facetten von Arendts Sicht dazu beitragen, jene Themen sowie die neue Phase des High-Tech-Kapitalismus und der neo-imperialistischen Globalisierung präziser zu denken und Wirklichkeits- und Praxisverständnis der Linken weiterzuentwickeln.

Geplant ist ein Arbeitsseminar mit vierzig TeilnehmerInnen. Vorbereitete Beiträge sollten zur Diskussion gestellt werden. Angezielt ist eine Veröffentlichung.

Das Seminar beginnt am frühen Abend des 22. März 2004 (einem Montag) und endet am Mittwoch (24. März) nach dem Mittagessen (gegen 14 Uhr).

Die Anreise per Bahn geht über Karlsruhe, von wo eine S-Bahn nach Herrenalb fährt. Genauere Informationen, auch für die Anreise per PKW, werden im Anhang des endgültigen Programms vier Wochen vor der Tagung mitgeteilt werden.

Die Evangelische Akademie Herrenalb ist eine zum Arbeiten ideale Stätte, die zudem kulinarische Genüsse bietet (die Akademie erhielt für ihre Küche die Auszeichnung mit 3 Sternen). Die Umgebung lädt zu Spaziergängen ein. Es gibt ein Thermalbad.

Die Pauschale für Übernachtung im Einzelzimmer und Vollpension beträgt für die beiden Tage insgesamt 104 € (Doppelzimmer ist etwas billiger). Hinzu kommt eine Tagungsgebühr von 25 € (entfällt für InkriT-Fellows).

Verbindliche Anmeldung (ggf. mit Referat-Angebot) an Dr. Peter Jehle, Wiciefstr. 30, 10551 Berlin, Fax/Tel 396 51 73 (jehle@rz.uni-potsdam.de).

Das InkriT bietet fünf Plätze zum halben Preis (und ohne Tagungsgebühr) für postgraduierte Studierende, die sich mit Gramsci-Studien beschäftigen.

Frigga Haug, InkriT-Vorsitzende, [www.InkriT.org](http://www.InkriT.org)

Elfriede Jelinek

**Bombenstimmung in Bambiland**

and von wenigen Kilometern vom Zielort die Nahradar-Zielmustererkennung bestimmt, und zwar bestimmt sie mit Hilfe von Vergleichen der Gelände- oder Gebäudeformationen mit den eingespeicherten Mustern den Einschlagsort und dann schlägt sie ein, wumm! Daneben! Schon wieder daneben! Dafür gibt es keine Erklärung. Die verirren sich trotzdem. Dafür gibt es keine rationale Erklärung, also ich habe keine, Sie vielleicht? Es ist noch ungeklärt, wieso die auf dem Al-Nasser-Markt in Bagdad eingeschlagen hat, wohin sie nun wirklich nicht gehört hätte. Sowa gehört sich nicht. Es muß dort was andres eingeschlagen werden, die sollen uns sagen was, denn die Wirkung war toll, nicht schlecht. Zweifel an der Präzisionsmunition der Armee? Nein, keine Zweifel an der Präzisionsmunition. Wir zweifeln eher am Gegner als an uns. Der ist nicht dort, wo wir ihn vermutet haben. Kein Wunder, daß die Tomahawks manchmal daneben gehen, wenn auch der Gegner wo anders ist als er sein sollte. Logisch. Dabei haben wir die Technik so verbessert! Das darf doch nicht wahr sein, daß die auf den Markt geflogen ist, diese Idiotin! Stundenlang haben wir ihr die Landkarte eingebläut und jetzt fliegt sie auf den Markt! Was wollte sie einkaufen, die liebe Tomahawk? Wollte vielleicht auch was essen? Viel haben sie ja nicht mehr zu bieten auf ihrem Markt. Was fliegt die eigens dorthin? Wenn man bedenkt, daß jedes dieser Geschosse intelligenter ist als ein Mensch, kann man da nur staunen. Etwa fünf von ihnen sind schon sinnlos in der saudischen Wüste niedergegangen und wissen bis heute nicht warum und sind bis heute nicht explodiert. Diese Flugroute ist aber ab sofort gestrichen. Ohne Strafe können wir das den Geschossen nicht durchgehen lassen. Die machen das doch sonst immer wieder. Die dürfen jetzt dort nicht mehr fliegen und aus. Was höre ich? Drei sogar in der Osttürkei niedergegangen? Also Touristen haben sie dort sicher nicht absetzen wollen, die Deppen. Also da hört sich ja alles auf. Der Krieg aber nicht. Der kriegt nicht genug. Der nicht. Nein, der nicht. Der kriegt den Hals nicht voll, der kriegt den Arsch jetzt voll.

Eigentlich wollt ich ja aufgehn als ein Stern, doch ich bin nun mal im Westen. Kann man nichts machen. Da warte ich, daß ich in den nächsten Tagen den eigentlichen Sturm erleben darf, und dann kommt bloß dieser Sandsturm. Und was die Gefährnisse fressen, die goldnen, ich könnte es nicht, könnte es nicht mal fassen, pro Panzer 2 Gallonen pro Meile, umgerechnet sind das 450 Liter auf 100 km. Jetzt rechnen Sie sich das aus. Von Kuwait nach Bagdad sinds etwa 400 km. Ja, da kommt schon was zusammen. Sind ja auch viele Gefährten und viele Gefahren. Wie nehme ich jetzt diese Kurve? Es ist die wichtigste Kurve. Es ist nicht die Nordkurve des Nürburgrings, der mich im Grund irgendwie immer interessiert hat, obwohl sie längst mau-setot ist, aber auch Tote sind interessant, und nicht nur im Krieg, nein, nicht jetzt, das hat noch Zeit, und unsere Zeit ist gut, wir liegen absolut innerhalb unseres Zeitlimits, wir wollten hier tagelang festsitzen und bitte, wir sitzen hier schon tagelang fest, genau 90 km vor Bagdad. Sie kamen bis Bagdad. Na ja, fast. Vielleicht waren wir auch zu schnell, so schnell hätten wir nicht sein müssen, ist doch klar, daß wir



jetzt stehn. Daß wir jetzt gestoppt sind. Wir waren zu schnell. In den Schaumwipfeln des Seehains unsere zwei lieben zahmen Delfine, ja, bei Tieren erholt man sich doch immer wieder. Man muß sie nur anschauen und ist schon erholt von sich selbst. Flipper ist unser Freund, lustig wird's immer, wenn er erscheint. Spaß will er machen seine Tricks, er bringt uns Stunden des Glücks, und wenn er wieder mal eine Mine gefunden hat, dann sind unsere Mienen auch wieder froh, aua, hab ich schon mal so ähnlich irgendwo gesagt, aber ich sag ja immer dasselbe, und dann kriegt er einen Fisch, der Flipper, die zwei Flipper, hoppla! Wie der sich freut! Wie der springt! Nicht zu glauben, daß ein Fisch so hoch hupfen kann, obwohl wir es schon oft gesehen haben. Ich glaub, außer ihm freut sich derzeit niemand so recht. Nur der Krieg ist gerecht. Also dieser jedenfalls ganz sicher. Heißt aber nicht, daß es sicher ist in ihm. Der schwere Panzer trägt die Völker des Guten bereits hinweg, obwohl Sie sicher noch mit ihnen sprechen wollen, Moment mal, da müssen Sie schon auf die Pressekonferenz warten, die Tommy Franks uns gibt, sonst gibt er uns nicht viel. Auch diesmal nicht. Aber wir haben ja schon alles. Sonst gibt er uns nichts, nur ein Trugwerk, das sein Gott im Vaterland gesponnen hat mit seinen goldenen Freunden, jawohl, ein Trugwerk: Wer, der Mensch ist, wer entschlüpft ihm? Kein Mensch entschlüpft ihm. Aber viele Lügen entschlüpfen ihm, das hat er leider nicht mehr verhindern können. Viele sind tot. Auch die Toten hat er leider nicht verhindern können. Heute sind schon wieder ein paar hundert dazugekommen, morgen vielleicht tausend. Ich vermeide den Namen Gottes und sage lieber Himmel, und schau an, vom Himmel kommt so allerlei daher, sofern nicht grad der Sandsturm ankommt, zur falschen Ankunftszeit, am falschen Flugsteig, im falschen Steigflug. Also bitte, zusammenstoßen sollten Sie nicht, egal mit was, so war das nicht gedacht, als Sie aufstiegen! Allerdings wollte er das auch nicht, der Gott, der ansonsten große Dinge verlangt, dieses aber nicht, der verlangt von uns nicht, daß soviele tot sein sollen. Oh, ich glaube, das wollte er vielleicht schon, wenn Sie mich fragen. Warum tun wir es denn sonst, wenn er es nicht von uns verlangt hat? Sonst täten wir es doch nicht. Eben. Große Dinge verlangen, daß man von ihnen schweigt oder groß redet, das heißt: mit Unschuld. Das Reich Gottes ist schließlich unter uns, und es schließt nie, es hat immer geöffnet, es kennt keine Ladenschlußzeiten, und genau das müssen wir jetzt treffen. Das Reich und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Es ist nicht in uns. Bitte suchen Sie uns nicht! Wir sind ja schon tief getroffen. Wir sind ja schon tief getroffen, wenn wir es uns nur anschauen.

Wer getraut wohl hurtgen Fußes sich des sichren Sprungs zur Rettung? Wer? Das werden wohl wir machen müssen. Wir bringen den Tod, und wir bringen die Rettung auch, aber natürlich nicht beides gleichzeitig, das werden wohl sogar Sie kapiieren. Immer schön eins nach dem andern bringen, so wie der Osterhase die Eier bringt, aber nicht zu Weihnachten, sondern dann, wenn sichs gehört. Denn gar liebeich zu sich her lockt dich Verblendung in ihr Fangnetz, wo die bunten Bombennester hängen, hoch droben, dessen Strickwerk sie entschlüpfen, autsch, da war schon wieder eine, und dem Kind fehlt jetzt das halbe Gesicht, und das dort ist ganz weg, wie kam das so schnell? Wie kam das? Keinem Sterblichen vergönnt ist, diesen Nestern zu entschlüpfen, zumindest sollte ers nicht vor der Zeit, sonst kann er noch nicht richtig aufrecht ste

Auszug aus dem Text *Bambiland* vom 5.4.2003 ([www.elfriedejelinek.com](http://www.elfriedejelinek.com)).

Nachrichten aus dem Patriarchat

## Unermesslich blank oder Schmutzige Arbeit mittlerer Art und Güte?

Eine Hauswirtschaftsgehilfin, die laut Arbeitsvertrag in 30 Wochenstunden ein dreistöckiges Schwesternwohnheim und außerdem einen Verwaltungstrakt zu putzen hatte, erhielt eine Kündigung. Ihr Arbeitgeber, das Krankenhaus, war der Ansicht, dass sie nicht genügend Quadratmeter und auch nicht genügend sauber putzte. Gegen diese Kündigung hatte die Frau geklagt, so dass das Arbeitsgericht Celle über die Wirksamkeit der Kündigung zu urteilen hatte (Arbeit und Recht 2002, 72 f.). Als Beweis für die mangelhafte Sauberkeit hatte sich das Krankenhaus darauf bezogen, dass die Bewohnerinnen des Schwesternwohnheims immer dann sehr zufrieden gewesen seien, wenn wegen Urlaub oder Krankheit der Hauswirtschaftsgehilfin Vertretungskräfte eingesprungen seien; außerdem hatte das Krankenhaus noch von sechs Gebäudereinigungsunternehmen Vergleichsangebote eingeholt. – Um das gute Ende der Kündigungsschutzklage vorweg zu nehmen – das Arbeitsgericht hat die Kündigung für unwirksam erklärt. Zum einen fand das Gericht den Hinweis auf die Zufriedenheit der Bewohnerinnen bei der Reinigung durch Vertretungskräfte inhaltlich wenig aussagekräftig. Es hätte konkret aufgelistet werden müssen, welche Schwestern zu welchem Zeitpunkt alle vier Etagen ihres Wohnheims auf Sauberkeit hin inspiziert und dann noch einmal zum Vergleich dies bei einer Vertretungskraft wiederholt hätten. Weiterhin argumentierte das Gericht, dass, falls eine Vertretung als Spitzenkraft eine höhere Reinigungsleistung erbringen würde, also etwa 120%, die gekündigte Putzfrau dagegen nur 100%, dies nicht bedeute, dass letztere sich an der Spitzenleistung messen lassen und eine Kündigung in Kauf nehmen müsse. Das Krankenhaus hätte dazu Stellung nehmen müssen, was eine durchschnittliche Reinigungskraft im betreffenden Reinigungsrevier hätte leisten können. Erst dann, wenn hätte festgestellt werden können, dass die Frau ihr Revier nicht durchschnittlich blank gewienert habe, müsse darüber hinaus geprüft werden, ob die Putzfrau etwa auf Grund einer schlechten körperlichen oder geistigen Konstitution nichts Besseres leisten *könne* oder aber, trotz größerer Reinigungsfähigkeiten, nichts Besseres leisten *wolle*, also arbeitsunwillig sei. Letzteres könne nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts ein Kündigungsgrund sein. Arbeitsunwilligkeit konnte das Arbeitsgericht bei der gekündigten Hauswirtschaftsgehilfin nicht feststellen; dagegen fand es heraus, dass die Arbeitsbelastung so hoch und die Zeitvorgaben für die Reinigung so knapp waren, dass eben nicht alles zu jeder Zeit blitzblank sein konnte. Schon allein für das Reinigen von Duschen, Toiletten, Wand- und Bodenfliesen einschließlich des Auffüllens von Seifenspendern, Desinfektionsmitteln und Toilettenpapier usw. hätten je Objekt nicht einmal fünf Minuten zur Verfügung gestanden und dabei sei nicht berücksichtigt worden, dass außerdem in der knappen Zeit auch noch Flure und sonstige Flächen hätten gesäubert werden müssen. Wer ein solches Reinigungsvolumen zu erbringen habe, dessen Reinigungsleistung sei niemals unterdurchschnittlich; auch bei der Vergabe an ein Gebäudereinigungsunternehmen würde es bei solch engen Zeitvorgaben hin und wieder zu Mängeln kommen. Das Ergebnis, dass das Arbeitsgericht es ablehnt, Reinigungsleistungen einer Putzfrau, die

nicht olympiareif sind, als Kündigungsgrund anzuerkennen, mag einen arbeitnehmerfreundlichen Betrachter beglücken, einen arbeitgeberfreundlichen betrüben. Darüber hinaus gibt es Anlass, die Realität in der Gebäudereinigungsbranche insgesamt und zusätzlich einige arbeitsrechtliche Aspekte zu beleuchten.

Die Branche hat boomende Sauberkeit zu verzeichnen, seitdem seit Mitte der 70er Jahre die festangestellten Putzkräfte in großen und mittleren Privatunternehmen, etwa den Bürotürmen der Banken, den Flughäfen, den Atomkraftwerken, aber auch in den Behörden, Schulen, Hochschulen, Bibliotheken mehr und mehr durch Gebäudereinigungsfirmen ersetzt wurden; »Outsourcing« heißt das in der Managersprache. Allein in den letzten drei Jahren nahm die Anzahl der offiziell eingetragenen Gebäudereinigungsfirmen um 10% auf rund 6500 zu, daneben gibt es noch rund 8000 Kleinstbetriebe und eine nur schwer zu schätzende Anzahl an Anbietern von Schwarzarbeit. Die Zugangsbarrieren, um eine Reinigungsfirma aufzumachen, sind niedrig; diejenigen, die den Beruf des Gebäudereinigers nicht erlernt haben und deshalb mangels Befähigungsnachweis eigentlich keine Reinigungsdienste anbieten dürften, holen sich einfach einen Gewerbeschein, wonach sie »Reinigung nach Hausfrauenart« anbieten; so etwas kann jeder bzw. besser jede. Offiziell, also ohne die Dunkelziffer der Schwarzarbeitenden, arbeiten 700000 Menschen im Reinigungsgewerbe, seit jeher überwiegend Frauen, darunter viele ungelernete Heinzelweibchen. Nach dem Outsourcing der Gebäudereinigung arbeiten früher festangestellte Putzfrauen bei den neuen Reinigungsfirmen, allerdings meist nicht mehr als sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen, sondern als geringfügig Beschäftigte, also derzeit auf 400,- €-Basis. Für die Arbeitgeber, z.B. die Kommunen, war dies ein erhebliches Einsparpotential. Unter den Reinigungskräften befinden sich viele Frauen mit ausländischem Pass, aber zunehmend auch ausländische Männer; der Anteil von ausländischen Arbeitnehmern liegt im Reinigungsgewerbe bei 40%. Viele Frauen arbeiten auch deshalb in Gebäudereinigungsunternehmen, weil sich diese Arbeit, die häufig in den späten Abendstunden oder ganz früh am Morgen anfällt, am ehesten mit Familienarbeit, insbesondere Kindererziehung vereinbaren lässt. Putzen wird als typische Frauenarbeit schlecht bezahlt; weniger als 8,- € brutto beträgt der tarifliche Stundenlohn für Ungelernte. Ca. 850,- € netto monatlich verdienen die Reinigungskräfte in einem großen Unternehmen wie etwa dem Frankfurter Flughafen, in dem die für diesen Tarifvertrag zuständige Gewerkschaft IG Bau relativ gut vertreten ist. Für sie ist es schwer, Arbeitende im Reinigungsgewerbe gewerkschaftlich zu organisieren. Gründe dafür sind u.a. die ungünstigen Arbeitszeiten, der fliegende Wechsel von einem Reinigungsobjekt zum nächsten, so dass Gewerkschafter die Putzfrauen und -männer an ihren wechselnden Arbeitsplätzen aufspüren müssen. Es gibt außerdem nicht nur sprachliche Hürden, wenn gestandene Gewerkschaftssekretäre erste Kontakte zu eingeschüchterten türkischen, osteuropäischen, afrikanischen Putzfrauen knüpfen wollen, ganz zu schweigen von dem Misstrauen, das jeglicher Institution, also auch den Gewerkschaften von Seiten derjenigen entgegen schlägt, die ohne gültige Aufenthaltspapiere, also »illegal« hier arbeiten. Deren Schutzlosigkeit erklärt, dass die ohnehin niedrigen Tariflöhne oft noch unterlaufen werden.

Die Gebäudereinigungsbranche ist ein personalintensiver Dienstleistungsbereich, also ein Gewerbe, in dem Menschen nicht durch Maschinen ersetzt werden können;

die Lohnkosten machen 85% der Gesamtkosten eines Unternehmens aus. Angesichts eines aggressiven Wettbewerbs in dieser Branche versuchen die Unternehmen, Kosten einzusparen, indem sie jeden einzelnen Handgriff nach Rationalisierungsmöglichkeiten überprüfen und Zeitvorgaben für die Reinigungsobjekte verkürzen. Deshalb müssen dann in kürzerer Zeit von den Einzelnen größere Flächen geputzt werden. Nicht verwunderlich ist es deshalb, dass in der obigen Entscheidung das Arbeitsgericht Celle ebenfalls die verschiedenen Reinigungsarbeiten gleichsam mit Zollstock und Stoppuhr nachmisst. Nach jeder Lohntarifrunde versuchen die Unternehmen, die Reinigungsreviere zu vergrößern. Dass sie dabei häufig erfolgreich sind, liegt an den Strukturen in dieser Branche, die im Vergleich mit anderen ein noch stärkeres Machtgefälle zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufweist. Dieses Machtgefälle ist nicht nur ökonomisch und sozial bedingt, sondern wird auch durch das Arbeitsrecht verstärkt. Einfallstor für die Ausweitung der Arbeitspflichten von ArbeitnehmerInnen ist das sog. Direktionsrecht des Arbeitgebers, d.h. er legt den Umfang der Arbeitsleistung fest. Zwar gibt es arbeitsschutzrechtliche, tarif- und arbeitsvertragliche Grenzen, aber weil nach Meinung des Bundesarbeitsgerichts (BAG Arbeitsrechtliche Praxis Nr. 27 zu § 123 GewO) diese Grenze erst dann erreicht ist, wenn ein normal leistungsfähiger Arbeitnehmer diese Leistung auf Dauer ohne Gesundheitsstörung nicht erbringen kann, sind dem Arbeitgeber erhebliche Spielräume verblieben. In der bereits erwähnten Entscheidung des BAG verlangte dieses von den einzelnen Arbeitnehmern die ihnen individuell mögliche Arbeitsleistung. Es bestätigte die Kündigung von Akkordarbeiterinnen, die unter Verzicht auf Prämien und trotz Kündigungsandrohungen beharrlich immer nur etwas mehr als die betrieblich festgelegten Mindestleistungen erbrachten; nach Meinung des BAG war dies eine unzulässige Arbeitszurückhaltung. In Gewerkschaftskreisen ist dieses Urteil bisweilen als »Sklavenarbeiterentscheidung« kritisiert worden. Wenn man als Kriterium für die Unterscheidung zwischen Sklaven- und Arbeitnehmerarbeit die »gemessenen Dienste« nimmt, dann würde, je stärker die Arbeitspflichten den »ungemessenen Diensten« angenähert werden, der Freiheitsbereich, der ja den Arbeitnehmerbegriff ausmacht, desto mehr eingeschränkt. Die Abgrenzung zwischen Arbeitnehmer und Sklave würde »verwischt«. Die Spielräume für den Arbeitgeber, die Arbeitspflichten festzulegen, sind weit. Das Arbeitsgericht Celle wählte für das durchschnittliche Reinigungsleistungsniveau nicht den Betrieb, der die größte Fläche in der kürzesten Zeit blitzblank zu machen verspricht, sondern den personalintensivsten, also denjenigen, der in seinem Angebot die längsten Zeitvorgaben enthält, was für die Hauswirtschaftsgehilfin von Vorteil war, weil es die Befugnis des Arbeitgebers, per Direktive die Leistungsanforderungen auszuweiten, stärker einschränkt als das BAG.

Zu bedenken bleibt aber, dass dann, wenn dieser personalintensivste Betrieb ebenfalls seine Leistungsanforderungen hochgeschraubt hat, dieses an sich so lobenswerte Urteil des Arbeitsgerichts Celle nur grobe Überforderung, also Auswüchse als Kündigungsgrund verhindern kann. Es kann aber nicht dem Hochschaukeln von Leistungsanforderungen in einer Branche mit besonders starkem Machtgefälle zwischen Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen Einhalt gebieten. Letztere schrubben – fast – unermesslich blank im Rahmen des marktwirtschaftlich Möglichen.

Silke Wittich-Neven

Wolfgang Fritz Haug

## Hegemonialer Unilateralismus?

Versuch, die Spaltung des Westens mit Gramscis Hegemoniebegriff zu denken<sup>1</sup>

### I. Was für ein Sieg

Das Regime Saddam Husseins, dieses »idealtypischen Finsterlings« (Todd 2003a), ist gefallen. Mit unwiderstehlicher Wucht hat die hochtechnologisch gerüstete und integrierte Militärmaschine jeden regulär sich ihr entgegenstellenden Widerstand »pulverisiert«, wie es im Mediendeutsch hieß. Zum Glück ist die Zeit vorbei, in der immer neue Bilder von zerfetzten, verbrannten oder verstümmelten Körpern um die Welt gingen – aller militärischen »Einbettung« der Journalisten zum Trotz. Nicht gefallen ist die Entscheidung in dem vielschichtigen Ringen, das dem Konflikt sein changierendes Gesicht gibt. Dass eine »schnelle Lösung des Irak-Problems« (Münkler) mit dem amerikanischen Sieg über die Baath-Herrschaft »ja eingetreten« sei (Blasius), hat sich schnell als kurzlebige Täuschung herausgestellt. Es ist, als hätten die USA »Wer gewinnt, verliert« gespielt.

Was ist das für ein Sieg? Was werden seine Folgen sein? Welche Kriegsziele verfolgten die USA? Was wären demnach, von deren eigenem Standpunkt aus gesehen, Kriterien ihres Erfolgs?

Sollten es ökonomische sein? Die Eroberung des Irak bedeutet zunächst »die feindliche Übernahme eines Landes, dessen Brutto-Inlandsprodukt 28 Milliarden US-\$ erreicht und dessen Schulden 250 Mrd US-\$ übertreffen« (Hermann).<sup>2</sup> Dazu kommen riesige ökonomische Einbußen der Anrainerstaaten, deren Kreditwürdigkeit von den Ratingagenturen bereits vor dem Krieg herabgestuft worden ist.

Sollen sich die Erfolgskriterien danach bemessen, ob der Irak demokratisiert und modernisiert wird und ob islamistischer Militanz Einhalt geboten wird? Dann wäre das Gegenteil des Angestrebten eingetroffen. Bei schiitischer Mehrheit in der Bevölkerung bedeutet Demokratisierung die politische Herrschaft dieser Mehrheit. Carlos Fuentes hat das Paradox ausgesprochen, dass die USA den Weg für ihre islamistischen Feinde freigemacht haben, indem sie die »antifundamentalistische Repression Saddam Husseins« wegbombten. Die Millionen von Schiiten, die mit der Wucht eines Lavafusses an ihrem obersten Heiligtum in Kerbala zusammengeströmt sind, riefen nach dem islamischen Gottesstaat und skandierten anti-amerikanische Parolen. »Es wäre [...] fatal, wenn der militärische Sieg im Nachhinein verloren würde«, klagt die FAZ angesichts dieses Schlamassels und beschwört die Bush und Blair, sich »nicht

1 Erweiterte Fassung eines Beitrags zur 1. Internationalen Philosophietagung der Universität Kocaeli (Türkei), 11.-13. April 2003, gehalten am 14. April.

2 F.Barter und B.Crocier vom Center for Strategic and International Studies (Washington) errechnen sogar 383 Mrd US-\$ Auslandsschulden.

von falschen Zurufen beirren« zu lassen, sondern im Irak »eine robuste Präsenz der Siegermächte« zu praktizieren (Feldmeyer, 19.4.03). Aber was – und mit welchen Mitteln – soll die »robuste Präsenz der Siegermächte« gegen das zornig religiös artikulierte Selbstbestimmungsverlangen der von ihnen Befreiten ausrichten? Die entfesselte Dynamik wird sich zudem kaum in irakische Grenzen bannen lassen. Der Raum, in den die US-Administration, wie Friedrich Dieckmann sagt, »als ein infantiler Apokalyptiker vorzustößen im Begriff ist, reicht in Wahrheit von Marokko bis nach Indonesien; es ist der von mehr als einer Milliarde Muslims bewohnte vielgestaltige Raum in einer Südzone des globalen Nordens, der durch einen solchen Angriff zu einer Solidarisierung gelangen könnte, die dann ihrerseits aggressiv besetzt wäre«.

»Es zeigt sich«, reflektiert Wolfgang Günter Lerch, »dass sich kaum jemand Gedanken darüber gemacht hat, wie schwierig es ist, ein Land wie den Irak neu zu ordnen.«

Ist die Demokratie wenigstens in der westlichen Welt sicherer geworden? Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Geplündert wurden nicht nur die Kunstschatze, sondern auch die Waffenlager. Überdies ist nicht nur die Rekrutierung neuer Terroristen begünstigt worden, sondern die westliche Demokratie scheint sich, wie Jürgen Habermas bemerkt hat, von innen heraus in Frage zu stellen: »In den USA selbst unterminiert das auf Dauer gestellte Regime eines ›Kriegspräsidenten‹ schon heute die Grundlagen des Rechtsstaates.« Über die »Erosion of civil liberties in America« (Anderson 2002, 30) hinaus sieht Giorgio Agamben die USA »dem ganzen Planeten den Status eines permanenten Ausnahmezustands aufzwingen, der als die zwingende Antwort auf eine Art Weltbürgerkrieg zwischen Staat und Terrorismus dargestellt wird«. Um den Schein zu wahren, polemisiert Walter Laqueur gegen Agamben, dessen schlimmste Befürchtungen er in der Sache bestätigt: Angesichts der Gefahr eines künftigen Terrorismus mit Massenvernichtungswaffen erhebe sich »die Frage, wie man den Gefahren begegnen wird, ob das im Rahmen der heute existierenden Verfassungen und Gesetze möglich ist oder ob der Ausnahmezustand in der Tat für lange Zeit die Norm werden wird«, denn »es scheint klar, wie die große Mehrzahl in jeder Gesellschaft sich entscheiden wird, vor die Wahl gestellt zwischen Überleben und Einschränkung von verbrieften Freiheiten«. Im Extrem könnten Staat und Terrorismus dann tatsächlich, wie Agamben fürchtet, »ein einziges System mit zwei Gesichtern« bilden, »in dem jedes Element nicht nur dazu dient, die Handlungen des anderen zu rechtfertigen, sondern jedes sogar vom andern ununterscheidbar wird« (Laqueur).

Oder soll der Erfolg sich an der »Demonstration globaler amerikanischer Dominanz« (Binger) bemessen, mit der die USA »ihre internationale Vorherrschaft absichern« (Cremer)? Handelte es sich womöglich um einen Hegemonie-Erzwingungskrieg, wie viele meinen? Ging es darum, »mit aller Macht politisch und wirtschaftlich die Vorherrschaft zu übernehmen« (Kaiser)? Dann wäre die Antwort zumindest so gespalten wie die Einschätzung der *Financial Times*: »Militärisch betrachtet sind die USA [...] auf dem Höhepunkt ihrer Macht, politisch jedoch an einem Tiefpunkt.« (Wetzel) Und was wäre das für eine Hegemonie, die politisch inexistent ist? Vielleicht wird die gegenwärtige Krise zum »Ausgangspunkt einer Infragestellung der amerikanischen Hegemonie selbst« (de la Gorce).

Wäre wenigstens dem Ziel »wirtschaftlicher Vorherrschaft« (Kaiser) gedient? Ist die ökonomische Basis sowohl der militärischen Macht nach außen als auch des für den Konsens im Inneren sorgenden Konsumismus gestärkt? Konnte das einzigartige Privileg der USA, als »the world's biggest borrower« (Ferguson), Importe in ihrer eigenen Währung zu bezahlen und sich in dieser zugleich international zu verschulden und damit die Schuldenlast durch Abwertung zu verringern (vgl. Altwater, zur Diskussion Massarat), verteidigt werden?<sup>3</sup> Emmanuel Todds These, dass der Paradigmenwechsel der US-Politik einer Gefährdung ihrer Grundlage entspringt, nämlich der Fähigkeit, das Doppeldefizit (Handelsbilanz und Etat) zu prolongieren, ist nicht von der Hand zu weisen. Wie ein Süchtiger von seiner Droge hängen die USA vom Kapitalimport ab (vgl. Clairmont 2003). Während vom britischen Kolonialreich vor 1914 gesagt werden kann: »Hegemony also meant hegemony«, dass also dessen Geltung immer auch auf eigenem Geld beruhte, gilt von den USA das Gegenteil: »Its muscular military power is underwritten by foreign capital.« (Ferguson)<sup>4</sup> Todd spricht von »Tributzahlungen an die Amerikaner« (2003b), doch das ist eine irreführende Metapher. Tribut war, was Deutschland und Japan zum zweiten Golfkrieg 1991 an die USA beigesteuert haben. Ersparnis fließt in die USA – abgesehen vom Motiv der sicheren Festung, wenn ringsum Unsicherheit herrscht – in Erwartung höherer Erträge, womöglich zusätzlicher Wechselkursgewinne. Doch inzwischen scheint »der regulierende Mechanismus zu einer Bedrohung für die privilegierten Schichten der abhängigen Peripherie« geworden zu sein, »ob es sich um die Vermögenden in Europa und Japan handelt oder um die Neureichen in den Entwicklungsländern« (Todd 2003b, 128). Es sieht nicht so aus, als hätte der Irak-Krieg die Kapitalströme wieder verstärkt in die USA gelenkt. Jedenfalls ist fürs Erste nicht der Kurs des US-Dollars, sondern der seiner europäischen Konkurrenz gestiegen – nicht nur im Vorfeld, sondern auch im Gefolge des Krieges und des amerikanischen »Sieges«. Die Politik der Bush-Administration würde demnach von einem Grundwiderspruch heimgesucht: »Dem politischen Unilateralismus steht also der ökonomische Multilateralismus entgegen« (Klönne/Biermann 2003, 243). »This could make for a fragile Pax Americana« (Ferguson). Es könnte sein, dass die USA nach ihrem militärischen Sieg über die irakische Baath-Diktatur zusehen müssen, »wie die Konkurrenz die Region in den Griff nimmt, weil es den Amerikanern an geeigneten Leuten und, je mehr der Euro den Dollar als Leitwährung ablöst, auch an Geld fehlt« (Gremiliza).

Sollte die multilaterale Aushandlungsinstitution der UNO, die zugleich als Legitimationsfilter fungierte, den bewaffnete Interventionen passieren können müssten, ausgeschaltet werden? Auf den ersten Blick sieht es nach »Zerstörung der Autorität der [...] Friedensinstitution namens Vereinte Nationen« (Dieckmann) aus. Auf den

3 Die Diskussion um die Bedeutung des Erdöls diskutiere ich in »Herrschaft ohne Hegemonie?«, in: Das Argument 249/2003, 11-20

4 Der Historiker Ferguson sieht unter den Imperialmächten der jüngeren Geschichte einzig das russische Zarenreich in vergleichbarer Schuldnerposition.

zweiten Blick zeichnet sich auch hier eine dialektische Wendung ins Gegenteil ab: Während die Vereinten Nationen in den 90er Jahren zu »little more than a permissions office« (Anderson 2002, 11) verkommen waren, »virtually as much an arm of the State Department as the IMF is of the Treasury« (8), wuchs ihnen und dem Sicherheitsrat gerade jetzt neue Bedeutung zu, als sie von den USA beiseitegeschoben wurden. Die weltweiten Kundgebungen gegen den Irak-Krieg waren »eindeutig ein Protest für die Vereinten Nationen, gegen den nationalen Allmachtsanspruch der USA und deren neo-imperialistisches Bestreben« und »einseitige Kündigung der Weltgemeinschaft« (von Lucke, 393f). William Pfaff ist überzeugt, dass die Bush-Administration mit ihrem Irak-Krieg ungewollt dafür gesorgt hat, »dass die Vereinten Nationen relevanter erscheinen als je zuvor«. Nicht anders sieht es Dirk Schümer im Feuilleton der FAZ: Bei der »Fernsehinszenierung eines Friedenstribunals im Sicherheitsrat« haben »einzig die Amerikaner eine schlechte Figur« gemacht, so dass die »gedemütigte« UNO, die zuvor »niemals stärker war als ein politisches Rotes Kreuz«, erst »durch ihre Niederlage [...] eine Frieden und Recht stiftende Macht zugeschrieben« bekommen hat (Schümer). Selbst im konservativ-zensierten Leitartikel der FAZ wird erwartet, dass US-Interessen die US-Regierung wieder in die UN zurückführen, wenn die Bearbeitung der Kriegsfolgen ihr klar macht, dass sie »zwar Kriege gegen massiven Widerstand führen und gewinnen kann, dass aber der politische Preis [...] prohibitiv hoch ist« (Kohler).

Aber ist der US-Administration nicht wenigstens »die Entzweigung und Renationalisierung Europas« geglückt, um »das Entstehen einer zweiten Weltmacht im Keim zu ersticken« (Schümer)? Auch diesem »Erfolg« könnte nur kurze Dauer beschieden sein. Schümer erwartet sogar, dass der Irak-Krieg die »Auferstehung Europas« beschleunigt, das »auch aus diesem Konflikt gestärkt und geeint hervorgehen« werde, während Perry Anderson eine durch Ost-Erweiterung bei politischer Gespaltenheit beförderte weitere Schwächung der »bereits halb-paralisierten« brüsseler Institutionen kommen sieht (2002, 26). Jedenfalls ist die Karriere eines Politikers, der sein Schicksal an das von Bush bindet, in den europäischen Demokratien angesichts einer überwältigenden Mehrheit von Kriegsgegnern in den Bevölkerungen fast aller Staaten in Gefahr – mit Blairs »Bagdad-Hüpfer« in der Bevölkerungsgunst als der Ausnahme, welche die Regel bestätigt: »Gegen eine Mehrheit von achtzig, neunzig Prozent der eigenen Bevölkerung lässt sich nur in einer von Millionären und Industrieclans beherrschten Rumpfdemokratie wie Amerika, wo zur Not das Verfassungsgericht eine zwielichtige Wahl entscheidet, Politik gestalten.« (Schümer)

Freilich wäre es verhängnisvoll, die europäische Option einer imperialen Konkurrenz zu den USA in der Gestalt des »Multilateralismus« zu verklären und »die Verteidigung der globalen Rechtsordnung, des Multilateralismus und der UN« zum »entscheidenden Punkt der neuen globalen Bewegung« (von Lucke 2003, 393) zu erklären. Das verlöre die »andere Welt« aus dem Blick und würde den Protest zur Verteidigung des westlich-kapitalistischen Weltimperiums einspannen. Fürs Streben nach einer sozialen Alternative »wäre der hegemoniale Multilateralismus nicht die Lösung, wohl aber langfristig ein besserer Ausgangspunkt« (Haug 2003, 19).



## II. Die plötzliche Renaissance des Hegemonie-Begriffs

Seit dem 11. September 2001 ist die internationale Politik der Schauplatz rascher Veränderungen. Auf die Sympathiewelle, die den USA nach dem 11. September 2001 entgegenschlug, ist eine Welle des Zornes, ja Hasses gegen ihre militaristische Arroganz gefolgt. Indem die USA sich als »selbsternannter Richter, Geschworener und Henker der Welt« in einer Person aufführen, leben die US-Bürger, wie Arthur Schlesinger, einstmals Berater des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, in Anspielung auf Roosevelts Diktum über den japanischen Präventivschlag von 1941 gegen die US-Flotte in Pearl Harbor gesagt hat, »in der Schande«, während ihr Staat sich in das verwandeln zu wollen scheint, wovon 1821 John Quincy Adams gewarnt hat: in den »Weltdiktator« (zit.n. Schlesinger). In der Tat bewegen sich die USA in Richtung auf eine »dezisionistische Diktatur« (Barudio) à la Carl Schmitt.

Im politischen Wortschatz drückt sich die Verschiebung darin aus, dass der Ausdruck »Hegemonie«, der bis dahin ein Schattendasein in linken Seminaren geführt hatte, ins Zentrum des Diskurses gerissen worden ist. Plötzlich fing alle Welt an, im Blick auf die USA von »Hegemonie« und sogar vom »Hegemon« zu reden. Es überraschte vielleicht nicht besonders, dass Fidel Castro die USA »die einzige Supermacht« nannte, »die mit ihrer ungeheuren Macht die Welt unter ihre Hegemonie gebracht hat« (»hegemonizó al mundo«), doch selbst der deutsche Innenminister Otto Schily sprach im Fernsehen ebenso selbstverständlich von den USA als dem »Hegemon« wie der konservative FAZ-Leitartikel, in dem der »amerikanische Hegemon« als »Riese – der einzige seiner Art« figurierte (Kohler).

Es war, als sei die Sprache des demokratisch-revolutionären Russland des Jahres 1905 wieder auferstanden. Damals war die zaristische Autokratie durch eine militärische Niederlage erschüttert, und ein demokratisch-revolutionärer Aufbruch hatte die Volksmassen erfasst. Im gemeinsam mit der liberalen Bourgeoisie geführten Kampf um Demokratisierung ging es den Sozialdemokraten darum, die politisch-ethische Führung zu erringen. Angesichts ihrer zahlenmäßigen Schwäche konnte dies nur über die geistige Ausstrahlung ihrer Initiativen geschehen. In dieser Situation griffen ihre damals noch klassisch gebildeten Intellektuellen auf einen antiken Begriff zurück, den sie von Thukydides her kannten: *Hegemonia*, von griechisch *hegeómai*, das primär »voransein, führen, vorangehen« heißt, jedoch auch »meinen, glauben, schätzen« bedeuten kann. Der *hegemóon* ist 1. Wegweiser, Führer (in diesem Sinn ist *hegemónios* Beiwort des Gottes Hermes, der die Seelen der Verstorbenen zur Unterwelt geleitet); 2. Anführer; 3. Fürst, Herr. Die Blütezeit Athens verdankte sich der Verbindung militärischer Vormachtstellung als Seemacht mit dem politischen Prestige und Vertrauen, das sich Athen bei vielen der militärisch und ökonomisch schwächeren Stadtstaaten vor allem im Befreiungskrieg gegen die persische Despotie erworben hatte. Wenn die Menschewisten Plechanow, Martov und Axelrod 1905 von Hegemonie sprachen, verschoben sie im Vergleich zum antiken Sprachgebrauch den Akzent von der militärischen Vormacht auf die geistig-politische Ausstrahlung. Bei den Bolschewisten war dagegen die Orientierung auf Hegemonie mit dem

Argument umstritten, dass sie auf Unterstützung der liberalen Demokraten gegen die Selbstherrschaft hinauslaufe. Doch Lenin wandte sich kategorisch dagegen, »die Idee der Hegemonie über Bord zu werfen«. Genau darin, die Demokratiebewegung zu unterstützen, aber auf weitertreibende Weise, sah Lenin die Chance der proletarischen Bewegung<sup>5</sup>. Die demokratisch-revolutionäre Konjunktur rückte den Konsensaspekt hegemonialer Führung in den Vordergrund.

Heute ist es umgekehrt. Die gegenwärtige Konjunktur hat die Bedeutung von »Hegemonie« ins Unfreiwillige, Gewaltförmige, Überwältigende im Sinne militärischer Hypermacht verschoben. Kurz: Ein Begriff, der einmal Führung unter Einbeziehung der Meinung der Geführten meinte, wäre damit zum Synonym dessen geworden, wogegen er sich einmal gerichtet hat.

Wenn die spanische Tageszeitung *El País* von »hegemonía aérea« spricht (30-3-03), meint sie nicht, wie einmal Heinrich Heine, das »Luftreich der Hegemonie«, sondern die Herrschaft im Luftraum über dem Irak, nachdem dessen Luftwaffe sowie der größte Teil seiner Luftabwehr vernichtet waren. Erschrocken registrierten auch die westlichen Bündnispartner der USA deren »Verwandlung von einer wohlwollenden zu einer repressiven Hegemonialmacht«<sup>6</sup>. »Um die US-Hegemonie aufrechtzuerhalten werden sie«, wie der pakistanisch-englische Schriftsteller Tariq Ali gesagt hat, »Gewalt einsetzen, wo und wann immer es erforderlich ist.« »Hegemonie« bedeutet hier soviel wie imperiale Position, und bezeichnenderweise glaubt Ali, die USA seien »heute die einzige imperiale Macht«.<sup>7</sup> Diese Illusion ist der Effekt einer militärisch-technischen »Übermacht«, die oft als »Hypermacht« bezeichnet wird und hinter der andere imperiale Projekte aus dem Blick verschwinden.

Das Neue der gegenwärtigen Weltsituation engt der emeritierte Kölner Politologe Werner Link darauf ein, »dass Amerika – nachdem es als alleinige Weltmacht dasteht – auch seinen Machtbereich global definiert und dafür allgemeine Legitimierung erheischt«. Er übergibt das Paradox, dass ja dann alle andern Staaten in diesen Machtbereich fielen und sie ihre eigene Unterwerfung unter die Herrschaft der USA legitimieren müssten. Auch Jürgen Todenhöfers Begriff des »imperialen Hegemonialkriegs« ist deshalb ein Unbegriff, weil die USA den Irak gegen den Einspruch eines erheblichen Teils ihrer Verbündeten angegriffen haben und insofern auch deren Unterwerfung fordern. Unterwerfung hebt aber den Status des Verbündeten auf. Die Verweigerungshaltung zumal der NATO-Partner Frankreich, Deutschland und nicht zuletzt des türkischen Parlaments vollzieht diese Aufhebung vom anderen Pol her.

Friederike Bauers Rede von der gegenwärtigen »Aussicht auf eine alleinige Hegemonialmacht Amerika, die niemandem Rechenschaft schuldig sei« oder von einer »neuen Hegemonie (gemeint Willkür)«, verkennt wie so viele, die jetzt mit

5 W.I.Lenin, *Arbeiterdemokratie und bürgerliche Demokratie*, 1905, LW 8, 66.

6 So hat es (gleichlautend mit vielen anderen) der *Spiegel*-Redakteur Romain Leick im Gespräch mit dem französischen Historiker Emmanuel Todd formuliert.

7 Noch merkwürdiger klingt Tariqs Umkehrung einer These Lenins: »die Ökonomie ist nichts als eine konzentrierte Form von Politik, und der Krieg ist eine Fortsetzung beider mit andern Mitteln« (es könnte sein, dass die Übersetzer von *News Clips* die Umdrehung verbrochen haben).

einem Mal den Hegemoniebegriff im Munde führen, dass gerade Recht und Rechenschaft hegemonieträftig sind, wann immer eine relative Übermacht sie respektiert und praktiziert. Wer den Geführten gegenüber keine Rechenschaft ablegt, setzt ihr Vertrauen aufs Spiel. Und wer das Recht bricht, riskiert Dyshegemonie.<sup>8</sup> Ein hölzernes Eisen ist Jürgen Habermas' Begriff des »hegemonialen Unilateralismus«, den sich auch Christian Geyer (2003b) zu eigen gemacht hat. Ein unilateraler bzw. »sich selbst ermächtigender Hegemon« wäre einer, dem freiwillig keine andere Macht folgt. Unfreiwilliges Folgen aber ist Zeichen von Herrschaft. Hegemonie ist per definitionem multilateral. Die Frage lautet: Was passiert mit dem bisherigen Hegemon, wenn er sich dem Unilateralismus zuwendet?

Die Sanktionierung der amerikanischen Kriegspläne durch den UN-Sicherheitsrat wäre dem bereits zitierten Kölner Politologen zufolge gleichbedeutend gewesen »mit der Akzeptanz einer amerikanischen Welthegeemonie oder -herrschaft, mit der Legitimierung eines einzigen Weltpolizisten« (Link). Dagegen ist zu sagen: Welthegeemonie ist nicht Weltherrschaft, und der Polizist ist qua Polizist nie der Hegemon, allenfalls dessen Büttel. »Ein einzelner Staat hingegen darf nicht als ›Weltpolizist‹ gegen friedensverletzende Staaten militärisch vorgehen.« (Kirchhof) Herrscht er in eigener Vollmacht, ist er Despot an der Spitze eines »Welt-Polizeistaats« (Ivan Nagel). In diese Perspektive fügt sich Präsident Bushs, wie Robert Byrd im US-Senat gesagt hat: »unsinnig kriegerische Sprache im Verein mit grober Missachtung der Interessen und Meinungen anderer Nationen«.

Nicht nur die aus dem Traum ihrer freiwilligen Gefolgschaft gerissenen Regierungen reden über US-Hegemonie in diesem diktatorischen Sinn, sondern auch die konzeptiven Ideologen des amerikanischen Neokonservatismus. Einer der Wortführer, Charles Krauthammer, propagiert den Krieg als Mittel »zur Stärkung der nationalen Interessen [...], die sich nur durch Erweiterung der nordamerikanischen Hegemonie in der arabischen Welt erreichen lässt« (zit.n. Subirats 2003).

### III. Hegemonie als Gramscis Schlüsselbegriff

Hundert Jahre nach der ersten russischen Revolution ist den allermeisten politischen Intellektuellen nicht nur Thukydides unbekannt, sondern auch Antonio Gramsci. Als 1989 der Begriff der »Zivilgesellschaft« Karriere machte, ignorierten dessen beflissene Benutzer, dass es einer der ganz zentralen Begriffe in Gramscis *Gefängnisheften* ist. Das rächte sich bitter, als der seiner Substanz beraubte Zivilgesellschaftdis-

8 Es gibt, wie der PSOE-Generalsekretär José Luis Rodríguez Zapatero bemerkt hat, »keine moralische Überlegenheit durch eine militärische Überlegenheit, die sich nicht selbst Grenzen setzt«. Damit ist zugleich gesagt, dass eine militärische Übermacht, die sich selbst die Grenze setzt, ihre Überlegenheit nicht gegen den Willen ihrer Verbündeten auszuspielen, und einen Kompromiss mit diesen sucht, deren Bereitschaft bestärkt, sich von ihr führen zu lassen.

9 »Der entscheidende Dissens besteht in der Frage, ob der völkerrechtliche Kontext der Rechtfertigung durch den der unilateralen Weltordnungspolitik eines sich selbst ermächtigenden Hegemons ersetzt werden kann und darf.« (Habermas 2003)

kurs in sein neoliberales Gegenteil umgebogen wurde. Mit dem Hegemoniebegriff, dem zweiten Zentralbegriff Gramscis, scheint sich das Spiel zu wiederholen. Mit ihm lässt sich die internationale Wirkung der gegenwärtigen Politik der USA begreifen als »einer der Fälle, in denen man es mit der Funktion der ›Herrschaft‹ und nicht der ›Führung‹ [...] zu tun hat: Diktatur ohne Hegemonie« (H. 15, §59, 1779) Der Hamburger Politikwissenschaftler Werner Goldschmidt ist einer der wenigen, die den Paradigmenwechsel der US-Politik unter Präsident Bush unter Rückgriff auf Gramsci als Wechsel von der Hegemonie- zur Dominanzpolitik begriffen haben. Wäre demnach das, was bedeutende Zeitgenossen von Walden Bello bis Michael Brumlik<sup>10</sup> oder Paul Kennedy<sup>11</sup> als amerikanische Hegemoniepolitik kritisieren, in Wahrheit die Negation derselben? Ja mehr noch: Die vermeintliche Kritik an der US-Hegemonie wäre demnach in den meisten Fällen Kritik an der Preisgabe hegemoniefähiger Politik seitens der Bush-Administration, liefe also in Wirklichkeit darauf hinaus, die Rückkehr der USA zur Hegemoniepolitik einzuklagen. Sie tun es, aber sie wissen es nicht. Es muss dem von Gramsci unbelekteten gesunden Menschenverstand paradox vorkommen, wenn man ihm das sagt. Helfen wir ihm auf die Sprünge, indem wir uns von Gramsci inspirieren lassen.

In Gramscis vor 1924 geschriebenen politischen Analysen bedeutet »Hegemonie« noch »Machtüberlegenheit« und »Vorherrschaft«, während der Ausdruck »Prestige« wie bei seinem linguistischen Lehrer Bartoli wesentliche Aspekte dessen besetzt, was in den *Gefängnisheften* »Hegemonie« heißen wird (Lo Piparo 1979, 105). In der *Südfrage* (1926) ist von »Hegemonie des Proletariats« im Sinne der »*gesellschaftlichen Basis der proletarischen Diktatur und des Arbeiterstaates*« die Rede, wobei über ein »System von Klassenbündnissen« die Mobilisierung der »Mehrheit der werktätigen Bevölkerung« auf eine Weise gelingen soll, die das Proletariat »zur *führenden und herrschenden Klasse*« macht (44f). Dieser Doppelcharakter von Führung und Herrschaft ist es, dessen Untersuchung zu einer ersten Ausarbeitung des Hegemonie-Begriffs der *Gefängnishefte* führt.

Im Arbeitsplan ist dort von »Hegemonie« noch nicht die Rede. Die Sache taucht zuerst in §43 des ersten Hefts auf, das Wort in §44, einer der umfangreichsten Eintragungen (*Gef.* 1, 101-16). Ausgehend von der Untersuchung des Verhältnisses von Führen und Herrschen im Risorgimento (der wie in Deutschland »verspäteten« Erkämpfung des italienischen Nationalstaats) durchdringt die Hegemonie-Frage von nun an Thema um Thema. Auch das Thema Risorgimento, eines der Hauptthemen der *Gefängnishefte*, ist im Plan noch nicht vorgesehen. Gramsci scheint in

10 Micha Brumlik spricht von »einer US-amerikanischen Hegemonie, die nach Gutdünken festlegt, was Recht und Moral ist« – was streng genommen ein ungereimter Widerspruch ist, da man Recht und Moral, die immer interobligatorisch sind, per definitionem nicht einseitig und willkürlich festlegen kann. An anderer Stelle spricht Brumlik unumwunden vom »Neo-Imperialismus« der USA.

11 Kennedy spricht von den USA auch als dem »imperio global«, dann wieder einfach als der »Nummer eins«. »Die USA sind der Titan der Welt, der noch nicht ermattet ist, doch schon jetzt die schwere Last der dringendsten Probleme des Planeten trägt.«

dieses Thema ›hineinzurutschen‹ bei Skizzierung des (im Arbeitsplan unter Punkt 14 genannten) »historisch-kritischen« Zeitschriftentyps. Der folgende Paragraph (44) setzt »Politische Führung durch eine Klasse vor und nach Regierungsantritt« auf die Tagesordnung und macht aus dem ›Ausrutscher‹ den Hauptweg. Nach einer Seite Vorklärungen taucht, als Bedingung politischer Führung, der Begriff »politische Hegemonie« auf (102), beim ersten Mal noch in Anführungszeichen: »Es kann und es muss eine ›politische Hegemonie‹ auch vor dem Regierungsantritt geben, und man darf nicht nur auf die durch ihn verliehene Macht und die materielle Stärke zählen, um die politische Führung oder Hegemonie auszuüben.« Die Fähigkeit der demokratisch-revolutionären Kräfte, eine autonome Politik zu verfolgen, setzt voraus, dass sie sich vom Schlepptau »fremder Hegemonie«<sup>12</sup> losmachen, die in den Oberklassen ihr Zentrum hat. Das Studium »fremder Hegemonie« oder hegemonialer Subalternität progressiver Bewegungen nimmt daher einen großen Raum ein. Hier schließt das Konzept der »passiven Revolution« (H. 1, §44, 102) an. Die herrschende Klasse ist – etwa bei der Durchführung eines Modernisierungsprozesses – »führend gegenüber den verbündeten Klassen und herrschend gegenüber den gegnerischen Klassen« (101).

Um Führungsfähigkeit fassen zu können, erweitert Gramsci den Intellektuellenbegriff auf »die ganze soziale Masse, die organisierende Funktionen in weitem Sinne, sowohl auf dem Gebiet der Produktion als auch auf dem der Kultur und auf politisch-administrativem Gebiet ausübt« (H. 1, §43, 98). Besonders interessiert ihn die mögliche »Anziehungskraft« der »Intellektuellen der historisch progressiven Klasse«: sie bewirkt, »dass sie sich letztlich die Intellektuellen der anderen Klassen unterordnen« (102). Gramsci spricht in diesem Fall von »Transformismus«.<sup>13</sup>

Ein geschichtlicher Akteur dieser Art verliert die hegemoniale »Anziehungskraft«, wenn ihn »nur seine derzeitigen physischen Komponenten interessieren, seine unmittelbaren ›korporativen‹ Interessen (korporativ [...] als unmittelbare und egoistische einer bestimmten begrenzten sozialen Gruppe)« (H. 1, §44, 111). Hegemonie-Fähigkeit setzt die Überwindung des korporativen Stadiums einer ›geschichtlich produktiven‹ Klasse voraus; ihre Intellektuellen sind die Akteure einer (partiell illusorischen) Universalisierung, die ihr »Opfer« abverlangt, um andere Klassen, Schichten und Gruppen ›mitnehmen‹ zu können, indem sie ihnen Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Hegemonie im vollen Umfang verdankt sich also keineswegs bloßer Überredung, und auch »kulturelle Hegemonie« ist nicht bloß kulturell, sondern muss irgend eine faktisch-gegebene oder zumindest objektiv-mögliche Grundlage in der Produktionssphäre haben (vgl. H. 13, §13). »Wenn die herrschende Klasse ihre Funktion erschöpft hat, neigt der ideologische Block zum Zerfall, und auf die ›Spontaneität‹ folgt dann der ›Zwang‹, in immer weniger verhüllten und indirekten Formen bis hin zu regelrechten Polizeimaßnahmen und Staatsstreichen.« (H. 1, §44, 102f)

12 Dieser Begriff taucht explizit erst in H. 6, §38 auf, 738.

13 Siehe zum ganzen Komplex den Artikel »Hegemonie« in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 6 (in Vorbereitung).

In §48 geht es v.a. um Hegemonie-Krisen – bei denen sich im Innern jeder Partei wiederholt, »was im Parlament insgesamt eintritt: Schwierigkeit der Regierung« (120). »Die ›normale‹ Ausübung der Hegemonie [...] zeichnet sich durch eine Kombination von Zwang und Konsens aus, [...] ohne dass der Zwang den Konsens zu sehr überwiegt, sondern im Gegenteil vom Konsens der Mehrheit, wie er in den sogenannten Organen der öffentlichen Meinung zum Ausdruck kommt, getragen erscheint« (120). Zwischen Konsens und Zwang »steht Korruption-Betrug«, typisch für Situationen, »in denen die Ausübung der hegemonialen Funktion schwierig ist, weil die Gewaltanwendung zu viele Gefahren darstellt«; die gegnerischen Gruppen sollen dann dadurch zermürbt werden, »dass ihre Führer, heimlich im Normalfall, offen im Falle der Gefahr, gekauft werden« (ebd.).

Die Verbindung damals – in den späten 1920er und frühen 30er Jahren – aktueller Hegemonie-Fragen zur Ökonomie stellt Gramsci am Beispiel der USA her. Damit rückt der Fordismus in sein Blickfeld, »die Gewalt (– Zerstörung des Syndikalismus –) mit der Überzeugung (– Löhne und andere Zuwendungen –) kombinierend; um das gesamte Leben des Landes auf die Grundlage der Industrie zu stellen.« (H. 1, §61, 132)

Nachdem die politische Hegemonie-Frage erst einmal aufgetaucht ist, durchzieht sie mit ihren Aspekten die thematisch ansonsten vielfältigen Notizen des ersten Hefts.

Entsprechend der Unterscheidung der Hegemonie-Funktion von der Funktion »direkter Herrschaft« unterscheidet Gramsci Zivilgesellschaft und Staat (im engen Sinn) als »zwei große superstrukturelle ›Ebenen‹« (H. 12, §1, 1502). Entwickelte Gesellschaften sind durch ein hochdifferenziertes zivilgesellschaftliches, »gemein- hin ›privat‹ genanntes« (ebd.), in Wirklichkeit aber jenseits der Privatsphäre angesiedeltes und die Grenzen des persönlichen Privateigentums (wenn auch keineswegs der Herrschaft des Privateigentums) überschreitendes Organisations- und Vereinswesen durchdrungen, gegliedert und zusammengehalten. Die Staats- und Wirtschaftskrisen nach dem Ersten Weltkrieg haben gezeigt, dass die Staatsgewalt ins Wanken kommen kann, ohne dass dies die bürgerliche Herrschaft ernstlich gefährdet, solange ihre Hegemonie-Grundlage nicht ebenfalls erodiert ist. Bei »ungenauem Verständnis dessen, was der Staat ist (in integraler Bedeutung: Diktatur + Hegemonie)« (H. 6, §155, 824), wird revolutionäre Politik in solcher Situation scheitern. Die hier erforderliche Politikstruktur vergleicht Gramsci mit dem Stellungskrieg: »in der Politik ist der Stellungskrieg das Hegemonie-Konzept«; es kann erst nach dem Aufkommen der »großen Volksorganisationen modernen Typs« entstehen, »die gleichsam die ›Schützengräben‹ und die permanenten Befestigungen des Stellungskrieges darstellen« (H. 8, §52, 975; Übers. korr.). In der spontanen »Gleichsetzung von Staat und Regierung« sieht Gramsci die »korporativ-ökonomische Form« wieder auftauchen mit ihrer »Verwechslung von Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft«, weil nämlich »in den allgemeinen Staatsbegriff Elemente eingehen, die dem Begriff der Zivilgesellschaft zuzuschreiben sind« – Gramsci bringt dies auf die berühmte Formel vom »integralen Staat«: »Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang« (H. 6, §88, 783).

Obwohl zunächst ein ›wertfreies‹ politologisches Analyseinstrument, tendiert der Hegemonie-Begriff zur Demokratie, unter deren »zahllosen Bedeutungen« sich nach Gramsci »die realistischste und konkreteste im Zusammenhang mit dem Begriff der Hegemonie gewinnen« lässt: »Im hegemonialen System existiert Demokratie zwischen der führenden Gruppe und den geführten Gruppen in dem Maße, in dem [die Entwicklung der Ökonomie und daher] die Gesetzgebung [die eine solche Entwicklung ausdrückt] den [molekularen] Übergang von den geführten Gruppen zur führenden Gruppe begünstigt.« (H. 8, §191, 1049) In diesem Sinne gab es selbst im römischen Reich »eine imperial-territoriale Demokratie in Gestalt der Einräumung des Bürgerrechts für die eroberten Völker« (ebd.) – ein Hinweis für heutige Imperiumsdiskussionen.

Der Hegemonie-Begriff bindet soziale und individuelle Emanzipation aneinander. Den Ausgangszustand der Individuen beschreibt Gramsci als hinterrücks erfolgende, in diesem Sinne passive und zudem widersprüchliche Vergesellschaftung, »wo die Widersprüchlichkeit des Bewusstseins keinerlei Handlung erlaubt, keinerlei Entscheidung, keinerlei Wahl, und einen Zustand moralischer und politischer Passivität hervorbringt« (1384). Im Selbstlauf gehört demnach jedes Individuum zunächst disparaten Kollektiven an, die es nicht gewählt hat (1375ff). »Zum kritischen Selbstverständnis kommt es daher über einen Kampf politischer ›Hegemonien‹, kontrastierender Richtungen, zuerst im Feld der Ethik, dann der Politik, um zu einer höheren Ausarbeitung der eigenen Auffassung des Wirklichen zu gelangen. Das Bewusstsein, Teil einer bestimmten hegemonischen Kraft zu sein (das heißt das politische Bewusstsein), ist die erste Phase eines darüber hinausgehenden progressiven Selbstbewusstseins, in dem Theorie und Praxis schließlich eine Einheit bilden.« (1384) Die Frage nach der Einheit von Theorie und Praxis ist nun aber neben der politisch-philosophischen Grundfrage des *hen ek pantoön* oder *unum ex pluribus*, der Herstellung von Einheit aus Vielen, eine der beiden Gründungsfragen der europäischen Philosophie. Deshalb hebt Gramsci hervor, dass »die politische Entfaltung des Hegemonie-Begriffs außer einem praktisch-politischen einen großen philosophischen Fortschritt darstellt, weil er notwendigerweise eine intellektuelle Einheit mitumfasst und unterstellt, und eine Ethik, die einer Auffassung des Wirklichen entspricht, die den Alltagsverstand aufgehoben hat und, sei es auch noch innerhalb enger Grenzen, kritisch geworden ist« (1384). Die Bildung massenhaft-individueller »Kohärenz« im Medium emanzipatorischer Hegemonie ist für Gramsci daher eine eminent »philosophische« Tatsache« (H. 11, §12, Anm. IV, 1377).

#### IV. Zwei Imperialkonzepte

Mit Gramsci lässt sich nun die gegenwärtige Gemengelage als »Ringens zweier Imperialkonzepte« (Haug 2003, 18) begreifen, gleichsam durchquert von einer globalen Bewegung für »eine andere Welt« als die des neoliberal betriebenen High-Tech-Kapitalismus. Unter Clinton führten die USA »by consensus a set of powers who gathered sufficient reward from accepting US-guidelines for the world-system«

(Bové 2002, 1). Der Menschenrechtsdiskurs fungierte als »hegemoniales Idiom« (Anderson 2002, 14). Die Bush-Administration dagegen »set aside hegemony as the effort to gain negotiated consensus for American global leadership, revealing instead the unequalled and brutal force of American military and, for now, economic power in an effort both to establish the legitimacy of imperial policy and to expand the US imperium, itself« (Bové, 2). Wenn es sich um ein Imperium in Ausdehnung handelt, dann um eines, »das kein Bewusstsein von sich als eines solchen hat«, wie Michael Ignatieff, Direktor des Carr Center in der Kennedy School of Government, meint. Er sieht die USA an der Schwelle zwischen Republik und Imperium. Wenn Präsident Bush im Juni 2002 vor West-Point-Kadetten erklärt hat: »die USA haben kein Imperium auszudehnen und keine Utopie zu verwirklichen«, und im November vor Veteranen: »Wir streben nicht nach einem Imperium« (zit.n. Ignatieff), so darf man getrost mit Sigmund Freud das Nein in Klammern setzen. Denn »welches andere Wort außer ›Imperium‹ könnte die erdrückende Macht beschreiben, in die die USA sich zu verwandeln anschicken?« (Ignatieff) Denn dies ist die andere Wortgruppe, die wie ein Geist aus der Flasche gequollen ist und über der Szene schwebt: Imperium, Imperialpolitik und, zunehmend, neuer Imperialismus. Doch Sinn und Verortung des Imperialen sind in der Diskussion zumeist so unklar wie der Sinn von Hegemonie. Die Unklarheit beginnt bei der US-Regierung, die zwischen Imperator und Hegemon schwankt. Nach dem Zusammenbruch der SU glaubten die US-Präsidenten, »imperiale Herrschaft zum Niedrigpreis« haben »und die Welt regieren zu können, ohne eine neue Imperialarchitektur – neue Militärbündnisse, neue Rechtsinstitutionen, neue Organismen der internationalen Entwicklung – entwerfen zu müssen« (ebd.).

Perry Anderson meint, die von ihm als »widows of Clinton« (2002, 29) verspotteten Anhänger eines hegemonialen Multilateralismus trauerten um eine Fiktion. Was die Bush-Administration zerstörte, sei nur die »fiction that the ›international community‹ was an alliance of democratic equals« (11). Mit Recht betont er die Asymmetrie, die jeder Hegemoniestruktur eigen ist: »a hegemon will possess features that cannot be shared by others, since it is precisely those that lift it above the ruck of its rivals« (21). Die formale Gestalt jedes Hegemonialregimes ist dadurch bestimmt, dass es »eine partikuläre Macht mit einer allgemeinen Koordinationsaufgabe verbindet« (20). Führung spricht dabei die Sprache des Allgemeinen; militärische Übermacht ist dann das Besondere des Hegemons; erst beide Momente zusammen konstituieren Hegemonie im Sinne Gramscis. Doch Anderson ebnet die Differenz zwischen einem multilateralen (wenngleich in diesem Sinn ›asymmetrischen‹) Imperialkonzept und einem unilateralen herunter, als sähe er in der ›weicheren‹ Macht der Hegemonie nur Heuchelei. Man muss diese ganz ›ungramscianische‹ Geringschätzung, die ihn zu einer Fehleinschätzung des Widerstands gegen die Kriegspolitik der USA führte<sup>14</sup>, nicht mitmachen, um seiner Gesamtdiagnose einen zumindest heuristischen Wert

14 »...the certainty is an occupation of Iraq – to the applause of the international community, including the overwhelming majority of the commentators and intellectuals now wringing their hands over Bush's ›unilateralism‹« (Anderson 2002, 28).



zugestehen: Die Struktur der internationalen Verhältnisse bestimmt sich für ihn durch eine umkämpfte Kombination von Lenins antagonistischem Imperialismus mit Kautskys integriertem Ultra-Imperialismus (20). Mit Gramsci bestimmt er Hegemonie als »a form of leadership that can offer the most advanced model of production and culture of its day, as target of imitation for all others. That is the definition of hegemony, as a general unification of the field of capital.« (Ebd.) Die USA könnten daher »in einem weltweiten Imaginären als der verschwindende Punkt der Moderne figurieren« und für Millionen »eine ideale Gestalt ihrer eigenen Zukunft« darstellen (24).

Die Basis der Ambivalenz im Verhältnis zu den USA ist deren bestimmende Rolle im transnationalen High-Tech-Kapitalismus. Wer den krisenhaften Siegeszug desselben nur als »Krise der Produktionsweise« (Wildcat) sieht oder mit Susan George »den Neoliberalismus als die ›Software‹ und die Militarisierung als die ›Hardware‹ der Globalisierung« beschreibt (von Lucke 2003, 393), also die zugrunde liegende ›Hardware‹ der hochtechnologischen Produktionsweise und der ihr entsprechenden Produktionsverhältnisse übersieht, wird Form, Funktion und Folgen des neuen High-Tech-Krieges mit seinem »Quantensprung in Präzision und Wirkung amerikanischer Feuerstärke« (Anderson 2003, 13) verfehlen. Mit seinem »Regime des Terrors, welches sich auf die modernsten Waffen des 21. Jahrhunderts und zugleich auf das schlechteste Erbe des 20. Jahrhunderts stützt«, ist er jedenfalls kein »gewöhnlicher schmutziger Kolonialkrieg« (Paech). Wenn der »Weltordnungskrieg« (Kennedy) der USA als Folge und Bewegungsform der politisch-ökonomisch »unregulierten Globalisierung« gefasst werden kann (Morodo), so sein Effekt als Beschleunigung des Übergangs »zu einer neuen internationalen Vergesellschaftungsweise«, in der es ja nicht mehr darum geht, Territorien zu erobern, als vielmehr, »sie zugänglich zu halten und der imperialen Ordnung zu unterwerfen« (Binger). Was der Imperiumsthese von Michael Hardt und Antonio Negri, die Binger teilt, entgegensteht und die »Risse im imperialen Konsens« verursacht, ist der »Kampf um die Definitionsmacht bei der notwendigen transnationalen politischen Homogenisierung und der Formulierung gemeinsamer imperialer Interessen« (ebd.). Im Gegensatz zu Anderson hält Binger die »ungleichgewichtige Verteilung des militärischen Potenzials« für eine unüberwindbare Barriere gegen die »Herausbildung eines übergreifenden hegemonialen Konsenses«. Was die USA unter Bush sich ihrer »Konsultationspflichten« entledigen (Brumlik) und zum »Diktat des Stärksten« (Binger) übergehen lässt, folgt nicht aus ihrer Stärke, sondern daraus, dass die Regierung nicht nur »von einer Gruppe messianischer Ideologen gekapert worden« ist (Kaldor), sondern dass die für moderne bürgerliche Gesellschaften grundlegende Trennwand zwischen dem ›ideellen Gesamtkapitalisten‹ und den ganz unideellen besonderen Realkapitalisten eingerissen worden ist.

Wenn in vielen islamischen Gesellschaften eine der Grundlagen moderner Staats- und Gesellschaftsverhältnisse, die Trennung von Staat und Kirche, noch nicht zu Ende geführt ist, so ist es in der amerikanischen Gesellschaft, wo Religion von Anfang an Privatsache war, die Trennung von Staat und Kapital, eine ebenso entscheidende Grundbedingung zivilisatorischen Fortschritts, die heute gefährdet ist. Als Effekt der schleichenden Aufhebung der Trennung von Staat und kapitalistischer

Ökonomie<sup>15</sup> diagnostiziert der amerikanische Ökonom Paul Krugman die Entstehung einer neuen US-Oligarchie. »Die Regierung und das Unternehmertum sind zu einem großen *Wir* verschmolzen.« (Jonathan Chait in *The New Republic*, zit.n. Krugman) Die kommerziellen Interessen kontrollieren, wie Krugman feststellt, »praktisch alle Aspekte der Innenpolitik«: »ein Haufen mittlerer Chargen [...] überwacht inzwischen Industrien, für die sie zuvor gearbeitet haben« (Chait).<sup>16</sup>

Die Un- oder allenfalls Halbbewusstheit der Imperialpolitik prägt auch den Widerstand westlicher Eliten und Regierungen. Wer heute die USA wegen Hegemoniepolitik angreift, greift in Wirklichkeit die Verdrängung der Hegemoniepolitik durch eine Strategie direkter Herrschaft an, die wiederum unentwerrbar mit Kapitalinteressen verschlungen ist. Ein großer Teil der offiziellen Protestierer gegen die vermeintliche US-Hegemonie *will* diese und verlangt nach Bündnispartnerschaft, lehnt aber Vasallentum ab. Elisabeth Pond verweist auf »das alte Sprichwort, die Europäer wollten von den USA geführt werden – solange die USA in die Richtung streben, in die Europa will« (2003, 434). Dass die US-Administration nicht daran denkt, dem Verlangen derer zu entsprechen, die nichts lieber wären als ihre »treuen Verbündeten«, brachte Ignacio Sotelo auf die Formel: »Wir Europäer stecken in dem tragischen Dilemma: Bruch oder Unterwerfung.«

Abgesehen von einigen postkommunistischen Gesellschaften lässt sich bei der neuen transnationalen Bourgeoisie allerdings auch ein sekundärer Hegemonie-Effekt direkter Herrschaft auf Basis militärischer Übermacht beobachten. Dies bezeugt etwa ein Leitartikel der FAZ, der darüber sinniert, dass eine Welt *ohne* die Herrschaft der USA schlimmer wäre als eine »unipolare« *unter* dieser Herrschaft (Busse 2003). Vollends gute Miene dazu macht ein von Wolfgang Schäuble formuliertes Positionspapier des CDU-Bundesvorstands. Christian Geyer überführt die dort als »Fortentwicklung des Völkerrechts« verkleidete Kapitulation vor der »unilateralen Hegemonie« der USA der »Entrechtlichung durch Verrechtlichung des Rechtsbruchs« (2003b).

15 »Viele der organischen Intellektuellen des Unilateralismus und der Militärmacht unterhalten enge Beziehungen zu Unternehmen mit ökonomischen Interessen am Wiederaufbau des Irak.« (Estefanía) Der als Militärgouverneur vorgesehene US-General sitzt im Vorstand einer Waffenfirma, einer der Hauptberater des US-Präsidenten vertritt eine Baufirma, die noch vor der Zerstörung des Irak einen opulenten Auftrag zum Wiederaufbau erhalten hat.

16 In der Fusion von Politik und Geschäft wäscht natürlich eine Hand die andere. Krugman erzählt, wie die jetzigen Bosse von Clear Channel (einem streng zentralistisch geführten Konzern, der ca. 1.200 Sender besitzt) in ihrer früheren Funktion (als Präsident bzw. Verwaltungsrat der Investment Management Co., UTIMCO) dem damaligen texanischen Gouverneur George W. Bush in irgendeiner Schieberei (die Verwaltung von Universitätsfonds gegen den Kauf der Texas Rangers) einen Millionenverdienst zugeschanzt haben. Jetzt haben dieselben Herrschaften Demonstrationen für den Krieg inszeniert, zu denen zwar nicht viele Demonstranten kamen, die aber desto gewalttätiger aufgezogen waren: Als die Sängerin der Dixie Chicks, Natalie Maines, Bush kritisiert hatte, wurden in Louisiana ein Haufen CDs, Kassetten und Kultobjekte der Dixie Chicks vor einer johlenden Menge von einem Traktor zermalmt. Krugman fühlt sich an die Bücherverbrennung der Nazis erinnert. Clear Channel ist groß geworden dank der neoliberalen Medienreform. Anscheinend geht jetzt ein Gerangel vor sich, ob diese zurückgedrängt oder radikalisiert werden soll. Letzteres würde den Konzern vollends zum Quasi-Monopolisten machen.

## V. Zwischen Hegemonie-Krise und Dys-Hegemonie

Es verhält sich wie im Gleichnis von der Eule der Minerva: Just im Moment der »zunehmenden Gefährdung der amerikanischen Hegemonie« (Todd 128) redet alle westliche Welt in anklagendem Ton von ihr. Wenn eine Bindung brüchig wird, gerät sie unter Anklage. Verrückt ist bloß, dass es im allgemeinen Bewusstsein so aussieht, als entstünde die im Verschwinden begriffene erst jetzt. Die Gegenwart schwankt in der Beurteilung der Situation zwischen zwei Extremen: Die einen sehen die USA die Welt-herrschaft antreten und das 21. Jahrhundert zum amerikanischen Jahrhundert machen (so Kagan, Krauthammer u.a.); die anderen meinen, in der US-Politik die Flucht aus dem wirtschaftlichen Niedergang einer auf Pump, vom Zustrom ausländischen Kapitals lebenden Nation zu erkennen (so etwa Todd). Ob nun die USA wachsende Führungsunfähigkeit durch Kriegsführungsfähigkeit kompensieren oder ob sie mit der Arroganz der militärischen Übermacht die für überflüssig gehaltenen Rücksichten auf bisherige Bündnispartner wegwerfen – die Reaktion der aus hegemonialer Rücksicht Ausgestoßenen besteht darin, desto nachdrücklicher auf die UNO als Legalitäts- und Legitimitätsquelle in einem zu setzen. Die Völker aber reagieren in überwältigender Mehrheit mit Aversion. Das Resultat kann als negative Hegemonie oder *Dys-Hegemonie* der USA beschrieben werden (vgl. Haug 2003, 14f). Nicht nur in den Ländern, deren Regierungen im schroffen Gegensatz zum Bevölkerungswillen den USA in den Irakkrieg gefolgt sind, hat die Orientierung der USA auf eine Weltordnung, die »aus amerikanischer Sicht nur ein Zentrum haben [kann]: die USA und nicht den UNO-Sicherheitsrat« (Kagan 2003), eine Krise bisheriger Konsenshaltungen hervorgerufen, die den Anlass transzendiert und als *Hegemonie-Riss* beschrieben werden kann.

»Die Hauptschuld [...] trägt die Regierung Bush.« Durch den Riss in der Hegemonie hat dieser Satz den Weg in die Leitglosse der FAZ gefunden (Nonnenmacher). Man beachte, dass es nicht der Krieg ist, der den FAZ-Herausgeber erzürnt, sondern seine schlechte Begründung und die Tatsache, dass zu viel durchgesickert und deshalb ein »falscher« (weil zutreffender) Eindruck entstanden ist. »Weil gleich mehrere Kriegsziele angeführt wurden – von der Entwaffnung des Irak über den Regime-wechsel bis zur Demokratisierung des ganzen Mittleren Ostens –, ist nie richtig klar geworden, welchen Test Saddam Hussein überhaupt bestehen könne. Weil früh der Eindruck entstand, dieser Krieg sei in Washington bereits beschlossen, wirkten Diskussionen [...] scheinhaft oder gar scheinheilig. Und weil die Amerikaner, statt Zweifel argumentativ zu zerstreuen, nach der unglückseligen Maxime, wer nicht für sie sei, sei gegen sie, im Kreise der eigenen Partner Spaltungspolitik betrieben, war die diplomatische Eskalation am Schluss fast unvermeidlich.« Schlimm war von diesem Standpunkt, dass die Begründungen »scheinhaft oder gar scheinheilig« »wirkten«, nicht, dass sie es waren. Und schlimm, dass »auch solche, die außerhalb des Sicherheitsrates geführt wurden«, so wirkten, »zum Beispiel in der NATO zwischen Amerika und seinen Verbündeten in Europa«.

Die durchschaute Lüge befördert bei den Belogenen, die zugleich die Betrogenen sind, den Hegemonieriss, wie umgekehrt durch den Riss im Tempelvorhang

der Hegemonie die Verkündungen der Herrschenden ihr Lügengesicht zeigen. Den spanischen Schauspieler Gerardo Malla stößt an der Aznar-Regierung am meisten ihre »Art zu lügen« ab, »dieser Stil der Macht [...], die von Grund auf als Fähigkeit ausgeübt wird, ungestraft zu lügen«. Dass er davon so angewidert ist, bezeugt den Hegemonieriss in Spanien. In allen Fragen der Begründung des Irakkrieges oder der spanischen Unterstützung desselben hat die Regierung, wie die Umfragen drastisch belegen, vollkommen versagt mit ihren Beeinflussungsversuchen, trotz aller Manipulationen des von der Regierung weitgehend kontrollierten Fernsehens (*El País*, 30.3.03). Anders steht es in den USA. Hier bestimmt weithin ein »patriotischer« Konformismus die Medienlandschaft. Selbst in der *New York Times*, die sich wenigstens im letzten Moment gegen den Krieg erklärte, bedurfte es, wie Schlesinger hervorhebt, eines reichen Philantropen, damit die bedeutende Antikriegsrede des demokratischen Senators Robert C. Byrd vom 12. Februar, die an die Rede eines römischen Senators in der Endphase der Republik denken lässt, wenigstens als bezahltes Inserat erscheinen konnte.

#### VI. Ansätze zur Gegen-Hegemonie im Namen einer »anderen Welt«

Der öffentlich geäußerte Wunsch, der Krieg möge zu einem raschen Ende kommen, war zumeist die heuchlerische Verpackung des Wunsches nach einem schnellen Sieg der USA. Das Verpackte war das Unwahre, aber die Verpackung enthielt ein Moment der Wahrheit. Das Entsetzliche sehend, konnte man kaum anders, als ein schnelles Ende zu wünschen. Zumal es angesichts der über alle Maßen »überwältigenden Kraftentfaltung« der USA (Tommy Franks, zit.n. Kaldor) keinen Zweifel geben konnte, dass die USA den Krieg militärisch gewinnen würden, wobei nicht weniger feststand, dass sie ihn politisch bereits verloren hatten.

Die britische Konfliktforscherin Mary Kaldor sieht die Antikriegsbewegung ungeachtet ihrer rein negativen Einheit und ihrer Heterogenität als Chance für künftige Menschenrechtspolitik. Sie will globale Institutionen zum Schutz der Menschenrechte. Das schließt die Möglichkeit militärischer Gewalt ein, soll sich aber grundlegend vom Regimewechsel als Kriegsziel unterscheiden. Der als Demokratisierungsinstrument verkleidete neue Krieg der USA hat sie wie andere Vertreter der Theorie und Praxis der »humanitären Intervention« in Verlegenheit gebracht (vgl. Preuß 2002, dazu meine Rezension im nächsten Heft). Denn die Kriegslegitimation mit Menschenrechten, zumal ohne Mandat des Welt-Sicherheitsrats, »did most to alter the strategic landscape« und wurde zur »Breachstange in der Türe nationaler Souveränität« (Anderson 2002, 9).

Die Antikriegsbewegung, die eine der Mehrheit der Völker war – und nicht bloß der »Atlantic intelligentsia« (Anderson, 27) –, hat die Kraft erwiesen, alle möglichen nationalen und internationalen Institutionen zu spalten, angefangen bei NATO und Europäischer Union, während die USA, wie der hamburger Rechtsphilosoph Reinhard Merkel notiert hat, »die Grundnorm der Welt« bedroht, indem sie ihre »alles überragende Vormacht- und Garantenstellung« für einen Aggressionskrieg einge-

setzt hat. Es fehlt, meint Christian Geyer, an einer befugten Definitionskompetenz, die festlegen würde, ob der Krieg gegen den Irak rechtens oder völkerrechtswidrig ist. »Weit und breit ist außer dem Hegemon, der sich nicht selbst verurteilen will, keine solche Garantieinstanz in Sicht.« (2003a) Aber was, wenn die vielen kleineren und kleinen Mächte begreifen müssen, dass ihr erwünschter »Welthegemon« nicht mehr daran denkt, sich als solcher zu verhalten, sondern mehr und mehr seine direkte Herrschaftsmacht ausspielt? Weil viele Regierungen eben dies erkennen, sieht Kaldor die Gegenwart an einer Weggabelung: Noch ist nicht sicher, ob die Ansätze zu einer Welt-Gouvernanz (»global governance«) um Jahre zurückgeworfen werden, oder ob eine neue Ära multilateraler Institutionen beginnt, die nicht auf der amerikanischen Hegemonie gründen, sondern eine viel tragfähigere Basis haben und sich auf die internationale Zivilgesellschaft stützen würden. Das sind verschwommene Kategorien ohne Garantie, doch in der Tat könnte eine Epoche beginnen, in der die Dominanzpolitik der USA die anderen Staaten den zivilisatorischen Fortschritt der Respektierung der Menschenrechte und der Verrechtlichung der Konfliktaustragung im Weltmaßstab (vgl. dazu Preuß 2002, 74 u.ö.) schätzen lehren würde. Souveränität wäre dabei auf andere Weise relativiert, und es würde sich möglicherweise eine Imperialstruktur herausbilden, die dem von Hardt und Negri vorläufig mehr ausgedachten als analysierten »Empire« entspräche.

Der französische Historiker Emmanuel Todd jedenfalls sieht die Welt bereits dabei, »sich neu zu organisieren, an den USA vorbei«, wobei er annimmt, dass der Irakkrieg »eine ungeheure Beschleunigung der Geschichte« in dieser Richtung bewirkt.<sup>17</sup>

Ivan Nagel lässt Thukydides sprechen, der zeigt, wie Athen im Verlauf des Peloponnesischen Krieges seine Hegemonie verloren hat, als es seine Bundesgenossen zu Untertanen degradierte. Nagel endet: »Athen ging unter, als seine Verbündeten, in der Tat mehr als seine Feinde, Athens uneingeschränkte Macht zu fürchten und zu verabscheuen begannen.«

Doch unter der negativen Einheit der Kriegsgegnerschaft tauchen alsbald neue Gegensätze auf. Der deutsche Bundeskanzler, dessen Nein zu den amerikanischen Kriegsplänen zum Kristallisationspunkt einer neuen »Achse Paris-Berlin-Moskau« geworden ist, vollzieht innenpolitisch unter der Aura des Friedensfürsten eine weitere neoliberale Wende, die den Abbau elementarer Errungenschaften des Sozialstaats beinhaltet und die Lasten, wie von konservativer Seite genussvoll ausgebreitet wird, einseitig auf die Arbeiterklasse und speziell die Arbeitslosen wirft. Seine Politik ist Fleisch vom Fleische desselben High-Tech-Kapitalismus, dessen neoliberales Management in den USA sein Zentrum hat und als dessen außenpolitische Entsprechung Werner Goldschmidt den Übergang der USA von der Hegemonie- zur Dominanzpolitik begreift, weil jener (auf Basis der hochtechnologischen Produk-

17 Todd liest die Veränderung an der Haltung Deutschlands ab, das 50 Jahre lang »willenloser Verbündeter« der USA war und nun plötzlich zu diesen Nein sagen kann. »Die uneingeschränkte Vorherrschaft Amerikas ist schon zerbrochen, und Bush kann sie nicht wiederherstellen, auch wenn er in Bagdad einen Pyrrhussieg erringt.«

tivitätssteigerung) von der fordistischen Kompromisspolitik abgegangen sei und den ökonomischen Zwang in Form der Massenarbeitslosigkeit privilegiert habe. Zugleich scheint die Tendenz die Oberhand zu gewinnen, Europa zu einer imperialen Konkurrenz-Macht auszubauen. Beides wird keinen faulen Frieden in der Friedensbewegung zulassen.

Angesichts der Dynamik, die in die Hegemonieverhältnisse gekommen ist, hält Etienne Balibar Gramscis Begriff »Stellungskrieg« für ungeeignet, die gegenwärtigen sozialen und geistigen Entwicklungen zu begreifen. Er glaubt »vielmehr an das Modell des »Bewegungskriegs« oder der tendenziellen Errichtung einer neuen geschichtlichen Hegemonie, das heißt einer neuen Form des Denkens oder des kollektiven »Gemeinsinns« und des Zusammenwirkens vielfältiger Interventionen aus Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft« (2002, 279f). Auch diese Perspektive überdeckt noch immer beides: die mögliche Herausbildung einer auf Ausgleich und Kompromiss bedachten imperialen Hegemonie neuen Typs auf Grundlage des transnationalen High-Tech-Kapitalismus, in der Europa neben den USA und anderen Regionalmächten eine mit-tragende Rolle spielen könnte, *und* die Entwicklung einer Alternativperspektive. Die Bewegung, von der diese Öffnung des geschichtlichen Horizonts zu erwarten ist, hat vor einem Jahrzehnt mit dem Aufstand der Zapatistas begonnen, sich über Seattle nach Porto Alegre fortgepflanzt und zieht inzwischen neue Kräfte aus der Antikriegsbewegung, deren wichtigste Kraftquelle sie selber war. An ihr ließ sich einer jener dialektischen Umschläge beobachten, mit denen der geschichtliche Prozess immer dann überrascht, wenn seine lethargischen Phasen von einem jener Beben unterbrochen werden, in denen sich die tektonischen Verschiebungen entladen. Der »wahre Charakter« der »sog. »Antiglobalisierungsbewegung« hat sich »paradoxerweise« als der einer »Bewegung für Globalisierung« enthüllt (von Lucke), und ihre Akteure haben sich zu den Akteuren einer sozialen und ökologischen Globalisierung-von-unten gewandelt. Sie streben danach, aus dem Globus der Geopolitiker und transnationalen Konzerne die eine Welt der Menschen zu machen. Dieses Projekt zeigt erste Ansätze einer weltweiten Gegenhegemonie.

### Literatur

- Agamben, Giorgio. »Der Gewahrsam«, a.d. Ital. v. Henning Ritter, FAZ, 19.4.03, 33
- Ali, Tariq. »Un alarde descarado de poder imperial«, *El País*, 3.4.03, 14
- Altwater, Elmar. »Die Währung des schwarzen Goldes«, in: Birgit Mahnkopf (Hg.), *Kritik der Globalisierungskriege*, Arbeitspapier Nr. 1 aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland, 2003, 26ff
- Anderson, Perry. »Force and Consent«, Editorial, *New Left Review*, Sept./Okt. 2002, 5-30
- Balibar, Étienne. *Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen* (2001), Hamburg 2003
- Barudio, Günter. »Der Lehrherr des Königs von Amerika«, FAZ, 1.3.03, 38
- Bauer, Friederike. »Das westliche Lager entzweit«, FAZ, 14.3.03, 12
- Bello, Walden. »The Reemergence of Balance-of-Power Politics«, *Focus on Trade*, Nr. 85, Febr. 2003
- Binger, Thomas. »Risse im Empire«, in: *iz3w* 268, April/Mai 2003, 10-13

- Bischoff, Joachim, »US-Hegemonie und Irak-Krieg« (Rez. v. Todd 2003b), in: *Sozialismus*, 30. Jg., H. 4, 2003, 11ff
- Blasius, Rainer, »Blitzkrieg und Drei-Klassenordnung« (Rez. v. Münkler 2003), *FAZ*, 22.4.03, 8
- Bové, Paul, »The Challenge of Understanding America in a Changing World«, Vorlesung, gehalten zur Eröffnung des American Studies Network der Universität Montreal am 7. Okt. 2002 (Ms.)
- Brumlik, Michael, Interview, in: *iz3w* 268, April/Mai 2003, 7ff
- Busse, Nikolas, »Wer in der Welt bestimmt«, *FAZ*, 11.3.03, 1,
- Byrd, Robert C., »Dieser Krieg ist falsch«, *FAZ*, 1.3.03, 33
- Castro, Fidel, »La Batalla de Ideas, nuestra arma política más poderosa, proseguirá sin tréguas«, Rede vom 6. März 2003 vor der Asamblea Nacional del Poder Popular
- Clairmont, Frédéric F., »Vivre à crédit ou le credo de la première puissance du monde«, *LMD*, April 2003, 20f
- Cremer, Uli, »Nicht die ganze Breite des Widerstands ausgeschöpft«, in: *Sozialismus*, 30. Jg., H. 4, 2003, 3ff
- de la Gorce, Paul-Marie, »Seuls contre tous«, *Le Monde diplomatique*, April 2003, 1 u. 14f
- Dieckmann, Friedrich, »Zum Kriege«, in: *ND*, 15./16.3.03, 24
- El País*, »Malas noticias para el PP«, 30.3.03, 18
- Estefanía, Joaquín, »Impacto y pavor de los intereses sobre Irak«, *El País*, 30.3.03, 15
- Feldmeyer, Karl, »Mitten durch«, *FAZ*, 26.2.03, 1
- Feldmeyer, Karl, »Normalisierung«, *FAZ*, 19.4.03, 1
- Ferguson, Niall, »The True Cost of Hegemony: Huge Debt«, in: *New York Times*, 20.4.03
- Fischer, Joschka, »Amerika hatte kein Verdun«, Interview, *Der Spiegel* 13/03, 49-51
- Fuentes, Carlos, »A la gloria de Francia«, *El País*, Opinión, 6.4.03
- Geyer, Christian, »Zu den Akten«, *FAZ*, 25.3.03, 33 (zit. 2003a)
- Geyer, Christian, »Treuherzig. Wolfgang Schäuble schminkt der CDU das Völkerrecht ab«, *FAZ*, 30.4.03, 37 (zit. 2003b)
- Goldschmidt, Werner, »Von der Hegemonie zur Dominanz. Überlegungen zur Entwicklung der amerikanischen Weltpolitik seit dem 2. Weltkrieg«, Ms., März 2003
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, kritische Ausgabe in 10 Bänden, hgg. v. Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug u. Peter Jehle, Hamburg 1991-2002
- Gramsci, Antonio, »Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens« (1926), in: *Antonio Gramsci – vergessener Humanist? Eine Anthologie 1917-1936*, zusammengestellt und eingel. v. Harald Neubert, Berlin 1991, 41-68 (zit. *Südfrage*)
- Gremliza, Hermann, »God save America«, in: *konkret* 4/2003, 9
- Habermas, Jürgen, »Was bedeutet der Denkmalsturz?«, *FAZ*, 17.4.2003, 33
- Haug, Wolfgang Fritz, »Herrschaft ohne Hegemonie?«, *Das Argument* 249, 45. Jg., 2003, H. 1, 11-20
- Ignatieff, Michael, »La carga de EE UU«, *El País*, 8.2.2003
- Kagan, Robert, u. Daniel Cohn-Bendit, »Demokratie killt Diplomatie«, *Spiegel-Gespräch*, in: *Der Spiegel*, 17.3.03, 74-78
- Kaiser, Alfons, »Der deutsche Weg«, *FAZ*, 23.4.03, 1
- Kaldor, Mary, »Irak: una guerra sin igual«, *El País*, 2.4.03, 12
- Kennedy, Paul, »Malabarismos globales«, *El País*, 26.1.03, 15f
- Kirchhof, Paul, »Souveränität und Einordnung«, *FAZ*, 16.4.03, 9
- Klönne, Arno, u. Werner Biermann, *The Big Stick. Imperiale Strategie und globaler Militarismus – Die USA als Megamacht*, Köln 2003

- Kohler, Berthold, »Mit Amerika«, FAZ, 25.3.03, 1
- Krugman, Paul, »Canales de influencia«, *El País*, 1.4.03, 12
- Laqueur, Walter, »Der Notstand ist da«, FAZ, 23.4.03, 39
- Lerch, Wolfgang Günter, »Schwieriger Irak«, FAZ, 24.4.03, 10
- Link, Werner, »Der Un-Sicherheitsrat – relevant wofür und für wen?«, FAZ, 11.3.03, 12
- Lo Piparo, Franco, *Lengua, intellettuali, egemonia in Gramsci*, Rom-Bari 1979
- Malla, Gerardo, »Lo peor de este Gobierno es cómo pervierte el lenguaje«, Interview, in: *El País*, 30.3.03, 42
- Massarat, Mohssen, »Anmerkungen zu Elmar Altvaters Beitrag »Die Währung des schwarzen Goldes«, in: Birgit Mahnkopf (Hg.), *Kritik der Globalisierungskrieger*, Arbeitspapier Nr. 1 aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland, 2003, 29
- Morodo, Raúl, »Limitar un poder prepotente«, *El País*, 2.2.03, 16
- Münkler, Herfried, *Der neue Golfkrieg*, Reinbek 2003
- Nagel, Ivan, »Ein verlogener Krieg«, FAZ, 10.3.03, 33
- Nonnenmacher, Günther, »Der GAU«, FAZ, 12.3.03, 1
- Paech, Norman, »Kolonialkrieg ohne Legitimation«, in: *Forum Wissenschaft*, 20. Jg., H. 2, 2003, 39f
- Pfaff, William, »Der eigentliche Kern der Irak-Kontroverse«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 48. Jg., 2003, H. 4, 411f
- Pond, Elisabeth, »Das NATO-Trauerspiel«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 48. Jg., 2003, 433-45
- Preuß, Ulrich K., *Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel bewaffneter Gewalt*, Berlin 2002
- Rodríguez Zapatero, José Luis, »La fuerza del »no a la guerra«, *El País*, 30.3.03, 20f
- Schlesinger, Arthur, »La buena política exterior de EE UU, víctima de la guerra«, *El País*, 1.4.03, 19
- Schümer, Dirk, »Neu-Europa«, FAZ, 8.4.03, 41
- Sotelo, Ignacio, »El dilema europeo: sumisión o fractura«, *El País*, 8.2.03, 15
- Steinberger, Petra, »Gefahr im Verzug. Die neokonservativen Think Tanks und der Ursprung der Bush-Doktrin«, in: *SZ*, 1.3.03, 15
- Subirats, Joan, »Irak y los dilemas de patriotismo«, *El País*, 1.4.03, 12
- Todd, Emmanuel, »Amerikas Macht wird gebrochen«, *Spiegel*-Gespräch, 17.3.03, 128ff (zit. 2003a)
- Todd, Emmanuel, *Weltmacht USA. Ein Nachruf*, München-Zürich 2003 (zit.n. Bischoff als 2003b)
- Todenhöfer, Jürgen, »Bin Ladin wäre der Gewinner«, FAZ, 6.3.03, 10
- von Lucke, Albrecht, »Make law, not war«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 48. Jg., 2003, H. 4, 391-94
- Wallerstein, Immanuel, »The Righteous War«, Commentary No. 107, 15. Febr. 2003
- Wetzel, Hubert, »Lektionen des Krieges«, *Financial Times Deutschland*, 11.4.03, 31
- Wildcat, »Krise des Kriegs und Grenzen des Kapitalismus«, *Wildcat*-Sondernummer Irak-Krieg, März 2003, 7-14
- Wildcat-Redaktion, »Krieg«, Editorial, *Wildcat*-Sondernummer *Irak-Krieg*, März 2003, 1-4



Etienne Balibar

## Europa oder Der verschwindende Vermittler<sup>1</sup>

In der Welt werden wir bereits heute nicht mehr nur als »französische« oder »deutsche«, sondern als »europäische« Intellektuelle wahrgenommen und angesprochen. Meiner Meinung nach machen europäische Intellektuelle aber nicht ausreichend Gebrauch von ihrer Fähigkeit, politische und kulturelle Grenzen zu überschreiten, Diskurse zu übersetzen (außer den spezialisierten), innerhalb und über die offiziellen Grenzen der Europäischen Union hinaus die Agenda der europäischen Politik vor die Öffentlichkeit\* zu bringen und damit zur Entstehung eines solchen Bereichs der Öffentlichkeit erst beizutragen. Sie handeln zu wenig als Bürger Europas, geschweige denn als europäische Bürger. Mir ist allerdings bewusst, dass Kategorien wie »Europäische Staatsbürgerschaft«, »Europäische Kultur« und »Europäische Intelligenz« viel zu eng sind: nicht nur, dass sie keinen automatischen Zugang zu Universalität gewähren, sie sind ganz klar *unilateral* – etwas, das wir korrigieren müssen, wenn wir uns der Frage eben dieses »Unilateralismus« zuwenden. Es wird eine meiner Behauptungen sein, dass es keinen »synoptischen« oder singulär-universellen Standpunkt gibt, von dem aus die »Charaktere« der Gegenwart oder die »Gerechtigkeit« jeder möglichen Politik beurteilt werden könnten: weder den Standpunkt des Imperiums noch die Standpunkte bestimmter Nationen mit »offenbarem Schicksal« (*Manifest Destiny*)<sup>2</sup>, ihrer vielfältigen Widersacher oder irgendeiner bestimmten Gegend der Welt. Das heißt nicht, dass wir für immer in partikuläre Interessen und Überzeugungen eingeschlossen wären. Aber die Universalität, die wir mit der Idee des Politischen und der Berufung des Intellektuellen verbinden, muss auf Praxis und Erfahrung gebaut sein; man muss sich ihr durch Konfrontation und Konflikt annähern. Eine der Möglichkeiten europäischer Intellektueller, zu diesem Prozess beizutragen, besteht darin, kritisch auf Erwiderungen und Rufe aus anderen Teilen der Welt zu hören: aus Osten, Westen, Süden, einschließlich Amerikas.

### *Stimmen aus Amerika*

Seit dem 11. September sind viele Appelle an die Europäer gerichtet worden. Das ist schmeichelhaft, bringt uns aber auch in Verlegenheit. Wir erkennen, dass wir wirklich existieren, aber wir fürchten auch, dass es einige Missverständnisse gibt. Ich werde mich auf die Rufe aus den Vereinigten Staaten konzentrieren.

1 Gekürzte Übersetzung der Mosse-Vorlesung an der Humboldt-Universität Berlin vom 21. November 2002. Die englische Fassung des Textes ist kürzlich von der Humboldt-Universität veröffentlicht worden.

2 Der Begriff des *Manifest Destiny* begleitete die Expansion der USA nach Westen in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts.

\* Im Original deutsch (A.d.Ü.)

Einige solche Rufe kommen von Präsident Bush und seiner Beratergruppe, aber auch aus den Reden und Schriften derjenigen, die, wenigstens zeitweise, seine Politik unterstützen (dies war insbesondere der Fall bei der Gruppe bekannter Intellektueller, die sich zu Beginn des Kriegs in Afghanistan um die »Vorschläge« des Institute for American Values scharten – unter Ihnen so unterschiedliche Figuren wie David Blankenhorn, Jean Bethke Elshtain, Francis Fukuyama, Samuel Huntington und Michael Walzer). Ihre Formulierungen gehen von »Erwache, Europa! Der Faschismus ist zurück!« über »Macht mit beim gerechten Krieg!« bis zum nunmehr berühmten »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns« (was mehr nach einer Drohung als nach einem Aufruf klingt). Sie beziehen sich auf amerikanische oder gemeinsame westliche Interessen, viel seltener auf Interessen internationalen Rechts und internationaler Institutionen. Sie bestehen auf Legitimität oder Effizienz (was in diplomatischen Zusammenhängen in gewissem Sinne zusammenfällt, denn um eine breite internationale Koalition effizient zusammenzustellen, muss man dazu auch legitimiert sein). Aber sie bleiben *unilateral*, insofern sie eine starke Vorstellung von *Führung* beinhalten, die auf einer materiellen *Hegemonie* beruht und, zumeist, auf der Idee einer globalen *Mission* der Führungsmacht, für Frieden, Ordnung und Zivilisation zu sorgen und »demokratische Werte« zu schützen. Das lässt wenig Raum für Selbstkritik, für die Diskussion von Zielen und Methoden, gar nicht zu reden von den eventuellen Widersprüchen zwischen den Interessen der Hegemonialmacht und den universellen oder gemeinsamen Interessen, die sie zu repräsentieren behauptet.

Wir sollten allerdings nicht unterschätzen, wie sehr die breite Akzeptanz dieses zunächst nicht besonders attraktiven Standpunkts nicht nur gefördert wird durch die überwältigende materielle Hegemonie der amerikanischen »Hypermacht« (ökonomisch und militärisch genauso wie ideologisch, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der nationalistischen Bewegungen in der Dritten Welt), sondern auch durch die traumatischen Auswirkungen des Anschlags am 11. September auf Manhattan, die »Weltstadt«, die kosmopolitische Stadt *par excellence*<sup>3</sup>. In einem gewissen Sinne »genießen« die Vereinigten Staaten eine paradoxe Kombination gegensätzlicher Statuszuschreibungen: Hypermacht *und* Opfer, eine Situation, die starke Identifizierungseffekte hervorbringt.

Ganz anders dagegen die Stimmen der liberalen Intellektuellen in Amerika – »liberal« in dem Sinne, dass sie trotz ihrer offensichtlichen Divergenzen, denn sie umfassen ein politisches Spektrum, das vom Sozialismus bis zum Neo-Republikanismus reicht, die gleichen grundlegenden Prinzipien vertreten: die Bürgerrechte und der rechtliche Schutz des Individuums sind unveräußerlich, Regierungen sind ihren Wählern rechenschaftspflichtig, zivile Instanzen müssen gegenüber dem Militär Vorrang haben, internationales Recht gegenüber nationalen Interessen. Ihr Appell ist in der Tat selbstkritisch: er kommt von einer »Minderheit«, die sich von der »Mehrheit« in ihrem eigenen Land abgrenzen möchte, indem sie die Entscheidun-

3 Vgl. die subtile Analyse von Sophie Body-Gendrot (2002).

gen der Mehrheit und ihrer gewählten Repräsentanten kritisiert. Es ist ein Ruf nicht nur nach Unterstützung, sondern um Hilfe (»Hilf uns, Europa!«), was einschließt, dass Europäer die amerikanische Innen- und Außenpolitik *beeinflussen* sollten, im Interesse Europas, im Interesse Amerikas, und im Interesse aller anderen. Die zugrundeliegende Idee (im weitesten Sinne »multilateralistisch«) ist, dass in einer globalisierten Welt keine Macht (nicht einmal die größte) sich selbst *allein* »retten« kann (ganz zu schweigen davon, die anderen zu retten), dass sie aber sehr wohl für sich selbst und andere zum »Verhängnis« werden könnte. In diesem Sinn haben sich Intellektuelle wie Bruce Ackerman, Immanuel Wallerstein, Timothy Garton Ash und Edward Said an Europa gewandt.

### *Widersprüche und Illusionen*

Offensichtlich (und verständlicher Weise) teilen einige amerikanische »liberals« die Ansicht, dass Amerika die Modelldemokratie sei. Sie sind besonderes besorgt um die Zukunft der Demokratie in Amerika und glauben, dass dies für die ganze Welt von Interesse sein sollte. Andere wiederum glauben – von einem eher »globalen« oder »systemischen« Standpunkt ausgehend –, dass der demokratische Charakter der USA vollständig davon abhängt, wie Amerika sich zum Rest der Welt verhält (ein Land, das andere unterdrückt, kann selbst kein freies Land sein). Noch auffallender sind die verschiedenen Arten, wie diese Stimmen sich auf die Teilung der Welt nach dem Kalten Krieg beziehen. Einige möchten, dass wir ganz »westlich« werden, während andere wünschen, dass wir richtig »europäisch« werden, das heißt die falsche Identität der westlichen Welt (oder des westlichen Blocks) zerstören, um damit Amerika vielleicht wirksamer in die Richtung seiner eigenen »europäischen« Traditionen zu drängen. Eine dritte Gruppe stellt sich vor, dass Europa der Mittler, zumindest einer der Mittler werden könnte in der großen »Verhandlung«, die schließlich zwischen dem amerikanischen »Imperium« und seinem realen »Anderen«, den Völkern und Kulturen des Ostens und des Südens, des Mittelmeeres, der Dritten Welt stattfinden wird. Diese beträchtlichen Differenzen spiegeln sich in unseren Reaktionen.

Was ich aber noch auffallender finde, ist die latente Spannung zwischen zwei gegensätzlichen Arten, den Ruf nach Europa zu formulieren: entweder als Aufforderung für ein *check and balance*, als Gegengewicht zur amerikanischen (Super-) Macht, oder als Aufforderung zu einer Vermittlung im »Krieg der Zivilisationen«, den Amerika nun offenbar führt. Wählt man die erste Formulierung, begibt man sich in eine »strategische« Logik, bei der die Beziehung der Kräfte sich schließlich in militärische Begriffe auflöst, sowohl quantitativ als auch qualitativ (wie viele Truppen und Waffen? wie verwendet ihr sie?). Warum sollte man sich in diesem Fall an Europa richten, und nicht an, sagen wir, Russland, Japan, oder China? Vielleicht weil die Autoren dieser Texte auf Europa mehr oder weniger das ideale Modell von »Kraft verbunden mit Recht« übertragen (die Herrschaft des Rechts, die Konstitution der Freiheit), von dem sie fürchten, dass Amerika ihm untreu geworden ist. Wählt man die zweite Formulierung, begibt man sich in die Logik »moralischer«

und »sozialer« Einflüsse, was sicherlich die Kräfteverhältnisse nicht ignoriert, sie aber nur als einen Aspekt eines umfassenderen Prozesses kultureller Transformation versteht. In diesem Fall ist die allem Anschein nach unumkehrbare Kluft zwischen der militärischen Macht Europas und der Vereinigten Staaten nicht unbedingt ein Nachteil für Europa. Aber die Frage, ob damit wirklich eine *Alternative* zur amerikanischen Politik aufgewiesen wird, bringt einen dann noch mehr in Verlegenheit. Es ist klar, dass »Multilateralismus« von diesen zwei Standpunkten aus betrachtet nicht die selbe Sache bezeichnet. Der erste verträgt sich mit einer Konfrontation zwischen rivalisierenden »Isolationismen« (das ist mehr oder weniger, was Bundeskanzler Gerhard Schröder bei seiner letzten Bundeswahlkampagne vorgeworfen wurde, als er »unilateral« ankündigte, dass Deutschland den USA bei einem Krieg gegen den Irak unter keinen Umständen folgen würde). Dagegen besagt der zweite, dass politische Isolation heute unter Verbündeten, und sogar zwischen Gegnern, obsolet und unerreichbar geworden ist. Statt mit einem »Recht auf Intervention« wären wir konfrontiert mit der »Tatsache der Intervention«, also mit Interdependenz: wir können sie nicht ignorieren, höchstens organisieren und auf ihre Auswirkungen Einfluss nehmen.

Unzweifelhaft lässt sich von einem bestimmten Standpunkt aus sagen, dass *Europa nicht existiert*. Es ist kein politisches Subjekt (das Subjekt politischer Macht). In diesem Sinne ist es völlig illusionär, Europa aufzufordern, die laufenden Prozesse und Pläne zu stören und andere Mächte im Sinne von *checks and balances* zu kontrollieren. Andererseits ist es nicht (oder immer weniger) möglich, die Idee der »Vermittlung« auf die Alternative von Machtpolitik (die sich letztlich auf militärische Macht verlässt) und »moralischer« Machtlosigkeit zu reduzieren, selbst wenn man zugesteht, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt ein diplomatischer und institutioneller Ausdruck für eine solche Vermittlung gefunden werden muss. Die Frage ist dann: wie kann man sich einen Wandel im Verhältnis zwischen »Politik« und »Macht«, oder besser, in der Auffassung von »Macht« vorstellen?

Ich stimme damit überein, dass es eine politische Kapazität Europas, die eine notwendige Voraussetzung für seine Autonomie ist, in einem gewissen Sinne einfach nicht gibt. »Ökonomisches Gewicht« ist ein schwaches Argument, besonders in einer globalisierten Ökonomie. Selbst wenn man sie mit einer (teilweise) gemeinsamen Währung krönt, repräsentiert sie nur ein variables statistisches Aggregat, solange keine korrespondierende »Strategie« oder »Wirtschaftspolitik« (und damit auch Sozialpolitik) existiert. Wenn man eingehender über die kürzliche Konfrontation im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nachdenkt, sieht man deutlich, dass es nicht »Europa« war, das die USA vorübergehend dazu brachte, einer internationalen Prozedur zuzustimmen (Resolution 1441). Es war vielmehr eine zeitlich begrenzte (und äußerst fragile) Annäherung mittlerer Mächte (Frankreich, Deutschland, Russland, China, Mexiko), die sich in den internationalen Beziehungen nicht völlig marginalisieren lassen wollten. Sie stammen nicht alle aus Europa, und nicht alle von ihnen sind europäisch. Außerdem hätten sie ohne gewisse interne Spaltungen innerhalb der amerikanischen Strategie gar nichts erreicht.

Allem voran muss auf Europas Unfähigkeit hingewiesen werden, seine eigenen Probleme ohne amerikanische »Hilfe« zu lösen. Wenn ich sage, seine »eigenen« Probleme, denke ich auch an Probleme in benachbarten Ländern, in die Europa notwendigerweise involviert ist. Dies ist das genaue Gegenteil des liberalen Traums, und doch gibt es zahlreiche dramatische und aktuelle Beispiele, von denen wir hier nur einige aufzählen können. Europa bleibt unfähig, die Probleme in Irland zu lösen, an denen zwei seiner alten Nationen beteiligt sind, jede mit ihrer eigenen »Diaspora«. Es hat sich als unfähig erwiesen, den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien zu verhindern, der die schlimmsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit seit dem Nazismus hervorgebracht hat, sei es dadurch, dass ein Rahmen für die Entwicklung und Koexistenz der verschiedenen Gemeinschaften auf dem Balkan angeboten worden wäre (die seit unvordenklicher Zeit dem Ensemble der europäischen Länder angehören), oder durch eine militärische Intervention, um die Agressoren zu neutralisieren und die Bevölkerungen mit einer gewissen Erfolgsaussicht zu schützen (als dies schließlich von der NATO unter amerikanischer Führung unternommen wurde, hatte es einen fragwürdigen Ausgang). Die USA hatten damals gute Gründe zu argumentieren, dass es, angefangen mit den zwei Weltkriegen, amerikanische Interventionen waren, die Blutvergießen und Barbarei auf europäischem Boden beendet haben (obwohl die Amerikaner dazu neigen, zu »vergessen«, dass der sowjetische »Vaterländische Krieg« gegen den Nazismus eine ebenso große Rolle spielte). Was für das zwanzigste Jahrhundert charakteristisch zu sein scheint und auch für das einundzwanzigste charakteristisch werden könnte, ist keine »europäische Vermittlung« bei Konflikten, in die Amerika verwickelt wäre, sondern eine »amerikanische Vermittlung« in Konflikten, die Europa zerreißen und beweisen, dass es nicht in der Lage ist, für die historische und moralische Identität, die es vorgeblich repräsentiert, einen wirksamen politischen Ausdruck zu finden.

#### *Auf dem Weg zu einer anti-strategischen europäischen Politik?*

Ich bin überzeugt, dass nur eine Transformation unserer Auffassung von Politik in Bezug auf die Idee von »Macht« uns erlauben wird, den Aporien zu entgehen, welchen die Vorstellung einer »europäischen Politik« ausgesetzt ist, und der Vorstellung einer »europäischen Vermittlung« einen realistischen Inhalt zu geben, der so unterschiedliche Anforderungen vereint wie diejenige, Europas spezifischer Rolle in der Weltpolitik größeres Gewicht zu geben, und diejenige, Mythen von europäischer Abschließung und Exklusividentität (»Festung Europa«, in der zugespitztesten Formulierung) zu dekonstruieren. Wie denn aber Europa sowohl *individualisieren* und *ent-substanzialisieren*? Ist dies wirklich möglich?

Es wird nur möglich sein, wenn wir, indem wir auf die Aufrufe reagieren und unsere Lehre aus den historischen Erfahrungen ziehen, die Annahme kritisieren, die den meisten Diskussionen über Politik und Macht zugrundeliegt: dass eine Handlung nur dann wirksam sein kann, wenn der Akteur exklusive Kontrolle über bestimmte Ressourcen ausübt, und diese als ein einheitliches »souveränes Subjekt« einsetzen

kann, zumindest aber über eine stabile und anerkannte Identität verfügt. Dies war das typische Ziel des klassischen Nationalstaats, und die Europäische Union scheint permanent auf der Suche nach vergleichbaren Werkzeugen der Verfassung und der Administration zu sein, um das gleiche Ergebnis zu erzielen. Ich schlage vor, dass wir einen völlig anderen Weg einschlagen, auf dem *Macht nicht der Handlung vorausgeht, sondern vielmehr ihr Ergebnis ist*, in einem Sinn, der abhängt von den Zielen, die man erreichen möchte. Handlung oder Handlungsvermögen bestimmt den Grad und die Verteilung von Macht, nicht umgekehrt. Wie Michel Foucault (1982) erklärte, ist Handlungsvermögen »Macht, die auf Macht wirkt« und damit der wirksame Gebrauch der *Macht des anderen*, die auch dessen eigene Orientierungen einbezieht. Aus dem gleichen Grund ist eine »kollektive Identität« keine gegebene, metaphysische Voraussetzung des Handlungsvermögens, und es ist ganz sicher kein mythisches Bild, das der Wirklichkeit aufgezwungen werden könnte durch die Erfindung dieses oder jenes historischen Kriteriums (wie etwa des »christlichen Europa«).<sup>4</sup> Sie ist eine *Qualität* kollektiven Handlungsvermögens, deren Form und Inhalt sich mit der Zeit ändert, wenn neue Akteure auf den Plan treten und neue Solidaritäten aufgebaut werden zwischen denen, die einander vor nicht allzu langer Zeit ignoriert oder bekämpft haben.

Es wird hilfreich sein, uns schematisch an historische Erfahrungen zu erinnern, die das gegenwärtige Europa geformt haben, besonders im vergangenen Jahrhundert. Die Lektionen, die wir daraus ziehen können, sind sicher umstritten; sie können an verschiedenen Orten des Kontinents und abhängig von den sozialen und politischen Verbindungen, in denen wir uns befinden, unterschiedlich interpretiert werden. Aber sie sind zu einem großen Teil in unser kollektives Gedächtnis eingegangen, das sich auf unsere intellektuelle Arbeit und die institutionellen Realitäten Europas auswirkt.

Die erste Lektion – nennen wir sie die *Lektion der Tragödie*, weil sie die »Bürgerkriege« betrifft, die die Gemeinschaft der europäischen Völker verwüsten haben – scheint zunächst eine rein negative. Sie sollte lauten, dass kein »absoluter Sieg« möglich ist, keine endgültige Unterdrückung oder Neutralisierung des »Feindes«. Wann immer man glaubt, diese »End-« Lösung erreichen zu können, schafft man die Bedingungen für noch mehr Zerstörung und Selbstzerstörung. Aber es ist eine unvollständige Lektion, und sie scheint blind zu sein. Sie stellt das Problem der Gewalt in *einer Perspektive der Metropolen*, die in Wirklichkeit nicht isoliert werden kann. Erst kürzlich ist uns, mit erheblichen Schwierigkeiten, die Tatsache bewusst geworden, dass »Barbarei« tatsächlich Jahrhunderte lang zwischen dem dominanten Zentrum und der dominierten Peripherie zirkulierte. Die *positive* Entsprechung hiervon ist ein mächtiges, unumkehrbares Phänomen der Hybridisierung und des Multikulturalismus, das Europa auf eine Art und Weise transformiert, die sich erheblich vom amerikanischen »melting pot« unterscheidet, selbst wenn man so »kosmo-

4 Die Formel stammt ursprünglich aus Novalis' konterrevolutionärer Schrift *Die Christenheit oder Europa* von 1799, prägt aber noch heute die Positionen wie die von Johannes Paul II. und von Gegnern einer Aufnahme der Türkei in die EU.

politische« Städte wie New York oder Los Angeles berücksichtigt. Diese Lektion der *Andersartigkeit* lässt Europa erkennen, wenn auch mit erheblichen Verzögerungen und Rückschlägen, dass das Andere ein notwendiger Bestandteil seiner »Identität«, und damit seiner zukünftigen Vitalität, seiner »Macht« ist. Ich würde gerne noch eine dritte Lektion hinzufügen. Sie betrifft die Möglichkeit, die Gewalt sozialer Antagonismen schrittweise in kollektive politische Kapazitäten zu überführen, indem man die verschiedenen Ressourcen verbindet, um Konflikte zu institutionalisieren, öffentliche *und* private Instanzen sozialer Regulation zu schaffen und nach und nach neue Grundrechte einzuführen, die den bestehenden Rechten des Individuums neue positive »Freiheiten« oder, wie Amartya Sen sie nennt, »Befähigungen« (*capabilities*) hinzufügen und ein essentieller Bestandteil der Staatsbürgerschaft werden. Es scheint, als habe diese letzte Lektion etwas mit der originären Entwicklung einer konfliktuellen Demokratie zu tun, bei der verschiedene heterogene Verfassungsprinzipien kombiniert werden (was zu einer Wiederbelebung der alten Vorstellung einer »gemischten Verfassung« beiträgt, aber wiederum auf eine Art und Weise, die sich erheblich von der amerikanischen Erfahrung unterscheidet). Diese Kombination schließt die Entwicklung einer rechtlichen oder formalen Demokratie ein, um sicherzustellen, dass die Individuen, die sie beanspruchen, letztlich auch die wahren Träger der Rechte sind. Sie bedeutet aber auch die Entwicklung einer sozialen oder substanziellen Demokratie (in der Sprache Antonio Gramscis), die sicherstellt, dass Ungleichheiten angesprochen und konfligierende Interessen in Rechnung gestellt werden, so dass individuelle Freiheit nicht zum reinen und einfachen Äquivalent von Wettbewerb, und Wettbewerb nicht zum Äquivalent der Vernichtung des Schwächsten im Gemeinwesen wird. Schließlich bezieht sich diese Erfahrung auf die Idee einer »expansiven Demokratie« (in der Sprache Antonio Gramscis) oder »demokratischer Erfindung« (in der Sprache Claude Leforts).<sup>5</sup> Damit ist gemeint, dass Politik offen bleibt für die Integration neuer Elemente in den »gemeinsamen Teil« der Menschheit, und dass es kein »Ende der Geschichte« geben kann.

Man sollte mich nicht falsch verstehen: keine dieser »Lektionen« scheint mir unumkehrbar, für immer gültig oder über jeden Zweifel erhaben. Allerdings sind ihre tiefen Widersprüche Teil einer Dynamik, deren Konsequenz sein sollte und könnte, die Erfahrung der europäischen Politik fortzuführen und zu erweitern, indem all unsere Kräfte, seien sie ökonomisch, kulturell, intellektuell, sozial oder rechtlich, aber auch »externe« Kräfte mobilisiert werden, um die internationalen Beziehungen zu verändern. Ein solches Projekt ist keine Ausübung von Machtpolitik; es zielt nicht darauf, eine neue (Groß-) Macht zu konstituieren, sondern statt dessen darauf, einen *neuen Typus* von Macht zu konstituieren, einen, den sich niemand aneignen kann (nicht einmal die Kräfte, die besonders effektiv auf ihn hinwirken könnten). Dieser Typ von Macht ist wesentlich eine neue Korrelation zwischen den bestehenden Kräf-

5 »Expansive Demokratie« ist ein Synonym für das, was Gramsci oft »Hegemonie« nennt, d.h. eine Strategie der »permanenten Revolution«, die im Staat selbst stattfindet. Siehe Gefängnishefte, H. 8, §52, 974f; H. 13, §7, 1565-67. Zur demokratischen Erfindung vgl. Lefort 1981.

ten; er wird so weit wirksam, wie sich Strukturen und Kräfteverhältnisse entwickeln, und Widerstände und Alternativen zu den vorherrschenden Tendenzen konsistenter werden. Das erklärt, warum ich den Ausdruck »anti-strategische Politik« gewählt habe. Es bedeutet allerdings nicht, dass wir ohne Initiativen, Orientierungen und sogar Slogans auskämen. Ich will kein »Programm« aufstellen, aber kurz einige Prioritäten auflisten, im Bewusstsein dessen, dass es sich um langfristige Entwicklungen handelt, die nur gegen Hindernisse und mit Rückschlägen vorangetrieben werden können.

Um die internationalen Beziehungen zu transformieren, benötigen wir zunächst ein Modell kollektiver Sicherheit, das die Aussicht eröffnete, der Konfrontation zwischen »terroristischen« und »antiterroristischen« Kräften zu entkommen. Aber der Begriff der kollektiven Sicherheit, der für die Gründungstexte der internationalen Institutionen (etwa die Charta der UNO) konstitutiv ist, kann nicht rein formal bleiben. Er muss vielmehr zu einem politischen Ziel werden, das Entscheidungen verlangt. Für meine Begriffe sollte die Trennlinie zwischen dem Notwendigen und dem Unmöglichen gezogen werden. Es ist notwendig, sich um die Ursachen des Terrorismus überall in der Welt zu kümmern: nicht nur in den »Peripherien«, die von Not, Elend und Korruption durchzogen sind, sondern auch in den »Zentren«, wo Ungleichheit und Diskriminierung zunehmen, begleitet vermutlich von nicht weniger Korruption. Aber es ist unmöglich, Gewalt und Terror als wirkliche Antwort auf Ausbeutung und Unterdrückung zu akzeptieren. Ein brauchbares Modell allgemeiner Sicherheit muss daher sowohl die Möglichkeit beinhalten, aktiv gegen Ungerechtigkeit zu kämpfen, als auch Polizei- und Geheimdienstaktivitäten einschließen, die unter gesetzlicher Kontrolle gegen terroristische Netzwerke vorgehen, wenn deren Existenz bewiesen ist.

Über Sicherheit zu reden ist allerdings völlig nutzlos, wenn das globale Rüstungsniveau nicht reduziert wird. Die internationalen Institutionen sind nicht allein zur Verhandlung und Lösung von Konflikten da, sondern wurden mit dem Ziel geschaffen, Abrüstung anzubahnen und zu kontrollieren. Dies ist die wahre Grundlage der Idee von »Multilateralismus«. Sie darf nicht vergessen werden, wenn es darum geht, (notfalls gewaltförmig) Nationen zu »entwaffnen«, deren Waffen eine »Gefahr für die Menschheit« darstellen. Der Definition nach kann kein Staat (»Schurke« oder nicht) von dieser Regel ausgenommen werden, denn genau genommen kann ja immer die Bevölkerung der ganzen Welt zum Opfer seiner Aggressionen, Vergeltungsschläge und Präventivkriege werden. Und dass der Ursprung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen wie auch des generell ansteigenden Rüstungsniveaus bei den Großmächten liegt, wurde oft genug bewiesen. Die praktische Konsequenz besteht darin, dass Europa nicht die Vergleiche akzeptieren sollte, die gegenwärtig zwischen dem »Krieg gegen den Terrorismus« und dem Krieg gegen den Nazismus gezogen werden, um immer wieder das »Gespenst von München« zu beschwören, wenn von Abrüstung die Rede ist. Es sollte sich den Plänen der NATO widersetzen, einen neuen Zyklus der Hochrüstung zu beginnen, und stattdessen auf den Abbau alter und neuer atomarer, chemischer und biologischer Waffen hinwirken. Offenkundig stößt



diese Perspektive auf starke staatliche und private Gegenkräfte, die sie vermutlich scheitern lassen werden. Wir sollten aber Abrüstung nicht einfach mit Pazifismus gleichsetzen. Sie muss mit nationaler und internationaler Verteidigung kompatibel sein. Vor allem geht es darum, dass »die Welt« dem amerikanischen Volk Sicherheiten und Garantien bieten kann, die auf lange Sicht attraktiver sind als Isolation und weltweiter Gegen-Terrorismus.

Schließlich wende ich mich auch nicht gegen Interventionen schlechthin. Viele Beispiele in und außerhalb Europas, die ich angesprochen habe – Irland, Jugoslawien und Palästina – zeigen die Notwendigkeit nicht allein humanitärer, sondern auch zwangsförmiger Eingriffe, die die gegenwärtige Verflechtung ökonomischer, technologischer und kultureller Prozesse nutzen. Auch militärische Gewalt kann (wenn die nötigen Bedingungen gegeben sind) nicht ausgeschlossen werden. Nur kann Europa auch hier eine andere Lehre aus seinen Erfahrungen ziehen: Militärische Konflikte, die dort aufbrechen, wo kulturelle, religiöse und ethnische Gemeinschaften aneinander geraten, können allein lokal gelöst werden. Besser gesagt sollten die lokalen und die globalen Determinanten ihren Platz tauschen. Der israelisch-palästinensische Konflikt ist ein Beispiel dafür, dass externe Kräfte den in Konflikt stehenden Gruppen nur dazu helfen können, *selbst* eine Lösung zu finden.

#### *Das euro-mediterrane Ensemble*

Meine »anti-strategische« Idee, in die Richtung zu wirken, dass lokalen Bestimmungen das Primat über globale gegeben wird, um einer »vermittelten« Lösung von Konflikten Vorschub zu geben, wird bedeutungslos bleiben, wenn es nicht gelingt, einen offenen, nicht-exklusiven Rahmen zu schaffen, der dennoch in geografischen und historischen (und damit »kulturellen«) Begriffen hinreichende Verbindlichkeit besäße. In einem solchen Rahmen würden Konflikte letztlich als »Bürgerkriege« erscheinen, das heißt, als Kriege, die gerade wegen ihrer Gewalt und ihres »unversöhnlichen« Charakters die Gemeinschaft zwingen würden, sich durchzusetzen, beiden Konfliktparteien gleichzeitig Anerkennung zu bieten und damit den Weg zu einer gegenseitigen Anerkennung oder der Herstellung des »Bürgerfriedens« zu ebnen. Es scheint ein Rätsel oder ein logischer Fehler in dieser Formulierung zu stecken: welche Gemeinschaft wäre in der Lage, diese Rolle zu spielen? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir rückhaltlos den Zirkel eingestehen, der mit der Idee zusammenhängt, eine Gemeinschaft zu bilden, um eine Lösung für die Probleme voranzubringen, die ihr im Weg liegen. Keine präexistente Gemeinschaft, die auf traditioneller Mitgliedschaft und »Wurzeln« basiert, kann diese historische Rolle spielen, sondern nur eine Gemeinschaft von Allianzen, die schon eingerichtet wird mit einem Blick darauf, diese Art von Anerkennung zu fördern. Lassen Sie uns am Rande bemerken, dass dies größtenteils genau die Art war, in der moderne Nationalstaaten »erfunden« wurden, als eine *nicht-existente* Lösung für das Problem religiöser, feudaler und regionaler Konflikte, aber in einem anderen Maßstab und mit Verfahren, die mittlerweile obsolet sind (vgl. Christin 1997).

Ich glaube, dass das »euro-mediterrane Ensemble«, dessen Entwicklung sowohl gefördert als auch andauernd durch verschiedene Hindernisse aufgehalten wird, darunter Phobien, die tief eingegraben sind in das kollektive Unbewusste und sich zurückführen lassen auf Jahrhunderte religiöser und kolonialer Konflikte, nichtsdestotrotz ein solcher Rahmen ist. Seine fortschreitende Konstruktion durch Verhandlungen, gemeinsame Projekte und gleichzeitige Vermittlungen im gemeinsamen Interesse ist selbst ein Weg, die Originalität der Position Europas in den internationalen Beziehungen zu festigen, wobei die Annahme einer spezifischen Identität Hand in Hand geht mit ihrem (scheinbaren) Gegenteil: dem Einschluss des Anderen. Hier können uns Huntingtons Thesen zum Kampf der Kulturen eine wertvollen *umgekehrten* Hinweis geben (einen *kontrafaktischen*, wie die Logiker sagen würden), da der zentrale Begriff in seinem Buch nicht nur das Konzept einer »Grenze« ist, die heterogene Bevölkerungen und Territorien trennt, sondern genauer das Konzept einer *globalen Grenze* (an Stelle der geopolitischen zwischen den »Blöcken« im Kalten Krieg), die als die wirkliche »Bruchlinie« erscheint. Entlang solcher »Bruchlinien« würde sich ein neuer (kommender) Typ von Kriegen entwickeln (zum Beispiel Kriege zwischen dem Westen und der islamischen Welt, oder zwischen dem Westen und dem aufsteigenden »asiatischen« Ensemble um China). Nach Huntington ist es unmöglich, Bruchlinien aufzuheben: man kann lediglich die Gewalt »einfrieren«, die sie freisetzen, und die Weltordnung entlang eines fragilen Gleichgewichts von konkurrierenden, letztlich inkompatiblen Zivilisationen organisieren, die sich im Wesentlichen äußerlich bleiben. Diese Idee leitet sich eindeutig von den geopolitischen Auffassungen her, die um den Zweiten Weltkrieg herum von dem deutschen (pro-nazistischen) Juristen und Philosophen Carl Schmitt theoretisiert wurden. Dieser versuchte seine Vorstellung, dass jede politische Institution auf dem absoluten Primat der Unterscheidung von »Freund und Feind« basierte, auf die neue »räumliche Verteilung der Macht« (*Nomos der Erde*\*\* ) zu übertragen, die nach dem zweiten Weltkrieg aufkam. Die Idee eines »euro-mediterranen Ensembles« drückt das genau entgegengesetzte Axiom aus: Sie besagt nicht, dass es keine »Bruchlinien« gäbe, und um sie herum keine angestammten Feindseligkeiten, sondern dass politische Institutionen (wie das »politische Gemeinwesen« und die »Zivilität«) genau dann entstehen, wenn Feindseligkeiten zum Brennpunkt werden für die Ausarbeitung gemeinsamer Interessen und historischer Kompromisse. Solche gemeinsamen Interessen drücken die »Komplementarität der Feinde« aus, um einen Ausdruck des französischen Anthropologen Germaine Tillion (1957) zu verwenden, und das ist es, was sie politisch signifikant macht.

Jüngste Debatten – zum Teil sehr erhitzte – über den möglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, die auf den Wahlsieg der »Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung« (AKP) folgten und ausgelöst wurden durch Erklärungen des derzeitigen Vorsitzenden der Europäischen Verfassungskonvention Valéry Giscard d'Estaing,

---

\*\* im Original deutsch (A.d.Ü.)

die sinngemäß besagten, die Türkei sei »nicht-europäisch« und ihre Aufnahme würde den Aufbau Europas ruinieren, hatten zumindest einen guten Effekt: In ihnen hat sich eine Realität manifestiert, die nicht einer Utopie oder der fernen Zukunft angehört, sondern schnell auf uns zukommt. Wie unterschiedlich die institutionellen Lösungen auch sein mögen, von formaler Aufnahme bis hin zu enger Assoziation, die Türkei wird kein Einzelfall bleiben. Die gesamte südliche Mittelmeerküste wird immer mehr in die Konstruktion eines gemeinsamen Raumes von Interdependenzen einbezogen werden, eines Laboratoriums für neue Beziehungen zwischen »entwickelten« Ländern und »Entwicklungsländern« sowie zwischen Kulturen, die ihre religiösen Wurzeln in antithetischen Versionen der gleichen monotheistischen Theologie haben. Vorausgesetzt, selbstverständlich, dass die politischen Bedingungen bewusst und mit Nachdruck geschaffen werden.

Wenn ein solches Ensemble Konsistenz gewänne, würde es zur gleichen Zeit ein Werkzeug werden, um Ungleichheiten in der Geschwindigkeit der Entwicklung auszugleichen, eine vermittelnde Struktur, die es den Europäern leichter machen würde, wirkungsvoll auf internationale Angelegenheiten Einfluss zu nehmen, und eine starke Kraft zur Demokratisierung arabisch-islamistischer Regimes im mittleren Osten. Dies ist der wirkliche Weg, die alten Muster der Opposition zwischen »okzidental« und »oriental« Kulturen zu überwinden (die nur eine Figur unter vielen sind, um die Geschichte der Menschheit zu verstehen, aber immer noch einen großen Schatten auf das zeitgenössische Denken und die Politik werfen). Es scheint mir offensichtlich, dass er, zusammen mit anderen, ähnlichen Prozessen, eine sehr wirksame Rolle dabei spielen könnte, die kollektive Sicherheit zu fördern und die Arbeit internationaler Institutionen voranzutreiben. Die Alternative ist ziemlich bedrückend: Sie bestünde darin, dass die »globale« Logik auf Jahrzehnte hin »Bruchlinien« folgt.

Als ich an den Teilen dieses Vortrags arbeitete, las ich (mit erheblicher Verzögerung: beinahe dreißig Jahre!), Frederic Jamesons brillianten Essay »The Vanishing Mediator; or, Max Weber as Storyteller« (1973). Jameson versucht zu zeigen, dass im Kern von Webers Interpretation des Prozesses der Modernisierung und Rationalisierung (der vor allem ein europäischer oder eurozentrischer Prozess ist), aber auch von bestimmten Beschreibungen revolutionärer Prozesse in der Vergangenheit bei Marx, eine dialektische Figur liegt, die als die Figur des verschwindenden Vermittlers bezeichnet werden kann. Dies ist die (zugegebenermaßen in spekulativen Begriffen dargestellte) Figur einer *transitorischen* Institution (oder Kraft, Gemeinschaft, oder spirituellen Formation), welche die Bedingungen für eine neue Gesellschaft oder ein neues zivilisatorisches Muster schafft, wengleich im Horizont und Vokabular der Vergangenheit sowie durch die Neuordnung von Elementen eben der Institution, die überwunden werden soll. Dies ist notorisch der Fall bei der »protestantischen Ethik«, die sich aus dem Zentrum des paradoxen Begriffs einer »weltlichen Askese« entwickelt, wobei eine Wendung in der Bedeutung religiösen Glaubens in Wirklichkeit die subjektiven Bedingungen für ein säkularisiertes Verhalten der Individuen und der gesamten Gesellschaft, nämlich für die Entstehung

»rationaler« ökonomischer Praxis herstellt. Die Glaubensreform schafft damit die Bedingungen für ihre eigene Unterdrückung und ihr allmähliches Verschwinden. Aber ohne diese »verschwindende« Vermittlung wäre der Übergang vom alten zum neuen gesellschaftlichen Gefüge nicht möglich gewesen.

Es schien mir, als könnte ich in der Tat im Spiel mit der doppelten Bedeutung dieses bemerkenswerten dialektischen Ausdrucks die paradoxe Situation erfassen, in der sich Europa und europäische Intellektuelle heute befinden. Auf der einen Seite würde ich dann kritisch den Grenzen der Möglichkeiten Europas Rechnung tragen, beeinflussend und vermittelnd auf historische Prozesse einzuwirken, die heute vor unseren Augen die Struktur der Welt verändern. Auf der anderen Seite würde ich die Möglichkeiten erkunden, mit denen Europa seine eigenen Brüchigkeiten und Unbestimmtheiten, seinen eigenen »transitorischen« Charakter in einem gewissen Sinn, für eine wirksame Vermittlung in einem Prozess nutzen könnte, der eine neue politische Kultur hervorbringt, ein neues Muster der politischen Institution als solcher, in unserem Kontext akuter nationaler und internationaler Krisen. Oder vielleicht würde ich, noch paradoxer, die Möglichkeiten Europas erkunden, sich als Instrument anzubieten, das andere Kräfte in der Welt zum Zweck der Transformierung von Politik verwenden und formen könnte, um mit der Krise umzugehen.

Die Idee des verschwindenden Vermittlers unterscheidet sich wahrscheinlich nicht so sehr von der Idee des *Übersetzers* oder des *Reisenden*, die ich mit der wesentlichen Funktion des Intellektuellen in Verbindung gebracht habe. In »unserem« Fall – für uns als Bürger Europas – wird die Ähnlichkeit fast eine Verschmelzung. Wie Umberto Eco vorgeschlagen hat, ist die einzige genuine »Sprache Europas« (und wir wissen, dass jede politische Entität einer Sprache oder einer linguistischen Institution bedarf) *die Praxis der Übersetzung*. Dies könnte sehr gut der »außergewöhnliche« Charakter Europas sein, bedingt durch seine spezifische Geschichte, insbesondere seine globale Expansion und die vergangene Konkurrenz zwischen seinen imperialistischen Mächten, gefolgt von ihren Rückzügen. Europa ist nicht die einzige Region der Welt, in der übersetzt wird, wo Technologien, fachliche Anweisungen, literarische Werke und heilige Texte kontinuierlich von einem Idiom in das nächste übertragen werden. Aber nirgends – nicht einmal in Indien oder China – war es im gleichen Umfang notwendig, die politischen und pädagogischen Bedingungen für sprachlichen Austausch zu organisieren. Es scheint tatsächlich möglich, sich vorzustellen, wie diese uralte institutionelle Praxis der Übersetzung, die zugleich typisch »europäisch« ist und doch unmöglich auf die »Grenzen Europas« beschränkt werden kann (da fast keine der großen europäischen Sprachen nationales »Eigentum« geblieben ist), erweitert werden könnte, und zwar in zwei Richtungen. Sie könnte erweitert werden, indem neue Elemente in die Gruppe der zu Arbeits- und Kulturzwecken gelehrt und gesprochenen Sprachen aufgenommen werden (beginnend mit solchen – Arabisch, Türkisch, Urdu etc. –, für die bereits eine weit verbreitete Praxis auf europäischem Boden besteht). Sie könnte aber auch erweitert werden, indem die Idee der »Übersetzung« vom bloß sprachlichen auf ein breiteres *kulturelles* Niveau ausgeweitet wird. Dies ist eine entscheidende, allerdings zugleich

enigmatische Aufgabe, bei der es darauf ankommt, bestimmte Unmöglichkeiten anzuerkennen («nicht-übersetzbare» Ideen und Formen) und nach Äquivalenten zu suchen: wissenschaftliche, literarische, rechtliche und religiöse »Universale«.

Wir kommen damit zu einer weiteren Bedeutung der Idee des »verschwindenden Vermittlers« – vielleicht unsere Utopie oder unser Mythos: Europa als der Dolmetscher der Welt, der Sprachen und Kulturen in alle Richtungen übersetzt. Zugleich wäre dies ein Versuch, die politische Funktion der Intellektuellen wieder herzustellen: ungeachtet anderer Aktivitäten und Verpflichtungen würden Intellektuelle kontinuierlich den Horizont ihrer übersetzenden Fähigkeiten erweitern. Er verweist auch auf eine *umfassende*, »organische« Funktion der Intellektuellen. Intellektuelle würden »in ihrer eigenen Intervention verschwinden«, wie Louis Althusser (1967) sagte. Sie wären notwendig, aber ohne Monopol. Sie wären selbst Grenzen.

Aus dem Englischen von Peter Jentsch

### Literatur

Althusser, Louis, *Philosophie und spontane Philosophie der Wissenschaftler* (1967), Schriften, Bd. 2, Berlin/W 1985

Balibar, Etienne, »Algérie, France: une ou deux nations ?«, in: ders., *Droit de cité. Culture et Politique en démocratie*, Paris 1998

Body-Gendrot, Sophie, *La Société américaine après le 11 septembre*, Paris 2002

Christin, Olivier, *La Paix de religion: L'autonomisation de la raison politique au XVI<sup>e</sup> siècle*, Paris 1997

Foucault, Michel, »Le sujet et le pouvoir« (1982), in: ders., *Dits et Ecrits*, Bd. IV, Paris 1994, 222-43

Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, Hamburg 1991ff.

Jameson, Fredric, »The Vanishing Mediator; or, Max Weber as Storyteller« (1973), in: ders., *The Ideologies of Theory*, 2 Bde., Minneapolis 1988, Bd. 2, 3-34

Lefort, Claude, *L'Invention démocratique: Les limites de la domination totalitaire*, Paris 1981

Tillion, Germain, *L'Algérie en 1957*, Paris 1957

## Ein anderes Weltsozialforum ist möglich

Für den französischen trotzkistischen Intellektuellen Daniel Bensaïd war die Sache klar: Davos und Porto Alegre, das Weltwirtschaftsforum und das Weltsozialforum, verkörpern gegensätzliche Modelle der Vergesellschaftung. Hier das elitäre Netzwerk neoliberaler Chefstrategen, eine mehr und mehr zum Sicherheitsproblem werdende geschlossene Gesellschaft im schweizerischen Bergdorf, dort die bunte Mischung aus Basisbewegungen, AktivistInnen und Intellektuellen, eine Verbindung von Strategietreffen, Karneval, Jahrmarkt, Kirchentag, Sommeruni und Parteiversammlung. Der Erfolg des dritten Weltsozialforums (WSF) ist denn auch augenfällig. Nicht nur ist es größer und breiter geworden, es konnte die TeilnehmerInnenzahl im Vergleich zum Vorjahr verdoppeln und in seiner Zusammensetzung stärker als bisher gewerkschaftliche und kirchliche Kreise erreichen. Vor allem ist es in seiner Funktion als Symbol des weltweiten Unbehagens an und des globalen Widerstands gegen die Folgen neoliberaler Globalisierung weltweit anerkannt – selbst Herr Schwab, der Organisator des World Economic Forum (WEF), bestreitet nicht mehr die Notwendigkeit einer Suche nach Alternativen. Eine andere Welt ist möglich – was will man mehr?

Das Weltsozialforum 2003: Über 20000 Delegierte, über 70000 weitere TeilnehmerInnen, etwa 4000 JournalistInnen, ca. 1600 Veranstaltungen, gute bis ausgelassene Stimmung, Frust über die prekäre Organisation und ein unübersichtliches Programm, einige »große Namen«, viele kleine Begegnungen und immer wieder überraschende Erkenntnisse. Das Treffen fand statt in einer euphorischen Stimmung über den Wahlsieg der Arbeiterpartei PT in Brasilien, den die Menschen als ihren begreifen, in einer Atmosphäre wachsenden Widerstands gegen die neoliberal-militaristischen Projekte in Lateinamerika und den drohenden Krieg gegen den Irak. Zum Forum gehören auch die Tausende von brasilianischen Jugendlichen, einer neuen hellwachen rebellischen Generation jenseits der alten Kämpfe und Feindschaften. Die Kraft, die Energie und die Lust, die hinter der Suche nach Alternativen steckt, offenbarte sich schon auf der Auftaktdemo – ein Genuss für alle an langweilige Latschdemos gewöhnte Mitteleuropäer. Ganz im Gegenteil zur geläufigen Ansicht, hier seien Triebverzicht und miefige Moralisierung am Werke, wurde eine Botschaft unmittelbar sichtbar gemacht: Das andere Leben, das gibt es schon – es ist allein das Diktat der Märkte, der Mächtigen und der Regierungen, das die Luft zum Atmen nimmt. Es gibt zwar die Tendenz zur plakativen und populistischen Vereinfachung, die oft gefährlichen Feindbilder, der simple Antiimperialismus und der platte Antiamerikanismus, die im ganzen Trubel irritieren. Allerdings darf der unterschiedliche Erfahrungshintergrund nicht vergessen werden. Wer in Lateinamerika seit Jahrzehnten der offenen und versteckten Kriegsführung der USA gegen die Bevöl-

kerung dieses Kontinents ausgesetzt ist, der mag den Skrupel von Mitteleuropäern nicht ganz nachvollziehen, deren eigener Wohlstandschauvinismus sich im Schatten des Terrors ihrer Schutzmacht entfalten konnte.

### *Erfahrungen und Differenzen als Grundlage*

Obwohl auf den großen Podien immer wieder abgestandene Analysen zu hören waren (die auch den Sinn einer Bildungsveranstaltung nicht erfüllten), so dominierte doch die Diskussion und Reflexion von konkreten Erfahrungen. Von Porto Alegre geht insgesamt die Anregung aus, den unterschiedlichen Erfahrungshintergrund der sozialen Kämpfe zu berücksichtigen und sich trotzdem in anderen Kämpfen wiederzuerkennen, wie dies Ana Esther Ceceña aus Mexiko formulierte. Und doch gilt: Vielfalt darf nicht einfach unkritisch beschworen, als Multitude mystifiziert oder gar instrumentell eingesetzt werden. Es bedarf vielmehr der kritischen Auseinandersetzung innerhalb der Bewegungen, damit Vielfalt tatsächlich produktiv gemacht werden kann.

Zwei Punkte waren in der ganzen Vielfalt Konsens: »Não Guerra, Não Alca!« – kein Krieg, kein ALCA<sup>1</sup>. Die Ablehnung des Krieges im Irak war sicherlich das übergreifende Thema des WSF. Und immer wieder musste man erstaunt zur Kenntnis nehmen, wie breit der Widerstand in den verschiedenen Regionen der Welt ist – von New York bis Südafrika –, und wie wenig man davon bislang in den deutschen Medien erfahren hat. Gerade in den USA und Kanada finden fast wöchentlich Großdemonstrationen gegen die Kriegspolitik der Bush-Regierung statt. Demgegenüber konzentriert sich die Medienberichterstattung hierzulande weiterhin auf die Schachzüge der Regierungspolitik und deren Propaganda, wo doch das Legitimationsdefizit nicht nur der US-Administration längst offenkundig ist. Mindestens ebenso einhellig wie das Nein zum Krieg und die Kritik an den Winkelzügen seiner Begründung war die Ablehnung der amerikanischen Freihandelszone. Gerade von der Durchsetzung dieses neoliberalen Projektes befürchten die sozialen Bewegungen Lateinamerikas eine erhebliche Verschlechterung der Lebensbedingungen. Dominiert wird das Forum von den Gruppen der AktivistInnen aus NGOs und sozialen Bewegungen. VertreterInnen außerhalb von Lateinamerika gehören meist zu zahlungsfähigen NGOs – schließlich ist eine Reise nach Porto Alegre nicht gerade billig –, und in diesem Kontext kann man schon von einer NGO-Lastigkeit des Forums sprechen. Während einige vor allem die Gelegenheit zu informellen Treffen nutzen, oft außerhalb des eigentlichen Programms, sind es besonders die selbstorganisierten Workshops, in denen die Erfahrungen der sozialen Bewegungen aus den verschiedenen Regionen der Welt zur Sprache kommen.

Der Vorwurf der NGO-Lastigkeit kann nicht pauschal gegen das Forum gewendet werden. Im Zuge einer genaueren Betrachtung zum Verhältnis von Staat, NGOs und

1 ALCA ist die spanische und portugiesische Abkürzung für die amerikanische Freihandelszone, die derzeit verhandelt wird und bis 2005 in Kraft treten soll.

sozialen Bewegungen in einem Workshop wurde schnell deutlich, dass es sehr unterschiedliche NGOs gibt und dass die These eines schlichten Gegensatzes zwischen NGOs und sozialen Bewegungen der Sache nicht gerecht wird. In vielen Ländern, in denen die organisatorischen oder intellektuellen Köpfe sozialer Bewegungen bedroht oder in den Machtapparat kooptiert wurden, sind es manchmal gerade kritische NGOs, die eine unverzichtbare Rolle für die Organisation der Basisarbeit übernehmen. Dies machten VertreterInnen aus Argentinien, der Amazonas-Region Brasiliens und aus Paraguay deutlich. Allerdings zeigen Erfahrungen aus Argentinien und Uruguay auch, dass die Arbeit von NGOs mit neoliberaler Politik kompatibel sein kann und einen Rückzug des Staates zu begleiten und zu substituieren vermag. In einem Punkt waren sich aber AktivistInnen aus allen lateinamerikanischen Ländern mit den wenigen VertreterInnen aus Europa und Afrika schnell einig: Die Autonomie und Selbstorganisation sozialer Bewegungen und ihre Unabhängigkeit von Staat und Parteipolitik ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass hierarchische Strukturen aufgebrochen und neue, emanzipative Impulse freigesetzt werden. Die Landlosenbewegung in Brasilien, der MST, hat bereits jetzt deutlich gemacht, dass er bei aller Sympathie für die neue Regierung seine Unabhängigkeit bewahren und seine Strategie nicht der Machterhaltung der PT unterordnen wird. Welche Gefahren bei einer Unterordnung unter Parteistrategien entstehen, hat ein Vertreter der Landlosenbewegung aus Südafrika verdeutlicht. Indem er Lula da Silva mit Nelson Mandela verglich, artikuliert er die Enttäuschung in die Politik seines Nachfolgers mit der Bemerkung, sie hätten vor acht Jahren die falsche Wahl getroffen. Er beendete seinen Erfahrungsbericht mit dem heroischen Ausruf: »La lotta continua!« – der Kampf geht weiter.

Überhaupt konnte man an der Frage der Landverteilung und den Erfahrungen mit Agrarreformen einige Probleme ländlicher sozialer Bewegungen gut beobachten. So zentral die Frage des Landbesitzes und der ungleichen Verteilung von Land in so unterschiedlichen Ländern wie Brasilien, Kolumbien, Indien oder Südafrika auch jeweils ist – und so eng diese Frage mit der nach einer Alternative zur industrialisierten Landwirtschaft und damit zur neoliberalen Politik im allgemeinen verbunden ist –, so muss dieser Kampf doch unter den jeweiligen lokalen und nationalen Bedingungen ausgefochten werden. Dabei wurde auch deutlich, wie sehr die hierzulande oft erhobene Forderung, man möge doch konkrete und konstruktive Alternativen nennen, am tatsächlichen Problem vorbeigeht. Denn gerade das Beispiel des MST zeigt: Die Alternativen sind vorhanden und werden schon umgesetzt – die Frage ist, ob sie sich entwickeln können oder ob sie unterdrückt werden. Schon länger ist der MST über den Stand hinaus, allein eine Umverteilung des extrem ungleich verteilten Landes zu fordern. Dabei zielt diese Forderung schon für sich genommen auf eine der wesentlichen Ursachen für die spezifischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse Brasiliens. In den letzten 15-20 Jahren wurden erstaunliche Erfolge auf den ehemals besetzten Ländereien erzielt. Die Frage ist nur, ob sie Nischen in einer ansonsten rein produktivitäts- und exportorientierten Landwirtschaft bleiben, oder ob die Produktion und die gesamte Agrarpolitik an Nahrungsmittelsicherheit für die einheimische Bevölkerung



ausgerichtet werden kann. In diesem Prozess verlässt sich der MST nicht auf den Staat, sondern es werden schon jetzt regionale Vermarktungsstrukturen und ökologische Anbaumethoden ausprobiert und entwickelt. Diese Ansätze dürften entscheidend dafür sein, ob die Regierung Lula ihr Null-Hunger-Programm auch nur ansatzweise umsetzen kann. Umgekehrt besteht die Gefahr, dass solche bereits vorhandenen Alternativen nun vom amerikanischen Freihandelsabkommen platt gemacht werden, dass u.a. die Zielsetzung hat, den südamerikanischen Markt den Nahrungsmittelgiganten aus dem Norden zu öffnen. Dass in das eigentlich gentechnikfreie Brasilien schon gentechnisch modifiziertes Saatgut eingeschmuggelt wird, darf als ein Indiz für die Schwierigkeiten einer Gestaltung der Landwirtschaftspolitik verstanden werden.

Die Inhalte des WSF waren für niemanden überschaubar. Es ging neben den bereits genannten Themen um die Privatisierung von Wasser und genetischen Ressourcen, um die Zukunft der Bildung, um feministische Perspektiven auf die Verankerung von neoliberaler Hegemonie im Alltag, um das angesprochene und in Brasilien brennend interessierende Verhältnis von Staat, Parteien und Bewegungen, das Recht auf Wohnraum, die Militarisierung vieler Lebensbereiche und und und ... Der Auftritt des seit 1. Januar amtierenden Präsidenten Lula war eines der großen Ereignisse (jener des Präsidenten Venezuelas, Hugo Chávez, wurde übrigens vor Ort weit weniger beachtet, sondern eher durch die Medien hochgespielt). Lulas Auftritt vor 80–100 000 Menschen geriet zum massenwirksamen Höhepunkt des WSF. Dabei ist die Bedeutung wahrlich nicht zu unterschätzen. Entscheidend ist nicht nur, dass mit Lula zum ersten Mal in der Geschichte Brasiliens ein Vertreter der unteren Bevölkerungsschichten, ein Mann aus den Armengebieten Sao Paulos Präsident des größten Landes Lateinamerikas geworden ist, was in diesem ungleich stärker durch Klassen- und Statusprivilegien zerrissenen Land eine wichtige Signalwirkung hat. Noch wichtiger ist, dass er diesen Sieg als Vertreter der sozialen Bewegungen errungen hat. Denn Lula gehörte zu denen, die noch unter der Militärdiktatur in den späten 1970er Jahren mit dem Aufbau einer Stahlarbeitergewerkschaft einen entscheidenden Anteil an der Demokratisierung Brasiliens hatte. Und seine Partei, die Arbeiterpartei (PT), ist auch heute noch auf engste mit den sozialen Bewegungen verbunden. Lulas Wahlsieg wird also mit Recht auch als ein Sieg der sozialen Bewegungen interpretiert – und genau da artikulieren sich auch die großen Erwartungen und beginnen die Probleme. Denn einerseits wird von ihm eine deutliche Absage an ALCA und zumindest die Durchführung eines Referendums erwartet, eine Erwartung, die er aufgrund der internationalen Verpflichtungen seines Landes nicht von heute auf morgen erfüllen kann. Noch umstrittener war seine Bereitschaft, nach Davos zu fahren. Obwohl sein Ziel, die Anliegen seines Landes dort zur Sprache zu bringen, nachvollziehbar ist, waren die Sprechchöre: »Lula, bleib hier!« bei seinem Auftritt unüberhörbar. Sein Vorhaben, eine Brücke zwischen den beiden Foren zu etablieren, macht noch einmal die Gefahr einer Instrumentalisierung des WSF deutlich. Niemand hat Lula dazu beauftragt – und die Mehrheit in Porto Alegre dürfte als den besten und sogar einzig möglichen Beitrag des WEF zur Lösung der Weltprobleme dessen Auflösung ansehen.

In diesem Konflikt artikuliert sich aber ein Grundsatzproblem des WSF: Wer spricht für wen? Wer hat die Kontrolle über die Veranstaltung? Für die Mehrheit der TeilnehmerInnen war die Organisationsstruktur undurchsichtig. Dabei scheinen sich Unterschiede zwischen höchst verschiedenen Gruppen zu verfestigen. Wichtig ist die kleine Gruppe der Entscheidungsträger, die, organisiert im Internationalen Rat, die Weichen für den Fortgang des WSF stellen. Diesem Gremium gehören inzwischen rund 100 VertreterInnen von Organisationen aus der ganzen Welt an, wobei hinter einigen kampfkraftige Bewegungen, hinter anderen niemand außer etwas Geld steht. Vor allem die Entscheidung darüber, wo das nächste WSF stattfindet, war sehr umstritten und konnte nur unter massivem Druck von VertreterInnen aus Asien und Afrika zu einem Kompromiss gewendet werden. Während die VertreterInnen aus Lateinamerika weiterhin an Porto Alegre festhalten wollten, was die Gefahr einer Entwicklung hin zu einem Lateinamerika-Forum mit Gästen aus dem Rest der Welt mit sich gebracht hätte, einigte man sich darauf, das nächste Forum in Indien zu veranstalten, jedoch das Jahr darauf wieder in Porto Alegre. Der Rat – und das ist politisch wahrscheinlich am wichtigsten – dominiert jedoch nicht das Forum. Er stellt einen Raum bereit und strukturiert ihn teilweise, aber dieser Raum wird von den TeilnehmerInnen nach ihren Bedürfnissen gefüllt. Bereits beim ersten WSF im Jahr 2001 wurde das klar. Die Initiatoren um den französischen Attac-Präsidenten Bernard Cassen wollten ein »Anti-Davos« mit dem Schwerpunkt auf weltwirtschaftlichen Fragen. Doch es wurde – und ist bis heute – ein Treffen, auf dem die teilnehmenden Bewegungen und NGOs ihre eigenen Fragen einbringen.

### *Ein anderes Weltsozialforum ist möglich: Gefahren und Grenzen des Erfolgs*

Mit dem Erfolg der wachsenden TeilnehmerInnenzahl und der großen öffentlichen Aufmerksamkeit sind diverse Gefahren verbunden. Die symbolische Anerkennung des WSF als Ausdruck des weltweiten Unbehagens und der Bündelung des globalen Protests wird zum Problem. »Man« muss dabei gewesen sein, denn hier treffen sich die weltweiten Kämpfe. Die symbolische Überladung führt dazu, den konkreten Erfahrungsaustausch und die Vernetzungen sozialer Bewegungen an den Rand zu drängen. Dies wurde beim dritten Treffen besonders deutlich. Angesichts der hohen Beteiligung, mit der die OrganisatorInnen nicht mehr umgehen konnten, wurden die großen Events mit Noam Chomsky, Arundhati Roy oder Eduardo Galeano vor Zehntausenden von Leuten zu einer Art Rettung. Hier ging es um Stimmung, Identitätsbildung und gute Analysen berühmter Persönlichkeiten. Bemerkenswert ist jedoch, dass in diesem Jahr die sog. Konferenzen, auf denen vor mehreren hundert oder tausend Leuten stellvertretend Strategien diskutiert werden, weniger gut besucht wurden. Aufgrund der Finanzprobleme des Forums (die Arbeiterpartei verlor im Herbst die Wahlen im Bundesstaat Rio Grande do Sul, weswegen von dort Geld fehlte) konnten sich eher die bekannten NGO-Aktivist:innen die Reise leisten, das Forum jedoch weniger VertreterInnen aus Bewegungen als geplant einladen.

Die Vehemenz, mit der trotzdem solche Podiumsdiskussionen angekündigt wurden, wendete sich gegen eine methodische Stärke des ersten und zweiten WSF, nämlich, den selbstorganisierten Workshops jeden Nachmittag ihren Raum zu lassen und sie nicht in Konkurrenz mit den Großveranstaltungen zu setzen. Dass diese Struktur im Jahr 2003 aufgelöst wurde, führte nicht nur zu einer erheblichen Unübersichtlichkeit, sondern auch zur Unruhe in den Veranstaltungen. Auch während der Workshops hatten viele das Gefühl, bekannte Namen und ihre Analysen in einer parallel laufenden Großveranstaltung zu verpassen.

Gerade die öffentliche Anerkennung, die das WSF inzwischen erfahren hat, bringt die Gefahr mit sich, dass es als Ort sozialer Kämpfe zu sehr aufgeladen, dass die symbolische Bündelung der Kämpfe mit diesen selbst verwechselt und Porto Alegre als der Ort einer globalen Bewegung projektiv überhöht wird. Dabei finden die globalen Konflikte gerade nicht in Porto Alegre, sondern vor Ort in lokalen Zusammenhängen statt. Auf dem WSF können sie nur vernetzt und wechselseitig verstärkt werden. Entscheidend ist aber, ob tatsächlich die Hegemonie neoliberalen Denkens im Alltag gebrochen werden kann – und davon ist besonders im industrialisierten Norden, in Deutschland, Europa und den USA, wenig zu sehen. Eine zweite Spannung neben jener zwischen sinnvollem Großevent und der gefährlichen symbolischen Zentralisierung von Kämpfen ist mit der Rolle der Intellektuellen verbunden. Kann man den Wunsch nachvollziehen, prominente Persönlichkeiten im Rahmen des Forums mal »zu sehen« (und mehr ist es meist dann auch nicht), so ist die Qualität ihrer Beiträge höchst unterschiedlich. Manche sind als Begründer alternativer Paradigmen gegen die Mythen des Neoliberalismus und der Militarisierung unverzichtbar. Andererseits wurde deutlich, dass die Kritik an der Globalisierung und am Krieg inzwischen weit verbreitet ist. Da aber kaum etwas Neues in den letzten Jahren hinzugekommen ist, wirkten viele Analysen flach und plakativ. Eine dritte Spannung des Weltsozialforums ist der Widerspruch zwischen dem starken Bedürfnis nach einer gemeinsamen Identität und den sich entwickelnden Streitkulturen. Es ist ein mühsamer Prozess, durch die bestehenden Differenzen hindurch und ohne sie zu unterdrücken, Alternativen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Aber es ist der einzig mögliche Weg zu einer produktiven Weiterentwicklung.

Und schließlich wird das Verhältnis zu Parteien nicht abschließend zu klären sein. Im Gegensatz zum Europäischen Sozialforum in Florenz, das stark von der *Rifundazione Comunista* dominiert wurde, spielen Parteien jenseits der symbolischen Ebene des Lula-Auftritts keine große Rolle (das widerspricht nicht dem großen Diskussionsbedarf, wie denn von Bewegungsseite mit Parteien umgegangen werden kann). Und dennoch: Wie gehen in Zukunft, so die sich permanent stellende Frage, die wichtiger werdenden Sozialforen mit den Dominanzgelüsten politischer Parteien um?

*Sozialforen als Lernprozesse*

Das Weltsozialforum wie seine regionalen »Ableger« sind politisch-organisatorische Lernprozesse. Das zweite Europäische Sozialforum findet im Herbst in Paris statt, das Weltsozialforum wird 2004 nach Indien gehen. Dazu gibt es bereits unzählige lokale, regionale und nationale Foren und Treffen. Entscheidend ist die Rückwirkung dieser Foren und Treffen auf die Praxis des Widerstands und sich entwickelnde Alternativen in Bewegungen, Gewerkschaften, Schulen und Universitäten, Medien und Unternehmen. Auf der symbolischen Ebene dürfte es entscheidend sein, die konfrontative Haltung zum Weltwirtschaftsforum in Davos wie auch zu anderen Treffen und Institutionen der Mächtigen nicht aufzugeben. Allerorten sind Stimmen zu vernehmen, die auf die gemeinsamen Anliegen der weltweiten Eliten und der sozialen Bewegungen – Kampf gegen Hunger, für eine bessere Welt etc. – hinweisen. Durch eine Kooperation mit den Herrschenden würde der kurze Sommer der globalen Bewegungen zu Grabe getragen. Viel wichtiger ist es für die emanzipativen Bewegungen, in der konfrontativen Haltung ihre Kritik zu schärfen, die dann in konkreten Auseinandersetzungen gegen Privatisierung, für bessere Lebensbedingungen, gegen die Durchsetzung mächtiger Interessen eingebracht werden kann. Gleichwohl ist hier ein weiteres Problem angesprochen, nämlich die jeweils konkrete Vermittlung der Kämpfe in spezifische Auseinandersetzungen und Institutionen wie Gewerkschaften oder staatliche Apparate.

Trotz unserer kritischen Bemerkungen: Der Verzicht auf globale Vernetzungen wie auch der öffentliche Hype um das WSF wird weder zurückzunehmen sein, noch scheint es sinnvoll, darauf verzichten zu wollen. Allerdings scheint eine Entzerrung angebracht. Ein WSF alle zwei Jahre in den verschiedenen Erdteilen könnte für die Vielfalt der Bewegungen und ihr gemeinsames Anliegen hilfreicher sein. In der jetzigen Form ist es zu Lateinamerika-lastig, zwar mit gutem Grund, denn dort sind die sozialen Bewegungen vielfach weiter entwickelt. Dennoch wäre ein WSF nicht nur in Indien, sondern auch auf dem afrikanischen Kontinent vielleicht ein wichtiger Stimulus für die dortigen Auseinandersetzungen. Wichtig ist aber vor allem, dass der Gebrauchswert, der Erfahrungsaustausch sozialer Bewegungen und der Versuch einer Vernetzung, tatsächlich weiterhin im Mittelpunkt steht, und dass man nicht im Bestreben, immer machtvollere Manifestationen des globalen Widerstands zu organisieren, diesen Gebrauchswert noch mehr an den Rand drängt.

Bei aller Euphorie, die einen manchmal in Porto Alegre überfallen konnte, wurde auch deutlich: ein langer Atem ist nach wie vor notwendig. Weder ist ein Zusammenbruch des kapitalistischen Weltsystems in Sicht – und seine entschlossene militärische Verteidigung gibt uns schon einen Vorgeschmack darauf, mit welchen Opfern eine Zuspitzung der globalen Krisen und die »Verteidigung der amerikanischen und der europäischen Lebensweise« wohl verbunden sein dürften. Ein Weg gegen den Rückfall in die Barbarei kann nur aus der Selbstorganisation sozialer Bewegungen erwachsen – und in dieser Hinsicht sind Deutschland und Europa die wahren Entwicklungsländer.

John Holloway

## Die Druckerei der Hölle

Eine Anmerkung in Antwort auf Joachim Hirsch<sup>1</sup>

### *I Aus der Hölle schreiben: Zersetzende<sup>2</sup> Kritik*

Ich beziehe meinen Standpunkt in der Druckerei der Hölle. Joachim Hirsch tut dies nicht. Das ist der Unterschied zwischen uns.

William Blake zufolge drucken die Teufel in der Druckerei der Hölle »nach der höllischen Methode, mit Ätzen, die in der Hölle heilsam und zuträglich sind, indem sie die sichtbaren Oberflächen wegschmelzen und das Unendliche enthüllen, das darunter verborgen lag« (Blake 1790/1996, 229). Der Schrei, mit dem mein Buch anfängt, ist ein Schrei aus der Hölle. Er führt eine negative Grammatik ein, eine theoretische Bewegung-gegen<sup>3</sup>, die darauf abzielt, zu zersetzen und »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (MEW 1, 385): mit dem Ziel, das Unendliche, das verborgen lag, die gesellschaftliche Macht menschlichen Tuns, zu enthüllen.

Die Bewegung der Theorie ist negativ, zersetzend, zerstörerisch. Marx ist eine Säure, die unaufhörlich alle feststehenden Begriffe zerstört. In einer Gesellschaft, die auf der Negation der gesellschaftlichen Macht menschlichen Tuns gegründet ist, kann eine Theorie, die auf die Bestätigung dieser gesellschaftlichen Macht abzielt, nur negativ sein, kann nur die Negation unseres gesellschaftlichen Tuns negieren. Die negative, zersetzende, höllische Bewegung der Theorie ist *gleichzeitig* die theoretische Befreiung menschlichen Tuns. Das Hinwegschmelzen der scheinbaren (fetischisierten) Oberflächen ist *unmittelbar und direkt* die Enthüllung des Unendlichen, das verborgen liegt (die kreative Macht gesellschaftlichen Tuns). *Zwischen der Zersetzung und der Sichtbarmachung des Unendlichen gibt es keine Zwischenstation.* Es gibt nichts, das der negativen Bewegung der Theorie *hinzugefügt werden müsste.*

- 
- 1 Joachim's Kommentare zu meinem Buch sind für mich von besonderer Bedeutung. Seit mittlerweile vielen Jahren (seit 1975?) bestand für mich eine der größten theoretischen Herausforderungen darin, zu versuchen gegen-und-über-Joachim-hinaus-zu-denken. Ein höheres Lob vermag ich nicht zu zollen. Dafür und für die Kommentare zu meinem Buch bin ich ihm unendlich dankbar.
  - 2 [Im Original *corrosive*, was sowohl ätzend im chemischen Sinne als auch zerstörerisch bedeuten kann und sich auf das nachfolgende Blake-Zitat bezieht. Um allzu offensichtliche Reminiszenzen an den »Jargon« zu vermeiden und die Funktion der Kritik zu betonen, wurde es hier mit »zersetzen(d)« übersetzt. Nicht ganz unbeabsichtigt ist auch die Nähe zur »Wehrkraftzersetzung«, einem der klassischen Kampfbegriffe der (mittels des Deutschen) Herrschenden; Anm. d. Ü.]
  - 3 [Verf. verweist mit der ungewöhnlichen Wendung »movement-against« auf die von ihm beschriebene Existenz des Menschen als »gegen-in-und-jenseits des Kapitals« (Holloway 2002, 166). Anstatt simpler zerstörerischer, nicht-widersprüchlicher Gegen-Bewegung geht es also um eine der Negativität unaufhebbar innewohnende dialektische Praxis; Anm. d. Ü.]

*Es gibt kein »ebenso jedoch<sup>4</sup>«. Meine Argumentation mag extrem, intolerant, vereinfachend (»recht pauschalisierend«, wie Joachim es ausdrückt) erscheinen. Sie ist es aber keinesfalls. Gehen wir sie einmal in etwas sanfterer Form durch.*

Ich nehme als Ausgangspunkt, dass wir den Kapitalismus zerstören wollen. Ich erkenne an, dass innerhalb des kapitalistischen Systems Reformen durchgesetzt werden können, nichts jedoch, was ernsthaft die unablässige zerstörerische Aggression verhindert, die der Existenz des Kapitalismus wesentlich inne ist. Die Theorie ist folglich ein Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus. Der Ausgangspunkt der Theorie ist ein Schrei gegen den Kapitalismus. Die theoretische Herausforderung liegt darin, diesen Schrei auszuformulieren. Ich gehe davon aus, dass Joachim diesen Ausgangspunkt teilt. Der Kapitalismus ist kein Ding, kein System, sondern eine Form gesellschaftlicher Verhältnisse, eine historisch spezifische Form der Organisation der Verhältnisse zwischen Menschen. Er ist eine Form, die entmenschlicht. Er entmenschlicht, aber dies bedeutet nicht, dass er einem wesenhaft überhistorischen Menschen seine Menschlichkeit nimmt<sup>5</sup>. Menschen sind gesellschaftliche, historische Subjekte, das »Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnissé«, wie Hirsch hervorhebt. Trotzdem können wir sagen, dass uns der Kapitalismus entmenschlicht, in dem Sinne, dass er ein Prozess ist, der uns die Einheit von Absicht und Handlung nimmt, welche uns von den Tieren unterscheidet. Anders ausgedrückt, negiert der Kapitalismus die gesellschaftliche Selbstbestimmung des Menschen. Die bestimmenden Antriebskräfte in der menschlichen Geschichte erscheinen nicht als menschliches Handeln (gesellschaftliches Tun), sondern als Dinge (Geld, Kapital, der Staat) und folglich, als Menschen ohne gesellschaftlichen Bezug (George Bush, das Hollywood-Subjekt). Auf diesen Prozess der Entmenschlichung bezieht sich Marx mit seinem Begriff des Fetischismus oder der Entfremdung.

Der Kampf zur Zerstörung des Kapitalismus ist der Kampf zur Zerstörung der Entmenschlichung, zur Schaffung einer auf menschlicher Selbstbestimmung, auf der Anerkennung gesellschaftlicher menschlicher Subjektivität gegründeten Gesellschaft. Theoretisch bedeutet dies, einen Kampf gegen all die Kategorien zu führen, die die gesellschaftliche Subjektivität, gesellschaftliches Handeln, gesellschaftliche Selbstbestimmung negieren, einen Angriff auf all die Kategorien, die den Menschen-Tuenden durch Dinge ersetzen. Dies ist der Kampf aus der Hölle, der Kampf zur Zersetzung der sichtbaren Oberflächen, die die Zentralität des gesellschaftlichen Tuns negieren, die die gesellschaftliche Selbstbestimmung negieren. Die sichtbaren Oberflächen, die fetischisierten Formen, die gesellschaftliches Tun negieren, zu zersetzen, bedeutet gleichzeitig, die Unendlichkeit, die verborgen liegt, sichtbar zu machen. Die Negation gesellschaftlichen Tuns zu negieren bedeutet gleichzeitig, das gesellschaftliche Tun, das negiert wird, zu befreien. Die Zersetzung der Oberflächen

4 [Verf. charakterisiert hier und ausführlicher unter Abschn. III dieser Replik mit »but also« eine politische Position, in der die Analyse und der Klassenkampf auseinanderfallen; Anm. d. Ü.]

5 Es ist mir nicht ganz klar, warum mir Joachim dieses vorwirft, wo doch im Buch ganz eindeutig das Gegenteil festgestellt wird.

ist die »Intention auf Totalität« (1923, 217), von der Lukács spricht. Kritisieren heißt, theoretisch die zerbrochenen Verbindungen des gesellschaftlichen Flusses des Tuns wieder zusammensetzen, heißt, das zu befreien, was der junge Marx als »das Gattungswesen des Menschen« (MEW 40, 517) bezeichnet hat. Als der ältere Marx den Wert kritisiert, befreit er theoretisch die Arbeit, die den Wert produziert, aber durch ihn negiert wird.

Zu befreien bedeutet hier, etwas zu schaffen, ein Potenzial, kein Wesen frei zu setzen. Wenn man kritisiert, wird das Tun, das Subjekt enthüllt. Nicht das reine Subjekt, sondern das selbstantagonistische Subjekt, das selbstantagonistische Tun, das Tun, das seine eigene Negation hervorbringt. Als Marx den Wert kritisiert, entdeckt er keine reine Arbeit, sondern die doppelte (und selbstantagonistische) Existenz menschlichen Tuns als konkrete und abstrakte Arbeit. Es gibt kein reines Subjekt, aber das verdammt uns weder zur Untätigkeit noch hält es uns in einem endlosen Kreislauf der Macht gefangen. Wir sind Teil des selbstantagonistischen Subjektes, und wir ergreifen in diesem Antagonismus sowohl theoretisch als auch praktisch Partei für die Befreiung (die Erschaffung) eines selbstbestimmten gesellschaftlichen Tuns. Der Kampf gegen den Kapitalismus ist immer widersprüchlich, was eben genau der Grund dafür ist, dass er nur verstanden werden kann als ständig zersetzende Anti-Fetischisierung, kritisch und selbstkritisch, kritisierend sowohl das entfremdete Objekt wie auch das Subjekt, das dieses entfremdete Objekt produziert. Es ist eben genau wegen der Tiefenwirkung des Selbstantagonismus, der Tiefe, mit der das Kapital uns durchdringt, dass die Kritik alles angreift und unaufhörlich weitergeht, alles zersetzend, was die kreative Macht des gesellschaftlichen Tuns negiert. Die Kritik bewegt sich zersetzend, frisst sich in die fetischisierten Formen, bewegt sich ständig gegen den Fetischismus, der unablässig eindringt. Marx hat vor allem die Kategorien der Politischen Ökonomie kritisiert, aber seine Methode führt uns weiter zur Kritik der Kategorien der Politik, des Rechtes, der Soziologie, der Kritik aller gesellschaftlicher Formen, die die Macht gesellschaftlichen Tuns negieren. Die Kritik zersetzt jegliche Trennung des Seins vom Tun, der Existenz von der Konstituierung, brennt sich in die Homogenisierung der Zeit, frisst sich in die Dauer, zerstört Identität. Wahrscheinlich treibt sie uns zur Kritik aller Substantive voran, hin zu ihrer Auflösung in Verben, in einem ständigen Kampf um die Bestätigung und Erschaffung der gesellschaftlichen Selbstbestimmung menschlichen Tuns.

## *II Das Brennen revolutionärer Löcher*

Die höllische Methode der Kritik entspricht einer gewissen Auffassung von der Revolution. Revolutionäre Praxis besteht darin, Löcher in die Herrschaft der Dinge zu brennen, Löcher in den Kapitalismus zu reißen. Es fällt mir schwer, die Revolution in irgendeiner anderen Weise vorzustellen. Löcher in den Kapitalismus zu reißen ist keine abstrakte Fantasie. Wir machen es beständig. Wir schreien, wir küssen, wir träumen. Individuell und kollektiv sagen wir Nein zur Auferlegung des Kapitals, in der Fabrik, im Büro, auf den Straßen, zu Hause. Wir kommen mit anderen zusam-

men, um alternative Räume zu schaffen, Zeit-Räume, in denen wir sagen, »Nein, hier nicht, hier herrscht das Kapital nicht! Hier werden wir selbst unser Tun bestimmen.« Wir machen das auf der Arbeit, in Seminaren, in Stadtteilzentren, im lakandonischen Urwald, in Buenos Aires. Wir rebellieren. Rebellion ist ein zentrales Element des Alltagslebens. Ob wir erwerbstätig oder erwerbslos sind, es gibt Millionen Wege zu sagen, »wir wollen nicht mitmachen, wir machen nicht mit.«

Die Abscheu zwischen dem Kapital und uns beruht auf Gegenseitigkeit. In immer größerem Ausmaß stößt das Kapital Menschen aus, erzählt ihnen, dass sie dem Kapital nicht nützen, zwingt sie, sich andere Wege zu suchen, um ihr Überleben zu sichern. Und wenn sie nicht ausgestoßen werden, so ist die beständige Drohung, ausgestoßen zu werden, gegenwärtiger denn je. Diese gegenseitigen Abscheuen treffen aufeinander, und das Problem besteht darin, wie dieses fruchtbar gemacht werden kann. Die Menschen sagen Nein zum Kapital und das Kapital sagt Nein zu den Menschen und verstärkt so das Nein zum Kapital. Wir rebellieren, aber die Rebellion ist nicht genug. Wir sagen Nein, aber das Problem ist, wie wir dieses Nein lauter ertönen lassen können, wie sich die Neins vermitteln können. Die Rebellion ist der Ausgangspunkt, aber die Frage ist hier nicht Rebellion, sondern Revolution, wie die Rebellion in eine Revolution erblühen kann. Das Nein ist ein Loch im Kapitalismus (ja, selbstverständlich ein hochgradig widersprüchliches, aber der einzige mögliche Ausgangspunkt). Wie können wir bei diesem Loch anfangen und es größer und größer machen? Wie bewegen wir uns heraus, intendieren auf Totalität? Die Stärkung des Neins ist die Bewegung der Zersetzung, der Zersetzung all der Formen und Kategorien, die das Nein negieren, die die Versöhnung des Nein mit dem Kapital befördern. Die Stärkung des Neins ist die theoretisch-praktische Bewegung aus der Hölle.

Mir fällt es schwer, die Revolution anders vorzustellen, denn als zunehmend größere Löcher in den Kapitalismus zu reißen. Selbst Revolutionsvorstellungen<sup>6</sup>, die die Revolution als Übernahme der Staatsmacht begreifen, versuchen bloß, Löcher in das Gewebe der kapitalistischen Herrschaft zu reißen. Sie haben eine doppelte Schwäche. Erstens basieren sie häufig auf einer absurden und unhaltbaren Vorstellung einer falschen Totalität, der Vorstellung, dass Gesellschaft und Staat territorial übereinstimmen, dass die Gesellschaft innerhalb der Grenzen des Staates existiere. Und zweitens, und das ist viel grundlegender, kanalisieren sie das Nein in Formen, die dazu erschaffen wurden, das Nein mit der Herrschaft des Kapitals zu versöhnen. Sie formen das Nein, passend für ein Loch, das bereits durch das Kapital vorstrukturiert war.<sup>7</sup> Sie gießen die Rebellion in die Form der Versöhnung.

Der Fetischismus ist der Dschungel, der ständig weiter (von innen und von außen) in die Rebellionen eindringt und sie erstickt. Die Kritische Theorie ist die Machete, die auf den Dschungel einhackt. Auch hier dreht es sich darum, voran zu treiben, durch Experimente die peinigende Frage danach, wie wir die Lichtungen im

6 Für eine Diskussion von Revolutionsvorstellungen heute vgl. Bonefeld/Tischler 2002

7 Siehe schon Foucault (1972) und seine hervorragende Kritik der Volkstribunale



Dschungel ausdehnen können, wie wir mit dem Kapitalismus brechen können, wie wir die (immer gegenwärtige) Rebellion in die (verzweifelt notwendige) Revolution verwandeln können, immer wieder neu zu stellen.

### III *Ebenso jedoch? In Antwort auf Joachim Hirsch*

Es sollte klar sein, dass das Ziel dieser Anmerkung nicht ist, mein Buch *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen* gegen Joachim Hirschs Kritik zu verteidigen. Ich gebe unumwunden zu, dass das Buch Mängel hat, dass ich der Erörterung von Foucault, Gramsci, der Regulationstheorie, der Untersuchung bestimmter Kämpfe, was auch immer, gar Althusser und Poulantzas, mehr Raum hätte geben sollen. Das ist nicht der entscheidende Punkt. Wichtig ist vielmehr, dass sich hinter den einzelnen Kritiken ein Unterschied verbirgt, was denn nun unter marxistischer oder revolutionärer Kritik zu verstehen sei. Es ist mein Ziel, in dieser Anmerkung zu versuchen, diesen Unterschied deutlicher zu machen, um so die fruchtbare Debatte zu eröffnen, die wir beide gerne sehen würden.

Die wichtigste Frage liegt sicherlich in dem »ebenso jedoch«. Joachim würde wahrscheinlich mit dem Großteil des oben Gesagten übereinstimmen, obgleich er nicht die selbe Sprache gebrauchen würde, dann würde er aber noch ein »ebenso jedoch« anfügen. Er erkennt die Bedeutung von Kritik an, aber versucht sie durch eine positive Analyse zu ergänzen. Er sieht Kritik nicht als unmittelbar befreiend an, sondern sucht nach Zwischenkategorien, nach Formen, das was existiert, zu theoretisieren. Darum sagt er in einem der zentralen Sätze in seiner Rezension:

Der Appell an die Negation, den Bruch mit dem Bestehenden, an das Nicht-mehr-mitmachen ist zweifellos wichtig, wird allerdings politisch weitertreibend nur, wenn er theoretisch mit einer genauen Analyse der sich verändernden Reproduktionsformen des Kapitalismus, seiner historischen Formveränderungen verbunden wird, also dem, was Holloway recht pauschalisierend als die bestehenden Verhältnisse legitimierende Theorie denunziert. (Hirsch 2003, 40)

Dies, so denke ich, ist eine zutreffende Darstellung von Joachims Ansatz. Er verbindet eine negative Kritik mit »einer genauen Analyse der sich verändernden Reproduktionsformen des Kapitalismus.« Das war seit Jahren ein charakteristischer Zug seiner Arbeit. Die Bemerkung scheint vernünftig und richtig zu sein. Wir brauchen selbstverständlich kritische Theorie, ebenso jedoch brauchen wir eine genaue Analyse der kapitalistischen Entwicklung. Bei näherer Betrachtung jedoch löst sich der scheinbar-so-offensichtlich-richtige Satz in Bedeutungslosigkeit auf. Was bedeutet »eine genaue Analyse der sich verändernden Reproduktionsformen des Kapitalismus?« Wie können wir negative Kritik durch eine genaue Analyse der sich verändernden Reproduktionsformen des Kapitalismus ergänzen? Negative Kritik widersetzt sich den Kategorien gesellschaftlichen Denkens und versucht zu zeigen, dass es fetischisierte Kategorien sind, Kategorien, die die Macht gesellschaftlichen Tuns verbergen. Negative Theorie versucht diese Kategorien zu öffnen, das Verborgene zu enthüllen. Wenn wir diese Kategorien (als Grundlage unserer genauen Analyse) benützen, ohne sie zu öffnen, ergänzen wir die negative Kritik nicht, son-

dem negieren diese, haben aktiv an der Schließung dieser Kategorien teil. Wenn wir jedoch konsistent sind und auf der Öffnung der Kategorien beharren, dann ist keine »genaue Analyse der sich verändernden Reproduktionsformen des Kapitalismus« möglich. Das, was so sinnvoll erscheint (die Kombination von genauer Analyse und negativer Kritik), ist in Wahrheit sinnlos. Viele der (nicht nur von Joachim) geäußerten Kritiken des Buches sagten in etwa »ja, die Erörterung des Fetischismus und der Kritik sind gut, ebenso jedoch ...«. Aber es gibt kein »ebenso jedoch«. Revolutionäre Theorie ist nichts als Kritik, eine zersetzende Bewegung direkt aus der Hölle. Der Klassenkampf ist die Bewegung des Fetischismus und gegen den Fetischismus. Außerhalb dessen gibt es nichts.

Die Vorstellung eines »ebenso jedoch« beinhaltet, dass es einige wissenschaftliche Kategorien gibt, die jenseits der Kritik Bestand haben. Kritische Theorie sagt: »Gesellschaftliche Verhältnisse existieren in der Form von Verhältnissen zwischen Sachen.« Welchen Platz gibt es hier für ein »ebenso jedoch«? Entweder nehmen wir die fetischisierten Kategorien, so wie sie sich darstellen, wodurch unsere »genaue Analyse« weder wissenschaftlich noch genau wäre; oder wir kritisieren diese Kategorien, um die antagonistische Unterdrückung gesellschaftlichen Tuns zu entdecken, welches diese Kategorien verbergen, wodurch unsere Analyse zwar wissenschaftlich, aber noch nicht exakt wäre. Es gibt keine Zwischenkategorien, nichts zwischen dem, was den Fetischismus reproduziert und was ihn kritisiert. So ist dieses »ebenso jedoch« nichts als ein Spiel, eine Immunisierungsstrategie, eine höfliche Form zu sagen, »ja, ich habe deine Argumentation gelesen, aber ich verstehe sie nicht, und ernst nehmen kann ich sie sowieso nicht«. Dass Joachim die Immunisierungsstrategie des »ebenso jedoch« verwendet, ist nachvollziehbar, denn die Stoßrichtung des Buches zielt selbstverständlich, unter anderen, gegen ihn. Die meisten marxistischen Theoretiker leben genau in dem Reich des »ebenso jedoch«, weshalb das Buch auch für sie eine Scheußlichkeit darstellt (oder darstellen sollte). Das Furchtbare daran ist, dass das »ebenso jedoch« unvermeidlich das stärkt, was wir alle zu zerstören suchen, denn es gründet auf dem Fetischismus, der real existierenden Illusion des Kapitalismus. Das »ebenso jedoch« wird selbstverständlich durch Namen näher qualifiziert: eine gute Diskussion des Fetischismus, aber du hättest noch ein bisschen von denen anfügen sollen, die das Gegenteil sagen: Gramsci, Althusser, Poulantzas, Regulationstheorie, ein wenig von diesem, ein wenig von jenem. Aber das Problem ist genau das Gegenteil: wie schärfen und polieren wir unsere Theorie, so dass wir direkt und unmissverständlich kritisieren, wie schreiben wir direkt aus der Hölle, wie verdeutlichen wir unsere Argumentation?

Vielleicht die schärfste Kritik des »ebenso jedoch« ist die Kritik des paradigmatischen Ansatzes. Im Buch wendet sich diese Kritik insbesondere gegen das neueste Buch von Hardt und Negri (2002), aber es trifft offensichtlich genauso auf Joachim Hirsch und all diejenigen zu, die den Kapitalismus durch das Prisma solcher Phasen wie »Fordismus«, »Post-Fordismus« und so weiter betrachten. Und natürlich auch auf die ganze Tradition marxistischer Analyse: Marxisten haben immer versucht, die »gegenwärtige Phase kapitalistischer Entwicklung« zu verstehen – Joachims Werk

in dieser Richtung ist bloß weitaus differenzierter und anregender als der Großteil solcher Ansätze. Erneut scheint es offensichtlich richtig zu sein: selbstverständlich wollen wir wissen, wie die gegenwärtige Phase kapitalistischer Entwicklung aussieht, damit wir verstehen, was vor sich geht, und wir unsere Strategien entsprechend danach ausrichten können.

Und doch: nein. Erstens, die Phasen kapitalistischer Entwicklung zu analysieren bedeutet, die Geschichte von oben her zu erzählen, die Geschichte der Herrschaft, wobei es uns doch im Gegenteil darum geht, die Herrschaft aufzubrechen, zu zeigen, wie die Bewegung der Herrschaft die Bewegung ihrer Abhängigkeit von uns ist, ihrer Abhängigkeit von der Verwandlung unseres Tuns in ausbeutbare Arbeit. Und zweitens, und entscheidender, von einer gegenwärtigen oder aktuellen Phase (oder einem aktuellen Paradigma) kapitalistischer Entwicklung zu sprechen, heißt bereits, die Existenz des Kapitalismus in die Zukunft zu projizieren, ihm eine Dauer und eine Normalität zu geben, wo doch unsere Theorie sich in die entgegengesetzte Richtung bewegen sollte, um zu zeigen, dass der Kapitalismus morgen nur existieren wird, wenn wir ihn morgen erschaffen. Unser Problem besteht nicht darin, die Normalität der Herrschaft zu etablieren, sondern sie zu zerbrechen. Die Frage ist nicht so sehr, wie wir den Kapitalismus zerstören, sondern vielmehr wie wir aufhören, ihn zu produzieren. Aber wie reden wir dann von den Dingen, die in der Welt geschehen, sagen wir mal über die Aggression der USA gegen den Irak? Indem wir die Geschichte von unten erzählen, sie als Bewegung der Abhängigkeit des Kapitals von uns und dessen Flucht vor dieser Abhängigkeit begreifen. Analyse (und Geschichte) können nicht als von der Kritik getrennte Sachen aufgefasst werden, sie können kein *ebenso jedoch* sein. Analyse und Geschichte müssen als Teil der Bewegung der Kritik begriffen werden, als Teil der ständigen Anstrengung, die »wahre Sonne« menschlichen Tuns in einer Welt wieder zu erlangen, die dieses ständig negiert. Aber wenn wir akzeptieren, dass es häufig schwierig ist, die Welt in Begriffen der Stärke unseres eigenen Tuns zu erzählen (ohne dabei allzu sehr zu vereinfachen), brauchen wir dann nicht eine Art Zwischenbericht, der uns in diese Richtung führt? Vielleicht brauchen wir das, aber dann ist dieser Bericht eine Definition, die sich selbst negiert, die auf den Punkt ihrer eigenen Überwindung verweist. Er ist keine genaue Analyse und sollte sich auch nicht als solche ausgeben. Und er sollte nicht davon ausgehen, dass morgen die Existenz des Kapitalismus etwas Normales wäre, sondern sollte vielmehr versuchen, den Schrecken und das Erstaunen über die Möglichkeit auszudrücken, dass wir morgen die Unterdrückung, die uns zerstört, wieder erschaffen können. Vielleicht ist dies absurd, aber nicht absurder als die Revolution, und um die dreht es sich ja schließlich. Ohne dieses Erstaunen ist die Revolution unmöglich.

Das *ebenso jedoch* hat sowohl eine politische als auch eine theoretische Ebene. Die Kritiker des Buches, die sagen, dass der Fetischismus natürlich wichtig ist, *ebenso jedoch*, tendieren dazu, zu sagen, dass gegen Institutionen gerichtete Kämpfe wichtig sind, dass *ebenso jedoch* ... die Kontrolle des Staates wichtig ist. In Joachims Fall verweist das *ebenso jedoch* auf die unvermeidbare Dauerhaftigkeit der Fetischisierung:

Die Frage, ob und in welcher Weise eine differenzierte und freie Gesellschaft objektiver Formen, d.h. in der Tat einer spezifischen Versachlichung bedarf, dass es also möglicherweise darauf ankäme, diese nicht einfach abzuschaffen, sondern bewusst mit ihnen umzugehen, Fetischisierung also sozusagen im hegelschen Sinne »aufzuheben«, wird nicht gestellt. (Hirsch 2003, 38)

Das Problem mit dem *ebenso jedoch*, sowohl theoretisch als auch politisch, ist, dass es den Widerspruch in der Verkleidung einer einfachen Konjunktion verbirgt. So ist theoretisch die Kritik des Fetischismus wichtig, *ebenso jedoch* ist die genaue Analyse auf der Grundlage fetischisierter Kategorien wichtig. Praktisch ist der anti-staatliche Kampf wichtig, *ebenso jedoch* ist der institutionelle Kampf (und die Anerkennung der unvermeidbaren Dauerhaftigkeit fetischisierter Institutionen) wichtig. Aber nein: Analyse auf der Grundlage fetischisierter Kategorien fetischisiert, und institutioneller Kampf institutionalisiert den Kampf. Es gibt hier einen Antagonismus, der von dem *ebenso jedoch* einfach unter den Teppich gefegt wird. Und in der Praxis wird nicht nur der Antagonismus unter den Teppich gekehrt, sondern auch der erste Teil des Satzes, dem liebenswürdigerweise zugestanden wird, dass er wichtig sei (Kritik, gegen Institutionen gerichteter Kampf).

Offensichtlich geht es hier nicht darum, jeden Kontakt mit dem Staat oder dem Geld oder anderen Formen kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse zu vermeiden. Diese können ebenso wenig vermieden werden, wie unser Denken fetischisierte Kategorien vermeiden kann. Das Problem ist das *wie* des Kontakts. Das Problem besteht darin, wie diese Verhältnisse und Kategorien mit Würde angegriffen werden können, wie sie kritisch, in Theorie und Praxis, angegriffen werden können.

#### IV Schluss: Ein Sprichwort aus der Hölle

Ich bin mir darüber im Klaren, dass ich in dieser Anmerkung nicht auf alle von Joachim Hirsch kritisierten Punkte eingegangen bin. Dies war nicht meine Absicht. Meine Absicht war vielmehr, den meiner Ansicht nach zwischen uns existierenden Hauptunterschied in der Herangehensweise aufzuzeigen. Ich habe versucht, dies so deutlich als möglich zu machen. Nicht jedoch, weil ich etwa die richtige »Linie« aufzuweisen hätte: die Theorie, genauso wie die Praxis, sind notwendigerweise experimentell, eine Frage, Teil des Kampfes zur Erschaffung einer anderen, doch unbekannteren Welt. Joachim ist Teil dieses Kampfes. Innerhalb dieses Kampfes sollten wir uns eines von Blakes »Sprichwörtern der Hölle« als Motto aneignen: Widerspruch ist wahre Freundschaft (1790/1996, 239)<sup>8</sup>.

Aus dem Englischen von Lars Stubbe

8 Ich entschuldige mich bei Joachim und anderen LeserInnen dafür, dass ich keine ausführliche Erörterung der Bedeutung englischer Dichtung des 18. Jahrhunderts liefere.

## Literatur

Blake, William, »The Marriage of Heaven and Hell / Die Hochzeit von Himmel und Hölle« (1790), in: ders., *Zwischen Feuer und Feuer: Poetische Werke*, aus dem Engl. neu übers. u. hgg. v. Thomas Eichhorn, München 1996

Bonefeld, Werner u. Sergio Tischler (Hg.), *What is to be Done? Leninism, Anti-Leninist Marxism and the Question of Revolution Today*, Aldershot 2002

Foucault, Michel, »Über die Volksjustiz. Eine Diskussion mit maoistischen Genossen«, in: ders., Geismar, Glucksmann u.a., *Neuer Faschismus, Neue Demokratie*, Berlin 1972, 115-43

Hardt, Michael u. Antonio Negri, *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/M 2002

Hirsch, Joachim, »Macht und Anti-Macht. Zu John Holloways Buch *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*«, in: *Das Argument* 249, 45. Jg., 2003, H. 1, 34-40

Holloway, John, *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, Münster 2002

Lukács, Georg, *Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über materialistische Dialektik*, Berlin 1923

Marx, Karl, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844*, MEW 40, 465-588, Berlin 1990



## Emanzipatorische Standpunkte im Neoliberalismus

Jutta Meyer-Siebert, Andreas Merkens,  
Iris Nowak, Victor Rego Diaz (Hg.)

**Die Unruhe des Denkens nutzen**  
**Erneuerung emanzipatorischer Standpunkte**  
**im Neoliberalismus**

Beiträge zur Verabschiedung von Frigga Haug  
von der Hamburger Universität für Wirtschaft  
und Politik

Argument Sonderband Neue Folge AS 290  
17,90 € · ISBN 3-88619-290-3

Die Herausbildung neuer Subjektivitäten und die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse sind eine Herausforderung an die wissenschaftliche Kritik, sich zu erneuern, um eingreifend und anregend neue emanzipatorische Politiken mitzugestalten. Forschende aus dem Umfeld von Frigga Haug stellen hier ihre Beiträge dar, um in Anknüpfung an gemeinsame Forschungsfragen und -konzepte die Erneuerung von Begriffen und Methoden, Standpunkten und Politiken zu verhandeln.

Im Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand:  
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin · Fax: 030 / 611 42 70  
versand@argument.de

  
**Argument**  
www.argument.de

Helmut Bock

## Mary Kaldor über die »neuen Kriege«<sup>1</sup>

Der Kalte Krieg war ein gesellschaftspolitischer Systemkonflikt zweier Staatenblöcke unter Bedingungen des Nuklearzeitalters: mit extremer Zuspitzung des Wettrüstens, Weltkriegsgefahr (bei wiederholten Bemühungen um Kompromiss und Rüstungskontrolle) und tatsächlichen Waffengängen in Gestalt von lokalen »Stellvertreterkriegen«. Seit seinem Ende tritt nun ein neuer Typus lokaler Konfliktausprägung mit Waffengewalt, großen Menschenverlusten und massiven Menschenrechtsverletzungen ins Rampenlicht der Geschichte. Afrika, Kaukasien, nicht zuletzt die zerfallende Föderation Jugoslawiens waren und sind Schauplätze gewaltsamer Auseinandersetzungen, für deren Verständnis die tradierten Begriffe »Krieg« und »Bürgerkrieg« fraglich erscheinen. »Neue Kriege« nennt Kaldor, eine Vorsitzende der *Helsinki Citizens' Assembly*, diese von ihr selbst in humanitären Einsätzen erlebten und analysierten Streitsituationen.

Der Begriff weist zurück auf »alte Kriege«. Mit der Zentralisierung der Macht in den meist feudalfürstlichen Territorialstaaten des 17./18. Jahrhunderts entstand das staatliche Gewaltmonopol, ein späteres »Herzstück des modernen Staats«. Staatsinteressen legitimierten ein prinzipielles Friedensgebot im Innern, aber auch den Krieg nach außen; nichtstaatliche Akteure verloren das Recht zur Anwendung bewaffneter Gewalt. Die Gesetzgebung des Absolutismus und mehr noch der Republik der Vereinigten Niederlande und des Königreichs Großbritannien ermöglichte weitere Differenzierungen – zwischen Politik und Wirtschaftsleben (trotz Merkantilismus), staatlicher Regulierungssphäre und Privatexistenz, amtlich berechtigten Waffenträgern (Polizei, Berufsarmee) und Zivilisten, militärischen Kombattanten im Kriegsfall und nichtkämpfender Zivilbevölkerung. Vor allem aber die Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden: An die Stelle eines mehr oder weniger ununterbrochenen Gewaltzustands trat der Krieg als keineswegs seltenes, aber genau abgegrenztes Ereignis, gewissermaßen als Anomalie in der Entwicklung von Staat und Gesellschaft.

Hatte Diderots *Enzyklopädie* (1757) den »Guerre« noch als »Streit zwischen Herrschern« erklärt, »mit Hilfe der Waffen ausgetragen«, so entstand mit der Konstituierung bürgerlicher Nationalstaaten der »moderne Krieg«, definiert als »Krieg zwischen Staaten«. An der Wende des 18. zum 19. Jahrhundert leiteten bürgerliche Revolutionen und nationale Unabhängigkeitskriege eine epochale Umwälzung des Militärwesens ein: Mit »Levée en masse« (Frankreich, 1793) und »allgemeiner Wehrpflicht« (Preußen, 1813) entstand die Rechtsgrundlage für eine Bewaffnung aller wehrfähigen Staatsbürger im Kriegsfall. Das war die Geburtsstunde der moder-

1 Kaldor, Mary, *Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*, aus dem Engl. v. Michael Adrian, Suhrkamp, Frankfurt/M 2000 (279 S., kart., 19,80 €)

herstellen, verliere das Ganze seine Einmaligkeit, Isolation, Meisterschaft. Arendt skizziert die bekannte Entwicklung der Zerlegung der Arbeitstätigkeiten in Manufaktur und großer Industrie, die sie als einzige Arbeitsteilung nennt, weil sie die Arbeitsteilung im Großen, etwa zwischen den Geschlechtern, zwischen ›Kopf‹ und ›Hand‹ nicht sonderlich interessiert. Mit der Zerlegung in einzelne Arbeitsschritte, mit der Massenhaftigkeit von Herstellung zerfalle die Tugend und Meisterschaft des Herstellens, werde selbst massenhaft, werde Arbeit; das Werk aber werde Massenartikel, künde nicht von Unsterblichkeit, sondern werde Konsumgut.

Zwei verbreitete Sichtweisen lassen sich darin wiedererkennen: Die erste ist die aus der Industriosozologie altbekannte Beklagung des Niedergangs des Handwerks – ineins mit der Unfähigkeit, am Industriearbeiter positiv etwas anderes zu erkennen, als dass er kein Handwerker mehr ist.<sup>5</sup> Die zweite ist die Klage über Massenproduktion und Massenkonsum – sie hat eine Berechtigung in der Kritik an der Wegwerfgesellschaft, kümmert sich allerdings nicht darum, dass die Massenproduktion einen gewissen Massenwohlstand zumindest in der industrialisierten Welt ermöglichte. Übrigens interessiert sich Arendt auch nicht für die damit aufgeworfene Frage des umweltzerstörenden Ressourcenverbrauchs. Ihre Klage und Kritik gilt dem Verkommen des homo faber zum gewöhnlichen Arbeiter und damit der Verwandlung einer »unpolitischen Lebensführung«, die zum Herstellen gehöre, in eine »antipolitische«, wie sie der Arbeit eigne. Diese Bestimmungen verdanken sich wiederum altgriechisch-aristokratischer Wertordnung, in der auch Handwerker nicht in die Polis der Gleichen gehörten. »Antipolitisch ist nur das Arbeiten, bei dem wir uns weder in der Dingwelt aufhalten noch mit anderen zusammen sind, sondern, von Mit- und Dingwelt verlassen, auf unsere Körper zurückgeworfen, der nackten Notwendigkeit unterworfen sind, uns am Leben zu erhalten.« (VA 270)

Die Befreiung von Ausbeutung und Herrschaft ist kein Thema für Arendt. Doch ein kleines Kapitel (VA 270-78) widmet sie der Arbeiterbewegung. Politische Würde erkennt sie dieser zu, wo sie, wie Arendt glaubt, von Forderungen nach gerechter Verteilung, ökonomischer Besserstellung usw. absah und für eine andere politische Staatsform, das Rätssystem, eintrat. Die Fragen nach Lohn und Brot ziehen in dieser Sicht die hohen Gedanken und Pläne nach unten, »bloße Geselligkeit« tritt an die Stelle des Wetteifers der Hervorragenden. Wie aber der menschliche Lebensprozess herrschaftsfrei politisch geregelt werden könnte, bleibt ausgeklammert. Da Arendt vom Kapital nicht spricht, kann sie 150 Jahre Arbeiterbewegung, ebenso wie alle Errungenschaften, die diese Bewegung für die Arbeitenden erkämpfte, leichthändig streichen zugunsten des erzählbaren Moments der Rätebewegung. Die oberflächliche Rezeption sieht hier nur, dass Arendt auch positiv von den Arbeitern sprach oder wähnt sie gar als Vertreterin des Rätegedankens.

5 Das Projekt Automation und Qualifikation hat in 15-jähriger Forschung dazu acht Bücher veröffentlicht (1980-87; das exemplarische Handbuch 1987), weshalb diese Position, die bar jeder Sachkenntnis ist, ungeduldig macht.

über leibliche Notdurft zu erheben, was man eben nur in diesen ›großen Taten‹ unter seinesgleichen schaffe. Zur Veranschaulichung solcher Heldentaten denke man an Homer; oder man versuche, das Gemeinte nachzuempfinden, als Anhörung eines Musikstücks oder eines öffentlich gesprochenen Gedichts, der Erzählung einer Geschichte, Vollzüge, die allesamt das »Netz des Gemeinsamen« spüren lassen, ansonsten zwecklos sind, aber erzählbar bleiben, Kunde, ohne dass irgendetwas daran erinnert, dass Menschen essen müssen, trinken, schlafen, sich fortpflanzen, Not leiden usw. Es geht Arendt darum, diese Abhebung als Menschenwürde auszumalen.

So ist ihr auch Krieg nicht etwa »entsetzlich, ekelhaft und dumm«, wie das bei Virginia Woolf (1938, 15 u.ö.) heißt, sondern sie lehnt ihn insofern ab, als die auf dem Schlachtfeld Sterbenden namenlos bleiben, keine Kunde von sich als Person zurücklassen. »Der Heros ist ursprünglich bei Homer nur der freie Mann, der als solcher teilhat an dem Krieg [...] und von dem daher eine Geschichte zu erzählen ist.« (VA 232)

Arendt skizziert die Zurückdrängung körperlicher Arbeit durch die Entwicklung der Produktivkräfte. Im *Denktagebuch* lässt sich sehen, dass sie sich dabei immer wieder an Marx, seinen Themen und Formulierungen abarbeitet. Dazu gehört das, was sie als marxischen Grundirrtum behauptet: Er habe die Arbeit ins Zentrum seiner Theorie gestellt (dass sie sich dabei ihrerseits irrt, lassen wir hier beiseite) und dabei lebensnotwendige körperliche Arbeit mit Herstellen verwechselt bzw. die Grenzen zwischen beiden verwischt. Er habe, was die Moderne dann durchführte, Herstellen in Arbeit verwandelt, beide damit ihrer Spezifik beraubt. Durch diese Ausführungen ersetzt Arendt die marxische Analyse der Verwandlung der Tätigkeiten in Lohnarbeit als Grundlage kapitalistischer Gesellschaften. Überhaupt spricht sie im Kontext von Arbeit nirgends von Kapitalismus, weshalb ihr viele der marxischen Analysen unverständlich bleiben.

Nun zum *Herstellen*, ein Bereich, der Arendt sympathischer ist, »menschlicher« als das, was sie als Arbeit zeichnet. Sie fasst Herstellen als die zweite Grundform menschlicher Tätigkeiten, den dazugehörigen Menschen als ›homo faber‹. Es geht hier darum, dass Menschen, selber sterblich, in die flüchtige Welt auf der Suche nach Unsterblichkeit Werke setzen, die sie überdauern.<sup>4</sup> Diese Tätigkeit, bei welcher der Mensch in die Natur eingreift, sie »zerstört«, um sie anders wieder zusammensetzen – etwa Bäume fälle, dann zersäge, um einen Tisch zu zimmern –, zeigt schon in der Beschreibung drohendes Unheil an. Als Herstellender sei der Mensch kundig, ein Meister, allein mit seinem Werk, das, einmal in der Welt, dort bleibe und von seinem Ruhm kündigen könne, etwas an ihm unsterblich mache. Dem Herstellungsprozess aber drohe das Schicksal des Arbeitsprozesses. Sobald Menschen in Gruppen

4 Ich hatte dies bislang für eine rein männliche Auffassung gehalten und entsprechend in *Knabenspiele und Menschheitsarbeit* (1993/1996) als eine Tugend und einen Eifer herausgestellt, die sich der Abstraktion von der menschlichen Reproduktion verdanken und mit Frauenverachtung einhergehen – ohne genug darauf zu achten, wie sie mit der Verachtung körperlicher Arbeit zusammengehen.



solcher Abgrenzung geklärt werden. Wo also bleiben die Nöte der Menschen? Wo ihre Beweggründe, wenn sie sich gerade nicht hervortun durch einzigartige Vortrefflichkeit, also die Beweggründe der vielen? Wo die mit der Metapher des »Gewebes« verblüffend unterbestimmten gesellschaftlichen Verhältnisse?

## 2. Arbeit und Herstellen<sup>3</sup>

Arendt denkt den Menschen grundsätzlich als tätig, dies auf drei Weisen: er arbeitet, er stellt her, er handelt und redet. Arbeit gilt ihr als niederste Tätigkeit, weil ausschließlich an den Nöten und Bedürfnissen orientiert; sie sei diejenige Tätigkeit, die der Mensch mit den Tieren gemein habe. Deshalb hätten »die Griechen« alle solche Tätigkeiten, die unmittelbar mit dem Lebendigen verbunden sind, abgespalten und in den Großhaushalt verbannt, wo Sklaven und Frauen sie erledigten. Dies betreffe die Herstellung der Lebensmittel und die des Lebens, Arbeiten und Gebären. Wesentlich für diesen Bereich sei die »wiederkehrende kreisende Bewegung«: »alle natürlichen Dinge schwingen in unwandelbarer, todloser Wiederkehr« (115). Demnach ist Arbeiten für Arendt »niemals ›fertig«, sondern dreht sich in unendlicher Wiederholung« (117), weil der Verzehr ihres Produkts die Taten spurlos vergehen lasse.

Natürlich denkt Arendt nicht, es könne die Einsperrung der Frauen und die Delegation der lebensnotwendigen Taten an Sklaven, die beide durch einen despotischen Hausherrn überwacht werden, wieder eingeführt werden. Jedoch sieht sie in der politischen Praxis jenes »Hausherren«, die sie sich idealisierend so vorstellt, dass er unter seinesgleichen frei der Rede und dem zwecklosen Handeln huldigt, eine Perspektive, die wahres Menschsein erfülle. Es geht ihr darum, sich, soweit irgend möglich, von animalischer Notdurft zu befreien, also auch die Arbeit abzuschaffen.

»Die moderne Gesellschaft«, schreibt sie ins *Denktagebuch*, »hat die Arbeit mühelos gemacht und das Gebären schmerzlos.« (2002b, 428). Wir stellen für den Augenblick zurück, dass diese kontrafaktische Aussage Zeugnis davon ist, dass Arendt die Philosophie soweit zu ihrer einzigen Praxis gemacht hat, dass beide Bereiche, Arbeiten und Gebären, ihr unbekannt sind, und folgen ihr in die Frage, warum diese Entwicklung wiederum nicht die angestrebte Freiheit politischen Handelns brachte. »Damit aber hat man nicht das Zwingende im Menschenleben beseitigt, sondern nur sein ›Symptom«, seine offenbare, allem zu Tage liegende Indikation. Seither können wir zwischen Zwang und Freiheit nicht mehr unterscheiden, weil der Zwang sich nicht mehr als Mühe und Schmerz offenbart. So werden wir bezwungen und merken es nicht einmal.« (Ebd.)

Die Abschaffung der qualvollen Seite ändere an der Bedürftigkeit der Menschen, also an ihrer tier-menschlichen Natürlichkeit nichts. So bleibe die Aufgabe, sich

3 An einigen Stellen gibt die hier gebotene Kürze dem Denken von Arendt fast skurrile Züge, die in den umfangreichen Ausführungen ihrer Bücher weniger hervorstechen. Zu Rate gezogen wurden vor allem *Vita activa* und ihr *Denktagebuch* (mit vielfach wortgleichen Textstücken, vgl. die Rezension in diesem Heft).

die Impulse, die ihn selbst in Bewegung setzten, sondern die Geschichten, die er verursachte; nur diese können am Ende in Urkunden und Denkmälern verzeichnet werden, [...] im Gedächtnis der Generationen wieder und wieder nacherzählt [...] werden.« (226f) – Dieses zweckfreie Handeln und Sprechen als Kundtun von Einmaligkeit, dieser Olymp also geistig tätigen Lebens ist nicht möglich ohne *Öffentlichkeit* – wer sollte sonst von Ruhm künden und hören? Öffentlichkeit ist der wahrhaft politische Raum – eine Bestimmung, die sich, wie das meiste bei Arendt, aus der griechischen Polis herleitet.

Der *Mensch* als einzigartiges Glied der Pluralität der Menschen betätigt sich erst wahrhaft als Mensch, wo er sich öffentlich ein Gesicht gibt, eine Stimme, die von ihm als Helden kündet. »Wo immer es um die Relevanz der Sprache geht, kommt Politik notwendigerweise ins Spiel; denn Menschen sind nur darum zur Politik begabte Wesen, weil sie mit Sprache begabte Wesen sind.« (11) Da diese Taten – handeln und sprechen – bei Arendt von keinen niederen Beweggründen wie Not, Arbeit, Vorteil, Verbrechen angekränkt sind, künden sie vom menschlich Möglichen in Freiheit und unter Gleichen. – *Sin voz y sin cara* – »ohne Stimme und ohne Gesicht«, es ist, als hätten die mexikanischen Zapatistas diese Bestimmung von Menschenwürde aufgenommen und in eine Anklage übersetzt: »Wir, die wir ohne Stimme und ohne Gesicht sind, sind praktisch schon gestorben zu Lebzeiten.« Dies wäre im Sinne von Arendt, aber mit dem Schluss, dafür zu kämpfen, dass alle Menschen Gesicht und Stimme haben.

Sieht Arendt diese Möglichkeit vor, so dass von hierher die Faszination ausgeht, das »Politische neu bestimmen« zu können? Man kann das sogleich verneinen, da die in der Öffentlichkeit Sprechenden und Handelnden bei Arendt ja gar keine Zwecke verfolgen, so auch die nicht, für andere Menschen einzutreten, gegen Hunger, schlechtes Leben, Krankheit, Herrschaft, Unterdrückung, Not einzuschreiten. Dies gilt ihr im Gegenteil als eine Zerstörung des politischen Raumes, weil hier der einzelne Mensch als sterbliches Wesen in seinen »Nöten und Bedürfnissen« im Zentrum stünde, statt in seiner Einmaligkeit als freies Wesen das eigene Leben weniger zu achten als die Freiheit.

Soweit wir weder das sind, was Arendt als Philosophin vorschwebt, noch dem, was wir für Politik halten, einfach abschwören können, sind ihre Vorstellungen für uns so paradox wie eine erlösende Vernichtung. Die Besetzung des politischen Raumes durch Mittelmäßigkeit, Geschwätz, kleinliche Berechnung, gar Betrug, Seilschaften usw. bewirkt, dass man das Gefühl hat, darin zu ersticken und nichts zustande zu bringen; insofern mag die Abkehr von Nutzen, Notwendigkeiten, Bedürfnissen des Lebens, Kleinmut, Gesichts- und Stimmlosigkeit wie eine Erlösung wirken. Die Vernichtung betrifft das Worum-willen unserer politischen Eingriffe: den Zorn über Ungerechtigkeit, das soziale Engagement in der Perspektive einer befreiteren Menschheit. Solche Ziele denunziert Arendt als Zerstörung des Politischen, wie umgekehrt ihre Orientierungen unsere Politik zerstören.

Will man nicht unterstellen, dass Arendt den politischen Raum als Olymp der vortrefflich sich hervortuenden Einzelnen irrtümlich oder aus Unmenschlichkeit von den Niedrigkeiten menschlichen Lebens freihält, müssen die Voraussetzungen

Begriffe wie Arbeit, Herstellen, Handeln und Sprechen, menschliche Angelegenheiten, Leben, Politik, Öffentlichkeit, Gemeinwesen, Interesse benutzt Arendt abweichend von der Umgangssprache. Jeder Versuch, sich das von ihr Gemeinte zurechtzulegen, läuft daher immer Gefahr, bei den einzelnen Bestimmungen eigene Bedeutungen zu ergänzen, die bei Arendt nicht gemeint sind, ja ihr widersprechen. Dies bringt jede Diskussion in Schwierigkeit und ist zugleich ein Teil des Geheimnisses der vielfältigen Rezeption.

*Handeln* etwa muss nach Arendt völlig nutzlos für den Lebensprozess als solchen sein (ebd.). Handeln gilt ihr als Enthüllen, »wer man ist« (222), bezieht sich also weder nützlich-befriedigend noch verändernd-eingreifend auf menschliche Lebensbedingungen, sondern einzig auf das, was »zwischen« den Menschen ist. Wer einer ist, »entzieht sich jedem Versuch, es eindeutig in Worte zu fassen« (ebd.). Die Sprache »versagt sich«, wenn sie zur Beschreibung des »Wer« benutzt wird. Das »Wesen des Menschen« möchte Arendt zwar nicht wie Marx im »Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse« (6. *Feuerbachthese*) orten, es aber auch nicht dem Einzelnen als »innewohnendes Abstraktum« zuschreiben, wie Marx es Feuerbach vorwirft; sondern sie verlagert es in den »Zwischenraum«, in dem Menschen wie Sender und Empfänger einander begegnen. Sie behauptet, dass »die differentia specifica des Menschseins gerade darin liegt, dass der Mensch ein Jemand ist und dass wir dies Jemand-Sein nicht definieren können, weil wir es mit nichts in Vergleich setzen und qua Wer-Sein gegen keine andere Art des Wer-seins absetzen können« (223). Sie nennt diese neue Bestimmung, welche die Metaphysik nur zur Hälfte abgestreift hat, das »lebendige Wesen der Person«.

*Menschen*, so definiert Arendt, sind eine Pluralität, bei der jedes ihrer Glieder einzigartig ist. Es ist diese Einzigartigkeit, die sich im Handeln und Sprechen enthüllt (»entbirgt«). Handeln geschieht in »dem Zwischenraum, in dem Menschen sich bewegen, ihrem Interesse nachgehen« (224). Freilich meint *Interesse* nicht einfach das, was man alltäglich darunter versteht, sondern zurück zum sprachlichen Ursprung<sup>2</sup> *inter-esse*, wiederum das Dazwischensein, das Miteinander, das kein Resultat und kein Endprodukt hat (225). »Handeln also besteht darin, den eigenen Faden in ein Gewebe zu schlagen, das man nicht selbst gemacht hat« (226), »wobei die Metapher des Gewebes versucht, der physischen Ungreifbarkeit des Phänomens gerecht zu werden« (225). Es gehe darum, aus seinem Leben eine öffentlich erzählbare Geschichte zu machen, deren Held, nicht deren Autor man ist. »Das ursprünglichste Produkt des Handelns ist nicht die Realisierung vorgefasster Ziele und Zwecke, sondern die von ihm ursprünglich gar nicht intendierten Geschichten, die sich ergeben, wenn bestimmte Ziele verfolgt werden, und die sich für den Handelnden selbst erst einmal wie nebensächliche Nebenprodukte seines Tuns darstellen mögen. Das, was von seinem Handeln schließlich in der Welt verbleibt, sind nicht

2 Zu Arendts Verfahren, einer Archäologie der Begriffe Ursprungswahrheit abzugewinnen, vgl. den Tagungsbericht in diesem Heft.

Frigga Haug

## Im Banne der Polis

Versuch zu ergründen, was Linke und Feministinnen an Hannah Arendt fasziniert

### *1. Teil: Zur Architektur des arendtschen Denkens<sup>1</sup>*

Was fasziniert an Hannah Arendt? Die Auflagen ihrer Bücher steigen fast 30 Jahre nach ihrem Tod unaufhörlich; Arendt-Gesellschaften werden gegründet, Arendt-Preise verliehen, Arendt-Tagungen abgehalten, selbst ein Zug von Stuttgart nach Hamburg trägt ihren Namen. Es gibt verbreitet Hoffnungen, mit ihr das »Politische neu bestimmen« zu können. Diese Renaissance ist beunruhigend, denn Arendt denkt elitär, depolitisiert das Politische, verachtet körperliche Arbeit und weibliche Natur; sie hält nichts von sozialen Bewegungen, die Gesellschaft verändern wollen; die Grenzen zwischen dem Politischen und dem Privaten will sie undurchlässig machen, in allem verschiebt sie den Akzent vom Sozialen zum Individuellen. Die folgende Skizze verknüpft einige ihrer Bestimmungen mit aktuellen Fragen, deren Ungelöstheit ein Grund sein könnte, auf dem ihre Beliebtheit gedeiht. Zunächst geht es um drei Punkte: Erstens erteilt Arendt im Blick auf Politik dem vorherrschenden Kosten-Nutzen und Zweck-Mittel-Denken eine Abfuhr. Ist also gegen Politikverdrossenheit für einen politischen Aufbruch etwas von Arendt zu gewinnen? – Zweitens rückt sie Arbeit energisch aus dem Zentrum des Interesses. Lassen sich »Krise der Arbeitsgesellschaft« und Arbeitslosigkeit mit ihr anders denken? – Drittens erteilt sie der Verbindung von Macht mit Gewalt eine Absage und verknüpft Macht mit Handlungsfähigkeit.

#### *1. Zum Politischen*

Brecht lässt seinen Me-ti zu Tu, der von ihm die richtige Teilnahme am Klassenkampf lernen will, sagen: »Wenn man nicht nach Genuss strebt, nicht das Beste aus dem Bestehenden herausholen will und nicht die beste Lage einnehmen will, warum sollte man da kämpfen?« (GW 12, 576) Arendt hätte das entschieden abgelehnt: Ihr Mensch kämpft, um öffentlich in Erscheinung zu treten, einzigartig und vortrefflich. Nicht in der Arbeit, nicht beim Herstellen, nicht in der Liebe, schon gar nicht im Genuss verwirklicht sich das spezifisch Menschliche, sondern im Handeln und Sprechen – sie sind das Höchste und Menschlichste (VA 211f).

1 Dieser erste Teil ist die überarbeitete und gekürzte Fassung eines Vortrags auf einer Arendt-Tagung (vgl. den Bericht in diesem Heft).

- Quaritsch, Helmut (Hg.), *Complexio Oppositorum. Über Carl Schmitt. Vorträge und Diskussionsbeiträge des 28. Sonderseminars 1986 der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer*, Berlin 1988
- ders., *Positionen und Begriffe Carl Schmitts*, Berlin 1989
- Ritter, Henning, »Der Feind«, in: *FAZ*, 19.9.2001, 49
- Rüthers, Bernd, *Entartetes Recht. Rechtslehren und Kronjuristen im Dritten Reich*, München 1994
- Scheel, Kurt, »Editorial«, in: *Merkur*, 55. Jg., 2001, H. 11, 950-3
- ders., »»Lieb Vaterland, magst ruhig sein«, in: *Merkur*, 56. Jg., 2002, H. 1, 78-81
- Schlink, Bernhard, »Why Carl Schmitt?«, in: *Rechtshistorisches Journal*, Bd. 10, Hgg. v. Dieter Simon, Frankfurt/M 1991
- Schmitt, Carl, *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität* (1922), Berlin 1993
- ders., *Der Begriff des Politischen. Mit einer Rede über das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisierungen*, München-Leipzig 1932
- ders., *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* (1923), Berlin 1991a
- ders., *Hugo Preuß. Sein Staatsbegriff und seine Stellung in der deutschen Staatslehre*, Tübingen 1930
- ders., »Die Wendung zum totalen Staat« (1931), in: ders., *Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar-Genf-Versailles 1923-1939* (1940), Berlin 1994a, 166-78
- ders., »Weiterentwicklung des totalen Staates in Deutschland« (1933), in: ders., *Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar-Genf-Versailles 1923-1939* (1940), Berlin 1994b, 211-16
- ders., *Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte*, (4., erw. Aufl. 1941), Berlin 1991b
- ders., *Das internationale Verbrechen des Angriffskrieges und der Grundsatz »Nullum crimen, nulla poena sine lege«* (1945), hgg. m. Anm. u. Nachwort v. Helmut Quaritsch, Berlin 1994c
- ders., »Nomos-Nahme-Name« (1952), in: ders., *Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916-1969*, hgg. und eingeleitet v. Günter Maschke, Berlin 1995a, 573-91
- ders., »Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes« (1938), in: G. Maschke (Hg.), *Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes. Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols*. Mit einem Anhang sowie einem Nachwort des Herausgebers, Köln 1995b
- ders., *Glossarium. Aufzeichnungen der Jahre 1947-1951*, hgg. v. Frhr. von Medem, Berlin 1991c
- ders., »Brief an Paul Bockelmann« (1950), in: *SZ*, 15.02.2003, 17
- Schwab, Jürgen, »Nationalstaat und völkerrechtliche Großraumordnung – statt Universalismus und globaler Partisanenkampf«, 2002 ([www.deutscheakademie.org](http://www.deutscheakademie.org))
- Sombart, Nicolaus, *Die deutschen Männer und ihre Feinde. Carl Schmitt – ein deutsches Schicksal zwischen Männerbund und Matriarchatmythos*, München-Wien 1991
- Van Laak, Dirk, *Gespräche aus der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geschichte der frühen Bundesrepublik*, Berlin 1993
- Wacquant, Loïc J.D., »Vom wohlthätigen zum strafenden Staat: Über den politischen Umgang mit dem Elend in Amerika«, in: *Leviathan*, 26. Jg., 1997, H. 1, 50-65.
- Werber, Nils, »Kommentar zum Brief Carl Schmitts an Paul Bockelmann« (1950), in: *SZ*, 15.2.2003, 17

- ders., »Geschichte ist ein Teil von uns. Über den öffentlichen Gebrauch der Historie«, in: *Die Zeit*, 14.3.1997, 13
- Hardt, Michael, u. Antonio Negri, *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/M 2000
- Haug, Frigga, »Knabenspiele und Menschheitsarbeit. Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse«, in: *Ethik und Sozialwissenschaften, Streitforum für Erziehungskultur*, H. 4, 1993, 215-224
- Haug, Wolfgang F., *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt*, Berlin/W-Hamburg 1987
- ders., »Weltkrieg gegen den Terror?«, in: *Das Argument* 244, 44. Jg., 2001, H. 1, 13-33
- Heil, Susanne, »*Gefährliche Beziehungen*«. *Walter Benjamin und Carl Schmitt*, Stuttgart-Weimar 1998
- Herzinger, Richard, »Echtheit des Politischen«, Rez. von Friedrich Balke, *Der Staat nach seinem Ende. Die Versuchung Carl Schmitts*, Darmstadt 1996, in: *Die Zeit*, 6.9.1996, 37
- Kagan, Robert, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin 2003
- Klenner, Hermann, Rez. zu Agamben, *Homo sacer*, in: *Das Argument* 248, 44. Jg, H. 5/6, 2002, 856f
- Lettow, Susanne, *Die Macht der Sorge. Die philosophische Artikulation von Geschlechterverhältnissen in Heideggers »Sein und Zeit«*, Tübingen 2001
- Maus, Ingeborg, *Bürgerliche Rechtstheorie und Faschismus. Zur sozialen Funktion und aktuellen Wirkung der Theorie Carl Schmitts* (1976), 2., erw. Auflage, München 1980
- dies., »Gesellschaftliche und Rechtliche Aspekte der »Konservativen Revolution««, in: dies., *Rechtstheorie und politische Theorie im Industriekapitalismus*, München 1986
- dies., »Die Bekenntnisse der Unpolitischen. Zur gegenwärtigen Carl-Schmitt-Renaissance aus Anlass einer Biographie«, in: *FR*, 2.4.1994, 77
- dies., »Menschenrechte als Ermächtigungsnormen internationaler Politik oder: der zerstörte Zusammenhang von Menschenrechten und Demokratie«, in: H. Brunkhorst, W.R. Köhler u. M.L. Bachmann (Hg.), *Recht auf Menschenrechte*, Frankfurt/M 1999
- dies., »Nationalstaatliche Grenzen und das Prinzip der Volkssouveränität«, in: M. Gräser, Ch. Lammert u. S. Schreyer, *Staat, Nation, Demokratie. Traditionen und Perspektiven moderner Gesellschaften. Festschrift für Hans-Jürgen Puhle*, Göttingen 2001, 11-28
- Meier, Heinrich, *Die Lehre Carl Schmitts. Vier Kapitel zur Unterscheidung Politischer Theologie und Politischer Philosophie*, Stuttgart-Mannheim 1994
- Mehring, Reinhard, *Carl Schmitt zur Einführung*, Hamburg 1992
- Mouffe, Chantal, *Carl Schmitt and the Paradox of Liberal Democracy*, in: dies. (Hg.), *The Challenge of Carl Schmitt*, London-New York 1999
- Müller, Tim B., »Partei des Zeus. Die Bande: Der Einfluss der Straussianer auf die US-Politik«, in: *Die Zeit*, 5.3.2003, 16
- Noack, Paul, *Carl Schmitt – Eine Biographie*, Berlin 1996
- ders., »Über Freunde, Feinde und Partisanen«, in: *Die Welt (online)*, 29.9.2001
- Nowak, Jörg, »All together now. Empire: Postmoderne Hippies erklären die Globalisierung«, in: *analyse & kritik* 464, 32. Jg., 10.8. 2002, 24f
- Orozco, Teresa, »Brüder im Geiste«. Zur Politik der Männlichkeit bei Carl Schmitt«, in: *Zeitschrift für Frauenforschung*, Sonderheft 2. Philosophie, Politik und Geschlecht. Probleme feministischer Theoriebildung, 17. Jg., 1999, 43-58
- dies., »Nation und Geschlechterkonstruktion im spanischen Katholizismus am Beispiel Donoso Cortés (1809-1853)«, in: Claudia Lenz (Hg.), *Männlichkeiten, Gemeinschaften und Nationen*, Opladen 2003, 45-66
- Pêcheux, Michel, »Über die Rolle des Gedächtnisses als interdiskursives Material. Ein Forschungsprojekt im Rahmen der Diskursanalyse und Archivlektüre«, in: M. Geiger u. H. Woetzel, *Das Subjekt des Diskurses. Beiträge zur sprachlichen Bildung von Subjektivität und Intersubjektivität*, Berlin 1983 (Argument-Sonderband 98), 50-8

Wiederholung zu normativer Subjektivität zu erheben. Alles, was diesen Bildern vom ›Amerikaner‹ widerspricht, steht zur Stigmatisierung des sich der Ordnung widersetzenen »out of law« bereit. So zielt die vordergründige Freund-Feind Rhetorik allererst auf die Disziplinierung der Freunde. Wie diese Botschaft auch in Deutschland ankommt, kann etwa an der Auseinandersetzung mit Kagens Thesen abgelesen werden, die bereits Überlegungen hinsichtlich der Wiedergewinnung militärischer Stärke provoziert haben:

Wird unsere außenpolitische Klasse eher aus ihrer Bequemlichkeit herausgeschüttelt durch ein Amerika à la Kagan, das seine hegemoniale Macht vorführt, oder durch ein kooperatives Amerika, das den früheren Mündeln im Rahmen starker internationaler Institutionen dazu verhilft, zu internationalen Erwachsenen zu werden? (Bertram 2003, 206)

Dieses Muster patriarchaler Pädagogik zeigt, dass die gegenwärtigen Maskulinisierungsstrategien prädestiniert wären (gerade bei der Zerstörung »starker internationaler Institutionen«), als Regulationsformen des neoliberalen Alltags zu fungieren. Der Abbau von Demokratie und egalitär geregelter Geschlechterverhältnisse wäre der Preis, den diese Neue Weltordnung verlangt.

### Literatur

- Altmann, Rüdiger, »Carl Schmitts fortdauernde Präsenz«, in: *Merkur*, 45. Jg., 1991, H. 8, 728-34
- Assheuer, Thomas, »Geistige Wiederbewaffnung. Nach den Terroranschlägen erlebt der Staatsrechtler Carl Schmitt eine Renaissance«, in: *Die Zeit*, 15.11.2001, 54
- Bertram, Christoph, »Stärke und Schwäche. Eine Antwort auf Robert Kagan«, in: *Merkur*, 57. Jg., 2003, H. 3, 200-6
- Birnbaum, Norman, »Amerikas ideologische Punks«, in: *TAZ*, 8.3. 2003, 15
- Böckenförde, Ernst Wolfgang, »Auf dem Weg zum Klassiker. Carl Schmitt in der Diskussion: Politische Theologie als Fluchtpunkt seines Werks«, in: *FAZ*, 11.7.1997, 35
- Bohrer, Karl-Heinz, Editorial, in: *Merkur*, 55. Jg., 2001, H. 11, 954-7
- Brumlik, Michael, »Das Recht des Stärkeren kehrt zurück«, in: *FR*, 10.2.2003, 8
- Demirovic, Alex, »Hegemoniale Projekte und die Rolle der Intellektuellen. Gegen Verkürzungen in der Periodisierungsdiskussion«, in: *Das Argument* 239, 43. Jg., 2001, H. 1, 59-66
- Derrida, Jacques, *Politik der Freundschaft*, Frankfurt/M 2000
- Deuber-Mankowsky, Astrid, »Homo sacer, das bloße Leben und das Lager. Anmerkungen zu einem erneuten Versuch einer Kritik der Gewalt«, in: *Die Philosophin*, 13. Jg., 2002, H. 25, 34-37
- Donoso Cortés, Juan, *Essay über den Katholizismus, den Liberalismus und den Sozialismus und andere Schriften aus den Jahren 1851 bis 1853*, hgg., übers. u. komm. v. Günter Maschke, Berlin 1996
- Fraisse, Geneviève, *Les deux gouvernements: la famille et la Cité*, Paris 2000
- Garton Ash, Timothy, »Warme Brüder und EU-nuchen«, in: *Die Zeit*, 30.1.2003, 33
- Graw, Ansgar, »Schröders klarer Kurs«, in: *Die Welt (online)*, 18.9.2001
- Gross, Rafael, *Carl Schmitt und die Juden*, Frankfurt/M 2000
- Habermas, Jürgen, »Carl Schmitt in der politischen Geschichte der Bundesrepublik«, Rez. zu Dirk van Laak, *Gespräche in der Sicherheit des Schweigens*, Berlin 1993, in: ders., *Die Normalität einer Berliner Republik*, Frankfurt 1995, 112-22

Auch wenn Birnbaums Einschätzung stimmen sollte, kann man sich die Wirkung dieser Stereotypen keineswegs als das Produkt einer *ad hoc*-Auslegung Schmitts oder Oakeshotts vorstellen. Ohne Zweifel besitzen die neoliberalen think tanks, in denen der Einfluss von Platon, Machiavelli, Hobbes, Schmitt und vor allem Leo Strauss (vgl. Müller 2003, 16) spürbar wird, eine entscheidende Funktion für die Hegemonie des politischen Konservatismus in den USA. Der Kampf um kulturelle Hegemonie funktioniert jedoch nicht über die Anwendung konspirativer Ideen großer Meister und als manipulative Indoktrinierung, auch wenn sie als solche intendiert sind. Entscheidender sind die Politiken, die den Alltag und die Lebensweisen der Menschen neoliberal zurichten. Dass dies nicht ohne Widersprüche und Widerstand geschieht, belegt die fehlende politische (nicht die ideologische) Hegemonie des Neoliberalismus, die sich der Zähigkeit und Ungleichzeitigkeit bisheriger fordristischer Mentalitäten und Lebensformen, die den Kampf um eine andere Lebensqualität führen, verdankt (vgl. Demirovic 2001, Haug 2001).

Ohne diese Stereotypen ausführlich analysieren zu können, ist festzustellen, dass sie über die Beleidigung eines als unterlegen konstituierten Gegners hinausgehen. Es geht um Botschaften, die vor allem auf die männliche Bevölkerung im eigenen Land zielen. Indem sie etwa den verschwenderischen Lebensstil der Europäer anprangern, geben sie die permanente Senkung von Lebensstandards der subalternen Gruppen im eigenen Land als Zeichen der Stärke und der Opferbereitschaft im Dienste der ›Freiheit‹ zu verstehen – ein Wert, der in den neoliberalen Wirtschaftsdiskursen den Bürgern ohnehin unendliche Entsaugungen abverlangt.<sup>18</sup> Die Abwertung des Weiblichen in dieser Sprache der Vorurteile, die nur Erwachsene, Opferbereite und potente Männer kennt, signalisiert, dass Frauen genauso wie Kinder und Alte der maskulinierten Welt untergeordnet werden. Als wäre es ein ideologischer Luxus, sie als Adressaten zu denken. Weiblichkeit als Phantasma dient hingegen der Stigmatisierung des Lebensstandards; die ›materialistischen‹ Werte werden mit Triebhaftigkeit, Dekadenz, Verschwendung und Schwäche konnotiert. Die radikale Maskulinisierung vom Typ des ›Amerikaners‹ soll die soziale Härte und die menschenfeindliche Transformation der Wirtschaft und der Arbeitswelt als auch den durchgreifenden Ausbau der repressiven Teile des Staates als positiven männlichen Wert, als imaginäre Teilhabe am Recht des Stärkeren – assoziiert mit sexueller Potenz, Siegesbewusstsein, imaginärer Durchsetzungskraft –, als Selbstermächtigungsphantasie in Zeiten der Krise zu verstehen geben. An diesen Stereotypen kann man beobachten, wie die ›gleichgeschalteten‹ Medien in den USA daran beteiligt sind, die vermeintlichen Eigenschaften ›des Amerikaners‹ kraft ihrer performativen Wirkung in der

---

18 Die Studie von Loïc J.D. Wacquant, *Vom wohltätigen zum strafenden Staat: Über den politischen Umgang mit dem Elend in Amerika*, belegt, wie »der wohltätige Staat in den beiden letzten Jahrzehnten trotz der starken Zunahme sozialer Ungleichheit und wirtschaftlicher Unsicherheit (...) unvermindert danach strebt, seinen Wirkungsbereich und sein ohnehin bescheidenes Budget weiter zu reduzieren. Indirekt trägt er dazu bei, dass der Militärhaushalt mittlerweile verzehnfacht und der Reichtum zugunsten der Wohlhabenden weiter umverteilt werden konnte. Aus dem ›Krieg gegen die Armut‹ ist ein Krieg gegen die Armen geworden.« (Wacquant 1997, 53)



den, müssen wir auch die Europäische Union und Frankreichs fünfte Republik setzen. Die Frage ist nur, wie unerquicklich ihre Auflösung werden wird (Mark Steyn, *Jewish World Review*, 1.5.2002).« (Garton Ash 2003, 33) Von Europa wird geredet in Termini wie »die Euros«, »die Euroiden«, die »Euromemmen«, die »Euowürstchen« usw. In einer Sprache, die an die Völkerpsychologie der 30er Jahre erinnert, artikulieren sich folgende Dichotomien: »die Europäer gelten als Weichlinge, schwach, querulantisch, heuchlerisch, zerstritten, zuweilen antisemitisch«. Die sexuellen Konnotationen dieser Stereotypen wären nach Ash eine Untersuchung wert: »Der Amerikaner ist ein viriles, heterosexuelles Mannsbild, der Europäer weiblich, impotent oder kastriert. Vor allem militärisch kriegen die Europäer keinen hoch. Das Wort Eunuchen findet auch in der Form »EU-nuchen« Verwendung.« (Ebd.) Ideologisch haben die Europäer ihre Werte

in multilateralen, transnationalen, säkularen und postmodernen Spielereien verloren. Statt für Verteidigung geben sie ihre Euros für Wein, Urlaub und aufgeblähte Wohlfahrtsstaaten aus. Und dann johlen sie von den Zuschauerrängen, während die USA das schwierige und schmutzige Geschäft erledigen, in der Welt für Sicherheit zu sorgen – auch für die Europäer. Die Amerikaner dagegen sind starke, prinzipiengeleitete Verteidiger der Freiheit, aufrecht im Dienst für das Vaterland, den letzten wahrhaft souveränen Nationalstaat der Welt. (Ebd.)

Die diplomatischere Version vertritt der neokonservative Kolumnist Robert Kagan, der lange Zeit im Außenministerium der USA tätig war, in seinem erfolgreichen Buch *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der Neuen Weltordnung* (2003). Im Anschluss an eine voluntaristische Geschichtsrekonstruktion der Außenpolitik der USA und Europas baut er einen Antagonismus auf, den er explizit geschlechtlich artikuliert. Wie in der Ratgeberliteratur, die mit der Behauptung von der Wesensverschiedenheit von Frauen und Männern den Leuten das Geld aus der Tasche zieht, postuliert er, dass die Europäer von der Venus sind, während die Amerikaner vom Mars kommen. Dieser Gegensatz wird philosophisch überhöht: Europa sei an einer weiblichen, kantianischen Welt der Gesetze und Regeln, die USA an einer männlichen und hobbesianischen Weltsicht, die auf die Expansion der väterlichen Gewalt setze, orientiert. Ewiger Frieden oder ewiger Krieg: Schwach ist, wer den Frieden anstrebt, stark, wer den Krieg nicht scheut und eine militärische Macht aufbaut.

Wie ist diese Kriegsrhetorik über die Stigmatisierung europäischer Männlichkeit mit Hilfe der Stigmatisierung von Weiblichkeit hinaus zu begreifen? Was »tun« diese Stereotypen? Nach Norman Birnbaum, Berater des US-Kongresses und Mitbegründer der *New Left Review*, sind diese Vorurteile das Produkt nicht ernstzunehmender Geister, die bald vergessen sein werden:

Die meisten Politiker, die jetzt Europa verdammen, gehören nicht zur ersten Reihe (...) Aufrufe zum Boykott europäischer Waren kommen von Abgeordneten, die niemand der Fähigkeit verdächtigt, besonders gut mit komplexen Zusammenhängen umgehen zu können. Auch die Publizisten und Gelehrten, die sich derart äußern, werden wohl vergessen sein, wenn die intellektuelle Geschichte unserer Epoche geschrieben wird. Sie handeln mit gebrauchten Ideen. Dr. Wolfowitz hat vielleicht Carl Schmitt gelesen, Richard Perle hat Oakeshotts Vorlesungen am LSE gehört; die Gedanken ihrer Gefolgsleute eignen sich gerade mal als Aufkleber auf dem Kofferraumdeckel. (Birnbaum 2003, 15)

konzeptiven Ideologien ihre Wirksamkeit entfalten. Besonders in Umbruchzeiten ist ein ganzes Ensemble von Intellektuellen und gesellschaftlichen Institutionen an der keineswegs einheitlichen und widerspruchsfreien Ausarbeitung solcher Optionen beteiligt. Wie sich die Transformation liberaler Männlichkeit im Zusammenhang mit dem Eintritt in den Krieg vollzieht, kann man unabhängig von einer besonderen Schmitt-Rezeption am Beispiel der USA beobachten.

*Ausblick: Maskulinität und Krieg in den USA*

Anhand der Debatte über den Anti-Europäismus der USA sollen abschließend die Paradoxien der darin artikulierten Männlichkeits-Diskurse beleuchtet werden. Charakteristisch für die Auseinandersetzungen um Antiamerikanismus und Anti-Europäismus ist, dass der epochale Umbruch, den dieser Eintritt in den Krieg bedeutet, als voluntaristische Stilfrage, als Ergebnis dumpfen Ressentiments ›niederer Geister‹ oder als kultureller Gegensatz behandelt wird<sup>17</sup>.

Ausgangspunkt für die US-Kampagne gegen Europa war die Ablehnung des Kriegskurses der USA durch die deutsche und französische Regierung. Dieser Akt, der sich als Nicht-Unterwerfung unter eine Entscheidung darstellt, die weder das Völkerrecht noch der UN-Sicherheitsrat legitimieren, wurde als Zeichen mangelnder Männlichkeit stigmatisiert. Die spöttische Äußerung des amerikanischen Präsidenten, der den Sicherheitsrat als einen »ineffektiven und irrelevanten Debattierclub« bezeichnete, ist nur ein Beispiel unter vielen, mit dem ein zentraler Topos der Liberalismus-Kritik aufgegriffen wird. Weit über den Kriegsfall hinaus ist diese Kampagne ein klares Symptom für den Kampf gegen liberale Männlichkeit, die als Trägerin eines demokratischen Konsenses sich mit dem unilateral beschlossenen Eintritt in den Krieg nicht verträgt. Das Grundmuster dieser Feindbilder ist wie schon bei Schmitt die Sexualisierung einer politischen Option, die Stigmatisierung der politischen Gegner »ad gender«, die in der Sprache des gemeinen Vorurteils auftritt.

Von dem britischen Historiker Timothy Garton Ash ist zu erfahren, dass »die Verstimmung der frühen achtziger Jahre« »bei weitem« übertroffen wird. Bei einer USA-Reise sammelte er Eindrücke. Sein erstes Beispiel: »Auf die Liste der politischen Gebilde, die ausersehen sind, im Urinal der Geschichte runtergespült zu wer-

17 »Der 27. Januar des Jahres 2003, der Tag der Sitzung des UN-Sicherheitsrats, dürfte als Datum erinnert werden, an dem in der globalisierten Welt ein neues Modell der internationalen Ordnung etabliert worden ist. Das von den USA machtgestützt eingesetzte Modell löst das seit dem Briand-Kellogg-Pakt und der UN-Charta weltweit verbindliche Modell einer auf dem Gedanken des Rechts beruhenden internationalen Ordnung ab und ersetzt es durch ein System, das alleine auf dem Recht des Stärkeren beruht. Rechtsgeschichtlich bedeutet das einen Rückfall nicht nur hinter die Völkerrechtsidee des 20. Jahrhunderts, sondern sogar hinter die frühneuzeitliche zwischenstaatliche Ordnung seit dem Westfälischen Frieden. (...) Der von neoliberalen Ideologen, ungebrochen fanatischen Renegaten der Linken oder einigen desorientierten jüdischen Intellektuellen erhobene Vorwurf will glauben machen, dass alle Versuche, die Hegemonie der USA zu kritisieren, Ausfluss eines dumpfen Ressentiments in der Tradition bildungsbürgerlichen Dünkels und antiwestlichen Nationalismus sind.« (Brumlik 2003, 8)

kämpferischer Entschlossenheit und Potenz ebenbürtig sind« (ebd.). Nicht nur in den Parlamenten, Universitäten und Redaktionsbüros, auch bei den Militärs besteht die Gefahr eines Männlichkeitsverlustes durch Einsatz von Technik – eine Angst, die Bohrer zutiefst umtreibt. Wie die Paraphrase einer Stelle aus Schmitts *Begriff des Politischen*<sup>16</sup> lässt sich die folgende Stellungnahme lesen, die Scheel als Antwort auf seine Kritiker formuliert:

Wenn die Bundesrepublik aus Feigheit oder Dummheit diesmal nicht zum Bündnis mit den Vereinigten Staaten steht, wenn sie nicht bereit ist zu kämpfen gegen terroristische Angriffe auf unsere Zivilisation, hat sie ihre Existenz als souveräner und demokratischer Staat schon zur Disposition gestellt und wird über kurz oder lang zu einem Vasallenstaat, der von anderen verteidigt und auch bestimmt werden wird. (2002, 79)

Der NPD-Ideologe Jürgen Schwab vertritt eine spezifisch xenophobe, revisionistische und revanchistische Schmitt-Deutung. Gegen die Subsumierung Deutschlands unter den »Westen« (und damit die Siegermacht USA) beharrt die NPD auf der imaginären deutschen Vorherrschaft. Schwab begründet den militanten Antiamerikanismus seiner Partei in einem Text, dessen Titel das neonazistische Programm umreißt: »Nationalstaat und völkerrechtliche Großraumordnung – statt Universalismus und globaler Partisanenkampf«.

Die Souveränität eines Staates bemisst sich danach – um es mit Carl Schmitt auf den Punkt zu bringen –, ob er in der Lage ist, über den Ausnahmezustand innen- wie außenpolitisch zu entscheiden. (...) Die rhetorische Frage, die sich die Gegenwartsdeutschen nicht stellen dürfen, die aber heute schon der Schmittianer aufwirft, lautet: Sind die USA möglicherweise der »wirkliche Feind« der europäischen Nationen, der uns in einem Dritten Weltkrieg gegen den »absoluten Feind« der Amerikaner hineinhetzen will? (Schwab 2002)

Ziel des neonazistischen Antiamerikanismus und seiner Ideologiekritik an der gegenwärtigen Außenpolitik der USA ist das Festhalten an den Großraumkonzepten des Kriegsfaschismus. Das Ärgernis liegt darin, dass diese Konzepte in Umrissen in der Kriegspolitik der Bush-Regierung wiederauftauchen. Sowohl Scheel und Bohrer wie auch Schwab demonstrieren, welches Potenzial Schmitt bietet, um Krieg, Nationalismus, und vor allem eine Konzeption des Rechts, die das Recht des militärisch Stärkeren behauptet, zu untermauern.

Es wäre jedoch eine maßlose Überschätzung bzw. ideologietheoretisch blind zu denken, wie es nicht selten in Bezug auf Schmitt und seine Mythologie der Fall ist, dass sein Werk unmittelbar politische Optionen bestimmen könnte. Es sind immer die konkreten gesellschaftlichen Antagonismen, die das Substrat für ein solches Denken bilden und die Bedingungen schaffen, in denen die Interpretationen und

16 Bei Schmitt heißt es: »Solange ein Volk in der Sphäre des Politischen existiert, muss es, wenn auch nur für den extremsten Fall – über dessen Vorliegen es aber selbst entscheidet – die Unterscheidung von Freund und Feind selber bestimmen. Darin liegt das Wesen seiner politischen Existenz. Hat es nicht mehr die Fähigkeit oder den Willen zu dieser Unterscheidung, so hört es auf, politisch zu existieren. Lässt es sich von einem Fremden vorschreiben, wer sein Feind ist und gegen wen es kämpfen darf oder nicht, so ist es kein politisch freies Volk mehr und einem andern politischen System ein- oder untergeordnet.« (Schmitt 1932, 38)

chenden Kritik veranlasst.<sup>15</sup> Erprobt wird die neoliberale Bildung der Nation durch äußere Feindschaft. Denn »sobald es ans Essentielle geht«, ist Deutschland nach 1945 »weder mental noch physisch in der Lage, sich souverän als politisch-militärische Mittelmacht darzustellen« (Bohrer 2001, 955). Jetzt bietet die militärische Bekämpfung des Terrorismus nach der »Lethargie«, die »nach dem Zusammenbruch des Sozialismus« herrschte, »vielleicht die letzte Gelegenheit«, unterhalb der atomaren Drohung klar zu machen, wofür der Westen steht, »und was er zur Verteidigung seiner Werte zu unternehmen gedenkt« (Scheel, 952). Diese Werte seien »Freiheit, Recht und Demokratie«; sie verlangen den Einsatz des Lebens, denn es gehe darum zu zeigen, dass die USA und ihre Verbündeten »keine Papiertiger sind, dass sie auch große Opfer zu bringen bereit sind (...) so wie arabische Selbstmordattentäter mutig ihre Leben opfern, um Wehrlose und Unschuldige in großem Stile umzubringen.« (953) »Der Westen« ist »mehr als eine saturierte Gemeinschaft von Konsumenten«, und es ist demnach ein Verbrechen, die Schuldigen und Helfershelfer »nicht mit allen Mitteln zur Strecke zu bringen« (952). Nicht zuletzt durch die Überbietung der Huntington-Thesen werden die primitivsten rassistischen Klischees gegen »den Islam« ventiliert, denn die Ressentiments der islamistischen Kreise »haben nicht das Zeug, sie als ›Kultur‹ gegen die des Westens zu kehren« (956). »Doch der Terror kommt durchaus aus dem Islam«, bestätigt sich Scheel und folgert daraus, dass »die Gewalt (...) es nun mal so an sich (hat), dass sie nur mit Gewalt zu beenden ist« (954). Mit drohenden Worten an die Adresse der »Achtundsechziger« heißt es: »Wer jetzt glaubt, sich heraushalten zu sollen; wer sich jetzt wegduckt (...), der macht sich und andre zum nächsten Opfer solcher Verbrechen.« (953) Im Gestus des Staats- und Militärberaters bieten Scheel und Bohrer ein ideologisches ›Anti-Terror-Paket‹ für die Bekämpfung des ›inneren Feindes‹ an, dessen Erfolg wohl von der Transformation liberaler Männlichkeit abhängt, denn der »epochale Wechsel der politischen Moral und der Mentalitäten« ist nicht mehr aufzuhalten, wenn der nationalistische, gewaltbereite, fanatische und autoritäre Kämpfertypus durchgreift. Deshalb muss mit der »Friedens- und Angstmetaphorik«, der »Feigheit«, »Distanziertheit«, dem »Wegducken«, der »Sozialhelfermentalität« und dem »multikulturellen Miteinander« (Bohrer 2001, 955) endlich Schluss sein. In einer Sprache, die an den Nazi Alfred Baeumler 1933 erinnert, wird Widerstand stigmatisiert: »Ein besonderer Typus des theoretisch Distanzierten ist der ›kritische‹ Intellektuelle und für den ›Frieden‹ engagierte Politiker« (Scheel 2001, 954). Susan Sontag, Noam Chomsky, der deutsche Bundespräsident und »namhafte Universitätsprofessoren« stellt Scheel, zusammen mit dem bundesrepublikanischen Pazifismus der 70er und 80er Jahre, auf die Seite des Feindes. Bohrer plädiert für eine Refeudalisierung und Maskulinisierung des Krieges, indem er den USA vorschlägt, die hochtechnologische Kriegstechnik der »virtuellen Medien und Missiles-Kriege« (Bohrer 2001, 956) fallen zu lassen und »durch konkrete Kampfeinheiten« zu ersetzen, »die ihrem Gegner an

15 Vgl. Kurt Scheels (2002) Stellungnahme zu dieser Kritik.

Versuch, das Neuartige des Phänomens zu begreifen (vgl. Noack 2001). Ich greife exemplarisch zwei Texte heraus, die die gängige Form von Klassiker-Pflege betreiben, indem sie die Aktualität der gebotenen Denkinstrumente vorführen und so den Bezug auf diese nicht nur rehabilitieren, sondern eine Norm aufrichten, die keiner, der auf seine Reputation Wert legt, ignorieren kann. An ihnen lassen sich die subtilen bis expliziten Formen beobachten, in denen die schmittsche Denklogik tradiert und die Axt an die Wurzeln des liberal-demokratischen Konsenses gelegt wird.

Henning Ritter hat im Lichte der *Theorie des Partisanen* von 1963 den Terroristen als »entwurzelt« und global agierenden Partisanen begriffen (»Der Feind«, FAZ, 19.9.2001, 49). »Dieser Feind ist zwar nicht ohne jede Kontur, aber er wird auch dann noch unsichtbar, konkret nicht greifbar sein, wenn man die Drahtzieher des Anschlags identifiziert haben wird.« Dieses quasi metaphysische Beharren auf der Unsichtbarkeit mutet seltsam an. Nicht weniger tut es der lapidare Satz, den Ritter seiner Beschreibung voranstellt: »Seit dem 11. September ist der Begriff der Menschenrechte politisch unbrauchbar geworden.« Ihre Voraussetzung ist »die weltweite Überlegenheit der Vereinigten Staaten und des Westens«, und diese sei durch die Anschläge in Frage gestellt worden. Daraus muss man schließen, dass den USA und ihren Alliierten das Recht erwachse, bei Vergeltungsmaßnahmen die Menschenrechte außer Acht zu lassen. Denn eine »Politik der Menschenrechte« verträgt sich nicht »mit jenen Maßnahmen, derer sich die amerikanische Allianz gegen den Terrorismus bedienen muss«. Ritters Kurzzeitgedächtnis kennt offensichtlich nur die ideologische Funktion von Menschenrechtspolitik bzw. den Missbrauch, der etwa im Kosovo-Krieg praktiziert wurde (vgl. Maus 1999): »War bisher die Durchsetzung der Menschenrechte das Argument des Westens für Interventionen, so ist nun das Argument der Bekämpfung des Terrorismus an deren Seite getreten.« (Ritter) Zu erinnern wäre daran, dass bei den zahlreichen militärischen Interventionen der USA nach 1945, vor allem in der Dritten Welt, das Argument der Menschenrechte nie eine Rolle spielte. Aber auch die falsche Abbildung des Sachverhalts: die Überlegenheit der USA und der westlichen Gesellschaften profitiert nachhaltig von der vielfältigen Verletzung der Menschenrechte in weiten Teilen der Dritten Welt. Von Bedeutung ist, dass in Ritters Lesart die weltweiten Politiken der »inneren Sicherheit«, Guantánamo und die noch kommenden polizeilichen und kriegerischen Aktionen der USA und des »Westens« präfiguriert sind, und, zu Ende gedacht, die Aufkündigung der bisher geltenden Prinzipien des liberalen Völkerrechts bedeuten. Mit dem Sprachmaterial zur Bestimmung des Feindes wird Schmitts Politikkonzeption stillschweigend mit übernommen.

Bevor sich das Blatt von der »uneingeschränkten Solidarität« mit den USA zu einem Nein zum Krieg durch die Bundesregierung gewendet hat, tauchte das »einschneidendste Dokument für rechtsintellektuelle Selbstaufklärung aus dem Geiste Carl Schmitts« (Assheuer 2001, 54) als Editorial der Zeitschrift *Mercur* im November 2001 auf. Die Herausgeber Karl Heinz Bohrer und Kurt Scheel vertreten Gedanken, die unmittelbar auf den nazistischen Diskurs selbst zurückgreifen. Das hat die in Europa wichtigsten Zeitungen im deutschsprachigen Raum zu einer entspre-

achtung des Genfer Völkerbundes, der eben die Achtung des Feindes prozedural zu sichern versucht hat. Die Kriegsführung der Nazis, die zwischen West und Ost signifikant unterschied und für den Osten den Kommissarbefehl und die Auslöschung ganzer Bevölkerungsgruppen vorsah, hat mit »Ritterlichkeit« so viel zu tun wie eine Lanze mit Giftgas. Schmitts Rationalisierung von Feindschaft und Krieg<sup>12</sup> bleibt nicht immun gegen Dämonisierungen, Theologisierungen und Reaktualisierungen<sup>13</sup>. Seine heute viel zitierten Konzepte etwa zur »Hegung des Krieges« schreien danach, mit seiner Rechtfertigung des Angriffskrieges und des »totalen Krieges« konfrontiert zu werden.

Unbestreitbar ist, dass Schmitts Spätwerk in *Nomos der Erde* wie auch *Theorie des Partisanen* eine ganze Reihe von Beobachtungen und Analysen zur geopolitischen Lage enthält, darunter auch – wie immer bei Schmitt – ideologiekritische Aspekte. Im Umgang mit diesen Texten fällt jedoch auf, dass sie zunehmend als »neutrale« Diagnosen übernommen werden<sup>14</sup>. Wie stark in ihnen jedoch die genuin schmittschen Optionen verankert sind, wird besonders in der linksliberalen Rezeption verdrängt. Greifbar wird dies besonders beim Topos vom »Ende der Staatlichkeit«, die in der Regel als melancholische und postmoderne Vision des Souveränitätsverlustes isoliert aufgenommen wird, während der Zwillingsbruder des »Großraumgedankens« als kriegsfaschistisches Gegenmodell zum Nationalstaat rechts liegen bleibt. Wenn Carl Schmitt 1939 »eine neue, den bloßen Nationalstaatsgedanken des 19. Jahrhunderts überwindende Raumordnung fordert«, erkannte er »in den Leistungen der modernen Großindustrie und ihrer durch technische Innovationen vorangetriebenen »wirtschaftlichen Großraumbildung« die Grundlage für die neue politische Organisation einer Völker und Staaten übergreifenden Großraumordnung« (Maus 2001, 18). Neben Schmitts Diagnose vom »Ende der Staatlichkeit« bedürfen diese Konzepte von »Großraum« und »Reich« als geopolitischer Vision heute einer grundlegenden Kritik.

Unter den Texten, die unmittelbar auf die Anschläge in den USA reagieren, dominieren die Spekulationen über die Identität der »unsichtbaren Feinde« und der

12 »Der Krieg, die Todesbereitschaft kämpfender Menschen, die physische Tötung von anderen Menschen, die auf der Seite des Feindes stehen, alles das hat keinen normativen, sondern nur einen existenziellen Sinn, und zwar in der Realität einer Situation des wirklichen Kampfes gegen einen wirklichen Feind, nicht in irgendwelchen Idealen, Programmen oder Normativitäten.« (Schmitt 1932, 37) »Der Staatenkrieg ist weder gerecht noch ungerecht, sondern eine Staatsangelegenheit. Als solche braucht er nicht gerecht zu sein. Der Staat hat seine Ordnung in sich, nicht außerhalb seiner selbst.« (Schmitt 1938/1995b, 73f).

13 »Gerade der assimilierte Jude ist der wahre Feind«, heißt es im *Glossarium* (1991c, 18).

14 Beispielsweise Toni Negri (2000, 422), der beklagt, dass in der Debatte über das internationale Recht fast nur Schmitts *Nomos der Erde* zur Kenntnis genommen wird: »Bedeutender in diesem Kontext« seien »die Verfassungslehre (1928) sowie seine Ausführungen zum Begriff des Politischen und zur Gesetzgebung«. Diese Schmitt-Reklame lässt offen, in welchem Sinn diese wichtig sein sollen. Schmitt wird von Negri nur an zwei Stellen zitiert. Es bleibt zu erforschen, welche Funktion Negris Schmitt-Lektüre in *Empire* spielt (vgl. Nowak 2002).

(Ebd.)<sup>11</sup> Die hermeneutischen Spielräume sind bekanntlich groß, dabei wäre es für einen kritischen Diskurs naheliegend, das Umgekehrte zu untersuchen, nämlich die Nähe des schmittschen Dezisionismus zur Politik der Bush-Regierung, die ja eine eigene politische Theologie betreibt. Ich möchte auf einige Beispiele eingehen, die eher das Prophetische an Schmitt herausdestillieren.

In einem in der *Süddeutschen Zeitung* publizierten Brief an Paul Bockemann von 1950 betont Schmitt, wieviel »Vornehmheit in altmodischer Art« in seinem *Begriff des Politischen* stecke, nämlich die ritterliche Anerkennung der Ehre des Feindes, im Gegensatz zu der Einstellung der Siegermächte, »die den Feind zum gemeinen Verbrecher erklären« (Schmitt, zit.n. SZ, 15.2.2003, 17). Im Kontext steht ein juristisches Gutachten, *Das Internationale Verbrechen des Angriffskrieges und der Grundsatz »Nullum crimen, nulla poena sine lege«*, das Schmitt 1945 zur Verteidigung deutscher »Hauptkriegsverbrecher« im Auftrag Friedrich Flicks verfasste, als es hieß, die Alliierten wollten Rüstungsindustrielle anklagen (vgl. Schmitt 1994c). Sein Argument war, wie es in dem Kommentar zum Brief heißt, »dass keine Strafe für eine Tat verhängt werden darf, die zur Tatzeit kein Verbrechen gewesen ist« (Werber 2003, 17), was selbstredend für alle Handlungen des NS-Regimes gelten sollte. Schmitt war zu diesem Zeitpunkt Kritiker einer Dämonisierung des Feindes und Befürworter einer »Hegung des Krieges«. »Aus dem Duell, in dem gleichwertige Souveräne eine Entscheidung suchen, wird so eine Feindschaft, die den Gegner »einer totalen Entrechtung im Namen des Rechts« unterwirft.« (Ebd.) Es sei, so der Kommentar, ein »merkwürdiger Erfolg der Überlegungen Schmitts, dass sie heute scharfe Munition ausgerechnet gegen den Schöpfer der Nachkriegsordnung liefern«. Müsse man nicht, angesichts des völkerrechtswidrigen Umgangs der USA etwa mit Taliban-Kämpfern, »als Kritiker dieser Ausnahmemaßnahmen auf Schmitt zurückgreifen? Und feststellen, dass die Kriminalisierung des Angriffskrieges zwar weder zur Abrüstung noch zum Ausbleiben von Kriegshandlungen geführt hat, wohl aber dazu, dass Kriege nun Sanktion, humanitäre Intervention oder präventive Verteidigung genannt werden?« (Ebd.)

Zweierlei ist hier problematisch: Schmitts rabiate Demontage der Rhetorik der Siegermächte mag als Kritik der gegenwärtigen amerikanischen Politik vordergründig überzeugend wirken, sein Protest geht jedoch auf die tiefe Kränkung zurück, die mit der gescheiterten »völkischen Großraumordnung« unter deutscher Führung zusammenhängt, die für friedenssichernde Institutionen nur Verachtung kannte. Was die »Vornehmheit« seines Feindbegriffs betrifft, so geht sie einher mit dem Exterminismus, der schon 1932 in seinem »Begriff des Politischen« angelegt ist (vgl. Rütters 1994), mit einem virulenten Antisemitismus (vgl. Gross 1998) und der Ver-

11 »Militärisch, politisch, wirtschaftlich will Gerhard Schröder dem Terrorismus entgegentreten. (...) Und das ist richtig. Denn wer Gewalt besiegen will, darf Gegengewalt nicht ausschließen in einer Zeit, in der die Unterscheidung von Freund und Feind dem Politischen jene elementare Wucht zurückzugeben droht, die einst Carl Schmitt beschrieb. (...) Dies ist die Stunde der Realpolitik. In einer solchen Zeit ist es gut, einen Kanzler zu haben, der die Linie vorgibt« (Graw 2001).

schätzten Donoso Cortés (vgl. Orozco 2003), so stößt man auf eine Verbindung mit der Erbsünde. Cortés entdeckt in Adam den ersten Liberalen: »Der Mann, um mit den Katholiken zu sprechen, ging zugrunde, weil er sich mit dem Weibe in eine Diskussion einließ, und das Weib, weil es mit dem Teufel diskutiert hatte« (Cortés 1851/1996, 113). Hier ist ›Diskussion‹ als Einfallstor des Bösen codiert, und das Böse wiederum tritt in der klassischen Gestalt des teuflischen Verführers auf, dem die Frau als die personifizierte Widerstandslosigkeit, die »genommen« werden will, per definitionem nichts entgegenzusetzen hat. In dieser biblischen Konnotation ist ›Diskussion‹ das hochmütige Wagnis, eine an sich unfehlbare Autorität und ihre Ordnung in Frage zu stellen, was Schuld und Strafe nach sich zieht. So fordert ›Diskussion‹ geradezu die Diktatur heraus – als ein quasi ontologisch notwendiges Korrektiv.

Schmitts wichtigste semantische Waffe liegt nicht in der argumentativen Auseinandersetzung mit den liberalen Grundsätzen, sondern in der Aberkennung von Männlichkeit. So subsumiert er auch in seiner *Politischen Theologie* unter dem Schlagwort »clase discutiadora« (die diskutierende Klasse) das liberale Politikmodell und suggeriert, dass es von einer offensichtlich ›defekten‹ und feigen Männlichkeit getragen wird, die sich vor blutigen Schlachten scheut: »Das Wesen des Liberalismus ist Verhandeln, abwartende Halbheit, mit der Hoffnung, die definitive Auseinandersetzung, die blutige Entscheidungsschlacht, könnte in eine parlamentarische Debatte verwandelt werden und ließe sich durch eine ewige Diskussion ewig suspendieren.« (Schmitt 1922/1993, 67) Mit dieser Logik fällt es nicht sehr schwer, jegliche Form von Staatsterrorismus zu legitimieren und mit dem geltenden Recht aufzuräumen. So hat Schmitt dem Nazismus jegliche juristische Rückendeckung bei der verbrecherischen Bekämpfung des ›inneren Feindes‹ 1934 geboten, aber auch später dem Angriffskrieg, den er 1939 als »Tat des Führers« feierte. Es gehört zu den Paradoxien der Geschichte, dass seine *Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte* (1939) – die er als Adaption der amerikanischen Monroe-Doktrin für den Kriegsfaschismus ausarbeitete –, sich wie ein Begleitkommentar liest sowohl zur aktuellen Militarisierung der amerikanischen Gesellschaft wie zur Entscheidung der Bush-Regierung, einen Angriffskrieg gegen den Irak zu führen. Dies zeigt wiederum, welche Bedeutung der Transformation liberaler Männlichkeit in diesem Projekt zukommt.

### *Prophetischer Seher unter lauter Blinden: Schmitt nach dem 11. September*

Bei einem repräsentativen Teil der Schmitt-Lektüren nach dem 11. September fällt auf, wie Thomas Assheuer in seiner lesenswerten Analyse der Schmitt-Renaissance kommentiert, dass eine selektive Bereitschaft besteht, Schmitt als »prophetischen Seher unter lauter Blinden zu feiern« (Assheuer 2001, 54). »Der einsame Augur aus Plettenberg habe das Scheitern der Neuen Weltordnung und die Wiederkehr der Gewalt vorausgesagt, während Friedenskämpfer und Menschenrechtsromantiker den Schalmeyenklängen vom ›Ewigen Frieden‹ erlegen seien.«



gebrandmarkt und durch eine militarisierte Gesellschaftsordnung ersetzt werden. Mit Ernst Jünger und Martin Heidegger hat sie in Literatur, Kunst und Philosophie ihre Echogeber.<sup>9</sup> So ist Schmitts Radikalisierung des Politischen (reduziert auf »Entschiedenheit« als solche) nur durch die Radikalisierung von Männlichkeit zu begreifen. Und insofern diese Definition von Politik alle rechtsstaatlichen Grundsätze negiert, an deren Stelle die Struktur von »Befehl und Gehorsam« tritt, liegt seine Leistung gerade in der radikalen Entpolitisierung des Politischen. Denn Schmitts Politikkonzeption zeichnet sich durch die Abspaltung jeder Form von Pluralismus aus, von Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Diskussionsfreiheit, freien und geheimen Wahlen, aber auch von sozialer Gerechtigkeit. Sie werden zu verworrenen »weibischen« Vorstellungen polarisiert und im Topos des »totalen Staates aus Schwäche« als »Fürsorgestaat, Wohlfahrtsstaat und Versorgungsstaat« (Schmitt 1931/1994a, 172) stigmatisiert. Dagegen favorisiert Schmitt einen »totalen Staat aus Stärke«, der »in seinem Inneren keinerlei staatsfeindliche[n], staatshemmende[n] oder staatszerspaltende[n] Kräfte aufkommen« lässt und alles tut, um seine Macht nicht von »irgendwelchen Stichworten, Liberalismus, Rechtsstaat [...] untergraben zu lassen« (Schmitt 1933/1994b, 213).

In dieser Optik werden alle rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellungskämpfe, die Reklamation von Staatsbürgerrechten und die Möglichkeiten des Einspruchs, des Protestes oder Widerstandes gegen entfremdete staatliche Herrschaft als Spaltung der Einheit des »Politischen« im Staat, d.h. als Angriff auf die »Männlichkeit« des Staates wahrgenommen und mit dem Feindbild der sozialen Anarchie delegitimiert. »Angesichts des radikal Bösen gibt es nur eine Diktatur« (Schmitt 1922/1993, 68), und »Diktatur ist der Gegensatz zur Diskussion« (67). Die Praxen von Diskussion und Verhandlung, die Schwäche, mangelnden Charakter, Feigheit und Geschwätzigkeit konnotieren, sind in ein Weiblichkeitsphantasma eingetaucht, in dem sie erst ihre semantische Kraft entfalten.<sup>10</sup> Untersucht man den Kontext dieser Konnotationen in der Liberalismuskritik des von Schmitt hochge-

9 Als Ergebnis ihrer Untersuchung über die philosophische Artikulation von Geschlechterverhältnissen in Heideggers *Sein und Zeit* hält Lettow einen Gedanken fest, der sich auf die schmittsche Begriffsbildung übertragen lässt: »Die patriarchale Hegemonie in der Philosophie besteht darin, den aus bestimmten männlichen Erfahrungen abstrahierten und für bestimmte Praxisformen relevanten Gedanken, »die Form der Allgemeinheit zu geben« (Marx/Engels, DI, 47), unter die alle anderen Erfahrungen subsumiert werden können und sollen.« (Lettow 2001, 195)

10 Nicolaus Sombart interpretiert das schmittsche Werk als eine »psycho-pathologische Deformation, eine »Krankheit«« (1991, 17), die er als Carl-Schmitt-Syndrom bezeichnet. An den Theorien, Begriffen und Mythologien Schmitts, »dem prominentesten Exponenten einer ganzen Generation »deutscher Männer«, arbeitet Sombart die sexuellen Konnotationen und Assoziationen heraus, die er in der Hauptsache auf Schmitts Angst vor »dem Weiblichen«, seine Kastrationsangst und die Verdrängung des homoeroticen Triebes zurückführt. Der Gedanke, dass das schmittsche Denken mit seinen vielfältigen Dichotomien beständig eine Polarisierung der Geschlechter konnotiert, ist ein ernstzunehmendes Ergebnis der Sombartschen Arbeit. Weniger überzeugend ist jedoch Sombarts Umgang mit den konkreten Phantasien und Bildern von Männlichkeit bzw. Weiblichkeit, die er in starren und undialektischen Deutungen fixiert.

gedrängt wird und eine allgemeine Feminisierung eintritt« (Schmitt 1923/1991a, 11). Schmitts Attacken gegen den »Liberalismus« richten sich gegen das politische System, nicht gegen das Wirtschaftsmodell.<sup>7</sup>

Mit Hilfe der Theorie des Interdiskurses bzw. des Quer-Diskurses von Michel Pécheux<sup>8</sup> habe ich in einigen Passagen eines der prominentesten Texte Schmitts aus der Weimarer Zeit, *Der Begriff des Politischen* (1932), den Begriff des Politischen durch den des Männlichen substituiert. Zentrale Aussagen dieses Textes lassen sich mit dem Männlichkeitsbegriff stimmig lesen und zwingen diese Bedeutungsschicht, Farbe zu bekennen. Gerade in der Latenz entfalten sie ihre Wirksamkeit. Wo immer im Original vom Politischem die Rede ist, kann der Männlichkeits-Begriff (in Klammern) mitgelesen werden:

»Der Begriff des Staates setzt den Begriff des Politischen [Männlichen] voraus.« (Schmitt 1932, 7) »Die spezifisch politische [männliche] Unterscheidung, auf welche sich die politischen [männlichen] Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind.« (14) »Politisch [männlich] ist jedenfalls immer die Gruppierung, die sich an dem Ernstfall orientiert.« (26) »Daß der Staat eine Einheit ist, und zwar die maßgebende Einheit, beruht auf seinem politischen [männlichen] Charakter.« (31) »Der staatsfeindliche Radikalismus wächst in dem gleichen Grade wie der Glaube an das radikal Gute der menschlichen Natur. Der bürgerliche Liberalismus war niemals in einem politischen [männlichen] Sinne radikal. [...] Demnach bleibt die merkwürdige und für viele sicher beunruhigende Feststellung, daß alle echten politischen [männlichen] Theorien den Menschen als »böse« voraussetzen, d.h. als keineswegs unproblematisches, sondern als »gefährliches« und dynamisches Wesen betrachten. Für jeden spezifisch politischen [männlichen] Denker ist das leicht nachzuweisen.« (48f)

Die Männlichkeit, die in der ideologischen Anrufung des »Politischen« hier mitschwingt, ist eine militärische, die Schmitt als politisches Modell zu verallgemeinern versucht. Die Weimarer Republik soll als »unpolitische« (unmännliche)

7 Ingeborg Maus weist detailliert nach, dass der schmittsche Dezisionismus mit der kapitalistischen Wirtschaft des Nazismus im Einklang stand. »Eine monopolisierte und damit krisenempfindliche Wirtschaft braucht den starken Interventionsstaat, aber gerade darum will sie die notwendigen Interventionen und Planungen nicht demokratischer Kontrolle unterziehen, die auf eine soziale Gestaltung der Ökonomie hinwirken könnte.« (1980, 126) Insofern trifft die Kennzeichnung als »autoritärer Liberalismus« (154) die schmittsche Theorie genauer.

8 Pécheux wollte den Effekt des Interdiskurses erforschen, »der in die Ordnung des Sagbaren einbricht in Form des Nicht-Gesagten oder Anderswo-Gesagten« (1983, 54). Der Quer-Diskurs funktioniert »als eine Art von Bedeutungsaxiom, das im diskursiven Gedächtnis stabilisiert ist und scheinbar evidente intradiskursive Verkettungen ermöglicht«. Es ist eine Art der Lektüre, »in der das lesende Subjekt den Sinn, den es entziffert, zugleich verantwortet und von ihm enteignet ist. Denn die Interpretation folgt den interdiskursiven Spuren, die als solche vorkonstruiert und querlaufend sind.« Die Diskursanalyse stellt in diesem Sinne Verfahren vor, »die den Leser solchen Ebenen des Diskurses aussetzen, die undurchsichtig sind gegenüber den strategischen Handlungen eines informationsverarbeitenden epistemischen Subjekts« (ebd., 54), wie es die kognitivistischen Varianten der Diskursanalyse voraussetzen.

Schmitt interessiert sich weniger für Reformprojekte, die die revolutionären Emanzipationsbestrebungen moderner Gesellschaften in die Formen einer »passiven Revolution« (Gramsci) zu überführen versuchen, als vielmehr für die Frage, wie Emanzipation durch repressive staatliche Eingriffe, insbesondere durch die Delegierung der Definitionsmacht über den »Ausnahmestandard« an einen Souverän, verhindert werden kann. Er untermauert sein Projekt macht- und herrschaftstheoretisch mit zwei alten Prämissen, die er erfolgreich modernisieren und verknüpfen kann, einer negativen Anthropologie säkularer Ursprungs, die die alte Lehre von der Bösartigkeit der menschlichen Natur weiterführt, sowie dem theologischen Gedanken einer wesenhaften Sündhaftigkeit und Schuldigkeit (Donoso Cortés) des Menschen. Beide Prämissen dienen dazu, die uneingeschränkte Autorität der Staatsgewalt zu legitimieren. »Sobald Donoso Cortés erkannte, dass die Zeit der Monarchie zu Ende ist, weil es keine Könige mehr gibt und keiner den Mut haben würde anders als durch den Willen des Volkes König zu sein, führte er seinen Dezisionismus zu Ende, das heißt, er verlangte eine politische Diktatur.« (Schmitt, 1922/1993, 69) Gegen jene politische Tradition, die die Volkssouveränität als Bedingung für die Legitimität des Staates behauptet, stellt Schmitt den Willen des Volkes zur Disposition. Dieser wird zur Scheidelinie, deren Übertretung wahre Männlichkeit in Gestalt des zur Dezision, zur Entscheidung fähigen Diktators auszeichnet. Dass ein Staatsmann, der den Namen verdient, mitunter den Mut haben müsse, gegen den erklärten Willen der Bevölkerung Entscheidungen zu treffen, avancierte jüngst zum Hauptelement in der Rechtfertigungsstrategie des englischen und spanischen Regierungschefs.

Einer der Gründe, warum ein derartiges Projekt so viel Überzeugungskraft gewinnen konnte und kann, liegt in Schmitts Maskulinisierung des Diskurses, die keine Randerscheinung ist, sondern seine politischen Konzepte integral bestimmt. Die Faszination, die sein Werk auf überwiegend männliche Leser ausübt, kommentiert der Jurist Bernhard Schlink so: Schmitts Schlagworte und -sätze »kommen mit knallenden Stiefeln daher, dulden keinen Widerspruch, bieten keine Begründung. Statt diskursiv in der Auseinandersetzung mit anderen Positionen entwickelt zu werden, werden sie mit ihren Aspekten und Konsequenzen gesetzt und in anderen Positionen nur noch gespiegelt.« (1991, 168) Meine Untersuchung der Männlichkeitskonstruktionen, die den *Begriff des Politischen* (1932) und die Hobbes-Interpretation von 1938 prägen (vgl. Orozco 1999), zeigt, wie Schmitt eine autoritäre und auf Unterwerfung gerichtete Männlichkeit gegen das Feindbild einer liberalen Männlichkeit profiliert und erstere mit einem vitalistischen Begriff des Politischen verschmilzt. In einer historischen Konjunktur, in der mangelnde Männlichkeit als Ursache für die Niederlage im Ersten Weltkrieg und für die Entstehung liberaler Verhältnisse gilt, wie überhaupt die Weimarer Republik als »kastrierter Staat« (Altmann 1991, 729) wahrgenommen wird, artikuliert Schmitt eine spezifische Konstruktion von Männlichkeit, die als ein Interdiskurs des Politischen entziffert werden kann. In Anlehnung an Wyndham Lewis sieht Schmitt, »dass infolge der modernen Demokratie der männliche Typus zurück-

In der Tat tritt seit den 90er Jahren eine jüngere Generation von Schmitt-Interpreten auf, die eigene Deutungskriterien zu erkennen gibt. War eine Klage der Schmitt-Schule, dass der Meister im Ausland gefeiert und nur im eigenen Lande geschmäht wurde, so sind neuerdings auf dem Markt der Interpretation Lektüren aufgetaucht, diesmal aus dem Spektrum der europäischen Linken. So kann Giorgio Agamben den Begriff des ›Ausnahmestands‹ für seine totalisierende Beschreibung des Homo Sacer fruchtbar machen; Chantal Mouffe versucht, die Freund-Feind-Unterscheidung und die Liberalismuskritik für eine linke Politik zu gewinnen, und Negri/Hardt knüpfen an Schmitts Leitmotiv vom »Ende der Staatlichkeit« als zukunftsweisender Vision an. Ohne hier ausführliche Kritik üben zu können, fällt auf, dass sie eine entkontextualisierte, historisch blinde Übernahme praktizieren.<sup>4</sup> Schließlich sei noch die weniger spektakuläre, jedoch keineswegs naive »Politik der Freundschaft« erwähnt, die Jacques Derrida (2000) gegen den Feindschaftsbegriff Schmitts entwickelt. Genau das Absehen von den geschichtlichen Kontexten erlaubt eine entpolitisierte Aneignung<sup>5</sup> der schmittschen Begrifflichkeit, die ihre heimliche ›Politik‹ um so aggressiver entfaltet und Schmitt selbst in den Rang einer unbestrittenen Referenz erhebt.

*Gedanken »mit knallenden Stiefeln«. Männlichkeit als Politikersatz*

Die Strategie der Schmitt-Schule war erfolgreich, weniger mit der Aufwertung seiner Lehre als politischer Theologie als vielmehr durch die einer breiteren Rezeption entspringenden Projektionen, die Schmitt eine Art neutraler Politiktheorie unterstellt, wobei seine Kompetenzen als Jurist und Theoretiker des Dezisionismus und die diesem zugrunde liegende Dynamisierung des Rechts aus dem Blick geraten.<sup>6</sup>

4 Zur Kritik an Negri/Hardt vgl. Brand 2002 und Nowak 2002; zur Kritik an Agamben vgl. Deuber-Mankowsky 2002 und Klenner 2002.

5 Dabei reklamierte Schmitt selbst den polemischen und historisch gebundenen Interventionscharakter seiner Begriffsbildung: »Alle politischen Begriffe entstehen aus einem konkreten, außen- oder innenpolitischen Gegensatz und sind ohne diesen Gegensatz nur missverständliche, sinnlose Abstraktionen. Es ist deshalb nicht zulässig, von der konkreten Situation, d.h. von der konkreten Gegensätzlichkeit zu abstrahieren (...) Worte wie Souveränität, Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie erhalten ihren präzisen Sinn erst durch eine konkrete Antithese.« (Schmitt 1930, 5)

6 Die Kontinuität dieser Leistung, die von der Weimarer Republik durch den Nazismus bis hin zur Nachkriegsgeschichte reicht, sieht Ingeborg Maus in Schmitts erfolgreicher Bekämpfung des rechtsstaatlichen Normativismus, durch die Schöpfung des »Situationsrechts«, wonach das Recht »nur von Fall zu Fall gilt und deshalb in jeder konkreten Situation neu konstituiert werden muss« (Maus 1986, 159). Wenn Schmitt zufolge »alles Recht jenseits statuarischer Festlegungen erst in der konkreten Anwendungssituation konstituiert wird, so ist damit eine Rechtslehre begründet, die den ökonomischen Handlungsbedingungen eines jeden modernen Staates und den spezifischen Bedürfnissen politischer Terrorssysteme gleichermaßen entgegenkommt. Sie liefert letzteren die Legitimation, durch sämtliche Staatsapparate, einschließlich der Justiz, in jedem Einzelfall den Inhalt des Rechts selbst zu definieren und so die absolute Willkür und Diskriminierung gesellschaftlicher Gruppen je nach politischer Situation erst durchzusetzen, die für das NS-System so typisch war.« (1994, 77)

des Anderen als eines virtuell feindlichen ›Fremden‹ propagiert (Mehring 1992, 25). Nach Habermas wird heute jungkonservatives Denken »durch Intellektuelle mit ganz anderen Bildungsgeschichten wie Hans Magnus Enzensberger, Karl Heinz Bohrer und Botho Strauß« vertreten (1995, 118).

Ein Jahr nach Schmitts Tod (Quaritsch 1986) verständigten sich seine Schüler an legendärem Ort auf eine neue Strategie seiner Rehabilitierung. »Alle Werke zugänglich machen, ohne eine seiner Denkebenen auszulassen, eine kritische Gesamtausgabe vorbereiten, Studienausgaben edieren, eine Carl-Schmitt-Zeitschrift herausgeben. Schließlich eine Carl Schmitt-Gesellschaft gründen – was alles zum normalen professionellen Umgang mit einem ›Klassiker‹ zu gehören pflegt.« (Willms, zit.n. Quaritsch 1987, 595f) Die Schmitt-Auslegung sollte sich jedoch dabei von der Rechtswissenschaft auf die Geisteswissenschaften verlagern. Diese Verlagerung war symptomatisch für die Neuformierung des deutschen Konservatismus. In den Status des »Philosophen« (Noack 1993, 9) und »jüngsten Klassikers des politischen Denkens« (Willms 1986, 13) gerückt, wurde Schmitt – von seinem gröberen nazistischen Hintergrund gesäubert – als Konzeptlieferant für eine europäisch verträgliche Neue Rechte gefeiert. Im Rahmen dieser Rehabilitierung wurden zunehmend die theologischen und religiösen Aspekte seines Werks betont (Quaritsch 1989; Meier 1994; Noack 1996; Böckenförde 1997). Die Reklamierung eines katholischen Hintergrundes führte zu einer ›Neubewertung‹ von Schmitts virulentem Antisemitismus, seiner Liberalismus- und Parlamentarismuskritik, vor allem seiner Beiträge zur Konsolidierung und Aufrechterhaltung des Nazismus wie auch seiner »Theorie des Partisanen« und seiner Rede vom »Ende der Staatlichkeit« im Spätwerk. Diese disparaten Elemente seines Denkens werden zu einer überzeitlichen theologischen ›Lehre‹ vereinheitlicht.<sup>2</sup> Als Folge dieser wissenschaftspolitischen Entscheidung ist eine beachtliche Reihe von Arbeiten quer durch alle Disziplinen hindurch entstanden, deren Standpunkte und Perspektiven sich jedoch nicht unter die Schmitt-Schule subsumieren lassen. Die etwas voreilige Einschätzung von Böckenförde, dass die wachsende internationale Rezeption Schmitts »sogar die von Max Weber zu übertreffen beginnt« (Böckenförde 1997, 35), oder die Behauptung, dass Schmitt in allen politischen Lagern rezipiert wird, besagt nichts über die Art und den Zweck der Auseinandersetzungen.<sup>3</sup>

2 Der prominente Stellenwert theologischer Diskurse, Motive und Reflexionen in Schmitts Werk steht hier nicht zur Diskussion. Die Entkräftung des Politischen zugunsten des Theologischen in den neueren Lektüren ist jedoch als eine starke Vorentscheidung zu werten, die nicht zuletzt in Schmitts eigenen Rechtfertigungsstrategien nach 1945 ihren Ursprung hat.

3 Es sollte einleuchten, dass, wer Schmitt als politischen Denker ernst nimmt, kein ›Schmittianer‹ zu sein braucht. Es fehlt jedoch an fundierten Studien, die die Tragweite und Spezifik des ›Linkschmittianismus‹ – die mögliche Nähe zu stalinistischen Denkmustern bei der ersten und zweiten Generation – dokumentieren. In der Regel wird auf so heterogene Figuren wie Walter Benjamin, Jacob Taubes und Hans-Jürgen Krahl, Jürgen Seifert, aber auch auf Ulrich K. Preuß, Jürgen Habermas, Oskar Negt und Alexander Kluge hingewiesen, ohne dass die Kriterien für diese Auswahl deutlich wären. Für Walter Benjamin vgl. die differenzierte Studie von Heil (1996).

die Entliberalisierung von Männlichkeit<sup>1</sup> und Rechtsstaatlichkeit. Meine Forschungsfrage ist nicht, welchen Einfluss Schmitt auf einzelne Autoren ausübt, sondern wie bestimmte Konflikte und Problemlagen der Gegenwart in Schmitts Konzepte und Diagnosen »rückübersetzt« und damit bestimmte Lösungen favorisiert werden.

### *Die Schmitt-Rezeption nach 1986: ein unkämpftes Terrain*

Obwohl die Auseinandersetzung mit Schmitt seit der Weimarer Republik vielmäßig betrieben wurde und die Rezeption kein Monopol der Schmitt-Schule ist, spielte diese bei der Schmitt-Renaissance eine entscheidende Rolle. Die Wirkungsgeschichte der Schmitt-Schule in der Bundesrepublik ist freilich ihrerseits umstritten (vgl. Habermas 1995). Nach Reinhard Mehring (1992, 19) kann sie »nicht als ein homogener ›neokonservativer‹ Block gegen die Bundesrepublik« gedacht werden. Von der älteren Generation, deren Angehörige eine funktionale Rolle während des Nazismus gespielt haben wie etwa Ernst Rudolf Huber, Werner Weber, Ernst Forsthoff, Hans Barion, Helmut Schelsky, Joachim Ritter, ist eine jüngere zu unterscheiden, u.a. Hanno Kesting, Nicolaus Sombart, Armin Mohler, Rüdiger Altmann, Johannes Gross, Roman Schnur, Reinhart Koselleck, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Hermann Lübke, Robert Spaemann. Beide Generationen zusammen bilden das »staatstragende Element« der Wirkungsgeschichte Schmitts nach 1945 (Habermas 1995, 118). Ingeborg Maus stellt fest: »Wer Carl Schmitt kritisiert, legt sich nicht mit der herrschenden Lehre von gestern an, sondern mit der herrschenden Meinung von heute.« (1980, X) Entscheidend für die staatstragende Bedeutung der Schmitt-Schule war, dass der Bruch von 1945 als Bedingung für den Transfer von schmittschen Gedanken vor allem aus der Weimarer Zeit (aber auch der NS-Phase) in die ›liberale‹ Nachkriegszeit akzeptiert wurde. Dass dieser Konsens vor dem Hintergrund der anfänglichen Durchsetzung der ›neoliberalen Revolution‹ in der Ära Kohl bröckelte, demonstrierten Bernard Willms und Ernst Nolte, die einen emphatischen Geschichtsrevisionismus und die Rehabilitierung von ›nationaler Identität‹ vertraten. Die Voraussetzung für die »selbstbewusste Nation« sollte der »Schlussstrich mit Auschwitz« sein – eine Provokation, die den Historikerstreit auslöste (vgl. Haug 1987). Auch in der Figur des Helmuth Quaritsch, dessen Interventionen für die Einschränkung des Asylrechts und der Einbürgerungspraxis Deutschland den faktischen Status eines Einwanderungslandes bestreiten, artikuliert sich noch eine Variante der schmittschen Tradition, die nationalstaatliche »Homogenität« durch »Ausscheidung

1 Unter ›liberaler Männlichkeit‹ verstehe ich sowohl eine bestimmte normative Auffassung von Männlichkeit wie auch eine bestimmte Vergesellschaftungsform, die sich insbesondere nach 1945 hegemonial in Westeuropa und den USA durchgesetzt hat und als tragendes Element von Demokratie und Parlamentarismus ihre Legitimität fand. Das bedeutet jedoch nicht, dass nicht auch andere, eher autoritäre, konservative und gewaltorientierte Männlichkeitskonzepte koexistieren. Wie diese Männlichkeitsformen wiederum auf der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern vor allem im Bereich von Arbeitsteilung in Ehe und Familie basieren, wurde ausgiebig von der feministischen Forschung analysiert. Vgl. etwa Frigga Haug (1993) und Genviève Fraisse (2000).

Teresa Orozco

## Männlichkeitskonstruktionen in der Carl-Schmitt-Rezeption

In jenen Zeiten also nahm der Mann die Frau. Die Frau erkannte den Mann und unterwarf sich demnach der Nahe. Dieses Nehmen der Frau war weder Raub und Vergewaltigung, noch war es ein Ferien-Erlebnis oder das was man heute ein erotisches Abenteuer nennt. (...) Der Mann, der in jener besonderen Weise die Frau nahm, gab ihr seinen Namen, die Frau nahm den Namen des Mannes, und die ehelichen Kinder wurden mit dem Namen des Mannes geboren. Heute ist das alles ganz anders und sogar von Gesetzes- und Verfassungswegen desavouiert. Mann und Frau sind auf Grund einer automatisch wirkenden Bestimmung des Bonner Grundgesetzes gleichberechtigt. (Carl Schmitt 1952/1995a, 583)

Carl Schmitts Bedauern, dass die noch im Nazismus wirksamen patriarchalen Ehekonzepte, die er im obigen Zitat in eine unbestimmte Vergangenheit verschiebt, am liberalen Verfassungsrecht der Nachkriegsgeschichte scheitern, ist ein deutlicher Hinweis auf die sonst indirekt zu erschließende Bedeutung, die den Geschlechterverhältnissen in seinem Werk zukommt. »Carl Schmitt, der sich nicht hatte entnazifizieren lassen, brauchte auch nicht wie die anderen zu schweigen, er durfte die deutschen Kontinuitäten zur Sprache bringen, mit denen andere wortlos weiterlebten.« (Habermas 1995, 120) Zwar ist die Rezeption Schmitts während der gesamten Nachkriegsgeschichte nicht abgerissen, aber seit 1989 erfährt sein Werk eine Konjunktur, deren Gründe Habermas auf den Begriff bringt: »Nachholbedarf im Osten, freie Bahn im Westen für die Einstiegsdroge in den Traum vom starken Staat und von der homogenen Nation.« Mit Schmitt »lässt sich den Themen ›Innere Sicherheit‹, ›Überfremdung‹ oder ›Durchrassung‹ ein gewisser intellektueller Glanz verleihen« (ebd., 112). Ohne die Bedeutung Schmitts zu überschätzen, der neben vielen anderen die längst vor 1989 begonnene neokonservative ›Wende‹ intellektuell begleitet, können die Auseinandersetzungen mit ihm als Indikator für den »aktuellen Zusammenhang einer ethisch-politischen Selbstverständigung« (Habermas 1997, 13) gelesen werden. In einer Besprechung heißt es:

Carl Schmitt ist weiter im Kommen. Seit die Handlungs- und Entscheidungsschwäche unserer politischen Klasse – angesichts von vier Millionen Arbeitslosen – regelrecht unappetitliche Züge angenommen hat, schwebt der Geist des dezisionistischen Staatsrechtlers immer öfter über den intellektuellen Stammtischen. (Herzinger 1996, 37)

In den aktuellen Debatten um die Transformation von Staatlichkeit unter Bedingungen eines kriegerischen neoliberalen Projekts spielt die Kritik des parlamentarischen Liberalismus und des Rechtsstaates eine entscheidende Rolle. Das ist die Konjunktur, die dem Schmittianismus eine spezifische Wirksamkeit gibt. Im Folgenden geht es um Beobachtungen, wie nach dem 11. September bestimmte Topoi aus dem Werk Carl Schmitts virulent wurden. Im Kern handelt es sich dabei um einen Kampf um

eingeschränkt; die Mafiawirtschaft bleibt unangetastet« (98). Die nun schon traditionellen Bombardements der US-Luftwaffe aber, durch die die Zivilbevölkerung mit den Kriegsfürsten gleichgesetzt, statt durch Bodentruppen geschützt würden, seien mit Entschiedenheit abzulehnen.

Auf Grund ihrer Erfahrungen plädiert Kaldor für den Erhalt rechtsstaatlicher Legitimität: Ausgestaltung des bürgerlich-demokratischen Staatswesens und der Gesetzlichkeit, Schutz der Zivilgesellschaft, öffentliche Kontrolle der organisierten Gewalt. Selektiver Machtanmaßung müssten multikulturelle Toleranz und internationales Recht entgegengesetzt werden – notfalls mit Militär- und Polizeigewalt der Völkergemeinschaft. Dafür würden sich in allen »neuen Kriegen« erfahrungsgemäß ordnungs- und friedenswillige Menschen finden lassen. »Was wir brauchen, ist eine Allianz zwischen lokalen Verteidigern ziviler Werte und transnationalen Institutionen, die den Weg zu einer Kontrolle der Gewalt weisen könnten. Eine solche Strategie zur Gewaltkontrolle müsste politische, militärische und wirtschaftliche Aspekte umfassen. Sie würde im Rahmen internationalen Rechts operieren und auf dem internationalen Korpus sowohl des Kriegsrechts als auch der Menschenrechte fußen, den man vielleicht als kosmopolitisches Recht bezeichnen könnte. In einem solchen Zusammenhang ließen sich Friedensmissionen als kosmopolitische Rechtsdurchsetzung begreifen. Da die neuen Kriege in gewisser Hinsicht Mischgebilde aus Krieg, Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen darstellen, müssten die kosmopolitischen »Gesetzeshüter« halb als Soldaten, halb als Polizisten agieren.« (22)

Die Frage, ob es sich im konkreten Fall der Serben und der Kroaten nicht auch um den historisch späten Versuch zur Arrondierung von nationalen Staaten handelte, womit dem Beispiel der Konstituierungen großer Nationalstaaten des 18. bis 20. Jahrhunderts nachgefolgt werden sollte, wird von Kaldor nicht gestellt. Im Zeitalter der Globalisierung müssten kosmopolitische Konfliktlösungen statt nationalistischer und geopolitischer Interessen gelten. Aber nicht »Weltregierung« ist Ziel ihrer Vorschläge. Mit Rückgriff auf Immanuel Kant agitiert sie für einen Völkerbund mit kosmopolitischen Regeln des Rechts: ein »Spektrum territorialer politischer Gebilde von Gemeinden über Nationalstaaten bis zu kontinentalen Organisationen« (233), verpflichtet zu demokratischen Verfahrensweisen und Transparenz, im Notfall auch zu legitimer Gewalt gegen schwere Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts. – Es ist ein Verdienst der Verfasserin, die neuen Phänomene des lokalen Krieges untersucht zu haben. Sie wünscht, dass ihre Erfahrungen und praktischen Vorschläge zumindest »utopisch wirken« mögen, als »Alternative zu einer düsteren Zukunft«.



Die Kriegsökonomie und somit die Finanzierung des »neuen Krieges« stehen ebenfalls im Gegensatz zu den zentralisierten und autarken Kriegswirtschaften der »alten Kriege«. Sie sind dezentralisiert und schwer gezeichnet vom Verfall der staatswirtschaftlichen Güterproduktion, des offenen Handels, der Landeswährung, der gesetzlichen Eigentumsverhältnisse, wobei extreme Arbeitslosigkeit (in Bosnien-Herzegowina 60-80%) wie eine öffentliche Seuche grassiert. Folglich finanzieren die Kampfseinheiten ihre Bedürfnisse selbst – durch Erpressung von Schutzgeldern und Kriegssteuern, Plünderungen, Schwarzmarktgeschäfte, Waffen- und Drogenhandel, Zuwendungen aus dem Ausland und sogar durch »Besteuerung« humanitärer Hilfslieferungen. Beutemachen kompensiert mangelnde Soldzahlung. Weil nur fortgesetzte Gewalt den Gewalttätern einen materiellen Zufluss ermöglicht, ist eine Kriegslogik in die Funktionsweise der Wirtschaft eingebaut. Die kriminelle Umverteilung des Eigentums bedingt ein raubtierhaftes Sozialgefüge. Solche »Kriegswirtschaften« sind in weiteren Krisenregionen der Erde nachweisbar. Und: »Die genannten Aspekte neuer Kriege finden sich auch in Nordamerika und Westeuropa. Die rechts gerichteten Milizen in den Vereinigten Staaten unterscheiden sich nicht grundlegend von den paramilitärischen Gruppen in Osteuropa oder Afrika. Es gibt Erhebungen, denen zufolge in den USA doppelt so viele private Sicherheitsleute wie Polizeibeamte beschäftigt werden. [...] Die Gewalt, die sich in den westeuropäischen und nordamerikanischen Innenstädten beobachten lässt, weist etliche Analogien mit den neuen Kriegen auf.« (23)

Dieses Buch bietet nicht nur Analyse und Interpretation der militanten Vorgänge. Kaldor, eine Aktivistin, die sich in den umkämpften Gebieten persönlich eingesetzt hat, schließt mit einer Kritik der praktizierten »humanitären Interventionen«. Weil das Hauptmerkmal des Krieges in Bosnien-Herzegowina sein Genozid-Charakter war, hätte die »oberste Priorität im Schutz der Zivilbevölkerung« bestehen müssen. Dieser aber werde durch traditionelle Denkmuster und Handlungsweisen, die Verkennung des Charakters der »neuen Kriege«, eingeschränkt: »Friedensmission« ohne Waffengewalt mache die Blauhelme zu Zuschauern von Menschenrechtsverletzungen und setze sie selbst der Gefahr aus, in Geiselnhaft genommen zu werden. Versorgung mit humanitären Hilfsgütern missrate zur Einnahmequelle von Kriegsparteien. Eine »Kolonialmentalität« schimmere bei Repräsentanten internationaler Institutionen durch, wenn sie im Umgang mit den Kriegsparteien stets nur als Führer mit deren Führern verhandelten – und die örtlichen Gruppen friedenswilliger Bevölkerung ignorierten. Diplomatischer Handschlag mit schuldhaften Anführern legitimierte Kriminelle und Kriegsverbrecher, statt sie zu ächten und zu isolieren. Kompromisse mit diesen Sachwaltern der »Politik der Identität« akzeptierten die Resultate der Selektionen und Vertreibungen. (In der Nordregion von Bosnien-Herzegowina blieben am Ende von 355 956 nur 13 000 Muslime, in Ostbosnien von 261 003 nur 4 000 Muslime und Kroaten.) Auch nach dem Vertrag von Dayton (1995), der die territorialen Aufteilungen festschrieb, wirke die Hypothek des Krieges fort: Die Nationalisten behalten »die Macht; Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen gehen weiter; Bewegungsfreiheit und politische Freiheitsrechte sind gleichermaßen

fluss einer selektiven, übrigens auch anderswo praktizierten »Politik der Identität« für einige Landesbewohner (im Gegensatz zur »Integration« aller). Diese Politik werde von Bewegungen vollzogen, die »ihre Gefolgschaft auf der Grundlage ethnischer, rassischer oder religiöser Identität mobilisieren, und zwar zum Zwecke der Erlangung staatlicher Macht« (121). Herrschaftsanspruch einer einzigen Gruppe erzeugt psychische und politische Diskriminierung all jener, die anderen Volksgruppen angehören – im schlimmsten und hier tatsächlichen Fall: Massenmord und Vertreibung. Die Anführer der »Gefolgschaften« kamen teils aus der politischen Klasse des ruinierten jugoslawischen Staates, teils aus dem Milieu eines zwielichtigen Unternehmertums der in Mafiastrukturen verfallenden Staatswirtschaft. Mit Hilfe der propagandistischen Phrasen ethnischer Zusammengehörigkeit und einseitiger Bevorzugung rekrutierten sie Abtrünnige der bewaffneten Organe, militante Zivilisten und Banden junger Abenteurer. Um diesen Vorgang als internationales Problem zu kennzeichnen, weist Kaldor auf Geiselnahmer in Transkaukasien, Mafia-Ringe in Russland, nationalistische Milizen in der Westukraine, paramilitärische Gewalthaufen in den Konfliktregionen Afrikas und Südostasiens.

Wie das Kriegsziel einer auf Ausschluss von Bevölkerungsteilen gerichteten »Politik der Identität« sich vom modernen »Krieg zwischen Staaten« unterscheidet, so auch die Art und Weise der Kriegführung. In Bosnien-Herzegowina kämpften keine regulären Armeen gegeneinander. Die bewaffneten Streithaufen des »neuen Krieges« waren ein widersprüchliches Spektrum von lokalen Polizeitruppen, Armeetrümmern, Paramilitärs, kriminellen Banden, ausländischen Söldnern. Sie waren dezentralisiert und operierten in einer Mischung aus Konfrontation und Kooperation. Abgesehen von den Selbstschutzmilizen einiger multikultureller Bürgergemeinden (z.B. Tuzla), wurden im Wesentlichen die jeweils »fremden« Teile der Zivilbevölkerung bekämpft. Im konkreten Fall wüteten nationalistische Serben gegen Bosnier und Kroaten, nationalistische Kroaten gegen Serben und Bosnier, schließlich auch Bosnier, die wohl am ehesten für den Erhalt multikultureller Lebensweise eintraten, aber zum Kampf gezwungen waren, gegen die beiden anderen. Die föderalen Waffenlager der zerfallenden jugoslawischen Volksarmee und der global privatisierte Waffenhandel versorgten sie alle mit den Mordwerkzeugen des »modernen« Kleinkrieges – Handfeuerwaffen, Maschinengewehre, Handgranaten, Landminen, Kleinkalibergeschütze und Kurzstreckenraketen – und zur Kommunikation auch mit Mobiltelefonen und Computern. Nur die Serben nutzten Reste des staatlichen Artillerieparks. Von privaten Ausbildern aus den USA und Großbritannien in die Strategie und Gefechtstaktik des Anti-Guerilla-Kampfes eingeweiht, von den vormals jugoslawischen Nachbarregionen und den im Ausland lebenden Diaspora-Gemeinden (insbesondere der Kroaten in Kanada und den USA) personell und materiell unterstützt, drangsalierten sie die Bevölkerung. Widerstrebende Gemeindevertreter, kosmopolitische Intellektuelle und deren Anhänger wurden ermordet. Mehr als eine Million Menschen wurden von Haus und Hof vertrieben, viele in die berüchtigten Konzentrationslager gesperrt, wo Massentötungen und unzählige Vergewaltigungen stattfanden. Menschenrechte und Völkerrecht waren außer Kraft gesetzt.

»Globalisierung« heißt das Kennwort für sich verändernde Weltverhältnisse in den letzten Jahrzehnten. Die Revolution der Informations- und Kommunikationstechnologie bringt erneuerte Klassen und Konfrontationen hervor: den weltgängigen Monopolisten des großen Kapitals und der technisch versierten Masse gewinnsschöpfender Nutznießer steht die ausgeschlossene, in ihren Lokalitäten verharrende, zunehmend fremdbestimmte Mehrheit der Weltbevölkerung gegenüber. Zugleich unterliegt nach dem Scheitern der Staaten des »sozialistischen Weltlagers« und vieler vom Kolonialismus befreiter, aber von Krisen geschüttelter Staaten in Afrika und Asien auch deren Ordnung im Innern und Souveränität nach außen einer gefährlichen Zersetzung. Wertesystem und Werbekraft emanzipatorischer Ideologien sind ruiniert. Klientelstaaten, die zuvor von den Supermächten finanziert wurden, sehen sich preisgegeben und verarmen. Überschüssige Waffen aus den Arsenalen des Kalten Krieges finden fast überall billigen, zumal privaten Absatz. Dabei zerfällt das nationalstaatliche Gewaltmonopol. War es zuvor schon zu Gunsten der supranationalen Militärböcke eingeschränkt, erfolgt gegenwärtig seine Erosion durch Privatisierung der Gewalt »von oben« und »von unten«.

In Folge wirtschaftlichen Niedergangs sinken die Staatseinnahmen; Verarmung und Verschuldung des Staats schaffen Gelegenheiten für Korruption unter Politikern und Beamten und führen zum Abbau von Verwaltung, Polizei, Armee und zur Übertragung staatlicher Exekutiv- und Sicherheitsfunktionen auf private Unternehmer. »Unten«, im bürgerlichen Gesellschaftsleben, wuchern indessen gesetzwidrige Vorteilsnahmen, Kriminalität, organisiertes Verbrechen, paramilitärische Organisationsformen. Dabei verkommen wiederum die historischen Differenzierungen zwischen Staatsmacht und Zivilgesellschaft, legitimen Waffenträgern und Kriminellen, Kombattanten und Zivilisten. An die Stelle der alten tritt eine neue Form organisierter Gewalt, die einen unheilvollen Sprengsatz in sich birgt: das Gesellschaftsleben zu zerstören, den Krieg ins Innere des Staats und des Staatsvolkes zu tragen. Sobald es nämlich zur akuten Krisis kommt, sind die neuen, privatisierten Gewalten zu bewaffneten Auseinandersetzungen fähig und durch ein Novum ihrer Kriegsziele, Kriegführung und Kriegsfinanzierung gekennzeichnet. Solche Konflikte sind sehr verschieden von historischen Kriegen und Bürgerkriegen.

An Bosnien-Herzegowina legt Kaldor detailliert und überzeugend einen Musterfall der »neuen Kriege« dar. Im Gebiet der Föderativrepublik Jugoslawien, wo vorher unter dem Monopol der Kommunistischen Partei ein multikulturelles Staatsvolk zusammengehalten wurde, stürzten seit 1990/91 bislang friedlich miteinander lebende Volksgruppen in jahrelange Kriegshandlungen. Mit diplomatischer Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland erkämpften zuerst Slowenen und Kroaten ihre Sezession und Nationalstaatlichkeit, wobei es zur Vertreibung serbischer Minderheiten kam. Dann wurde auch Bosnien-Herzegowina von nationalistischen Unruhen heimgesucht. Serben, Kroaten und Bosnier, verschieden nach historisch-ethnischen Ursprüngen, überdies nach griechisch-orthodoxer, römisch-katholischer und islamischer Religion, stritten mit Waffengewalt um Vorherrschaft – mehr noch: um völkisch gesäuberte Gebiete. Solch ein Kriegsziel bezeichnet Kaldor als Aus-

nen Massenheere. Ohne das staatliche Gewaltmonopol einzuschränken, bewirkte die Wehrpflicht eine enorme Vermehrung der Kombattanten, die eine Erneuerung der Heeresorganisation, Kriegsstrategie und Gefechtstaktik erforderte. Obwohl diese Umwälzung eine Zäsur in der Geschichte der »alten Kriege« bedeutet und den Charakter des »Krieges zwischen Staaten« bis heute beeinflusst hat, erwähnt Kaldor sie kaum. Indes bezeichnet sie drei andere Faktoren des Krieges im 19. Jahrhundert: den mit der industriellen Revolution verbundenen »technologischen Fortschritt«, die Bildung konkurrierender Militärblöcke und die Kodifizierung eines internationalen Kriegsrechts vom Pariser Frieden (1856) bis zur Londoner Konferenz (1908).

Vor dem Menetekel des Weltkrieges, der seit dem deutschen Annexionsfrieden gegen Frankreich (1871) zu befürchten war, blieben kriegsrechtliche Regularien aber prekär. Die Allianzen Entente und Dreibund setzten Aufrüstung und eine permanente Revolution der Waffentechnik in Gang, zündelten am schwelenden Herd des kommenden Weltbrands, und nationalistische Ideologien verteufelten die jeweils anderen. Die beiden tatsächlichen Weltkriege des 20. Jahrhunderts wurden alsdann zu »totalen Kriegen«, in denen sich der technologische Fortschritt als eine Barbarei der Kampfmittel entlarvte, die zu nie gekannten Hekatomben trieb. Während schließlich die deutsch-faschistische Kriegsmaschinerie die Juden physisch vernichtete und die Länder Osteuropas buchstäblich in verbrannte Erde verwandelte, schleuderten britisch-amerikanische Luftflotten ihre verheerende Bombenlast auf deutsche Städte und zuletzt, am furchtbarsten, auf die Bewohner von Hiroshima und Nagasaki. Alles in allem waren diese Kriege eine gigantische Mobilisierung mörderischer Energien auf Schlachtfeldern und im Hinterland, in deren Folge die frühere Scheidung von Staat und Wirtschaftstätigkeit, politischer Sphäre und Privatem, Kombattanten und Zivilisten in martialischem Rauch aufging. Der Erste Weltkrieg tötete unter 10 Millionen eine halbe Million, der Zweite unter 55 Millionen fast 20 Millionen Menschen der nichtkämpfenden Bevölkerungen.

Auf den Exzess folgt der Katzenjammer. Es scheint verheerender Katastrophen zu bedürfen, damit ein reformatorisches Nach-Denken und ein – gänzlich verspätetes – Handeln folgen. Nach Ende der Weltkriege verbreitete sich jeweils die Einsicht, dass der Krieg als Instrument der Politik abgeschafft werden müsse. Der Briand-Kellogg-Pakt (1928) akzeptierte nur »Selbstverteidigung« als rechtlichen Kriegsgrund – übrigens mit dem Erfolg, dass selbst demagogische Aggressoren dieses Recht für sich in Anspruch nahmen. Der Zweite Weltkrieg zeitigte die Vereinten Nationen (1945), deren Charta den Krieg ebenfalls nur zum Zweck der Selbstverteidigung gestattet – oder mit Billigung der Staatengemeinschaft, zuvörderst des Sicherheitsrates. Das hat den Kalten Krieg nicht verhindert, jedoch den Salto mortale zum Dritten Weltkrieg vermeiden helfen. Weil Kaldor einen solchen Krieg nach Beendigung des Systemkonflikts für wenig wahrscheinlich hält, erfahren die neue Qualität nuklearer und computergestützter Waffentechnik und die daraus folgende dauerhafte Gefährdung der Menschheit keine sonderliche Behandlung. Ihr Augenmerk liegt vielmehr auf den Bedingungen und Wesenszügen lokaler Waffenerhebungen, der »neuen Kriege«.

### 3. Macht

Im Feminismus wurde u.a. die Hoffnung gehegt, mit Arendt den männlichen Herrschaftsbegriff, der zugleich ein Machtbegriff ist, umzubauen und eine Dimension zu gewinnen, die auch Frauen Macht nahebringt (u.a. Hartsock 1983). In der Tat ist Macht für Arendt nicht, wenn einer befiehlt und Gehorsam erhält. Statt dessen manifestiert sie sich, wenn zusammen gehandelt wird, wenn man für einen Vorschlag andere gewinnt, die an seiner Verwirklichung teilnehmen. Es brauche einen »Anfänger und Führer« (VA 235), dessen Vorschlag so sei, dass er ihn nicht gleich und nicht allein zu Ende bringen könnte – den Vorgang, jetzt andere »als Gefolge« (236) zu gewinnen, nennt Arendt Macht. Macht steht für sie auf dem Gegenpol zu Gewalt. Nur wo Macht erlösche, sei Gewalt notwendig, um andere zum Mitmachen zu zwingen. Solche Herrschaft diskutiert Arendt als Despotie und Tyrannei. Wir können dem sogleich zustimmen, weil uns unzählige Projekte einfallen, für die Mitstreiter zu gewinnen, wir Macht entfalten könnten, die erlischt, wenn das Projekt am Ende ist – insbesondere feministische Projekte könnten sich, aber auch sozialistische, ebenso wie christliche im übrigen, nachdem die Geschichte der Kreuzzüge und des Missionarischen mit Gewalt überwunden ist, in solchem Machtbegriff entfalten. Die Zustimmung endet jählings, wenn wir erkennen, dass bei Arendt auch dieser Machtbegriff an die Polis der Gleichen, entfernt vom Zweck-Mittel-Denken des Homo Faber und entfernt von der Lebensnotdurft angesiedelt ist. Macht der von ihr gemeinten Art soll grundsätzlich absehen von Zielen, ist also keinesfalls an ein politisches Projekt in unserem Sinn gebunden. »Macht bedarf keiner Rechtfertigung, da sie allen menschlichen Gemeinschaften immer schon inhärent ist [...] Macht entsteht, wann immer Menschen sich zusammentun und gemeinsam handeln, ihre Legitimität beruht nicht auf den Zielen und Zwecken, die eine Gruppe sich jeweils setzt; sie stammt aus dem Machtursprung, der mit der Gründung der Gruppe zusammenfällt.« (1970/2000, 53) Macht entfalte sich also als gelingendes Miteinander im zweckfreien Raum, wenn etwas Neues begonnen werde. Vielleicht können wir uns, des Nützenswollens unserer eigenen Projektentwürfe überführt, am ehesten vorstellen, dass Macht sich als selbstzweckhafte Aufführung zeigt. »So ist das Theater denn in der Tat die politische Kunst par excellence; nur auf ihm, im lebendigen Verlauf der Vorführung, kann die politische Sphäre menschlichen Lebens überhaupt so weit transfiguriert werden, dass sie sich der Kunst eignet. Zugleich ist das Schauspiel die einzige Kunstgattung, deren alleinigen Gegenstand der Mensch in seinem Bezug zur Mitwelt bildet.« (VA 233f) Für Arendt findet »Handeln« jedoch auch überall dort statt, wo eine neue Staatsform vorgeschlagen wird, welche die zentralisierte Macht ersetzt, die zu Gewalt greifen muss, weil sie die Macht nicht aufs Mitmachen der Vielen gründet. Diese »antibürokratische« Dimension hat Arendt Anhängerinnen in den sozialen Bewegungen gebracht, ohne dass mitgelesen wird, dass der Zweck, zu dem sich die Gruppen zusammentun, das »Soziale«, bei Arendt nicht vorgesehen ist, bzw. als Zersetzung von Macht ausgeschlossen werden soll. An »Gesellschaftsgestaltung« denkt Arendt nicht, weil für ihre »Machtpraxen« alle sozialen Aufgaben bereits gelöst sein müssen.

Arendts Machtbegriff besetzt die Stelle, an der Antonio Gramsci den Begriff der Hegemonie ausarbeitet, um zu analysieren, wie die Oberen die Unteren zur Zustimmung bringen, wie aber auch ein Projekt von unten Zustimmung von vielen erlangen könnte, wie im Feld des Kulturellen und Ideologischen Politik gemacht wird. Es erscheint fruchtbarer, den mystischen Charakter, den Arendts entsozialisierter Machtbegriff hat, zugunsten des Hegemoniebegriffs aufzugeben.

#### 4. Menschen und Leben

Menschen tauchen bei Arendt immer im Plural auf, weil sie auch nur in der Pluralität unter ihresgleichen ihre Einmaligkeit entfalten könnten. Erinnern wir uns: Als Einzelner bleibe der Mensch Hersteller und in der Arbeit tierisch (*animal laborans*); sein Menschsein verwirklicht sich einzig im Reden unter Gleichen und im Vollbringen erzählbarer Taten in »menschlichen Angelegenheiten«, eine Bestimmung, zu der hartnäckig nur Odysseus zu passen scheint. Die Unsterblichkeit, in der solchermaßen das flüchtige Leben aufgehoben wird, komme aus dem erzählbaren Miteinander als Geschichten (nicht als Geschichte) in die menschliche Welt. In dieser Konstellation ist klar, dass das rein körperliche Leben selbst nichts gilt. Arendt hält dem Christentum vor, diese Stellung von Mensch und Leben verkehrt zu haben mit »katastrophalen Folgen« für den Bereich der »menschlichen Angelegenheiten«, also eben dem Bereich, in dem nicht gearbeitet, nicht hergestellt, sondern nur gehandelt und gesprochen wird. Wo »antikem Glauben zufolge die Unvergänglichkeit des Kosmos gestanden hatte, erschien nun ein unsterbliches menschliches Leben, und an den Platz, den die Sterblichen eingenommen hatten, rückte nun eine vergängliche Welt« (VA, 400). Diese Verkehrung sei es, die uns dazu gebracht habe, dem Leben der einzelnen zuviel Bedeutung zuzuweisen, Arbeit für elementar, Not für bekämpfenswert zu halten, dem Politischen Zwecke zu setzen, und dies an die Stelle jener einzigartigen Vortrefflichkeit im Politischen zu rücken, überhaupt Politik damit zu verwechseln, sich mit solchen Bereichen zu befassen. »Denn gerade politische Betätigung war bis dahin (also vor dem Einbruch des Christentums in die Antike) entscheidend von der Hoffnung auf eine weltlich-irdische Unsterblichkeit beseelt gewesen; von diesem höchsten Rang menschlichen Strebens sank sie nun auf das Niveau einer Betätigung, die sich zwangsläufig aus der Sündhaftigkeit des Menschengeschlechts und den berechtigten Bedürfnissen und Nöten eines noch im Diesseits festgehaltenen Lebens ergibt.« (400f) Das Christentum habe mit der Auffassung, dass »das Leben der Güter höchstes« (401) sei, praktisch das *Gemeinwesen* zerstört – wobei dieses nicht die Gemeinschaft der Menschen ist, sondern das Treiben der Polis, für die und in der diejenigen, die fürs »schiere« Leben (Arbeit und Gebären) zuständig sind, eben nichts gelten. »Nutze das Leben nicht, denn es vergeht«, ist die parodistische Antwort Brechts auf solches Denken.

## 5. Standpunkt

Die linke Arendtrezeption speist sich aus dem Verlangen, Kapitalismuskritik zu verbinden mit dem Kampf für einen politischen Raum, in dem jeder Einzelne etwas bedeutet und bewirken kann. Lässt sich Arendt in dieser Weise lesen und verstehen? In der Rezeption stößt man immer wieder auf das Wort »leidenschaftlich«: Sie »dachte leidenschaftlich«, »lebte leidenschaftlich« (so u.a. die editorische Notiz zum Briefwechsel mit Mary McCarthy). Leidenschaft steht an solchen Stellen nicht zufällig – ihre Beschwörung soll die spontanen Vorstellungen zugleich aufrühren und verschieben: Denken geschieht gewöhnlich zu irgendeinem Zweck und Ziel – nur in Ausnahmefällen denkt man um des Denkens willen. Letzteres könnten wir »Denken als Leidenschaft« nennen. Es steht damit an einer Stelle, wo es zugleich selten ist und erstrebenswert scheint, nämlich gegen die landläufige Form, um eines Vorteils willen zu denken. Virginia Woolf nennt dies – in der gleichen Wortlandschaft, aber genau andersherum zielend – Keuschheit; gemeint ist nicht die kleinliche, die sich auf den Körper bezieht, sondern angewandt auf den Geist heißt sie, dessen Fähigkeiten nicht zu verkaufen, sondern sie der Forschung, der Kunst, des Gebrauchswertes von Wissen wegen (Woolf 1938/1978, 115) einzusetzen, keine »geistige Korruption« zu betreiben (130). Woolf nimmt an, dass diese Tugend Frauen näher liege als Männern, weil Frauen von Haus aus den möglichen Korruptionen, die gesellschaftlich bestehen – Besitz und die Gier danach; Kriegsbegeisterung, Herrschsucht, Bestechlichkeit usw. – nicht gleichermaßen ausgesetzt seien wie Männer. Man wird annehmen können, dass Arendt nicht um irgendeines Vorteils willen denkt, – also nicht, wie Marx das ausdrückt, »die Wissenschaft einem nicht aus ihr selbst (wie irrtümlich sie immer sein mag), sondern von außen, ihr fremden, äußerlichen Interessen entlehnten Standpunkt zu akkomodieren sucht« (MEW 26.2, 112). Man kann mit Arendt an einem runden Tisch sitzen und über die verschiedenen gedanklichen Vorschläge mit Leidenschaft streiten. Insofern kann man sie zugleich als demokratisch bezeichnen, weil sie zum Wettstreit der Ideen einlädt. Ihr Aristokratismus zeigt sich darin, dass Freiheit und Vortrefflichkeit, wie sie ihr vorschweben, nur für eine kleine Elite in Frage kommen. Dies prägt auch ihr Hochschul-Modell. Mit einer gewissen Freude notiert sie die Verwandlung der Universitäten in Eliteforschungsstätten auf der einen und Fachhochschulen für die Massen auf der anderen Seite: Die »Suche nach Wahrheit« und Wissen« bei jenen konfrontiert sie mit »Dienstleistung für die Gesellschaft bei den Sozialwissenschaften, eine unter jedem Gesichtspunkt widerwärtige Disziplin, die Sozialingenieure ausbildet«. Die »Studentenkrawalle« zeigten, dass die Studenten nur »eine ›neue Gesellschaft« wollten, statt gegen die Ausbildung für den Dienst an Gesellschaft überhaupt zu streiten (an McCarthy, 342).

In der aufgelassenen Gegend, in der einst Kapitalismuskritik und sozialistische Projekte, auch christliche gediehen, wirkt Arendt wie ein magnetischer Wunderbaum. Man schüttelt dessen Äste, und aus den Zweigen fallen die mit Hoffnung besetzten Begriffe, an die die heimatlosen Projekte ihre Vorhaben heften, völlig unbeeindruckt vom Kontext, in dem jene Reizwörter bei Arendt stehen, und von der Bedeutung, die

sie dort haben. »Nun habe ich mich immer gefragt«, so die Freundin Mary McCarthy zu Arendt: »Was eigentlich soll jemand auf der öffentlichen Bühne, im öffentlichen Raum noch tun, wenn er sich nicht mit dem Sozialen befasst? Soll heißen: Was bleibt da noch? [...]. Wenn [...] alle Fragen der Wirtschaft, der menschlichen Wohlfahrt, [...] was immer die soziale Sphäre berührt, von der politischen Bühne ausgeschlossen sind, dann wird es für mich mysteriös. Es bleiben nur noch die Kriege und die Reden übrig. Aber (selbst) die Reden können nicht einfach Reden sein. Sie müssen Reden über etwas sein« (zit.n. Arendt 1996, 87f). Und Arendt antwortet: »Sie haben vollkommen recht, und ich möchte zugeben, dass ich mir diese Frage selbst stelle.« (88) Doch in die leere Form lassen sich nicht soziale Inhalte füllen, ohne diese um ihren Sinn zu bringen. Und umgekehrt setzt Arendt alles daran, die besten Verkörperungen sozialen Engagements aus ihrem Kontext zu entführen.

### *Teil II: Entführungen aus der Kommune*

Arendts Verehrung der Hervorragenden und Einzigartigen geht einher mit der Verachtung von Geringem und Mittelmaß, erst recht, wenn kleine Geister an großen Kritik üben. Die Wendung gegen die Linke hindert sie nicht, dort große Menschen zu entdecken. In eindrücklichen Essays spürt sie diesen nach, »erkennt« sie, entfernt, was an ihnen diese Größe, die allein dem »Handeln« und »Sprechen« zukommt, stören könnte, und kann sie so einreihen in das Pantheon der Polis, wo sie neben Größen wie Platon und Aristoteles bis hin zu Nietzsche und Heidegger stehen. Derart verfährt sie mit Rosa Luxemburg, Bertolt Brecht und Walter Benjamin<sup>6</sup>. Vorauszuschicken ist, dass sie diese drei, deren Werk sie lobt, um es anzueignen, in ihren eigenen Arbeiten nicht »operativ« vorkommen lässt – Luxemburg nicht einmal im Revolutionsbuch und nur in Fußnoten des Totalitarismusbuchs, Benjamin nur einmal beiläufig mit dem »Engel der Geschichte«, Brecht nur mit einem Gedicht als Motto für *Vita activa*.<sup>7</sup> Was die drei zu Identifikationsgestalten der Linken macht, ihre Verbindung von Gerechtigkeit und Freiheit im politischen Handeln, die lustvolle Verbindung von Politik mit Kunst, die pathetische von Philosophie und Politik, wird von Arendt zu ihrem Zweck auseinandergerissen, umgedeutet und passend gemacht für einen Himmel, in dem Politik eben nicht mehr *für* Menschen gemacht wird, sondern nur *von* Menschen im Wettstreit um Vortrefflichkeit, wo also die sozialen Fragen aus dem »politischen Raum« evakuiert sind.

6 Zu Arendts Umgang mit Benjamin siehe den Beitrag von Thomas Weber in diesem Heft.

7 Selbst in den Briefwechseln mit Heinrich Blücher oder Mary McCarthy wird Benjamin, den Arendt persönlich kannte, nur erwähnt als Besucher oder anlässlich eines Manuskripts, das veröffentlicht werden soll; Brecht findet mit seiner Dreigroschenoper Erwähnung sowie als Gegenstand des hier diskutierten Essays, Luxemburg gar nicht.



## 1. Rosa Luxemburg

Zunächst stiftet Arendt einen gemeinsamen Raum zwischen sich und der von ihr erzählten Person, was den Äußerungen eine schwer widersprechbare Intimität verleiht. Aus dem, was ihr an Luxemburg wesentlich ist, tritt sie selbst hervor wie aus einem Spiegel<sup>8</sup>: Luxemburg ist Jüdin, Flüchtling, spricht viele Sprachen, »Polnisch, Russisch, Deutsch und Französisch fließend und konnte sehr gut Englisch und Italienisch« (*Menschen*, 53); sie schrieb »eine hervorragende Dissertation [...], der die ungewöhnliche Auszeichnung der sofortigen Publikation in einem kommerziellen Verlag zuteil wurde und die heute noch zur Unterrichtung über die polnische Geschichte dient« (60). Mit dieser verwandtschaftlichen Verortung beginnt Arendt ein Luxemburgbild zu schaffen, das diese Frau zugleich als hervorragend, »keineswegs mittelmäßig« zeigt und sie sozialistischem Hoffen entreißt. Arendt nutzt für ihre Erzählung Nettls Biographie (1966), die man sie für *The New York Review of Books* in einem 25-seitigen Essay rezensieren ließ. Nur zwei Mal zitiert sie Luxemburg selbst, allerdings nicht aus dem Original, sondern eben auch nach Nettel.

Arendts neues Luxemburgbild verdankt sich zwei wesentlichen Verschiebungen. Ihr zentraler Eingriff ist die Behauptung, Luxemburg sei »keine orthodoxe Marxistin« gewesen. Wer bei marxistischer »Orthodoxie« an Kautsky oder gar an spätere Handbücher denkt, könnte hier noch zustimmen, würde man nicht weitergeführt zum Zweifel, »ob sie überhaupt Marxistin war« (*Menschen*, 49)<sup>9</sup>. Der Zweifel beruft sich zum einen darauf, Luxemburg hätte sich nach eigenem Bekunden »genausogut in Botanik oder Zoologie vertiefen können oder in Geschichte, Nationalökonomie, Mathematik«, statt in Revolution und Marxismus (ebd.), zum andern auf einen Brief, in dem Luxemburg schreibt, der erste Band des *Kapital* sei ihr wegen der »Überladung an Rokoko-Ornamenten im Hegelschen Stil jetzt ein Greuel« (GB 5, 117). In diesem Brief kommentiert Luxemburg den Stil ihrer »Antikritik« zum Akkumulationsbuch, die sie »in höchster Einfachheit« verfasst habe, was ihre neue »Geschmacksrichtung« sei, »natürlich« nur für die wenigen Leser, die die »marxsche Nationalökonomie aus dem ff beherrschen« (ebd.). Arendt lässt dies weg und steigert sich zu der Behauptung, Luxemburg habe sich in Bezug auf Marx nicht die Mühe einer »ausführlichen Kritik« gemacht, weil seine »Irrtümer [...] augenscheinlich« waren. Aus der im Gegensatz zu dieser Behauptung vorhandenen Marxkritik im Akkumulationsbuch folgert sie, Luxemburg habe hier gegen Marx dargelegt, »dass der Kapitalismus kein in sich geschlossenes System ist, das seine eigenen Widersprüche hervorbringt und ›mit Revolutionen schwanger‹ geht; er lebt von äußeren Faktoren und sein automatischer Zusammenbruch kann, wenn überhaupt, erst dann erfolgen, wenn die gesamte Erdoberfläche von ihm erobert und verschlungen ist«

8 Dies hat wohl zu dem Gerücht beigetragen, die beiden Frauen glichen einander; vgl. den Bericht von der Arendttagung in Bad Herrenalb in diesem Heft.

9 Im Totalitarismusbuch hatte Arendt noch gemeint, dass Luxemburg vom Marxismus nicht lassen wollte.

(*Menschen*, 50). Arendt beschwert ihre Antimarx-Diagnose mit einem selbstgefertigten Außenurteil: »Lenin begriff sofort, dass diese Darstellung [...] dem Wesen nach unmarxistisch ist.« (Ebd.) Wie es scheint, hat Arendt Luxemburgs Akkumulationsbuch kaum gelesen.<sup>10</sup> Ihr hätte sonst auffallen müssen, dass Luxemburg in ihrer Kritik die Methode von Marx so ernst nimmt, dass sie diese auf ihn selbst anwendet: »Prüft man das Schema der erweiterten Reproduktion gerade vom Standpunkt der marxischen Theorie, so muß man finden, daß sie sich mit ihr in mehreren Hinsichten im Widerspruch befindet.« (Luxemburg GW 5, 285) Diese »seine allgemeine Auffassung von dem charakteristischen Gang der kapitalistischen Akkumulation [hat Marx] in seinem ganzen Werke, namentlich im dritten Bande, sehr ausführlich und deutlich niedergelegt« (ebd.). Luxemburg überführt also Marx mit Marx eines Irrtums in der Bildung der Reproduktionsschemata im 2. Band, weil sie ohne den treibenden Widerspruch konzipiert seien, der die Kapitalisten zwingt, Absatzmärkte in nicht-kapitalistischen Umwelten zu suchen. Denn die »Realisierung des Mehrwerts zu Zwecken der Akkumulation ist also in einer Gesellschaft, die nur aus Arbeitern und Kapitalisten besteht, eine unlösbare Aufgabe« (299). Der Widerspruch lässt sich mit Marx folgendermaßen bestimmen: »Indem das Kapital sich die beiden Urbilder des Reichtums, Arbeitskraft und Erde, einverleibt, erwirbt es eine Expansionskraft, die ihm erlaubt, die Elemente seiner Akkumulation auszudehnen jenseits der scheinbar durch seine eigene Größe gesteckten Grenzen, gesteckt durch den Wert und die Masse der produzierten Produktionsmittel, in denen es sein Dasein hat.« (*Kapital* I, MEW 23, 567, zit. bei Luxemburg, GW 5, 305, vgl. dazu F. Haug 1997). Arendt (und spätere feministische Rezeption) behaupten als besondere Erfindung Luxemburgs, dass der Kapitalismus »vorkapitalistischer Wirtschaftssysteme« bedürfe, um funktionieren zu können (*Menschen*, 50). In Wirklichkeit folgt Luxemburg hierin genau Marx: »Doch bleibt es dabei, dass zu ihrem [der Produktionsmittel] Ersatz ihre Reproduktion nötig [ist], und insofern ist die kapitalistische Produktionsweise bedingt durch außerhalb ihrer Entwicklungsstufe liegende Produktionsweisen. Ihre Tendenz aber ist, alle Produktion möglichst in Warenproduktion umzuwandeln; ihr Hauptmittel hierzu ist gerade das Hereinziehen derselben in ihren Zirkulationspro-

10 Tatsächlich findet die selbe Stelle aus dem Akkumulationsbuch in Arendts Totalitarismusbuch wieder Erwähnung. Sie stellt kurz in eigenen Worten dar, dass der Kapitalismus zu seiner Reproduktion außerkapitalistischer »Territorien« bedürfe, zitiert dazu Luxemburg und urteilt in der Fußnote apodiktisch: »Unter den Büchern über den Imperialismus ist vielleicht keines von einem so außerordentlichen geschichtlichen Instinkt geleitet wie die Arbeit Rosa Luxemburgs.« (1951/2001, 334) Im gleichen Atemzug verurteilt sie, was sie im Luxemburgessay preist: »Da sie im Verfolg ihrer Studien zu Resultaten kam, die mit dem Marxismus weder in seiner orthodoxen noch in seiner reformierten Form in Einklang zu bringen waren, und doch sich von dem mitgebrachten Rüstzeug nicht befreien konnte, ist ihr Werk Stückwerk geblieben; und da sie es weder den Marxisten noch deren Gegnern hatte recht machen können, ist es fast unbeachtet geblieben.« (Ebd.) Arendt stellt in die Fußnote noch drei weitere Luxemburgzitate aus dem gleichen Kontext und schließt, dass Luxemburg »gegen eigene Absicht« die Notwendigkeit des Politischen in der kapitalistischen Entwicklung beweise. Ansonsten spielen Luxemburgs Ausführungen für das Totalitarismusbuch keine Rolle. In *Macht und Gewalt* wird sie nicht erwähnt.

zess [...] die Verwandlung aller unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter.« (*Kapital* II, MEW 24, 114)

Arendt benutzt Namen und Aussagen aus der Arbeiterbewegung, die bei Nett angeführt werden, als Spielmaterial. In dieser Weise darf Franz Mehring Luxemburgs *Akkumulationsbuch* als »einfach genial«, als »wahrhaft großartige hinreißende Leistung« beurteilen, was im Kontext Arendts Behauptung stützen muss, Luxemburg habe mit Marx gebrochen (*Menschen*, 49), während die genaue Formulierung Mehrings (1906/07, 507), Luxemburg sei der »genialste Kopf unter den Erben von Marx und Engels«, welche also die Kontinuität betont, bei Arendt fehlt. Ebenso fehlen andere Urteile von Marxisten. So, dass Lenin sie zunächst begeistert als »Adler« feiert und ihre Schriften als nützlich »bei der Erziehung vieler Generationen von Kommunisten der ganzen Welt« (LW 33, 195) empfiehlt, dass sie für Karl Radek »der größte, tiefste theoretische Kopf des Kommunismus« (1921, 25) war, und Georg Lukács (1923) sie als einzigen Schüler von Marx, der sein Werk wirklich weitergeführt habe, bezeichnete. Aber schon ein Jahr nach Lenins Tod legte sich, wie Lelio Basso (1969, 8) bemerkt, ein Ring des Schweigens um sie. Die Sozialdemokratie ging nach rechts und legte nur die wenigen Schriften wieder auf, die sich kritisch mit der russischen Revolution befassten. Unter Stalin verdammt die erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale eine Reihe ihrer Thesen.<sup>11</sup>

Arendt »rettet« Luxemburg doppelt, vor Marxismusverdacht und vor der Verunglimpfung in der Arbeiterbewegung, auf deren Vorurteile sie zugleich baut: 1925 »hatten Lenins Nachfolger beschlossen, die deutsche Partei zu »bolschewisieren«, und infolgedessen einen »ganz spezifischen Angriff auf Rosa Luxemburgs Erbe« angeordnet. Die Aufgabe wurde von einer jungen Genossin namens Ruth Fischer [...] freudig übernommen. Sie teilte den deutschen Genossen mit, dass Rosa Luxemburg und ihr Einfluss nichts anderes als ein »Syphilisbazillus« seien. Die Gosse hatte sich geöffnet« (*Menschen*, 67).

Man muss Luxemburg selbst lesen, um nachzuvollziehen, wie sehr sie marxisches Erbe antritt, als sei es ihr in Fleisch und Blut übergegangen. Das gilt für die größeren Texte, ihr *Akkumulationsbuch*, die Analyse zur *Krise der Sozialdemokratie*, die *Juniusbroschüre* nicht weniger als für ihre kleinen Schriften zu Marx, zur *Krise des Marxismus* usw. An dieser Stelle beschränken wir uns darauf zu zeigen, dass und wie Arendt Luxemburg von marxischem Denken<sup>12</sup> reinigt, und prüfen, welches Positivum sie an die Stelle setzt. Dieses muss ja den Platz einnehmen, an dem Luxemburgs leidenschaftliches Engagement für die sozialistische Sache stand.

11 Erst 40 Jahre nach Luxemburgs Tod wurde von kommunistischer Seite mit dem Neudruck ihrer Schriften in Polen begonnen. In Westdeutschland erschien 1966 eine Auswahl ihrer Schriften (Flechtheim). Die DDR-Ausgabe wurde 1970 angefangen. Aber schon 1923 hatten Clara Zetkin und Adolf Warski mit der Herausgabe ihrer Schriften begonnen, erschienen sind Band III, *Gegen den Reformismus*, 1925; Bd. IV, *Gewerkschaftskampf und Massenstreik*, 1928; Bd. VI, *Die Akkumulation des Kapitals* (1923). Für Arendt waren Luxemburgs Schriften also größtenteils zugänglich.

12 Mit Marx hat sich Arendt immer wieder auseinandergesetzt und ihn ebenfalls in die Galerie der Großen eingereicht; vgl. dazu die Rezension ihres *Denktagebuchs* in diesem Heft.

Erinnern wir uns an Arendts Norm für politisches Denken, ihre Idee der Polis mit dem Wettstreit der Gleichen, in der menschliche Gestaltungskraft sich einzig auf die interesselose Hervorbringung von Vortrefflichem richtet. Wie kommt Rosa Luxemburg, Kämpferin für Sozialismus, für gemeinschaftliche Regelung des Lebensnotwendigen, in diese Polis – und unter welche Gleichen? Um dies zu bewerkstelligen, löst Arendt Luxemburg aus der Arbeiterbewegung, in der sie »eher eine Randfigur« (43) gewesen sei und keine Anerkennung erhalten habe. Sie fügt sie in eine andere Zugehörigkeit ein, deren Entdeckung sie als »Nettls größte und originellste Leistung« feiert: die »polnisch jüdische Gruppe von Ebenbürtigen (>peer group<) [...] eine hochbedeutsame und gänzlich vernachlässigte Quelle, nicht so sehr für die Revolution als für den revolutionären Geist des zwanzigsten Jahrhunderts« (51). Arendt skizziert ein »einzigartiges jüdisches Familienmilieu« (52), das eine ganze Gruppe polnischer Juden – bei Nettl heißt es übrigens »einige davon Juden, andere nicht« (1969, 572) – mit herausragenden ethischen Maßstäben versorgte. »Der verborgene Generalnenner für diese Menschen, die einander, aber kaum jemand anderen als ebenbürtig betrachteten, war das Erlebnis einer Kindheit, in der wechselseitige Achtung und uneingeschränktes Vertrauen, eine allumfassende Menschlichkeit und eine echte, fast naive Verachtung für alle sozialen und nationalen Unterschiede als selbstverständlich betrachtet wurden.« (52) Die Peer group, das sind ohne Zweifel die Gleichen der imaginären Polis, die trefflich streiten, deren »Kritik nichts Herabsetzendes« hat, die Gefühl und Verstand verbinden. Luxemburg habe gegen die Maßstäbe dieser Gruppe verstoßen, wo sie sich »in trügerischer Übereinstimmung mit den herrschenden Mächten der deutschen sozialistischen Bewegung befand« (59), so in der »Revisionismus-Debatte« (60) (*Reform und Revolution*). Arendt behauptet, Luxemburg kritisiere Bernstein irrtümlich, da sie sich doch mit ihm in ihrer beider »kritischen Betrachtung« von Marx einig gewesen sei (63). Ein weiteres Interpretationskunststück liefert Arendt bei der Frage des unbezweifelbaren Internationalismus von Luxemburg. Sie zieht auch hier den Stachel, es könne die Arbeiterinternationale sein, die Luxemburg bestimmt. Sie schiebt den Internationalismus vielmehr der »jüdischen Intelligenz« zu, wodurch sie ihn zugleich adelt und als »doktrinären Irrtum« (53) der osteuropäischen Juden »ohne bestimmtes Vaterland« preisgibt.

Arendt liest denn auch Luxemburgs Privatleben vor dem Hintergrund der »Peer group«. Die moralischen Standards der Gruppe haben »solche Dinge wie Ehrgeiz, Karriere, Status und sogar den bloßen Erfolg unter ein striktes Tabu gesetzt« (56) – hier sieht man Arendt weiter den Weg in die Polis bahnen. Auch Leo Jogiches, der »Partner« Luxemburgs, habe zur Gruppe gehört; so >versteht< Arendt, dass es niemals einen anderen für Luxemburg gab, weil ihr eben keiner sonst »ebenbürtig« war. Hat Arendt auch Nettl nur auszugsweise gelesen? Er berichtet von Luxemburgs leidenschaftlicher Liebesbeziehung zu Klara Zetkins jungem Sohn Kostja (Nettl 1969, u.a. 297f), ebenso von den Morddrohungen des eifersüchtigen Leo Jogiches. Erst recht können die späteren Leser des nach 1989 erschienenen Briefwechsels zwischen Rosa und Kostja diese »Ebenbürtigkeits«-Idee eher als einen Wahn Hannah Arendts denn als Richtschnur für Luxemburgs Leben entziffern.

Selbst wo Arendt Luxemburgs unbedingte Forderung nach Demokratie herausstellt, tut sie es mit Worten, die Luxemburg verfehlen. »Was die Frage der Organisation anging, so glaubte sie nicht an einen Sieg, an dem die breite Masse keinen Anteil und kein Mitspracherecht hatte, ja, sie hielt so wenig davon, um jeden Preis die Macht in Händen zu halten, dass sie eine deformierte Revolution weit mehr als eine erfolglose fürchtete – im Grund der Hauptunterschied zwischen ihr und den Bolschewiken.« (*Menschen*, 66) »Anteil« und »Mitspracherecht« der Massen in der Revolution gehören so wenig zu Luxemburgs Auffassung und Sprache, wie es ihr in der Kritik an der russischen Revolution um eine Verurteilung der Bolschewiken ging. Sie arbeitet vielmehr fast fieberhaft heraus, welche Fehler Lenin und insbesondere Trotzki bei der Einschränkung, ja Stilllegung der Demokratie aus taktischen Gründen machten – »ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische, politische Leben der breitesten Volksmassen« (1918, GW 4, 355f). Gleichwohl endet Luxemburg ihre Kritik: »Ich hab's gewagt! Dies ist das Wesentliche und *Bleibende* der Bolschewiki-Politik. In *diesem* Sinne bleibt ihnen das unsterbliche geschichtliche Verdienst, mit der Eroberung der politischen Gewalt« das Problem gestellt zu haben. »Es konnte nicht in Russland gelöst werden, es kann nur international gelöst werden« (365). Aber Arendt scheint eben auch diese Schrift Luxemburgs, über die sie parteilich berichtet, nicht gelesen zu haben.

## 2. Bertolt Brecht

Brecht scheint Arendt – gerade weil er für sie der größte zeitgenössische Dichter war – geeignet, um an ihm das Verhältnis von Dichtung und Politik zu klären. Begeistert entfaltet sie sein Porträt. Als unüberschreitbar sollen dabei folgende Grenzen des Dichterseins akzeptiert werden: Dichtersein ist eine Begabung; Dichter tragen an sich keine Verantwortung<sup>13</sup>. Wenn ein Dichter gesellschaftliche Verantwortung übernimmt, verwirkt er seine Dichtergabe. Wieder setzt sich Arendt zunächst von allerlei »zweit-, dritt-, und viertklassigen Literaten« und Kritikern ab. Während Brechts Ruhm sich »über die ganze zivilisierte Welt verbreitet«, ist von jenen, »die ihm seiner politischen Gesinnung wegen auch die dichterischen und dramatischen Qualitäten aberkennen zu dürfen glaubten, nicht mehr viel zu hören« (*Menschen*, 238). Zwar hielt »Brecht an der kommunistischen Ideologie mit einem oft das Groteske streifenden, doktrinären Eigensinn fest«, doch brauche uns dies im Blick auf seine Kunst »kaum zu beunruhigen« (239). Politische Gesinnung, Marxismus oder

13 Vgl. kritisch dazu W.F. Haug 1996, insbes. Kap. 6: *Die Ethik von der Politik, die Politik von der Vergesellschaftung her verstanden*.

gar Kommunismus seien der Kunst solange nicht abträglich, wie diese sich nicht in Gesellschaft einmische. Erst durch Übersiedlung in die DDR und Aufnahme der Theaterleitung habe Brecht an sich selbst als Dichter einen Verrat begangen, dem zur Strafe Unproduktivität gefolgt sei. Er habe nichts Nennenswertes mehr geschrieben.

In der doppelten Voraussetzung, dass Dichter keine verantwortlichen Bindungen eingehen können, weder politisch noch privat, »weil es gerade die Schwerkraft ist, gegen die sie ihren Flug wagen« (241), und dass das wahrhaft Menschliche in dem liege, was eine Person über sich ins Öffentliche trage, nähert sich Arendt der Person Brechts. Freilich nicht in der Art eines Skandalblatts, indem sie etwa über seine Beziehungen zu Frauen schreibt, da »wir uns um Brechts persönliches Leben nicht zu kümmern brauchen« (248). Sie verachtet die »Literatur der Zeit [...] die voll ist von dieser psychologischen und gesellschaftlichen Pseudoproblematik, in der die Individuen ihre Interessantheit zu Markte tragen. Sie waren viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um auch nur zu ahnen, worum es in Wirklichkeit ging.« (250) Selbstzeugnisse des Persönlichen findet sie bei Brecht nur in einem »einzigen wirklich rein persönlichen Gedicht« (251), wo er berichte, »wie einer aus dem Land des Schweigens in die Welt der Menschen steigt, unberührt von ihren Angelegenheiten, aber an allem teilnehmend, ›allen unbekannt und allen nah« (250). Sie sucht und findet bei Brecht, wie das Verlorensein in der Welt, das etwas über den Zustand der Welt aussagt – nach dem Ersten, vor dem Zweiten Weltkrieg und danach –, die Haltung des Dichters bestimmt. Brecht habe den »Traditionsbruch« erfahren, wo alles, »woran sich Menschen gemeinhin halten, einschließlich kultureller Ziele und moralischer Werte [...] vernichtet« (260) ist. So sei die »Welt für einen kurzen Augenblick so unschuldig und neu wie am ersten Tag« (ebd.) erschienen. Jetzt kann Arendt ihre Bestimmung, dass der Neuanfang wesentlich für Menschen ist – »der Neubeginn, der mit jeder Geburt in die Welt kommt, kann sich in der Welt nur darum zur Geltung bringen, weil dem Neuankömmling die Fähigkeit zukommt, selbst einen neuen Anfang zu machen, d.h. zu handeln« (VA 18) – auf Brechts Jugendgedichte anwenden, die sie ausführlich darstellt und zitiert. Knapp die Hälfte ihres Essays (22 Seiten) widmet sie dem jungen Brecht; von ihm zitiert sie mehr als 20 Gedichte und lässt die brechtsche Lyrik ihre eigenen Zeilen verführerisch durchdringen. Sie rühmt an Brecht, dass er den »Tod Gottes« besingt, der das »Wegfallen der Furcht vor der Hölle« bringe, die mit dem »Fortfall der Hoffnung auf Auferstehung nicht zu teuer bezahlt« sei (*Menschen*, 264). »Dass es kein Jenseits gibt, befreit von Furcht – das ist alles« (265). Im Spiegel der brechtschen *Hauspostille* begeistert sie sich am »teuffischen Stolz [...] absolut unbekümmerter Männer« (263), die sich »niemals den Sorgen des täglichen Lebens beugen« (264). Soweit kann Arendt den jungen Brecht in ihr Konstrukt der *Vita activa* aufnehmen als einen, der jedenfalls weder mit »Arbeiten«, noch mit »Herstellen« beschäftigt war. Allerdings fehle ihm zum Eintritt in die Polis, dass er die »Langeweile des bloß genießenden Lebens« (266) hinter sich lasse. »Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny zeigt den Augenblick an, in dem ihm zum Bewusstsein gekommen sein muss, dass solch herrliche Schwerelosigkeit zwar sehr vorteilhaft für das Gedichteschreiben ist, sich aber in jeder anderen Hinsicht als eine

Sackgasse erweist, in der man es auf Dauer nicht aushalten kann. Schließlich waren die Städte nur metaphorisch gesprochen ein Dschungel; in Wirklichkeit waren sie ein Schlachtfeld.« (267)

Arendt begibt sich auf eine schwierige Gratwanderung. Sie muss den sich politisch engagierenden Brecht sowohl als großen Dichter bestätigen, als auch in ihre von solcher Politik gerade abgehobene »Polis« überführen. Sie vollbringt diesen Balanceakt durch eine doppelte Bewegung. Sie spielt Brechts Hinwendung zum Marxismus herunter – »Verlangen nach Schwerkraft, nach einem verlässlichen Schwerpunkt, an dem man sich innerhalb der Welt orientieren kann [...] ein Kanon von Schriften« (271) – und behauptet dagegen, dass sein inneres Zentrum das »Mitleid« war. »Brecht jedenfalls hat kaum etwas anderes so sehr zu verbergen getrachtet als die Leidenschaft, an der er am meisten litt, die Leidenschaft des Mitleids [...] Was Brecht zur Wirklichkeit zurückbrachte und seiner Dichtung fast tödlich wurde, war die Fähigkeit mitzuleiden« (267). In diesem von ihr herausgefühlten Mitleid spürt Arendt eine Haltung, die für die Elite der Polis so abwegig ist, wie sie für Sozialisten anziehend sein muss. Die »tödliche Wirkung« für die Dichtung schreibt sie dem Abstieg ins soziale Elend zu, der per se der Erhabenheit der Dichtkunst abträglich sei, da Mitleid zu den Schwachen und Unglücklichen ziehe (268). Dabei bleibt Arendt die brechtsche Politik so fremd, dass sie übersieht, dass Mitleid selbst auch ein Kampffeld ist, auf dem sich Brecht als Dialektiker betätigt. Wie Spinoza (»Mitleid ist bei einem Menschen, der vernunftgeleitet lebt, an sich schlecht und nutzlos«, IV. 50, 454), von dem Brecht 1916 einiges gelesen zu haben scheint<sup>14</sup>, wendet sich Brecht gegen das Mitleid als politische Haltung. Er lässt Me-ti sagen: »Mi-en-leh war nicht mitleidig. Wenn er das Elend der Ausgebeuteten und Unterdrückten sah, entstand in ihm ein Gefühl, das er sogleich [in] Zorn verwandelte. Das gleiche Gefühl wird bei unwissenden Naturen zu Mitleid.« (*Me-Ti*, 565) Arendt zieht für ihre Mitleidsdiagnose genau diese Brechtstelle heran, gibt ihr aber durch Wortmontage und entsprechende Weglassungen die von ihr gewünschte Richtung, dass es Brecht darum gegangen sei, das Mitleid »loszuwerden«, die Wendung in den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung also eine Art Rettung seiner Person vor dieser Verführung war (*Menschen*, 268). Während Brecht über die Notwendigkeit schreibt, die Gefühle zu ändern, die selbst in den Kampf der Klassen verstrickt sind, lässt ihn Arendt auf dem statischen Wunsch stehenbleiben, gut zu sein. »Leitmotiv in Brechts Werk ist die Versuchung, gut zu sein in einer Welt und unter Umständen, die Güte unmöglich machen« (268). Da bei Arendt ein Wort wie »gut«, gemäß ihres Umgangs mit Sprache, eine ganz feste Qualität, einen »Ursprung« hat, sieht sie nicht einmal in Ansätzen den ideologiekritischen Einsatz solcher in Sprache übermittelten Werte und Normen, den Brecht in Stücken wie *Der gute Mensch von Szechuan* oder auch in den *Flüchtlingsgesprächen* vorführt, und der gerade nicht eine Frage von Versuchung und Widerstehen zeigt, sondern die Worte und dazugehörigen Haltungen sich

14 Vgl. Brecht, GA 26, 108, sowie die im selben Band, 520, mitgeteilte Spinoza-Notiz von 1930.

im Klassenkontext blamieren lässt und den Widerspruch als Bewegungsform nutzt für den Aufbruch in ein Land, in dem es einen Sinn hat, gut zu sein. Freilich wäre das nicht das gleiche Gutsein, nicht die gleiche Güte.

Wo Arendt Brecht preist, steht er in einem Licht, das ihn unkenntlich macht. Häufig geht es ihr darum, seine empfohlene Haltung zur Welt als persönliche Dichtereigenschaft zu spiegeln, »Distanziertheit« etwa (252). Dann wieder lobt sie ihn eines bestimmten Ausdrucks wegen, der dadurch sogleich fast metaphysische Qualität erhält, indem die Bewegung, die Brecht mit ihm abbilden wollte, stillgestellt wird. »Er hatte begriffen – und dies macht ihn unter den Schriftstellern nahezu einzigartig –, wie tödlich lächerlich es war, die Flut der Ereignisse an individuellen Ambitionen und Lebenserwartungen« (257), das Scheitern der Karriere mit eigener Untüchtigkeit, die Kriegskatastrophe am Ideal der Persönlichkeit, die Emigration an dem verlorenen Ruhm, verlorener Sicherheit, dem Verlust der Kontinuität des Lebens und des Besitzes zu messen. »Nichts von all diesen Sentimentalitäten ist zu spüren in Brechts großartiger und großartig präziser Definition des Flüchtlings: »ein Bote des Unglücks«.« (*Menschen*, 257) Man muss das Gedicht *Die Landschaft des Exils* lesen, um zu verstehen, was Arendt Brecht hier antut:

Aber auch ich auf dem letzten Boot  
Sah noch den Frohsinn des Frührots im Takelzeug  
Und der Delphine graulichte Leiber, tauchend  
Aus der japanischen See.  
Und die Pferdewäglein mit dem Goldbeschlag  
Und die rosa Armschleier der Matronen  
In den Gassen des gezeichneten Manila  
Sah auch der Flüchtling mit Freude.  
Die Öltürme und dürstenden Gärten von Los Angeles  
Und die abendlichen Schluchten Kaliforniens und die  
Obstmärkte  
Ließen auch den Boten des Unglücks  
nicht kalt. (GW 10, 830f)

Für Arendt ist ein Dichter einer, der nur die Stimme ertönen lässt, »in der die Welt und das Wirkliche spricht«, nicht einer, der die Welt verändern will, weil sie es nötig hat. So nimmt sie eine sprachliche Wendung »Boten des Unglücks« als eine gelungene »Definition des Flüchtlings« und übersieht großzügig, dass Brecht auch hier eine mehrfache Bewegung schreibt, das widersprüchliche Erfahrungsgemenge von Natur, Klassen, Eigentum, Mangel, von sinnlichen Zügen, die den Flüchtling, »nicht kalt lassen«, der als »Bote des Unglücks« schon wieder mit erwartungsvollen Veränderungen blickt. »Die schärfsten Dialektiker sind die Flüchtlinge«, lässt Brecht den Physiker in den *Flüchtlingsgesprächen* sagen: »Sie sind Flüchtlinge infolge von Veränderungen und sie studieren nichts als Veränderungen [...] Die beste Schul für Dialektik ist die Emigration.« (GW 14, 1462) Der Gegensatz zwischen einem auf Veränderung dringenden politischen Dichter und dem auf einzigartige Größe Einzelner orientierenden Interesse Arendts ist so groß, dass man ihr Brechtporträt fast Satz um Satz mit brechtschen Sätzen konfrontieren könnte.



Brechts Hinwendung zum Kommunismus, die Arendt als Verbindung eines Versuchs, jugendlicher Schwereelosigkeit zu entkommen, mit dem Mitleid entziffert, habe seine Dichtkunst gefährdet. Doch er habe weiter gute Lieder und Gedichte geschrieben, solange er die »Wahrheit« sprach. Erst mit der »Lüge« beginne er seine Dichtergabe zu verlieren. Diese »Lüge«, die sie dem Hang nach Nützlichkeit und gesellschaftlicher Verantwortung zuschreibt, sucht sie in der Folge in seinen Stücken. Sie entdeckt sie etwa in *Furcht und Elend*, wo Arbeitslosigkeit und Hunger thematisiert werden, als gälte die nazistische Verfolgung der Arbeiterbewegung, während sie in Wahrheit die Juden treffe (vgl. *Menschen*, 275f); so »lügt« Arendt nach eigenem Moralkode genauso einseitig, wie sie es Brecht vorwirft, da es schließlich, wie die Geschichte lehrt, um beides ging; überdies zeigt Brecht Szenen aus dem Kontext der Judenverfolgung in *Furcht und Elend*. Brecht habe in der Folge schlechte Gedichte geschrieben, weil er die Wahrheit nicht sehen wollte, dass »Deutschland [...] unter den Nazis keineswegs ein kapitalistisches Land [war] – wie die Herren Schacht und Thyssen zu ihrem großen Kummer gerade erfahren« (276f).

Mit dem Exil gibt Arendt Brecht eine neue Chance, weil er begonnen habe, »die Klassiker [Marx und Engels] zu vergessen und sich Themen zuzuwenden, die mit Kapitalismus und Klassenkampf wenig zu tun hatten« (277). Es fällt schwer, Arendt hier mehr als blinde Propaganda zuzugestehen, da Brecht doch gerade jetzt die großen Stücke schreibt, die allesamt von den Kämpfen der Klassen handeln. Selbst noch die von Arendt ausgestellte Zeile im Gedicht vom Wasser, das den harten Stein besiegt: »Du verstehst, das Harte unterliegt« (Brecht, GW 9, 660ff<sup>15</sup>; *Menschen*, 277), und die »in den Lagern von Mund zu Mund gereicht [wurde] wie eine frohe Botschaft«, ist doch wohl nur mit erstaunlichem Verdrängungsaufwand als frei schwebende »Weisheit der Gewaltlosigkeit« bar jeden Klassenkampfbezugs lesbar (ebd.).

Am Ende richtet Arendt Brecht, den »Götterliebbling«, der die Gabe der Dichtung verwirkt habe. »Nur Dichter sein, nur die Stimme ertönen lassen, in der die Welt und das Wirkliche spricht und singt, genügte ihm nicht« (279). Seit er die Theaterleitung in der DDR übernommen hatte, habe er nurmehr »marxistisch-dialektisches Kauderwelsch« (280) geäußert. Schließlich vergibt sie Brecht aus Gnade, zu der es die Liebe brauche, um der Person willen, nicht wegen seiner Taten (282). Und wir legen seine Theaterarbeit, dokumentiert in vielen Schriften, die späten Gedichte, Prosastücke, selbstverständlich das *Kleine Organon* und die anderen Texte zu Kunst und Politik beiseite – oder wir setzen die arendtsche Brille ab und halten dies alles für »nennenswert«.

### Teil III: Feministische Rezeptionen

Arendt ist eine der ganz wenigen Frauen, die selbst »herausragen«, die bekannt sind, mit denen gestritten werden kann. Insofern wirkt sie gerade auf Frauen anziehend: »Endlich eine von uns, die sichtbar ist.« Ursula Ludz hat in einem sorgfältig recher-

15 Es geht um *Die Legende von der Entstehung des Buches Taoteking auf dem Weg des Laotse in die Emigration*.

chierten Artikel (1993) Arendt dem ›Feminismustest‹ unterworfen, d.h. geprüft, ob sie – und wenn ja, wie – für streitbare Feministinnen brauchbar ist. Das Ergebnis ist negativ, soweit es den Einsatz für Frauenforderungen angeht, positiv, soweit man sich auf sie als weibliche Denkerin »unabhängig«, »rebellisch« in Bezug auf die »philosophisch-politikwissenschaftliche Tradition«, nachdenkend über »Gebürtlichkeit« und »Erzählen«, sowie »über Pluralität« beziehe (51). Ludz erinnert daran, dass Arendt erst 18 Jahre alt war, als sie in ihrem ersten Semester von »Heidegger verführt wurde«, dass sie vier Jahre später über den *Liebesbegriff bei Augustin* promovierte und ihr Leben fortan vor allem »unabhängig« organisiert habe. Jenseits weiblicher Solidarität mussten drei Hauptgründe feministischen Zorn gegen Hannah Arendt richten: Erstens bedeutet ihr Vorbild, die griechische Polis, männliche Herrschaft; zweitens ignoriert oder verachtet sie gar die Frauenbewegung; drittens weist sie der Hausarbeit nur einen verächtlichen Raum zu.

Tatsächlich lässt Arendt keinen Zweifel daran, dass der Familienvater in der von ihr idealisierten Polis die Sorge für das Lebensnotwendige auf Sklaven und Frauen verteilt, um danach zum Wettstreit unter Gleichen zu eilen. Die öffentliche und die private Sphäre sollten unbedingt getrennt gehalten werden. Aber man könnte die Polis ja vielleicht als »Metapher« verstehen (wie Benhabib 1998 vorschlägt), als »Vorbild«, dessen andere Ausfüllung zu erstreiten wäre. Dies kann aber kaum für die Frage der Haushaltstätigkeiten gelten, die, da um das Lebensnotwendige gruppiert, für Arendt eine Art von Animalität darstellten. Zudem vertritt sie die These, dass jede Tätigkeit ihren »rechten Platz in der Welt« habe, Hausarbeit also keineswegs ins Öffentliche gehöre. Arendt schreibt dies zu einer Zeit (1958 engl., 1967 dt.), als die Frauenbewegung die Debatte um die Hausarbeit (1969/70) noch nicht begonnen hatte, ein Streit, der nicht nur gegen die marxische Kritik der politischen Ökonomie, sondern auch gegen die Praxis der Arbeiterbewegung geführt wurde und dessen Protagonistinnen gerade in der Hausarbeit besondere Qualitäten des Menschlichen, vielleicht die einzigen gegen Markt und Kosten-Nutzen-Kalkül haltbaren, gefunden zu haben meinten (vgl. Vogel 2002). Arendt behält ihre Position über die Jahre der Frauenbewegung bei, denn diese war für sie dermaßen auf dem Holzweg, dass sie sich nicht einmal mit deren Vorstellungen auseinandersetzte. Im *Denktagebuch* notiert sie: »Die Unsinnigkeit Frauen qua Frauen zu organisieren« (2002, I, 19), dies im Kontext Plato. Frausein, so doziert sie, ist etwas Gegebenes, mit dem man sich abfindet, das, da nicht veränderbar, nicht zu diskutieren ist. Was sie von der ›Emanzipation der Frauen‹ denkt, schreibt sie Luxemburg zu: »Ihr Abscheu vor der Emanzipationsbewegung, von der sich alle anderen Frauen ihrer Generation und politischen Überzeugung außerordentlich angezogen-fühlten, war sehr ausgeprägt.« (1966/2001, 56) Dafür gibt es bei Luxemburg freilich keinen Beweis, und es fällt Arendt nicht ein, deren Reden zur sozialen Lage der Frauen oder ihre Arbeitsteilung mit Klara Zetkin auf diesem Feld auch nur zu erwähnen. Sie begnügt sich mit der Behauptung, dass Luxemburg »ganz bewusst Frau war [...] Auf den Gleichheitsruf der Suffragetten hätte sie gewiss gern erwidert: ›Vive la petite différence!‹« (ebd.). In dem von Günter Gaus geführten Interview antwortete sie auf die Frage, ob es das

Emanzipationsproblem für sie je gegeben habe: »Ich war immer der Meinung, es gibt bestimmte Beschäftigungen, die sich für Frauen nicht schicken, die ihnen nicht stehen, wenn ich einmal so sagen darf. Es sieht nicht gut aus, wenn eine Frau Befehle erteilt. Sie soll versuchen, nicht in solche Positionen zu kommen, wenn ihr daran liegt, weibliche Qualitäten zu behalten.« (Zit.n. Ludz 1993, 48)

Angesichts dieser Gegnerschaft zur Frauenbewegung konnte man erwarten, dass Arendts Werk in den Reihen der Feministinnen gleichfalls ignoriert oder mit Empörung aufgenommen würde. Die Sozialistinnen unter ihnen trugen noch an dem Gepäck, das Arendts Totalitarismusbuch (*Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*) in Zeiten des Kalten Krieges mit der weit rezipierten Formel »Rot = braun« ihnen aufgebürdet hatte, und lasen *Vita activa* erst gar nicht. Wo Kritik laut wurde, kam sie als Aufschrei. Zusammenfassend notiert Bonnie Honig: »Arendts heroic, agonistic account of political action and her public/private distinction led some feminists to charge her with masculinism. In Adrienne Rich's oft-quoted words, Arendt's *The Human Condition*<sup>16</sup> is a ›lofty and crippled book‹ that ›embodies the tragedy of a female mind nourished on male ideology.« (1979, 211f.)

Hanna Fenichel Pitkin, von der hauptsächlich erinnert blieb, dass sie Arendt des »machismo« zieh (vgl. u.a. Ludz 1993, 49), analysiert 1981 sehr sorgfältig Arendts Modell des Politischen. Sie kommt zu dem Befund, dass Arendts Polisbürger ganz gegen deren Intention ebenso »selfish« sei wie der Homo oeconomicus, was daher rühre, dass Arendt anders als Aristoteles, dessen Polisvorstellungen sie ansonsten weitgehend übernehme, die Frage der Gerechtigkeit nicht stelle, ja sogar das Wort Gerechtigkeit bei ihr kaum vorkomme. Pitkin teilt Arendts Hoffnung, den politischen Raum vom Privatinteresse freizuhalten, plädiert jedoch dafür, eben die von Arendt verbannten sozialen Fragen: Armut, Haushalt und Lebensnotwendigkeiten in politische Fragen zu übersetzen und so Hausfrauen, Arbeitende, kurz alle Menschen in die Lage zu versetzen, an einem politischen Projekt zu partizipieren, in dem zwar nicht wie bei Arendt ein jeder sich selbst vor den anderen als einzigartig darstellt, aber doch wie bei dieser alle zusammen handeln, um ihr Miteinander zu regeln. Dabei würde die Frage der Gerechtigkeit dominant. »As we learned from the difficulties of Arendt's thought, the appeal to heroism for its own sake becomes trivial vanity, just as greed and need untransformed by considerations of justice and community become debilitating and dangerous. It is no use banishing the body, economic concerns, or the social question from public life; we do not rid ourselves of their power in that way, but only impoverish public life.« (346) Insofern nutzt Pitkin ihre Arendtlektüre, um das sozialistische Projekt der assoziierten Produzenten klarer, gegen die Selbstopfer der sozialistischen Tradition und den Egoismus der liberalen mit dem Akzent auf Gesellschaftsgestaltung weiter zu entwickeln.

Aber das war 1981. Inzwischen hat der Feminismus sich verändert. Mit der Entdeckung der Differenz, dem Umstand, dass Frauen mindestens ebensoviel trennt, wie sie gemeinsam haben, und der damit einhergehenden Absage an Gleichheitsvor-

16 Titel von *Vita activa* in der englischen Ausgabe.

stellungen entledigte er sich auch der sozialen Fragen, von denen her Arendt kritisiert werden konnte. Eigenartigerweise trug der von ›schwarzen Feministinnen‹ erhobene Vorwurf, der bisherige Feminismus sei weiß, mittelklassenorientiert und eurozentrisch – worunter in diesem Fall auch die USA fiel – zur Stärkung des Differenzgedankens und dazu bei, in einem sich akademisierenden Feminismus die Frauen der ›Dritten Welten‹ zusammen mit der Armutsfrage weitgehend vergessen zu machen. Sie wurden ›Spezialgebiete‹ einiger weniger, die wiederum mit dem Hauptstrom kaum Verbindung hatten, weil ja nicht nur die sozialen Fragen, sondern auch der Anspruch auf Allgemeinheit aufgegeben war. In dem neuen luftigen Raum konnten andere Schwerpunkte gesetzt werden, zum Beispiel konnte gefragt werden, ob Geschlecht überhaupt eine tragbare Kategorie sei. Die Akademisierung des Feminismus begleitete das Verschwinden der Frauenbewegung und den Aufstieg neoliberaler Globalisierung. Jetzt wurden einer weiblichen Elite erstmals wirkliche Aufstiegschancen eröffnet. Lösungen wie ›der Tüchtigsten gehört die Welt‹ und ›jede kann Unternehmerin werden‹, appellierten an diese neuen ›Frauen‹, selbstverantwortlich zu sein und die Verantwortung für alle anderen hintanzustellen. Mit solchen Slogans werden die vielen Verliererinnen ins Abseits geschoben, während eine symbolische Feminisierung in den Medien Platz greift. Nicht ›Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‹, sondern ›gender-mainstreaming‹ ist das Wort für das angestrebte Mittelfeld der Frauen, die zunehmend in einen immer schneller und erbarmungsloser geführten Konkurrenzkampf verwickelt werden. Die Überrepräsentanz der Frauen in den Statistiken über Arbeitslosigkeit und Armut, die weitere Öffnung der Schere zwischen Frauen- und Männerlöhnen sprechen eine deutliche und doch überhörbare Sprache, solange kein einflussreiches sozialistisches Projekt sie aufnimmt. In dieser Situation wurde eine ganz neue Arendtrezeption möglich, in der sie als eine Art Magnet zunehmend das geistige Klima des Teils der Frauen bestimmt, der überhaupt noch Hoffnung hat und bereit ist, etwas zu tun. Oder mit den Worten Seyla Benhabibs: »Nach dem Fall des autoritären Kommunismus und seitdem die marxistische Theorie weltweit den Rückzug angetreten hat, erwies sich Hannah Arendts Denken als die kritische politische Theorie des posttotalitären Augenblicks.« (1998, 18)

Es wäre ein eigenes Forschungsprojekt, allein die stets wachsende Anzahl von Arendt-Lektüren zu sichten<sup>17</sup>. Überraschend ist die Renaissance im Feminismus. Bei Bonnie Honig u.a. (1995) lässt sich beobachten, welche Umarbeitungen vorgenommen werden mussten, um Arendt für Feministinnen akzeptabel zu machen. Nicht die Feminismusfrage sei von Arendt zu verlangen, meint Honig, sondern umgekehrt sei zu fragen, was die Arendtfrage im Feminismus sei. »Arendt's hostility to feminism and her critical stance toward identitarian and essentialist definitions of ›woman‹ begin to look more like an advantage than a liability.« (1995, 2f) Da ›Frausein‹ kein Ausgangspunkt für feministische Theorie und Praxis mehr sei, könne auch Arendts scharfe Trennung des Privaten vom Politischen neu besichtigt werden.

17 Seyla Benhabib gibt ein Verzeichnis der bis 1995 im angloamerikanischen Raum erschienenen wichtigsten Texte zu Arendt (1998, 25).

Mit Arendt könnten wir mit der fragwürdigen Identitätspolitik der Frauen auch die Wahrnehmung der Welt als patriarchalisch verfasst abstreifen. Dies geschieht etwa durch Mary G. Dietz (1995), die zugleich damit Arendts binäre Begrifflichkeit mit feministischer Theorie verträglich macht. Gestützt auf Arendts Dreiteilung der menschlichen Tätigkeiten in Arbeiten, Herstellen, Handeln/Sprechen, hält sie die Annahme, Arendt empfehle eine binäre Unterscheidung von privat und öffentlich für eine falsche Lektüre. Arendt folge in Wahrheit einer dreiteiligen Logik, die die binäre überwinde und mit ihr die Macht der geschlechtlichen Trennungslinie außer Kraft setze. Nicht privat und öffentlich seien die von Arendt gezeichneten Gegensätze, sondern »animal laborans« (weiblich) und »homo faber« (männlich), ein Gegensatz, der im »Handeln« überwunden sei. Arendts Handlungskonzept »invited a rebirth in the feminist understanding of politics as »a kind of theatre where freedom could appear« beyond the phallogocentric:gynocentric divide« (zit.n. Honig, 1995, 4). Der Gedanke, es könne im Politischen ein Raum geschaffen werden, der sich der menschlichen Nöte und der damit historisch verbundenen Arbeitsteilung der Geschlechter entledigt, kann in dieser Kühnheit allerdings nicht direkt aus Arendt abgeleitet werden. Dietz vergisst, dass im animal laborans nicht bloß Frauen zu Hause sind, sondern alle körperlich arbeitenden Menschen, zumal alle Lohnarbeit, und dass im homo faber nicht einfach Männer, sondern die handwerklich-künstlerische Einrichtung der Welt mit Gegenständen, die Dauer haben, gemeint ist.

Der Eintritt ins Neopolitische à la Arendt hat sich so aller dringenden Aufgaben, die als problematisch, unterdrückerisch, herrschaftlich erfahren sind, theoretisch entledigt und kann, geleitet von Arendt, daran gehen, den politischen Raum als Sphäre eines »neuen Anfangs« zu entwerfen. Die dahinter stehende Hoffnung zehrt von der Hoffnungslosigkeit, in den Niederungen gesellschaftlicher Taten keinen »Anfang« für sich ausmachen zu können. Freilich erheben sich die Stimmen aus Arbeitslosigkeit, Armut, Krieg, Hunger, Unterdrückung und Gewalt aus den beiden »überwundenen Teilen« menschlichen Lebens (Arbeiten und Herstellen) immer lauter und rufen hartnäckig nach ihrer Einschreibung ins Politische. Bonnie Honig macht diesen Raum mit Hilfe von Arendt und Judith Butler als ein von Feministinnen anders zu besetzendes Gelände aus. Arendt gebe eine Bestimmung des Selbst »als Ort einer agonalen Auseinandersetzung« zwischen dem privaten Stubenhocker und dem öffentlichen mutigen Akteur, der sich frei und kreativ äußere (1994, 51), wobei dieses Selbst im kurzen Moment des öffentlichen Erscheinens Identität gewinne, die damit »eine performative Produktion« sei. An dieser Interpretation fallen drei Eigentümlichkeiten auf: Die erste ist eine sprachliche, die dem Übersetzen geschuldet ist. Wo Arendt vom »Erscheinen« in der Polis spricht, das man sich noch ganz schlicht als Auftritt in einem Wettstreit vorstellen darf, redet die englische Übersetzung von *performance* (Arendt selbst benutzt *appearance*, wo sie englisch schreibt). Rückübersetzt ins Deutsche entsteht daraus ein »performativer Akt« oder eine »performative Produktion«. Zunächst geschieht, was in diesen Fällen immer geschieht: Die Sätze gewinnen einen zwar nebelhaften aber beeindruckenden Anschein von Bedeutung, der man sich lieber mittels Nachsprechen unterwirft,

als sie mühsam selbst zu übersetzen. Um in die Auseinandersetzung einsteigen zu können, muss man eine eigene Schulung in Wortakrobatik absolvieren, bei der, was politisch sein will, immer weiter von den gewöhnlichen Menschen und ihren Nöten wegführt. So etwa Sätze, die Widerstandspunkte anzeigen wollen:

Dieser Tausch [indem man die wirkliche Welt gegen die eingebildete eintauscht], lässt sich nur verhindern, wenn man den politischen Raum in der Nichtidentität, Heterogenität und Diskontinuität der politischen Gemeinschaften schützt und wenn das Selbst sich den normierenden Konstruktionen der Subjektivität und dem Zwang zur Souveränität (vielleicht sogar der Formierung der sex/gender-Identitäten in die binären Kategorien männlich und weiblich, maskulin und feminin) widersetzt. Die agonale mangelnde Anpassung des Selbst ist eine Quelle der Macht, ein Zeichen für die Existenz von Orten, die (alternative) Performanzen erzeugen. (1994, 62)

Es fällt nicht schwer, sich Generationen von Studierenden vorzustellen, die ebenso zu sprechen und zu schreiben beginnen und einander an den verwendeten Begrifflichkeiten erkennen. Schwerer ist es, das vom Wortnebel Gemeinte so zu übersetzen, dass es allgemein verständlich und damit erwidierbar wird. Meint es, den politischen Raum seiner Regeln zu entheben, so dass in ihm jederzeit alles möglich ist, und man sich neu ›zeigen‹ kann? Meint es, die Öffentlichkeit nicht länger durch bestimmte Zwecke, Aufgaben, Nöte zu beschweren im Sinne der Lizenz, Beliebigen mit anderen zu tun? Offenbar geht eine solche Faszination von der komplizierten, aber erlernbaren Rede aus, dass diese selbst den Platz eines derart ausgezeichneten performativen Akts besetzt – ein paradoxer Zirkel wie von Escher gemalt. Im Wirbel der Worte werden einige feministische Anliegen eingewoben – so das Problem geschlechtlicher Identitäten, die binäre Logik und ihre Normierungen, die Frage der Macht. Sich existierenden politischen Gruppen nicht anzuschließen, »ist eine Quelle der Macht« – man erahnt den Grund: weil man ja nur so als Einzelne stets neu und anders ins Öffentliche tritt. Auch ist die feministische Hoffnung spürbar, dass gerade die Verweigerung, sich vorhandenen Organisationen und Gruppen zu verbinden, das Untergebuttertwerden verhindern kann. Doch angesichts der Weltlage und sich weltweit regenden Widerstands ist der Ruf zur Vereinzelung nur darum nicht als heroischer Egoismus erkennbar, weil alle anderen ja dazugehören, von denen man sich unterscheiden muss, um einmalig zu sein.

Die zweite Eigentümlichkeit ist, dass Arendt, die mit Psychologie wenig im Sinn hat, Kronzeugin wird für die Frage der Ich-Identität, also des Ich als Schauplatz widerstreitender Interessen und Möglichkeiten. Man kann solche Fragen in sehr lesbarer, weil an viele gerichteter Form bei Gramsci nachlesen, etwas komplizierter, aber im Vergleich zum ›arendtschen Feminismus‹ immer noch leicht verständlich bei den französischen Marxisten, bei den deutschen und englischen Ideologietheoretikern, schließlich in der Kritischen Psychologie. Kurz, die Überlegungen finden sich weltweit seit mindestens 70 Jahren. Aber ihre Extraktion aus Arendt hat den Effekt, dass diese Ich- oder Selbst- oder Identitätskämpfe von allem Gesellschaftlichen befreit sind. Die zerreißenen Widersprüche, denen die einzelnen in Gesellschaft ausgesetzt sind und die durch sie hindurchgehen und ihre Identitäten

bestimmen, kommen nicht vor. Nicht das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern die Unterscheidung (Differenz) der Menschen voneinander und ihre Vielheit (Pluralität), als Welt, in der aufzutreten ist, bestimmen das menschliche Wesen. Damit haben wir einen weiteren Escher-Effekt erreicht: Eine Metaphysik, die als Metaphysikkritik auftritt, eine Bestimmung, die sich aus der Starrheit einer Wesensbestimmung herausdreht und zurück in einem neuen ›Wesen‹ landet, »das nicht einig mit sich ist«, aber im Hin und Her zwischen privat und öffentlich ausreichend bestimmt scheint (Honig 1994, 51). In dieser Weise werden die im Feminismus nachdrücklich aufgeworfenen Fragen nach der Konstruktion der Persönlichkeiten, der Weiblichkeit und der Rolle der gesellschaftlichen Erfahrung in diesen Prozessen umgeformt in die Aufgabe, die öffentliche Bühne als Schauplatz individueller Größe zu nutzen, eine Botschaft, die im Neoliberalismus eine geeignete Auftreffstruktur gefunden hat.

Die dritte Eigentümlichkeit ist, dass die Denkbewegung mit Arendt dazu führte, dass die ketzerischen Aufrufe von Judith Butler, alle normalisierenden Zuschreibungen durch karikierende Aufnahme und Darstellung zu unterlaufen, als direkte Weiterführung und Vollstreckung von Arendt gelesen werden können. Der Witz dabei ist, dass Butlers Vorschläge nur eine Dimension des Politischen betreffen, während sie gesellschaftliche Verhältnisse, Kapitalismus und Krieg direkt thematisiert, wogegen die Arendt-Honigschen Ausführungen des Politischen diese Verhältnisse, die noch die kleinsten Widerwärtigkeiten im Alltag bestimmen, weit unter sich gelassen haben. Es geht um Macht und Ermächtigung »durch die Demaskierung der vorgeblich unwiderstehlichen, homogenen, konstativen und einstimmigen Identität als performative Produktion, die gebrochen, fragmentiert, unpassend und unvollständig ist, ein sedimentiertes und gar nicht fugenloses Produkt einer Vielzahl von Performancen und Verhaltensweisen, ein naturalisiertes Produkt unzähliger Wiederholungen« (1994, 68). Ob solche Sätze Schule machen können, weil oder obwohl sie wie bloßer Wortzauber klingen?

Bemerkenswert bei einer Reihe feministischer Rezeptionen ist die großzügige Distanz, die zu den Bezugstexten eingenommen wird. Hier geht es Marx wie Arendt, bloß mit umgekehrtem Vorzeichen. Wenn Unkenntnis im Blick auf Marx zur Verurteilung genügt, gerät sie bei Arendt zur Belobigung und positiven Anknüpfung. Ein beeindruckendes Beispiel dafür liefert Andrea Günter (2001). Für Marx, der immerhin noch erwähnt wird, genügt ein Halbsatz, um ihm eine Absage zu erteilen: als »Einheitsdenker« hat er »diese Einheit« über »die Materie hergestellt« (174). Günter hätte schon in der ersten *These über Feuerbach* von Marx das Gegenteil dessen, was sie ihm andichtet, lernen können: »Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus [...] ist, dass der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des *Objekts oder der Anschauung* gefasst wird; nicht aber als *sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis*, nicht subjektiv.« (MEW 3, 5) Aber Arendt, auf die in der Folge über viele Seiten Bezug genommen wird und die dabei auch zitiert wird, geht es in dieser Hinsicht kaum besser als Marx. Mit geradezu wilder Willkür werden ihre Auffassungen als Beleg zumeist gerade für das Gegenteil des von Arendt Ange-

zielten verwandt, um schließlich eine Vermählung Arendts mit den feministischen Philosophinnen aus Mailand zustande zu bringen. Es hilft Arendt nicht, dass sie den Feminismus verabscheut, vom Bezug auf Frauen nichts hält, dass die Psychoanalyse ihr nichts sagt und die Fragen von Mutter und Kind, die natürliche Herkunft der Menschen ihr gerade *nicht* als wesentlich Menschliches gilt, sondern als die Dimension, die Menschen mit Tieren teilen. Günter liest, dass »Gebürtlichkeit« bei Arendt diskutiert wird und folgert, dass die »weibliche Freiheit« der Mailänderinnen, die »Beziehungen zwischen Frauen« eben das seien, was diese mit Arendt verschweibe, alle zu Schwestern mache. Die Beweisführung ist im einzelnen so abwegig, dass sie auseinanderzunehmen zu wenig an Einsicht brächte. Wichtiger ist die Frage, wie dieses Kaleidoskop-Prinzip, in dem Scherben aus Arendt gebrochen und ins Spiegelsystem geworfen werden, um immer neue Anordnungen zu erzeugen, nicht nur ohne Widerspruch durchgehen, sondern auch noch freudig aufgenommen und weiterempfohlen werden kann. Es scheint nicht mehr möglich zu sein, einfache Standards der Lektüre, der Begründung, der Schlussfolgerung einzuklagen. Ein Absatz aus den Abschlussüberlegungen von Günter besiegelt die Ernte aus der Zusammenführung von Arendt und den Mailänderinnen folgendermaßen:

Das Wissen von der Bedeutung der Mutter für das eigene Tun ist dabei nur vollständig, wenn die mütterliche Existenz gerade auch als eigenständige Existenz der Frau, die ein Kind hat, ins Auge gefasst wird. So ist es eine der größten Herausforderungen der abendländischen Philosophie, die Freiheit der Mutter zu denken, weil Freiheit und Bindung in der Regel als Widerspruch betrachtet werden, die mütterliche Beziehung aber gleichermaßen die Freiheit der Mutter und die Freiheit trotz der Worte der Mutter zu eröffnen vermag. (Günter 2001, 196)

Man kann leicht erkennen, dass von Arendt nur das Wort »Freiheit« übriggeblieben ist, das allerdings in seinem Zusammenschluss mit der Mutter schon wieder Arendts Vorstellung verfehlt. Freiheit fungiert hier als Zauberwort, das die Sehnsucht, gemeint und gesprochen zu sein, speziell für Frauen anrühren soll. Dies gilt ebenso für die anderen Zauberworte: Die Mutter, das Kind, die Bindung, die sich in Freiheit zu verwandeln vermag, und selbst die mütterliche Ermahnung, die letztlich noch dem Kind Freiheit eröffnet. An anderer Stelle sind es immer wieder Erfahrung, Begehren, Beziehungspraxis, die verführerisch ans Gemeintsein appellieren. So wird ein Paradies ohne Widersprüche gedacht, in dem Hoffnungsworte aus der Frauenbewegung zu ihrem vermeintlich durch Arendt abgesicherten Recht kommen. Mit dieser hat dies nur gemein, dass sie ihr Projekt von Handeln und Sprechen auf das Miteinander der unterschiedenen Menschen gründet, die freilich für den munteren Wettstreit die Fesseln von Arbeit und Kinderaufzucht ebenso abgelegt haben, wie die zwecksetzende Tätigkeit, Welt umzubauen. Der Versuch, sich mit der Frauenfrage (in bestimmter Artikulation) in Arendt einzunisten, hat den Effekt, dass lange überwunden geglaubte Metaphysik neue Würde bekommt, so die Rede vom Wesen der Frau, »die Essenz«, die an der weiblichen Existenz hänge (173). Günter räumt auch auf mit dem Schaden, den der Konstruktivismus anrichtete und kann ohne Zweifel »die faktische Wirklichkeit« gegen »die selbst erfundene, fingierte Identität« als Wahrheit von Arendt ins Feld führen (174).



Eine weitere Besonderheit feministischer Arendtrezeption ist es, dass nicht nur willkürlich mit der Autorin verfahren wird, sondern auf diese Weise auch ganz entgegengesetzte Auffassungen auf dem gleichen illusionären Fundament stehen können. So muss Arendt auch als Beleg für die Vorstellung von der Konstruktion der Persönlichkeiten erhalten; von Ganzheitlichkeit; ihr Pluralitätskonzept wird gelesen als Unterstützung multikultureller, Klassen und Geschlechter einschließender Projekte (Kahlert u.a., 2001, 8, vgl. dazu die Rezension in diesem Heft); ihre Polisvorstellungen vom öffentlichen Raum, in dem, wie wir erinnern, zwecklos gehandelt wird unter Gleichen, wird umgedeutet in eine Arena, in der alle gemeinsam Gesellschaft gestalten usw.

Die Faszination durch Arendt beruht wohl nicht zuletzt darauf, sich von ihr die Möglichkeit zu versprechen, alle Geschichte abzustreifen und einfach noch einmal ganz von vorn zu beginnen. Jede(r) ist zu jeder Zeit verantwortlich für das eigene Leben und nichts sonst, aufgerufen, das Beste daraus zu machen und die Mitmenschlichkeit als eine Art Spiegel zu leben, in dem wechselseitig erzählt werden kann. Dieses Modell ist zum einen brauchbar in neoliberaler Individualisierung, in der Freiheit weit vor Gerechtigkeit rangiert und es so aussieht, als ob jede(r) alles aus sich machen könnte. Andererseits zeigt die Verankerung des Modells in der griechischen Polis die Macht, die solche Utopien besitzen, dass ungeachtet ihres ausschließlich männlich-elitären Geltungsraums jede(r) sich hineinimagineren und von dorthier Kraft beziehen kann. Vielleicht ist es auch die elitäre Verankerung des arendtschen Denkens in der griechischen Polis, die dazu verführt, sie nicht wirklich ernst zu nehmen, sondern fast beliebig an sie anzuknüpfen. So die Vorstellung von der Freisetzung von den Beschwernissen menschlichen Lebens in der Arbeit, des Instrumentellen im Handwerk, um das je eigene Leben im »Zwischen« der Menschen je neu zu bestimmen. Auf diese Weise lässt sich der Sprung wagen von der durch Sklaven, Hausfrauen und Handwerker entlasteten Gesellschaft freier Männer, die vermeintlich um nichts im Besonderen wetteifern und sich auszeichnen, in die Selbsterfahrungsgruppe von Frauen, wo man sich wechselseitig sein Leben erzählt. So findet man einen Raum, in dem alle unterschieden sind, ohne dass diese Unterschiedenheit etwa in Klasse, Rasse und Geschlecht auf bestimmte soziale Fragen verwiese, so als ob wir, ohne uns um Gesellschaft kümmern zu müssen, gewissermaßen ein Anrecht hätten, wo wir auch sind, uns als Persönlichkeiten zu entfalten. So abenteuerlich die Anknüpfungen an Arendt sind, so verständlich die Utopien, die sich in ihnen artikulieren.

Arendt kündigt nicht vom Glück in der Kleinfamilie, bescheidet Frauen nicht aufs private Heim; sie fordert im Gegenteil dazu auf, herauszutreten ins Offene, zu erscheinen, sich zu bewähren, vortrefflich zu sein, andere wahrzunehmen, zu hören, zu sprechen. In dieser Weise verspricht sie, dass man – »ohne Geländer denkend« (Arendt 1996, 110) – »politisch« sein kann, ohne Politik zu machen. Und da wir im allgemeinen ohnmächtig sind in Bezug auf die großen politischen Fragen, wie Arbeitslosigkeit, Hunger in der Welt, Krieg, wird der Gang ins Politische vom Gefühl dieser Ohnmacht entlastet. So kann man tätig sein, ohne etwas zu bewirken,

dabei politisch sein, ohne so zu handeln, handeln ohne einzugreifen, sprechen ohne mit allen zu sprechen und doch dies gerade für Mitmenschlichkeit halten. Derart verhilft Arendt zu einer Art imaginärer Handlungsfähigkeit in der Welt.

Arendt wird von vielen gelesen als Ermutigung, auf ihren Feldern nützlich für alle zu handeln. Auf die bereits Politisierten mag das eine belebende Wirkung haben. Doch sie ist ebenso geeignet, das Interesse politisch Beunruhigter von der Welt weg auf Bücher zu orientieren, in denen endlos Fäden aufgenommen werden können, die Weltbezug als Illusion anbieten. Arendts Texte bringen Hoffnungen zum Klingen, die aus Befreiungsverlangen stammen. Sie ziehen ihnen aber sogleich den Boden unter den Füßen weg und bewirken damit eine Schwerelosigkeit, die in dem gleichen Moment als Aufbruch imaginiert wird, in dem man aufhört, sich als Teil sozialer Bewegung zu betätigen.

### Literatur

- Arendt, Hannah, *Denktagebuch*, hgg. v. U. Ludz u. I. Nordmann, 2 Bde., 1950-1973, München 2002b, 2. Aufl. 2003
- dies., *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt/M 1955/München 1995
- dies., *Über die Revolution*, München 1963
- dies., *Ich will verstehen*, München 1996
- dies., *Menschen in finsternen Zeiten* (engl. Original: 1968), München 2001 (zit. Menschen)
- dies., *Macht und Gewalt*, München 1970/2000
- dies., *Vita activa oder vom tätigen Leben*, München 1967/2002a (zit. VA)
- dies. u. Heinrich Blücher, *Briefe 1936-1968*, München 1996
- dies. u. Mary McCarthy, *Im Vertrauen*, Briefwechsel 1949-75, München 1995
- Basso, Lelio, *Rosa Luxemburgs Dialektik der Revolution*, Frankfurt/M 1969
- Benhabib, Seyla, *Hannah Arendt. Die melancholische Denkerin der Moderne*, Hamburg 1996/1998
- Brecht, Bertolt, *Me-ti. Buch der Wendungen*, GW 12, Frankfurt/M 1967
- ders., *Flüchtlingsgespräche*, GW 14, Frankfurt/M 1967
- Dietz, Mary, G., »Feminist Receptions of Hannah Arendt«, in: Honig (Hg.) a.a.O.
- Geisen, Thomas, »Demokratie - letzte Tage? Hannah-Arendt-Tage Zürich«, Kongressbericht, in: *Das Argument* 228, 40. Jg., 1998, H. 6, 851f
- Günter, Andrea, »Die Welt zur Welt bringen. Das Symbolische, Politik und Gebürtigkeit bei Hannah Arendt, den DIOTIMA-Philosophinnen und den Frauen des Mailänder Frauenbuchladens«, in: H. Kahlerlert u. C. Lenz (Hg.), *Neubestimmungen*, Königstein, 167-200
- Hartsock, Nancy, *Money, Sex and Power, Toward a Feminist Historical Materialism*, Boston 1983
- Haug, Frigga, »Brechts Flüchtlingsgespräche als Lernanordnung«, in: dies., *Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen*, Hamburg 2003, 71-103
- dies., »Knabenspiele und Menschheitsarbeit«, in: dies., *Frauen-Politiken*, Hamburg 1996, 125-54
- dies., »Rosa Luxemburg und die Politik der Frauen«, in: dies., *Frauen-Politiken*, 233-66
- dies., »Zum Spannungsverhältnis von Theorie und Empirie bei Rosa Luxemburg«, in: Th. Bergmann u. W. Haible (Hg.), *Reform - Demokratie - Revolution. Zur Aktualität von Rosa Luxemburg*, Hamburg 1997, 28-35

- Haug, Wolfgang Fritz, *Philosophieren mit Brecht und Gramsci*, Hamburg 1996
- Honig, Bonnie, »Agonaler Feminismus: Hannah Arendt und die Identitätspolitik«, in: Inst. f. Soz.forschg, Katharina Pühl (Hg.), *Geschlechterverhältnisse und Politik*, Frankfurt/M 1994, 43-71
- Honig, Bonnie, »The Arendt-Question in Feminism«, in: dies. (Hg.), *Feminist Interpretations of Hannah Arendt*, Philadelphia 1995, 1-16
- Kahlert, Heike u. Claudia Lenz (Hg.), *Die Neubestimmung des Politischen. Denkbewegungen in Dialog mit Hannah Arendt*, München 2001
- Lenin, Wladimir Iljitsch, Werke, Berlin/DDR 1953ff (zit. LW)
- Ludz, Ursula, »Hannah Arendt: Unabhängig weiblich«, in: *du. Die Zeitschrift der Kultur*, H. 11, 1993, 48-52
- dies., »Hannah Arendts Denktagebuch. Bemerkungen zu Entstehung, Inhalt und Bedeutung«, unveröff. Vortrag, Bad Herrenalb, Februar 2003
- Lukács, Georg, *Geschichte und Klassenbewusstsein*, Berlin 1923
- Luxemburg, Rosa, *Gesammelte Briefe*, Bd. 5, Berlin/DDR 1984 (zit. GB 5)
- dies., *Gesammelte Werke*, 5 Bde., Berlin/DDR 1970-75 (zit. GW)
- dies., *Politische Schriften*, 3 Bde., hgg. von O.K. Flechtheim, Frankfurt/M 1966
- Marx, Karl u. Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*, MEW 4, 459-93
- Marx, Karl, *Das Kapital* II, MEW 24
- ders., *Thesen über Feuerbach*, in: MEW 3, 5-7
- Mehring, Franz, »Historisch-materialistische Literatur«, in: *Neue Zeit* 41, 25. Jg., 1906/07
- Nettl, John Peter, *Rosa Luxemburg*, London 1966; dt.: vom Autor gekürzte Volksausgabe, Köln-Berlin/W 1969
- Orozco, Teresa, »Zur Renaissance des Unpolitischen. Arendt-Lektüren wiedergelesen«, in: *Berliner Debatte Initial* 10, 1999, 95-110
- Pitkin, Hanna Fenichel, »Justice. On Relating Private and Public«, in: *Political Theory. An International Journal of Political Philosophy*, Nr. 9, 1981, 327-52
- Projekt Automation und Qualifikation (PAQ), *Widersprüche der Automationsarbeit. Ein Handbuch*, Berlin 1987
- Radek, Karl, *Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches*, Hamburg 1921
- Rich, Adrienne, *On Lies, Secrets, and Silence: Selected Prose 1966-1978*, New York 1979
- Schindler, Roland W., »Erschöpfung der Demokratie? Erneuerung der Politik? Hannah Arendt über Parteidemokratie und Rätewesen«, in: *Utopie kreativ* 113, März 2000, 264-75
- Vogel, Lise, »Hausarbeitsdebatte«, in: W.F.Haug (Hg.), *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 5, Hamburg 2001, 1186-95
- Weingarten, Michael (Hg.), *Warum Hannah Arendt? Aufklärungsversuche linker Missverständnisse*, Köln 2000
- Woolf, Virginia, *Die drei Guineen* (1938), München 1978

Thomas Weber

## »Der seltsamste Marxist«?

Hannah Arendts Benjamin-Porträt

Schon 1932, »damals gewiss eine Seltenheit«, schien Benjamin für Arendt »eine gewichtige geistige Instanz darzustellen« (Scholem 1975, 239). Umso erstaunlicher ist es, dass sie sich ihm in ihren Schriften nur einmal ausführlich widmet. 1968 verfasst sie eine lange Einleitung zu der von ihr herausgegebenen englischsprachigen Auswahl benjaminscher Schriften.<sup>1</sup> Dort versucht Arendt, dem Anlass entsprechend, ein facettenreiches und großflächiges Porträt von Benjamin zu zeichnen, aber sie verzeichnet es in einer maßgeblichen Hinsicht: Sie ent-stellt sein Denken aus dem Marxismus. Einige Beispiele seien hier zu Protokoll gegeben.

### *Brecht und die Polemik gegen Dialektik*

»Brecht [war] für Benjamin in dem letzten Jahrzehnt seines Lebens [...] der wichtigste Mensch« (193).<sup>2</sup> Mit dieser Aussage sticht Arendt gewollt ins Wespennest der damals dominanten Deutungsmächte in der Benjamin-Rezeption, Gershom Scholem auf der einen, Adorno (und die »Schweinebande« vom Institut für Sozialforschung) auf der anderen Seite. Beide hatten versucht, nach der für Benjamin »einschneidenden Begegnung mit Brecht« von 1929, dessen »Einfluss«, den sie für »ein wahres Unglück« bzw. »katastrophal« hielten, abzuwehren.<sup>3</sup> Was ihnen zu Benjamins Lebzeiten misslang, beherrschte die nachfolgende Rezeption.

Das Problem mit Brecht war sein Marxismus; für Scholem überhaupt »der Marxismus«, für Adorno dessen »Vulgärmarxismus«, wie Arendt sagt (192), vor allem der Mangel an dialektischer »Vermittlung« (Adorno an Benjamin, 10.11.1938)<sup>4</sup>. Gegen Brecht waren sie sich also einig, »nur dass Scholem Benjamin zurück zur

1 Arendts Benjamin-Zitate wurden auf die *Gesammelten Schriften*, die sie noch nicht kennen konnte, umgestellt und werden wie alle weiteren durch eine römische Ziffer für den entsprechenden Band und eine arabische für die Seitenzahlen nachgewiesen.

2 So verdientvoll es ist, dass Arendt die »einzigartige« (197) Freundschaft zwischen Benjamin und Brecht in Erinnerung ruft, so bringt sie uns doch auch um die entscheidende Erkenntnis von deren Bedeutung, wenn sie von Brecht sagt: er »war ein Dichter und kein Philosoph« (193). Es war eben kein »Missverständnis« (192) von Adorno und Scholem, wenn sie die eminent philosophische Bedeutung Brechts für Benjamin gefürchtet haben. Falsch ist lediglich, diese als einseitigen »Einfluss« zu verstehen, statt als fruchtbare Wechselwirkung, als theoretische Freundschaft eben.

3 Benjamin an Adorno, 31.5.1935; Adorno an Benjamin, 20.5.1935; Scholem 1964, 26.

4 Die andere mit der »Figur Brechts« zusammenhängende »Prinzipienfrage der materialistischen Dialektik« war für Adorno der »Begriff des Gebrauchswerts, dem ich die zentrale Stellung heute so wenig wie zuvor zubilligen kann« (an Benjamin, 6.11.1934).

Metaphysik und zum Judentum, Adorno dagegen in die wahre Dialektik des Marxismus zu geleiten wünschte.« (192) Auf welchen Weg Arendt ihrerseits ihn schickt, werden wir sehen.

Wenn nun beide, wie Arendt sagt, der Meinung waren, »dass Benjamin auf eine ihnen unbegreifliche Weise aufgehört habe, tief zu denken« (192), so widerspricht sie dem nicht, sondern kehrt es ins Positive: Benjamins von Adorno bemängelte »staunende Darstellung der bloßen Faktizität« (an Benjamin, 10.11. u. 9.12.1938)<sup>5</sup> ist Arendt positives Kennzeichen der »höchst realistischen Denkungsart« Benjamins wie Brechts; »beiden kam es immer auf das unmittelbar, real nachweisbare Konkrete, auf ein Einzelnes an, das seine ›Bedeutung‹ sinnfällig in sich trägt« (198). Was daran triftig sein mag, wird dadurch problematisch, dass es bei Arendt lediglich die Funktion einer schließlich Feind wie Freund schlagenden Polemik hat, die sich gegen Dialektik überhaupt richtet. So will Arendt uns glauben machen, dass Brecht »trotz allem Gerede genauso wenig ›dialektisch‹ dachte wie er [Benjamin] selbst« (197).

Dass man so nur sprechen kann, indem man beiden die Gewalt einer Verfälschung antut, zeigt sich nun an Arendts Behandlung dessen, von dem sie mit Gespür für die Pointe sagt, dass es Benjamin »an Brecht am meisten anzog«: das »plumpe Denken« (199). Der Ausdruck entstammt dem von Benjamin hochgeschätzten, Adorno wie Scholem vergeblich zur Lektüre anempfohlenen *Dreigroschenroman*. »Die Hauptsache ist, plump denken lernen. Plumpes Denken, das ist das Denken der Großen«, heißt es dort<sup>6</sup> (GW 13, 916). Und genüsslich zitiert Arendt Benjamins, offensichtlich auch gegen Adorno gerichtete Kommentierung:

Es gibt viele Leute, die unter einem Dialektiker einen Liebhaber von Subtilitäten verstehen ... Plumpe Gedanken gehören gerade in den Haushalt des dialektischen Denkens, weil sie gar nichts anderes darstellen als die Anweisung der Theorie auf die Praxis ... ein Gedanke muss plump sein, um im Handeln zu seinem Recht zu kommen. (199; III, 446)

Was aber macht Arendt daraus? Sie tilgt dialektik-theoretische Relevanz und kehrt den Gedanken:

was Benjamin am plumpen Denken so angezogen hat, war wohl weniger die Anweisung auf die Praxis als auf die Wirklichkeit, und diese Wirklichkeit manifestierte sich für ihn am unmittelbarsten in der von Sprichwörtern und Redensarten erfüllten Alltagssprache. [...] Diese Kunst, Sprichwörtliches und Idiomatisches beim Wort zu nehmen, hat Benjamin [...] befähigt, eine Prosa von so eigentümlich zauberhafter und verzauberter Realitätsnähe zu schreiben. (200)

»Plumpes Denken« als eine Art »eingreifendes Denken« (Brecht) oder, wie Benjamin an anderer Stelle sagt, als »eine eingreifende, von Folgen begleitete Produktion« (VI,

5 Noch viel später notiert Adorno: »Hinterm philosophischen Defaitismus ein Rest undialektischer Positivität, aus B(enjamin)s theologischer Phase in die materialistische verschleppt.« (1965/2003, 163)

6 Vgl. Brechts *Über den groben Materialismus* (um 1934, GA 18, 74) und Benjamin (V, 592 u. 570f).

619) verkehrt sich bei Arendt zur *Kontemplation*.<sup>7</sup> Dazu passt, dass sie das Beispiel, das Benjamin fürs plumpe Denken bringt, nicht zitiert: »Als der deutsche Kaiser an den Präsidenten Krüger telegrafierte, welche Aktien stiegen da und welche fielen? ›Natürlich fragen das nur die Kommunisten.« (Brecht, GW 13, 916; zit. III, 449)

*Lob des Elitären oder der »Flaneur« als »Engel der Geschichte«*

Wie wenig seine späteren Arbeiten mit Marxismus oder dialektischem Materialismus zu tun haben, dürfte schon daraus erhellen, dass der Flaneur ihre zentrale Figur wurde. (196)

Das ist absurd; einmal, weil es Benjamin gerade um eine dialektische und historisch-materialistische Analyse dieses Sozialtypus geht, durch die er die Umbrüche der kapitalistischen Vergesellschaftung im 19. Jahrhundert aufzuzeigen versucht. Zweitens tut er das auch mittels anderer Figuren; Arendt selbst bringt, wie wir gleich sehen werden, den »Sammler« ins Spiel. Drittens behandelt er sie kritisch, an ihrem heillosen Anachronismus Signaturen der ›Moderne‹ ablesend. Arendt jedoch unterstellt Benjamin eine identifikatorische Lektüre; er wird selber zum Flaneur, leibhaftig wie »auch im Geistigen« (228). Sie benutzt ihre eigene Spekulation über den Flaneur, um das vorher gezeichnete Bild von Benjamin als des ziellosen, ungeschickten, jeder Nützlichkeit abholden Einzigartigen, aus der Masse herausgehoben Genius der Bedeutungen zu bestätigen:

Es ist der Flaneur, der in den Großstädten durch die Menge in betontem Gegensatz zu ihrem hastigen, zielstrebigem Treiben ziellos dahinschlendert, dem die Dinge sich in ihrer geheimen Bedeutung enthüllen, an dem ›das wahre Bild der Vergangenheit‹ vorbeihuscht und der in der Erinnerung das Vorbeihuschende um sich versammelt. (196)

Bei Benjamin aber gibt es keine undialektische Diskreditierung der »Menge« oder der »Massen«. Erinnert sei nur der Kunstwerk-Aufsatz mit seinen Überlegungen, wie das Massenmedium Film emanzipatorisch genutzt werden könnte. Dort findet sich auch der bekannte Satz über den Faschismus, der sein »Heil darin [sieht], die Massen zu ihrem Ausdruck (beileibe nicht zu ihrem Recht) kommen zu lassen« (VII, 382). Als Kommunist gelten Benjamins theoretische Anstrengungen natürlich der

7 In seiner ersten, von Lukács angeregten Auseinandersetzung mit dem »Problem ›Theorie und Praxis‹« geht Benjamin die Sache sozusagen von der anderen Seite her an: Er notiert, »dass bei aller, diesen beiden Bezirken zu wählenden Disparität eine definitive Einsicht in die Theorie an Praxis gerade hier gebunden ist« (an Scholem, 16.9.1924). Und in einer späteren Annotation zu *Geschichte und Klassenbewusstsein* heißt es: »Seine Einzigartigkeit beruht in der Sicherheit, mit der es in der kritischen Situation der Philosophie die kritische Situation des Klassenkampfes und in der fälligen konkreten Revolution die absolute Voraussetzung, ja den absoluten Vollzug und das letzte Wort der theoretischen Erkenntnis erfasst hat.« (1929; III, 171) Noch in den Geschichtsthesen von 1940, nachdem sich diese Revolutionserwartung längst auf furchtbare Weise als Illusion erwiesen hatte, hört man einen Nachhall: »Das Subjekt historischer Erkenntnis ist die kämpfende, unterdrückte Klasse selbst.« (I, 700)

Differenz von kleinbürgerlicher, faschistischer, reaktiver Masse und proletarischer, kommunistischer, aktiver Masse. Die eine ist eine »kompakte«; ihre »Manifestationen« tragen »durchweg einen panischen Zug – sei es, dass sie der Kriegsbegeisterung, dem Judenhass oder dem Selbsterhaltungstrieb Ausdruck geben« (VII, 370, Fn. 12). Die andere ist eine durch die »Solidarität« »aufgeloockerte« (ebd.). In ihr »ist der tote, undialektische Gegensatz zwischen Individuum und Masse abgeschafft«. Und über den »revolutionären Führer« heißt es, dass »dessen größte Leistung nicht darin [besteht], die Massen nach sich zu ziehen, sondern immer wieder in die Masse sich einbeziehen zu lassen, um immer wieder einer von Hunderttausenden für sie zu sein« (ebd.). Hier haben wir also geradewegs die Gegenfigur zum Flaneur.

Letzteren schließt Arendt nun verblüffenderweise kurz mit Benjamins Denkbild vom »Engel der Geschichte« aus der IX. der Geschichtsthesen:

In diesem Engel [...] erlebt der Flaneur seine letzte Verklärung. Denn wie der Flaneur durch den Gestus des zwecklosen Schlenderns der Menge auch dann den Rücken weist, wenn er von ihr getrieben und mit ihr fortgerissen wird, so wird der »Engel der Geschichte«, der nichts betrachtet als das Trümmerfeld der Vergangenheit, vom Sturm des Fortschritts rücklings in die Zukunft geweht. Dass sich solchen Augen ein einstimmiger, dialektisch einsichtiger, vernünftig deutbarer Prozess darbieten könnte, davon kann wohl keine Rede sein. (197)\*

Erinnern wir knapp daran, worum es bei Benjamin ging. Die XI. These sagt, dass das, was uns im naiven geschichtlichen Rückblick als »eine Kette von Begebenheiten« erscheint, genauer besehen »eine einzige Katastrophe« darstellt (I, 697). Gerne würde man das grausam Geschehene wieder gut machen, »die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen«. Aber das geht natürlich nicht: der »Fortschritt« treibt uns »unaufhaltsam in die Zukunft«, »während der Trümmerhaufen [...] zum Himmel wächst« (697). – Wer aber darüber hinwegsieht, wie der »Konformismus« der »Sozialdemokratie«, technokratische Fortschrittsgläubigkeit, ein »korrumpierter Begriff von Arbeit« und rücksichtslose Naturausbeutung (vgl. These XI), der ver-rät nicht nur die vergangenen verlorenen Befreiungskämpfe, sondern versagt auch in den gegenwärtigen und zukünftigen. Aktuell (1940) schrieb Benjamin mit der Absicht, »unsere Position im Kampf gegen den Faschismus [zu] verbessern« (697).<sup>9</sup>

8 Scholem bemerkt dazu lapidar: »Das entspricht kaum dem Texte Benjamins: Der Sturm weht ihn dort vorwärts, nicht rücklings in die Zukunft, vor der er als ihr Herold vorausseilt.« (1972, 71, Anm. 33) Und zum letzten Satz: »Stimmt das aber? Ein einstimmiger Prozess gewiss nicht, aber warum kein dialektisch einsichtiger?« (72)

9 Soweit ich sehe, zitiert Arendt in ihren Werken ausschließlich die IX. These, so etwa in ihrem »Franz Kafka« (1944) oder in den *Elementen* (324).

*Der »Sammler« oder die Polemik gegen das Nützliche*

Das Sammeln ist, wie Benjamin wohl als erster betont hat, die Leidenschaft der Kinder, für welche die Dinge noch keinen Warencharakter haben, und es ist das Hobby der reichen Leute, die genug haben, um Nützliches nicht mehr zu brauchen, und es sich leisten können, »die Verklärung der Dinge zu [ihrer] Sache« (V, 53) zu machen. « Sie setzen »den Liebhaberwert an die Stelle des Gebrauchswerts (227).<sup>10</sup>

Bevor wir darauf zurückkommen, sei ein anschließender Gedanke Arendts zitiert:

sofern das Sammeln sich an jeden Gegenstand hängen kann [...] und diesen Gegenstand damit als Ding gleichsam erlöst – er ist nun zu nichts mehr gut, Mittel zu keinem Zweck, er hat seinen Wert in sich –, ist das Sammeln für Benjamin eine der revolutionären Tätigkeit verwandte Haltung. Auch der Sammler wie der Revolutionär »träumt sich nicht nur in eine ferne und vergangene Welt, sondern zugleich in eine bessere, in der zwar die Menschen ebenso wenig mit dem versehen sind, was sie brauchen, wie in der alltäglichen, aber die Dinge von der Fron frei sind, nützlich zu sein« (V, 53). Das Sammeln ist die Erlösung der Dinge, welche die der Menschen komplementär ergänzen soll. (227)

Der Sammler, die Kinder, die reichen Leute, der Revolutionär – seltsame Abstraktion, dies in eine Reihe zu zwingen. Die Kinder von reichen Leuten mögen sich in einigem wenigen von jenen armer nicht unterscheiden. Die Reichen aber allemal von den Armen. Und von den Revolutionären. Bei Arendt aber erhalten die Reichen den Bonus der Unschuld, während der Revolutionär im gleichen Zug zum naiven Träumer wird.

Was Benjamin am Typus des Sammlers interessiert, ist vor allem, ein materielles Arrangement bürgerlicher Ideologie sichtbar zu machen, und zwar so, dass sie als negative, privategoistisch beschränkte Form auf die befreite Gesellschaft deutet.

Zunächst verweist es auf das komplementäre-kompensatorische Verhältnis von Profitgeschäftsraum des kapitalistischen Privateigentümers zu seinem Privatraum, in dem er sich als »Privatmann« mit seinen »Phantasmagorien« konstituiert.<sup>11</sup>

Für den Privatmann tritt erstmals der Lebensraum in Gegensatz zu der Arbeitsstätte. Der erste konstituiert sich im Interieur. Das Kontor ist sein Komplement. Der Privatmann, der im Kontor der Realität Rechnung trägt, verlangt vom Interieur in seinen Illusionen unterhalten zu werden. Diese Notwendigkeit ist umso dringlicher, als er seine geschäftlichen Überlegungen nicht zu gesellschaftlichen zu erweitern gedenkt. In der Gestaltung seiner privaten Umwelt verdrängt er beide. Dem entspringen die Phantasmagorien des Interieurs. Es stellt für den Privatmann das Universum dar. In ihm versammelt er die Ferne und die Vergangenheit. Sein Salon ist eine Loge im Welttheater. (V, 52)

10 Zurecht notiert Arendt: »Dass Sammeln außerdem eine besonders sichere und oft höchst profitable Anlage von Vermögenswerten sein kann, war noch nicht in Benjamins Gesichtskreis getreten.« (227) Aber darum ging es gar nicht.

11 Benjamin meint, dass diese Figur zuerst in Frankreich unter der Herrschaft Louis-Philippes »den geschichtlichen Schauplatz« betritt (V, 53). Auch dieser Historisierungsversuch interessiert Arendt nicht.



Hier nun findet der Typus des Sammlers mit seiner »reaktionären Utopie« (Weidmann 1992, 94) seinen Platz:

»Der Sammler ist der wahre Insasse des Interieur. Er macht die Verklärung der Dinge zu seines Sache. Ihm fällt die Sisypheusaufgabe zu, durch seinen Besitz an den Dingen den Warencharakter von ihnen abzustreifen. Aber er verleiht ihnen *nur* den Liebhaberwert *statt* des Gebrauchswerts. Der Sammler träumt sich nicht nur,« wie der Privatmann als solcher, »in eine ferne oder vergangene Welt sondern zugleich in eine bessere, in der zwar die Menschen ebenso wenig mit dem versehen sind, *was sie brauchen*, wie in der alltäglichen, aber die Dinge von der Fron frei sind, nützlich zu sein.« (V, 53; Hvh. ThW)

Keineswegs also ist hier die »Erlösung der Dinge« durchs Sammeln, wie Arendt unterstellt, komplementäre Ergänzung der »Erlösung der Menschen«, sondern deren Ersatz. Worin gerade die Funktionalität des Sammler-Typus liegt. Sein Tun ist zwar vom Standpunkt des Verwertungsinteresses des kapitalistischen Privateigentümers dysfunktional, nicht aber sofern dieser »Privatmann« ist, weil es dessen komplementäres kompensatorisches Imaginäres organisiert: ein privat bleibendes, a-soziales Verhältnis zur Vergangenheit und Zukunft, so jedenfalls Benjamins These.

Vom Standpunkt gesellschaftlicher Befreiung der Menschen aber geht es für Benjamin, wie anders, zunächst und immer darum, »was sie brauchen« (wovon eben der Sammler abstrahiert). Dies jedoch erheischt Verhältnisse, in denen der Gebrauchswert allererst zu seinem Recht kommt, statt unter der »Fron« des Tauschwertes zu stehen und Nützlichkeit also nur für die Verwertung des Werts interessiert.

Insoweit nun der Sammler-Typus menschliche Befreiung auf verdinglichte Weise ahnen lässt, beabsichtigt Benjamin ihn nicht einfach bloß zu verwerfen, sondern bestimmt zu negieren, genauer, mit Rekurs auf Marx *antagonistisch zu vollenden*:

Der *positive* Gegentypus zum Sammler, der doch zugleich dessen Vollendung darstellt, insofern er die Befreiung der Dinge von der Fron, nützlich zu sein, verwirklicht, ist nach diesem Wort von Marx darzustellen: »Das Privateigentum hat uns so dumm und untätig gemacht, dass ein Gegenstand erst der *unsrige* ist, wenn wir ihn haben, also als Kapital für uns existiert oder von uns [...] *gebraucht* wird.« (MEW 40, 540) (V, 277)

Das Haben und Brauchen aber soll wie das »Bedürfnis oder der Genuss [...] ihre *egoistische* Natur und die Natur ihre bloße *Nützlichkeit*« verlieren, »indem der Nutzen zum *menschlichen* Nutzen geworden ist«, wie es im erklärenden Kontext bei Marx weiter heißt (MEW 40, 540). – Dafür aber müsste der »Privatmann« sich selbst aufheben, indem er seine »geschäftlichen Überlegungen zu gesellschaftlichen erweitert« (vgl. V, 52), und der Sammler tatsächlich zum Revolutionär werden.

### Zweierlei Traditionsbruch

Zurecht verweist Arendt darauf, dass Benjamin am Marxismus »gerade in seiner kommunistisch revolutionären Gestalt« nicht nur die »Radikalität« seiner »Gegenwartsanalysen« interessierte, sondern dass er gleichermaßen »die gesamte geistige und politische Überlieferung mit in Betracht zog« (222). Und triftig ist wohl auch die biographisch-geschichtliche Motivierung dieser Affinität aus Benjamins

jugendlicher »Rebellion gegen die Herkunft und das Milieu der deutsch-jüdischen Gesellschaft im kaiserlichen Deutschland« (213), dann seiner jugendbewegten studentischen gegen die »Realitätslosigkeit und Verlogenheit« des »Literatur- wie des akademischen Betriebs« (219); schließlich, und dies bildet den instruktivsten Teil von Arendts Essay, die allgemeinere Genese von Benjamins »Hinwendung zum Marxismus« (225) aus dem damaligen Stand der »Judenfrage«, sofern nämlich das Problem der jüdischen Intellektuellen spätestens in Benjamins Generation gewesen sei, »dass sie ins Judentum [...] nicht zurück wollen konnten«<sup>12</sup>, da »ihnen alle Traditionen und Kulturen gleich fragwürdig geworden waren« (221).

So sei für Benjamin »die Frage der Tradition überhaupt« (222) entscheidend geworden; wissend, »dass Traditionsbruch und Autoritätsverlust irreparabel waren«, suchte er »neue Wege für den Umgang mit der Vergangenheit« (223). Davon nennt Arendt zweierlei zusammenhängende: Benjamin »entdeckte, dass an die Stelle der Tradierbarkeit der Vergangenheit ihre Zitierbarkeit getreten war, an die Stelle ihrer Autorität die gespenstische Kraft, sich stückweise in der Gegenwart anzusiedeln und ihr den falschen Frieden der gedankenlosen Selbstzufriedenheit zu rauben« (223).

Zitate sollen so die Gegenwart in eine Krise bringen und im selben Zuge Vergangenheit gegenwärtig bewahren, gerade indem Fragmente aus dem Überlieferungszusammenhang herausgeschlagen werden. Zum Kritisch-Destruktiven kommt das Moment der Rettung, und umgekehrt, denn, so Arendt weiter: wenn auch erst »der an der Gegenwart Verzweifelnde [...] ›im Zitat die Kraft [entdeckt]: nicht zu bewahren, sondern zu reinigen, aus dem Zusammenhang zu reißen, zu zerstören« (II, 365), so sind doch diese Entdecker des Destruktiven«, hier Karl Kraus und Benjamin, »ursprünglich von einer ganz anderen Absicht beseelt, nämlich von der Absicht zu bewahren« (223f). Anders als »die berufsmäßigen ›Bewahrer‹ der Vergangenheit, der Werte, des Positiven usw.« (224), soll man sagen, die geisteswissenschaftlichen Kompensationsideologen der Ideen- und Kulturgeschichte, wusste Benjamin, »dass die destruktive Kraft des Zitats ›die einzige [ist], in der noch Hoffnung liegt, dass einiges aus diesem Zeitraum überdauert – weil man es nämlich aus ihm heraus-schlug« (II, 365).« (224)

Hier klingen einige wichtige Motive Benjamins an: a) die »rettende Kritik« und der kritische Zusammenhang Destruktion/Konstruktion, b) die Notwendigkeit des Aufsprengens des Geschichtskontinuums, c) die Gegenwart als Brenn- wie Zielpunkt der Geschichtsdarstellung. Das Worumwillen all diesen bleibt aber unerwähnt; mehr noch, es wird verschwiegen in dem eminenten Sinn, dass Arendts Sprechen es vergessen macht. Der Marxismus hatte für Benjamin eben nicht bloß die von Arendt eingestandene, aber ähnlich Scholem nicht eigentlich zugestandene Attraktionskraft; spätestens ab 1930 bemühte er sich um eine Weiterentwicklung marxisti-

12 Und falls sie es gleichwohl versuchten, mussten sie, wie Scholem, einen großen Umweg machen. Arendt jedenfalls sieht in dessen »merkwürdigem Entschluss, sich dem Judentum auf dem Weg der Kabbala zu nähern, also dem im Sinne jüdischer Tradition Untradierten und Untradierbaren«, geradezu eine Bestätigung dafür, »dass es den Weg zurück nicht gab« (225).

scher »Geschichtserkenntnis« (III, 265) bis hin zu den Thesen *Über den Begriff der Geschichte*, die auch als Zuarbeit für den »Historiker, der an Marx geschult ist« (I, 694), gedacht sind.

Arendt stattdessen will Glauben machen, dass Benjamin, »ohne es zu wissen«, mehr mit Heidegger gemein hatte (232) – mit dessen »großem Spürsinn« für die am Meeresgrund der Geschichte sedimentierten Schätze, die »nur durch die ›Gewaltsamkeit‹ der Interpretation, nämlich ›die tödliche Stoßkraft‹ neuer Gedanken zu retten und in die Gegenwart zu heben« sind (232). Verstörend an diesem Brückenschlag ist zunächst, dass Benjamin, was Arendt wissen musste, Heideggers Philosophie als Gefahr erkannte und sie zu »zertrümmern« gedachte (an Scholem, 25.4.1930). Dass die zu diesem Zweck mit Brecht geplante Arbeitsgruppe nicht zustande kam, ändert daran nichts. Und, wichtiger: Während der eine seine Philosophie dem Nazismus andiente, versuchten die andern, ins Exil getrieben, Begriffe und Konzepte zu entwickeln, die »für die Zwecke des Faschismus vollkommen unbrauchbar« sind (VII, 350).

Wer über diesen Abgrund hinwegsehen will, der mag formal-gestische Gemeinsamkeiten zwischen dem Destruktiven/Konstruktiven von Benjamins »rettender Kritik« und Heideggers »Destruktion« entdecken, auf die Arendt oben anspielt. Bekanntlich will Heidegger seine in *Sein und Zeit* versuchte »Destruktion des überlieferten Bestandes der antiken Ontologie« nicht im »negativen Sinn einer Abschüttelung der ontologischen Tradition« (22) verstanden wissen; sie will »nicht die Vergangenheit in Nichtigkeit begraben, sie hat positive Absicht« (23), nämlich »die ursprünglichen Erfahrungen, in denen die ersten und fortan leitenden Bestimmungen des Seins gewonnen wurden«, freizulegen. Dazu »bedarf es der Auflockerung der verhärteten Tradition und der Ablösung der durch sie gezeitigten Verdeckungen« (22): Ihre negierende »Kritik trifft das ›Heute‹ und die herrschende Behandlungsart der Geschichte der Ontologie, mag sie doxographisch, geistesgeschichtlich oder problemgeschichtlich angelegt sein« (22f).

Der Zweck und Gehalt dieser Operation ist, in Arendts Worten, die »Belebung vor allem der Antike« (231) und ihr Medium schließlich das »Hören auf die Überlieferung« (*Kants These über das Sein*, Ffm 1962, 8; zit. 232). Und gerade dies markiert den Unterschied ums Ganze zwischen Heidegger und Benjamin. Dessen »Moralität der Einsichten« verbot ihm nicht nur »eine Rückkehr und Fortsetzung jeglicher Tradition« (222; vgl. Scholem an Benjamin, 30.3.1931), sondern führte ihn zur Einsicht in die »Aktualität eines radikalen Kommunismus«, als Partei- im Sinne einer Handlungsfrage (an Scholem, 7.7.1924), die alle seine weiteren Überlegungen beseelte. Von hierher betreffen Destruktion und Konstruktion die geschichtlichen Dimensionen, Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft gleichermaßen<sup>13</sup>. Ich beschränke mich auf einige Benennungen:

13 Die Literatur hierzu ist zahllos; deshalb sei hier bloß verwiesen auf *Benjamins Begriffe*, hgg. v. M. Opitz u. E. Wizisla, Frankfurt/M 2000, und auf die einschlägigen Benjamin-Artikel im *Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus*; zur »rettenden Kritik« nach wie vor instruktiv ist Bürger (1972).

Destruktion der herrschenden Überlieferungsgeschichte als katastrophisches Kontinuum der Herrschenden; »Eingedenken« und Rekonstruktion der »Tradition der Unterdrückten« (I, 697); »Geistesgegenwart« zur Abwendung der »Gefahr«, sich »zum Werkzeug der herrschenden Klasse herzugeben« (I, 695); Destruktion der *Ideologie* des Fortschritts, revolutionstheoretische Rekonstruktion seines *Begriffs* aus dem der »Katastrophe«; Entzauberung der Zukunft durch einen Begriff der »Jetztzeit, in welcher Splitter der messianischen eingesprengt sind« (I, 704). – Dies und mehr finden wir in den *Geschichtsthesen*, deren »Überlieferung« doch Arendt zu verdanken ist – und nichts davon übermittelt ihr Text.<sup>14</sup>

### Literatur

- Adorno, Theodor W., *Vorlesungen über Negative Dialektik*, hg. v. R. Tiedemann, *Nachgelassene Schriften*, Bd. IV.16, Frankfurt/M 2003
- ders. u. Walter Benjamin, *Briefwechsel 1928-1940*, hg. v. H. Lonitz, Frankfurt/M 1994
- Arendt, Hannah, »Franz Kafka« (1944), in: dies., *Die verborgene Tradition. Acht Essays*, Frankfurt/M 1976, 88-107
- dies., *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft* (1951), München 1986
- dies., »Walter Benjamin« (1968), in: dies., *Menschen in finsternen Zeiten*, hg. v. U. Ludz, München-Zürich 2001, 179-236
- Benjamin, Walter, *Gesammelte Briefe*, 6. Bde., hg. v. Ch. Götde u. H. Lonitz, Frankfurt/M 1995-2000
- ders., *Gesammelte Schriften*, 7 Bde., hg. v. R. Tiedemann u. H. Schweppenhäuser, Frankfurt/M 1972-89
- Brecht, Bertolt, *Gesammelte Werke*, Frankfurt/M (zit. GW)
- ders., *Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe*, Berlin-Weimar-Frankfurt/M (zit. GA)
- Bürger, Peter, »Benjamins »rettende Kritik«« (1972), in: ders., *Vermittlung – Rezeption – Funktion*, Frankfurt/M 1979, 160-72
- Heidegger, Martin, *Sein und Zeit* (1927), 15. Aufl., Tübingen 1979
- Scholem, Gershom, »Walter Benjamin« (1964), in: ders., *Walter Benjamin und sein Engel. Vierzehn Aufsätze und kleine Beiträge*, hg. v. R. Tiedemann, Frankfurt/M 1983, 9-34
- ders., »Walter Benjamin und sein Engel« (1972), in: ebd., 35-72
- ders., *Walter Benjamin – die Geschichte einer Freundschaft* (1975), 3. Aufl., Frankfurt/M 1990
- Weidmann, Heiner, *Flanerie, Sammlung, Spiel. Die Erinnerung des 19. Jahrhunderts bei Walter Benjamin*, München 1992
- Young-Bruehl, Elisabeth, *Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit* (1982), a. d. Am. v. H.G. Holl, Frankfurt/M 1991

14 Kurz vor seiner Flucht aus dem von den Nazis besetzten Frankreich vertraute Benjamin ihr die nachmals berühmte Arbeit an mit der Maßgabe, sie nach New York ans Institut für Sozialforschung zu übergeben. Arendt hielt Benjamins Thesen – ganz anders als Brecht – für »schwer verständlich, weil absichtlich fragmentarisch hingeworfen und nach vielen Seiten deutend« (*Elemente*, 324, Fn. 35).

Erich Wulff

## An Dorothee Sölle denkend

*Liebe Dorothee!*

Ich kann von dir noch nicht in dritter Person reden und nicht in einer Vergangenheit, die endgültig sein soll. Dein Gesicht, deine Stimme sind mir, sind uns, deinen Freunden, dazu noch viel zu nahe. Du wirst uns diese Weigerung, dich ganz gehen zu lassen, verzeihen. Sie kann dich ohnehin nur eine Zeitlang bei uns festhalten. So lass uns zunächst noch im Glauben, du seiest, wie so oft in früheren Jahren, nur wieder auf eine diesmal etwas weitere Reise gegangen.

Du warst achtzehn, als ich dich zum ersten Mal sah, und zwanzig, als wir Freunde fürs Leben wurden. Ich war nur drei Jahre älter. Wie das vor sich ging, lässt sich in dem Gedicht »Lob der Freundschaft« nachlesen, das du mir zu meinem sechzigsten Geburtstag schenktest. Du warst die erste, die nicht nur stundenlang zuhörte, wenn ich irgendeine Idee – über den Wahnsinn, über die Farben bei Georg Trakl, über eines der Sonette an Orpheus im Kopf hatte, sondern mir auch Echo und Resonanz darauf gab. Dein manchmal skeptisches Räuspern hat mir geholfen, manchen Unsinn über Bord zu werfen – und auch, aus unvollständigen Bruchstücken doch etwas Vernünftiges zu machen.

Später, Anfang der sechziger Jahre, erzählte ich dir auf meinen Europaurlauben von Vietnam. Auch da halfst du mir, Ordnung in meine Gedanken zu bringen, und du warst die erste in Deutschland, die mir das Gefühl gab, mit meiner Sympathie für den »Viet Cong« nicht allein da zu stehen. Wir bewegten uns damals auf parallelen Bahnen in die gleiche Richtung: du von einem bultmannisch entmythologisierten Christentum zur Befreiungstheologie, ich vom Existenzialismus her zu Marcuse und Marx. Aber den entscheidenden Anstoß, diesen Weg zu gehen, verdanke ich noch einmal dir: denn durch dich habe ich bei einem Karnevalsfest 1964 Frigga – damals noch Laudan, nicht lange danach schon Haug – kennen gelernt und durch sie auch Wolf und das *Argument*, das ganz schnell zu meiner geistigen Heimat wurde. Ich schrieb damals Aufsätze. Du machtest das auch, unternahmst aber gleichzeitig etwas Handfesteres: mit deinem »politischen Nachtgebet« mobilisiertest du Christen gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam.

1967 oder Anfang 68, da kamst du eines Tages mit Steff bei mir an. Er war damals noch Mönch in Maria Laach, eure Verbindung musste also noch geheimgehalten werden. Ich sah gleich, was du natürlich schon wusstest: dass er der Richtige war, und seitdem taucht, wenn ich an dich denke, immer auch sein Gesicht vor mir auf.

Im November 1972 flogen wir zusammen für zehn Tage nach Hanoi und Hai Phong. In deinem Buch *Leiden* erzählst du von den Zerstörungen, die wir dort sahen, aber auch von der ruhigen Entschlossenheit der Menschen, den Kampf um die Unabhängigkeit des ganzen Landes zuende zu bringen. Einige sehr schöne Gedichte hast

du selbst dort geschrieben, und wenn ich mich richtig erinnere, wurden sie zuerst im *Argument* veröffentlicht. Später wurdest du Mitglied der Autonomen Frauenredaktion des *Argument*, weil du in einer allgemein wachsenden Hoffnungslosigkeit, hier noch Aufbruch, noch die Möglichkeit spürtest, Dich auf andere Weise gegen Unrecht einzusetzen.

In den Jahren danach bist du bei deinem Engagement für die Entrechteten geblieben, nach Vietnam kam Chile, dann Nicaragua. Und auch nach 1989 hast du die sozialistische Utopie nicht endgültig verabschiedet. Vielleicht liegt das daran, dass du, anders als manche damals Hundertfünfzigprozentige, die Augen immer offen gehalten hast, dass dein Engagement eben mit dem Eingeständnis der Irrtumsfähigkeit einher ging, und es auch nicht allein in einem Vernunftentwurf verankert war, sondern auch, ich finde kein besseres Wort dafür, im Mitgefühl. Nicht nur der »Schlaf der Vernunft«, auch ihre ruhelose, nur noch kalt planende Überwachtheit erzeugt Ungeheuer, so hast du, völlig zu Recht, Goyas Titel uminterpretiert. Bei deinen anderen mystischen Höhenflügen konnte ich dir nicht immer folgen, aber dein Grundgedanke ist mir ganz nah und vertraut: dass gleichberechtigt neben Verfügung und Kontrolle Sein- und Loslassen stehen muss, dass die Vernunft die Quelle, aus der sie schöpft, ihre andere Seite, ständig zu erneuern hat, dass die andere Seite des Wach- und gegenwärtig Haltens das Vergessenkönnen ist und dass dies nicht deshalb schon zur Unwahrheit wird, weil einer unserer neuzeitlichen Gewährsleute dafür Nietzsche war.

Am Beispiel des Neoliberalismus hast du in den letzten Jahren den Allmachtsanspruch einer nur noch ökonomischen Vernunft kritisiert. Mit Identifikationsmustern und Preisschildern ausgezeichnet sind heute ja nicht nur Käse und Wurst, CDs und Handys, sondern bald schon jedes Lächeln und jeder Sonnenuntergang, jedes freundliche Wort und jede zärtliche Berührung. Wertschöpfung heißt diese Inthronisation einer generalisierten Prostitution als einzigem Weltbeweger, und wer sich ihm verweigert, dem droht die Welthandelsorganisation schon mit Sanktionen. Diesem Ausverkauf hattest du mit uns den Kampf angesagt. Wie die Zukunft aussehen soll, in deren Namen wir ihn führen können, das weiß ich nicht. Du führtest ihn im Namen Gottes, den ich, in Ermangelung eines anderen, als Lückenbüßer gelten lassen muss, bis diese Leerstelle sich wieder mit etwas Diesseitigem, Menschennäherem auffüllt und eine so rehabilitierte Vernunft auch wieder dabei sein kann. Gott als Lückenbüßer, das meine ich nicht blasphemisch, sondern sogar ein bisschen theologisch, als Stell- und Aushilfsvertretung: sofern ein alter Atheist wie ich so etwas überhaupt sagen darf. Und vielleicht bist du jetzt ja so etwas wie Gottes Verstärkung: so dass wir unseren Kampf auch in deinem Namen führen dürfen. Aber hier unten, da müssen wir jetzt ohne dich auskommen. Und doch: so ganz ohne dich auch nicht. Was du geschrieben, was du getan hast, das hast du ja auch uns hinterlassen.

Milan Prucha

## Zum Tode von Karel Kosík

Der tschechische Philosoph und Publizist Karel Kosík ist am 21. Februar dieses Jahres gestorben. Was bedeutet sein Name für die Älteren und kennt ihn noch die jüngere Generation? Schon eine kurze Biographie lässt seinen Weg vorahnen. Geboren 1926 in Prag ist Kosík im Jahre 1944 wegen Teilnahme an der Widerstandsbeziehung von der Gestapo verhaftet und in Theresienstadt eingekerkert worden. Nach der Befreiung studierte er in Prag, Moskau und Leningrad und war danach am Institut für Philosophie der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften tätig. Seine Karriere als Hochschullehrer ist sehr kurz geblieben: 1968 zum Universitätsprofessor ernannt, musste er nach zwei Jahren die Fakultät verlassen, und auch nach der Wende ist er nur für etwa ein Jahr an die Karlsuniversität zurückgekehrt.

Kosík, Mitglied der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (1968 im Zentralkomitee), hat sich seit Mitte der 50er Jahre gegen die stalinistische Entartung des Sozialismus engagiert und ist schnell zu einer der Leitfiguren des Antistalinismus in der tschechoslowakischen Kultur geworden. In diesen Zusammenhang gehört sein philosophisches Hauptwerk *Dialektik des Konkreten*. Dessen Veröffentlichung im Jahre 1963 ist zum wichtigsten philosophischen Ereignis der Zeit vor dem »Prager Frühling« geworden. Übersetzt in viele Sprachen – selbstverständlich auch ins Deutsche<sup>1</sup> – ist Kosíks Buch mit großem Interesse der Öffentlichkeit angenommen worden. Lob und Anerkennung kam von dem anders denkenden Jan Patočka, das Vorwort zur französischen Ausgabe hat Jean-Paul Sartre geschrieben ... Kosík ist zu einem bekannten Mitglied der informellen aber einflussreichen Gemeinschaft der Anhänger des sog. »westlichen Marxismus« (Merleau-Ponty) geworden, die in Italien, Frankreich, Jugoslawien, Ungarn, Polen und anderen Ländern eine Alternative zum sowjetischen Marxismus und dem System, das dieser legitimieren sollte, aufzubauen versuchten. Mit diesen hauptsächlich vom jungen Lukács und von Gramsci inspirierten Philosophen haben auch die aus der »Frankfurter Schule« kommenden Erich Fromm und Herbert Marcuse intensiv verkehrt, wie es sich dem von Fromm herausgegebenen, Kosíks Beitrag beinhaltenden Sammelband *Socialist Humanism* (Doubleday, 1965) gut entnehmen lässt. Für die Linken im Westen waren Kosíks Gedanken auch deswegen wichtig, weil sie aus einem Lande stammten, in dem es darum ging, dem Sozialismus eine Gestalt zu verleihen, die für Länder mit bürgerlich-demokratischer Tradition Wege zur sozialistischen Demokratie erkunden könnte.

Kosík war Marxist und ist bis zum Ende seines Lebens seiner Grundüberzeugung treu geblieben. Besagt das, dass er nur für einen engen Kreis von Gleichgesinnten von Bedeutung ist, im Kontext einer Episode, die man »Prager Frühling« nennt, und nicht für die, die »Philosophie als solche« interessiert? Um diese Frage wirklich zu

1 Karel Kosík, *Dialektik des Konkreten, Eine Studie zur Problematik des Menschen und der Welt*, Frankfurt/M (Suhrkamp) 1967.

beantworten, müsste man große Mittel einsetzen und darüber nachdenken, ob die Philosophie eine in sich geschlossene und dementsprechend sich selbst begründende Disziplin ist, oder ob sie eher dialektisch-topisch als eine situationsgebundene Gestalt des Geistes verstanden werden muss. Die Option für die zweite Möglichkeit impliziert die Anerkennung allgemeiner Relevanz der Gedanken Kosíks. Er hat das geistige Leben der Gesellschaft, in der er lebte, der Wahrheit näher gebracht. Damit aber auch die Philosophie: Er versuchte, sie an einen neuen Ort anzusiedeln, die philosophische Dimension für eine Gesellschaft zu gewinnen, deren Projekt diese Dimension zwar beinhaltet, sie aber unterwegs weitgehend verloren hat.

Einen im Ausland ziemlich unbekanntem Kosík gibt es auch nach der Wende, und diesem ist die Sache, für die er sich vorher eingesetzt hat, keineswegs obsolet geworden. Der Mann, den noch am Anfang der 70er Jahre die sowjetische philosophische Propaganda als »einen der geistigen Inspiratoren der antisozialistischen Kräfte in der CSSR« diffamierte, ist zu einem der schärfsten Kritiker der Restauration des Kapitalismus in diesem Lande geworden. Ob mit dem Prädikat »sozial« oder ohne Prädikat, wie es der jetzige Präsident der Republik V. Klaus lieber haben möchte – für Kosík ist »Marktwirtschaft« entweder ein unangemessener oder aber ein trügerischer Name für den Kapitalismus. Nicht der Markt, sondern Giganten wie General Motors, I. G. Farben, Shell, die mit allen Mitteln um die Profite kämpfen, sind da entscheidend. Für das »Superkapital«, wie es Kosík nennt, bleibt der Markt nur ein untergeordnetes Mittel seines Funktionierens. Globalisierung, Beitritt der Tschechischen Republik zur Atlantischen Allianz und auch Krieg in Jugoslawien gehören für Kosík in denselben Zusammenhang. Der ehemalige Dissident und Bürgerrechtler Vaclav Havel hat sich mit der Bombardierung Jugoslawiens einverstanden erklärt und hat sich von der Präsidentschaft mit seiner Zustimmung zum amerikanischen Völkerrechtsbruch im Irak verabschiedet. Der Dissident Kosík hat den Krieg im Irak nicht mehr erlebt, war aber luzide genug, um schon bei dem in Jugoslawien zu wissen, woher der Wind weht.

Am Scheideweg des Jahres 1989 hat sich Kosík im Dissidententum auf die Seite der Verlierer gestellt. Nach zwanzig Jahren »Normalisierung« hat es den Tschechen und Slowaken an Kraft gefehlt, sich nicht bloß an den Westen anzupassen, sondern an die teuer erkauften Errungenschaften der Vergangenheit anzuknüpfen. »Die Bedeutung, aber auch die historische Begrenztheit des Dissenses hat in dem bestanden, dass er *zusammen* mit der Wiederherstellung der Demokratie den Kapitalismus restauriert hat... Die ehemaligen Kritiker des Establishments haben sich in Apologeten *ihres* Regimes verwandelt. Sie verstehen nicht, dass in der Kohabitation mit dem gegenwärtigen Kapitalismus (dem Superkapital) die Demokratie nur als eine eingeschränkte, begrenzte, halbierte ›Volksherrschaft‹ funktionieren kann, die von Innen durch eine neue Schicht, durch die Lumpenbourgeoisie untergraben wird.« Ohne also eine pauschale Abwertung aller nach dem Jahre 1989 stattgefundenen Veränderungen im Sinn zu haben, sagte Kosík mit voller Deutlichkeit: »Die zehnjährige Erfahrung mit der ›ökonomischen Transformation‹ zeigt, dass die Restauration des Kapitalismus keine einzige der wesentlichen Fragen der Gegenwart gelöst, sondern sie alle nur ausgeblendet oder verschoben und damit indirekt auch das kritische Denken aufgefordert hat, ohne Verzug ans Werk zu gehen.«



Guido Liguori

## Giuseppe Fiori

Vor kurzem starb in Rom der am 27. Januar 1923 in Sardinien geborene Giuseppe Fiori, Autor der bis heute lesenswertesten Biografie über Antonio Gramsci, die diesen einem großen Publikum in Deutschland nahegebracht hat.

Fiori war Journalist (stellvertretender Direktor der Nachrichtensendung *Telegiornale 2* und Herausgeber der Zeitung *Paese sera*), Historiker (Autor zahlreicher Biografien – über Berlusconi, die Gebrüder Rosselli, Ernesto Rossi und den Anarchisten Schirru, abgesehen von der über Gramsci) und Politiker (er war drei Mal Senator der Unabhängigen Linken in den 80er Jahren). Peppino, wie ihn seine Freunde nannten, gehörte zu den Mitbegründern der italienischen Sektion der Internationalen Gramsci-Gesellschaft.

Seine Werke über Gramsci machten ihn weltweit bekannt. *Das Leben des Antonio Gramsci*, 1966 bei Laterza erschienen und in zahlreiche Sprachen übersetzt (dt. 1979), war das leidenschaftliche Werk eines Pioniers, der dazu beitrug, den sardischen Kommunisten aus dem Gefängnis der Mythen zu befreien. Im ersten Teil präzise und wohl noch immer unübertroffen, wo es um »Ninos« Kindheit, Jugend, das familiäre Umfeld, die Studienzeit und die ersten politischen Erfahrungen geht, ist es durch den Fortgang der Forschungen in den vergangenen 40 Jahren im Einzelnen überholt worden, bleibt aber sowohl als packende Lektüre wie aufgrund seines Kenntnisreichtums unersetzlich.

In einem weiteren Buch, *Gramsci Togliatti Stalin* (Rom-Bari 1991), wirft Fiori neues Licht auf die verwickelten Beziehungen zwischen den drei im Titel genannten Personen. Ein wichtiges Werk, das eine größere Bekanntheit, auch Übersetzungen in andere Sprachen (auch ins Deutsche!) verdient hätte. Fiori hat schließlich 1994 eine wiederum Gramsci gewidmete *Vita attraverso le lettere* (*Leben im Spiegel der Briefe*) geschrieben, die auch für eine breitere Leserschaft von Interesse ist.

Giuseppe Fioris Tod ist ein Verlust für die Kultur und alle Freunde Gramscis.

## Kongressberichte

**verstehen – urteilen – handeln. Hannah Arendts Denkanstöße zur Neubestimmung des Politischen.** Tagung der Evangelischen Akademie Baden, vom 14. bis 16. Februar 2003 in Bad Herrenalb

»Wir fangen etwas an; wir schlagen unseren Faden in ein Netz der Beziehungen. Was daraus wird, wissen wir nie. Wir sind alle darauf angewiesen zu sagen: Herr vergib ihnen, was sie tun, denn sie wissen nicht, was sie tun. Das gilt für alles Handeln. Einfach ganz konkret, weil man es nicht wissen kann. Das ist ein Wagnis. Und nun würde ich sagen, dass dieses Wagnis nur möglich ist im Vertrauen auf die Menschen. Das heißt, in einem – schwer zu fassenden, aber grundsätzlichen – Vertrauen in das Menschliche aller Menschen. Anders könnte man es nicht.« Mit diesem Zitat aus Arendts (1996 von U. Ludz herausgegebenen) Buch *Ich will verstehen* (70) eröffnete und schloss Annegret Brauch (Tagungsleiterin und Akademiedirektorin) die Tagung und gab die Stimmung vor, in der sich hier etwa 40 Menschen zusammenfanden. Die Sätze bleiben eigentümlich in der Schwebelage zwischen Mythologie und Christentum, geben allenthalben Zeichen, an denen man verweilen und deuten kann, rufen schließlich auf zu einer Haltung, der sich zu verweigern man Unmensch sein müsste. So ergab sich von vornherein so etwas wie ein Gefühl des Aufbruchs, gerade indem man alles beim Alten beließ. – Ingeborg Gleichauf (Freiburg) nahm unter dem faustischen Bedeutung signalisierenden Titel »Könnt ich Magie von meinem Pfad entfernen« die Stimmung auf und erzählte ein Leben, in dem sich ohne Widersprüche und größere Probleme Biographie zum Werk verdichtete. Da gab es keine Dissonanzen wie etwa die Liebe der jüdischen Studentin zu dem philosophischen NS-Denker Heidegger; es gab keine ökonomische Not, keine Verzweigung, keine Niederlagen.

Im Zentrum der Tagung stand das neu erschienene *Denktagebuch* (vgl. d. Rez. in diesem Heft), das in der Einladung als »Fundament der arendtschen politischen Philosophie«, von der Tagungsleiterin als »Schatzkästlein« und »Fundgrube« gepriesen wurde. Die Herausgeberinnen, Ursula Ludz (Tutzing) und Ingeborg Nordmann (Frankfurt), erhielten den gesamten Vormittag für die Vorstellung des Tagebuchs. Im Einklang mit der bisherigen Einführung versprach U. Ludz, die »Meisterin selbst« zu Wort kommen zu lassen. Sie stellte knapp die Daten vor, die Art der Notizen, die Suche nach Innerlichkeit, die nur in wenigen Worten erahnbar sei, und begründete den Nutzen der Herausgabe der Tagebücher als »kulturgeschichtliches Dokument« mit der »öffentlichen Bedeutung« der Autorin, der Auskünfte über ihre Biographie und der Verständigung über ihr Werk, der Klärung von Inkonsistenzen darin, um der Aneignung Arendts in anderen Kontexten gegenzusteuern und schließlich, weil man hier den Doppelgebrauch der Sprache bzw. die Unterschiedlichkeit deutscher zu englisch geschriebenen Texten studieren könne. – Nach dieser eher nüchternen Einführung versuchte die zweite Herausgeberin die Erwartungshaltung mit theoretischer Nahrung zu unterfüttern. Sie konzentrierte sich auf die »Archäologie der Worte«, eine besondere Herangehensweise von Arendt, mit der sie den Wortbedeutungen nachgräbt, sie zumeist in der griechischen Antike festmacht und ebendort als »Wahrheit« behauptet, von der weg wiederum nur Verdeckungen, Vergessen des Wahrheitsgehaltes konstatiert werden. So etwa am Begriff Arbeit – früh Mühsal und Gebären (labour), also nichts, das mit Befreiung zu tun haben könnte. Nordmann nennt dies »Orte der Gültigkeit« suchen. Arendts Denkweise erlaube eine »netzartige Beweglichkeit«, mude dem Leser

»Umwege« zu, die ihn in einen Dialog brächten, sprengte »gängige Denkmuster«, öffnete für »Neues« und setzte an die Stelle »der Gesetze und ihrer Exekution« (Nordmann hält dies für Marx, »der den Stein der Weisen gefunden zu haben glaubte«) die »Sichtbarkeit des Beispiels«.

Die Diskussion zeigte das Publikum gespalten. Es gab die Vertreter der verschiedenen Gesellschaften, Lehrstühle, Forschungsgruppen, einer Zeitschrift, die in den letzten Jahren mit Berufung auf Arendt gegründet wurden, die sich jetzt zu Wort meldeten und Ergänzungen, Fußnoten, Querverweise anbrachten. Sie waren alle männlich und monopolisierten zunächst die Diskussion, obwohl sie kaum ein Drittel der Teilnehmenden ausmachten. – Nach einer Lesung aus den Tagebüchern und einem Vortrag über den »Menschen als politisches Lebewesen bei Arendt« (Peter Brokmeier, Hannover) ergriffen die bis dahin stummen Frauen das Wort und riefen vor allem nach Konkretem, nach einer Ebene, auf der sie auch »sprechen« könnten; denn Brokmeier hatte »frisch aus der Werkstatt« den Polisgedanken aus der Antike bei Arendt ausgebreitet und seine Aktualität u.a. damit begründet, dass er erlaube, sich als politisches Wesen zu denken, sobald Menschen zusammenkommen und miteinander »sprechen und handeln«. Insofern rückte er Arendts Politikverständnis in die Nähe zivilgesellschaftlicher Organisationen wie z.B. NGOs und behauptete Arendt als Wegbereiterin der »Runden Tische« nach 1989. – Unter dem Titel »Beunruhigt durch Hannah Arendt« (vgl. den ersten Teil ihres Beitrags in diesem Heft) verstärkte Frigga Haug (Esslingen) die im Raum aufkommende Unruhe. Die Diskussion wurde lebhaft, im Für und Wider war der Bann weitgehender Übereinstimmung gebrochen. Ihre Kritik an der Ausblendung der sozialen Fragen in Arendts Politikverständnis und ihr Vorschlag, fürs Streben nach mehr sozialer Gerechtigkeit, anderer politischer Praxis und mehr Gestaltungsmöglichkeit eher bei Antonio Gramsci Rat zu suchen, rief beharrliche Stimmen ins Feld, die sich durch Arendt ermutigt erklärten, »ihre Sache richtig zu machen«. – Die an- und aufgeregten Diskussionen gingen bis weit nach Mitternacht. Die Tagungsleiterin sprach zum Arendtthema »Politik und Wahrheit« über ihre fast nur von Fehlanzeigen belohnten Nachforschungen nach Aussagen über Wahrheit in der Bibel. Dass sie ihr Referat in die Sonntagmorgen-Andacht legte, führte dazu, dass sich anders als sonst sämtliche Teilnehmerinnen und Referentinnen in der Andacht versammelten. So verwirklichte sie ein Stück evangelischer Hegemonie, wenngleich der misslingende gemeinsame Gesang Zeugnis davon ablegte, dass nur wenige zu den Kirchgängern zählten.

Der letzte Morgen sorgte für mehrere Überraschungen. Peter Reinelt (Staatssekretär a.D.) wies alle Versuche, Arendt für heutige Politik zu nutzen, energisch als unmöglich zurück, eben wegen ihrer Ausklammerung der sozialen Fragen, die Mittelpunkt von Politik sein müssten. Doch dann vollführte er eine dem Tagungsziel entsprechende Kehrtwendung und behauptete, für die Politiken um Gentechnologie und Immigration seien von Arendt Anstöße zu gewinnen, weil sie über »Gebürtlichkeit« nachdenke und Flüchtling war. – Die Abschlussrunde galt den Fragen, ob Arendt Politik schon verändert habe und was sie wohl zum Irakkrieg sagen würde. Auch wenn man solche Fragen als naiv-spekulativ abtun möchte, erwiesen sie sich doch als Schlüssel fürs Verständnis der Arendtrezeption. Alle Teilnehmenden nutzten nämlich Arendt als eine Art Projektionsfläche für ihre eigenen Projekte. So führte Brokmeier fast leidenschaftlich aus, wie sehr Arendt den Irakkrieg als verdinglichend und menschenunwürdig verdammt hätte, und Gleichauf erhoffte sich Arendt gar bei den Demonstrationen gegen den Krieg. Während Haug noch laut darüber nachdachte, ob Arendt nicht gemäß ihrem Handlungs begriff Bush als Autor von

Geschichte geachtet hätte, bestimmte Ludz als Herausgeberin und Übersetzerin vieler Arendtbücher einigermaßen unwidersprochen, dass Arendt vermutlich geschwiegen hätte, bis eine Zeitschrift sie um eine Rezension des jüngsten Buches über Bush gebeten hätte, um dann schließlich nach der Macht des Präsidenten zu fragen.

Die Tagung war insofern gelungen, als sie die Teilnehmenden bis zum Ende involvierte. Sie wurde hier detailliert nachgezeichnet, um zu vermitteln, dass von Arendts Worten ungeachtet ihres Kontextes fast eine Verzauberung ausgehen kann, die bis in die Reihen der linken Christen, der Feministinnen, der ›Altlinken‹ geht. Ob die gesuchte »Neubestimmung des Politischen« dabei in Arendts Richtung der Verabschiedung eines Politischen gilt, das sich um die sozialen Fragen dreht, bleibt eine brennende Frage.

Frigga Haug (Los Quemados)

**19C3 Out of Order: 19. Chaos Communication Congress.** Veranstaltet vom Chaos Computer Club, vom 27. bis 29. Dezember 2002 in Berlin

Statt bislang ca. 2000 trafen sich diesmal an die 3000 Computerfreaks auf der traditionellen Veranstaltung des Chaos Computer Clubs, um über die Weiterentwicklung von Netzdemokratie, Datenüberwachung und Copyright sowie die alte Frage nach der Manipulation durch Medien zu diskutieren. Höhepunkte des umfangreichen Veranstaltungsprogramms waren der Kampf gegen den Niedergang der Internet-Demokratisierung, der Ausbau von Echelon und anderer Überwachungssysteme, die Angleichung des EU-Urheberrechts an das US-Copyright nebst einer neuen Variante von technischem Kopierschutz. Vor Gefahren für Demokratie und Privatsphäre warnte Erich Moechel, der Gründer der kritischen Webpublikation »Quintessenz«. Die totale Informationskontrolle im globalen Datennetz sei erklärtes Ziel der USA im Pentagon-Programm *Total Information Awareness*. Auch in Europa arbeiten Staat und Wirtschaft im Rahmen des *European Telecommunications Standards Institute* unter Hochdruck und mit Hilfe amerikanischer Dienste, vor allem der NSA, am elektronischen »Krieg gegen den Terror«. Es geht darum, die gesamte Telekommunikations-Infrastruktur überwachungstauglich zu machen. Außerhalb von Hackergruppen ist jedoch wenig Kritik daran zu hören. Die zaghafte Kritik der Europäischen Union an Echelon und der US-Dominanz im Netz ist nach den Anschlägen vom 11.9.2001 verstummt.

Um die Demokratisierung der Netze steht es nicht gut. Andy Müller-Maguhn, bekanntestes CCC-Mitglied und gewählter Direktor im Internetgremium ICANN (Internet Committee for Assigned Names and Numbers), berichtete von der stillen Abwicklung dieser jungen Institution. Noch vor zwei Jahren waren die ICANN-Wahlen als Beginn einer neuen, demokratischen Ära des Internet gefeiert worden. Bislang wurden die Internet-Strukturen und -Standards allein von Technokraten der US-Regierung festgelegt; nun sollte wenigstens die Vergabe der wichtigen Namensräume (z.B. der Länderdomains wie „.de“ für Deutschland) des World Wide Web durch die Vertreter anderer Nutzergruppen kontrolliert werden. Dafür wählten die Internetnutzer der Welt fünf von elf ICANN-Direktoren, sechs Sessel blieben in der Hand der US-Bürokratie. In Europa konnte sich der CCC gegen Kandidaten von Siemens, der Telekom und der akademischen Informatikerschaften durchsetzen, um seither verblüffte US-Technokraten mit dem Standpunkt der deutschen Hacker-Szene bekannt zu machen. Die Stimmenmehrheit der Bürokraten garantierte zwar weiterhin die technische Dominanz der USA im Netz, aber der Status quo scheint den Behörden lästig genug zu sein. Ein *Evolutional Reform Committee* soll nun die mit den demokratischen Elementen verbundene ›Ineffizienz‹ von ICANN beseitigen. Widerstand im Netz wird nicht ausbleiben. Protest regt sich auch gegen eine Anpassung des europäi-

schen Urheberrechts an das US-Copyright. Die Stärkung der Medienindustrie gegenüber Künstlern und Kunden wird in Brüssel nicht ohne Echo bleiben und auch die neue TCPA-Technologie (Trusted Computing Platform Alliance) der Industrie findet wenig Anklang bei Hackern. Das Signatursystem TCPA soll künftig schon in den Computerchip eingebaut sein und die Rechte von Kirch, Warner & Co. automatisch wahren. Verschiedene Hackergruppen kündigten an, durch Mobilisierung der Medien gegen die schleichende Entmündigung der Nutzer vorzugehen.

Resümee: Trotz des als »Kampf gegen den Terror« betriebenen Netzdemokratie-Rollbacks der Bush-Administration war der Hacker-Kongress 2002 von Optimismus geprägt. Zum einen zeigte sich eine stabile Wachstumstendenz des Hacker-Nachwuchses, zum anderen stand der CCC erstmals nicht mehr unter dem Zeichen des Todes des Hackers »Tron«, der nach der in der Hackerszene verbreiteten Einschätzung 1998 mittels eines als Suizid getarnten Mordes beseitigt worden war, weil seine Erfindung eines »Kryptofons« die orwellischen Kontrollambitionen verschiedener staatlicher und privater Interessengruppen um Jahre zurück geworfen hätte. Der Computerclub sammelt allerdings weiterhin Unterschriften für eine Wiederaufnahme des Verfahrens durch die Berliner Staatsanwaltschaft.

Thomas Barth (Hamburg)

## Ankündigungen

### **Spiel ohne Grenzen. Zu- und Gegenstand der »Antiglobalisierungsbewegung«.**

Multinationaler Kongress mit bayrischem Biergarten an der Universität München vom 23. bis 25. Mai 2003. Veranstaltet von Ak Antisemitismus, AStA der Universität München, r.a.be, Ak Internationale Politik der PDS München, Haidhausen Kolleg, konkret, 17grad, iz3w, Phase 2, Jungle World

Es ist an der Zeit, einen fundierten Blick auf die »Bedrohung Globalisierung« und die dagegen gerichtete Bewegung zu werfen. Der Kongress »Spiel ohne Grenzen« soll zwei Dinge leisten: Einerseits wird, anknüpfend an seit längerem vereinzelt geführte Debatten, die Kritik an der »Antiglobalisierungsbewegung« überprüft, zusammengeführt und weiterentwickelt. Es ist eine zentrale Frage, welche progressiven Ansätze in dieser Bewegung stecken und wie gefährlich das reaktionäre Potential darin ist. Daher soll der Kongress verschiedenen Strömungen der Linken die Möglichkeit bieten, über die Antiglobalisierungsbewegung kontrovers zu diskutieren. Andererseits soll über die Tragfähigkeit von konkurrierenden theoretischen Modellen diskutiert werden, die den gegenwärtigen Zustand der kapitalistischen Welt beschreiben. Die möglichst genaue Analyse des von Gewalt- und Herrschaftsverhältnissen, von Ausbeutungsstrukturen und sozialen Schichtungen geprägten Systems ist Voraussetzung für die Entwicklung von Überwindungsstrategien.

ReferentInnen: *Hermann Gremliza* (Hamburg), *Kritik und Praxis* (Berlin), *Mario Candias* (Berlin), *Andrea Woeldike* (Hamburg), *Peter Bierl* (München), *Rainer Trampert* (Hamburg), *Boris Gröndahl* (Berlin), *Roger Behrens* (Hamburg), *Gruppe Demontage* (Hamburg), *Winfried Wolf* (Stuttgart), u.a.m.

Anmeldung unter: [info@spiel-ohne-grenzen.org](mailto:info@spiel-ohne-grenzen.org)

## Besprechungen

### Philosophie

**Marx, Karl, u. Friedrich Engels, *Die Bibliotheken von Karl Marx und Friedrich Engels*,** annotiertes Verzeichnis des ermittelten Bestandes (Vorausedition), Gesamtausgabe (MEGA) hgg. v. der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, Vierte Abt., Band 32, bearb. v. Hans-Peter Harstick, Richard Sperl u. Hanno Strauß, unter Mitarbeit v. Gerald Hubmann, Karl-Ludwig König, Larisa Mis'kevič u. Ninel' Rumjanceva, Akademie, Berlin 1999 (738 S., 32 Abb., Ln., 149 €)

Dass es sich bei der Edition der Exzerpte, Notizen und Marginalien nicht um ein hagiographisches Verfahren, sondern um eine Form der Texterschließung handelt, ergibt sich aus der wissenschaftlichen Technik des ›Papierarbeiters‹ Marx: Eigene Positionen entwickelte er immer wieder aus einer sofort schreibenden, nicht vorher sortierenden Rezeption. Dies gilt etwa für große Teile des Frühwerks (zum Beispiel die *Pariser Manuskripte*) und die *Theorien über den Mehrwert*, aber auch für die nachgelassenen, von Engels herausgegebenen Teile des *Kapital*, insbesondere für den dritten Band. Zusätzlich zur entstehungsgeschichtlichen Bedeutung der Exzerpte und Marginalien ist davon auszugehen, dass sie selbst Werk-Fragmente sind. Im Fall von Engels ist dies zweifellos anders zu beurteilen. Rolf Dlubek, einer der erfahrensten Editoren (zunächst im Rahmen der Marx-Engels-Werkausgabe, dann der MEGA), hat ihn in Absetzung von Marx einmal als den »Kopfarbeiter« unter den beiden bezeichnet: der Text (bzw. das jeweils anstehende Pensum bei umfangreichen Ausarbeitungen) war bei ihm schon gedanklich vorformuliert, bevor er ihn fixierte.

Exzerpte fertigte Marx vor allem in öffentlichen Bibliotheken an: in seiner Jugend in Paris, dann – bei der Erarbeitung des *Kapital* – in der British Library. Naturgemäß gab es dabei keine Marginalien. Hier war die Anregung zum selbständigen Weiterschreiben beim Exzerpieren besonders groß. Marginalien und Anstreichungen brachte er in seinen eigenen Büchern an. Anders als die Auszüge und Fortschreibungen haben sie eher werkgeschichtliche Bedeutung: Bezüge zu später ausformulierten Texten können aufgesucht werden.

Die Basis für solche Studien bilden nicht die Titel der Bücher, sondern die spezifischen Exemplare. Ihre Auffindung und Verifizierung bildete das Thema »eines dreiviertel Jahrhunderts Forschungs- und Sucharbeit« (7), die sich aus der wechselvollen Geschichte der beiden Bibliotheken ergab. Auf seinem Weg von Deutschland nach Großbritannien ließ Marx 1849 bereits eine Arbeitsbibliothek von etwa 500 Titeln zurück, die über ein Jahrzehnt in den Kellern einer Kölner Weingroßhandlung lagerte, bis sie ihm, dann aber schon reduziert, nachgeschickt wurde. 1864 erbt er 264 Bücher von Wilhelm Wolff. Nach Marx' Tod konnte Engels seine Bibliothek nicht vollständig übernehmen. Doubletten zu seinem eigenen Bestand gingen an Eleanor Marx-Aveling, Paul und Laura Lafargue, Peter Lavrov, an das im Entstehen befindliche Parteiarchiv der damals illegalen deutschen Sozialdemokratie in Zürich (später London), an Sam Moore (den englischen Übersetzer des *Manifests der Kommunistischen Partei* und – zusammen mit Edward Aveling – des ersten Bandes des *Kapital*) und an den »Kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Verein« in London. Engels' Bibliothek gelangte nach seinem Tod in das Parteiarchiv, nunmehr, 1895, in Berlin. Dort wurden die Bücher aus dem Besitz von Marx und Engels allerdings nicht gesondert aufgestellt, sondern in die allgemeine Bibliothek integriert. Sie enthielt 8000 Bände. Beim Neu-

binden ist es vorgekommen, dass Marginalien ganz oder teilweise weggeschnitten wurden. Die »Provenienz der Bücher geriet allmählich in Vergessenheit« (56). 1933 wurde die Bibliothek des SPD-Parteiarchivs beschlagnahmt und dem Geheimen Preußischen Staatsarchiv in Berlin übergeben. (Der schriftliche Nachlass hatte vor dem Zugriff gerettet werden können und kam in das 1935 gegründete Internationale Institut für Sozialgeschichte – IISG – in Amsterdam. Hier wurden auch Bände aus dem ursprünglichen Besitz von Marx und Engels gesammelt, die 1895 nicht nach Berlin gegangen waren.) In der Folgezeit benutzten andere Einrichtungen den Bestand, um ihre eigenen Büchereien mit Bänden, die vorher Marx und Engels gehört hatten, aufzufüllen. Was in Dahlem danach übrig geblieben war, kam im November 1945 an das »Archiv der SPD« in Berlin und gehörte 1949 zum »Grundstock der Bibliothek des Marx-Engels-Lenin-Instituts beim ZK der SED« (66). Mittlerweile hatten auch Trophäenkommissionen der Roten Armee – offenbar u.a. in Verbindung mit dem Marx-Engels-Lenin-Institut in Moskau – in deutschen Bibliotheken und Archiven Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung requiriert. Der Verbleib der Bücher, die ab 1883 wahrscheinlich an Laura und Paul Lafargue gegangen sind, ist bis heute nicht klar. Gleiches gilt für Bände aus dem Nachlass von Eleanor Marx-Aveling. 1950 begann das Berliner Marx-Engels-Lenin-Institut damit, das solcherart Verstreute wieder aufzuspüren und zu sammeln. 600 Bände wurden gefunden und 1953-61 auf Beschluss des ZK der SED »an das Moskauer Institut für Marxismus-Leninismus abgegeben.« (71) In den 70er und 80er Jahren setzte das Berliner Institut die Suche fort und machte weitere 300 Exemplare ausfindig. Unabhängig davon konnten auch das IISG, der sowjetische Forscher Boris Rudjak, Hans-Peter Harstick und Vilém Káhan Bestände ex libris Marx und Engels neu sichern. Nachdem 1990 die Internationale Marx-Engels-Stiftung gegründet worden war, um in neuer Vernetzung und modifizierter Konzeption das bislang von den beiden Partei-Instituten in Berlin und Moskau betriebene Editionsprojekt fortzusetzen, förderte die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften das Bibliotheks-Vorhaben mit eineinhalb Wissenschaftlerpositionen. Als Ergebnis dieser Anstrengungen konnten »bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt 1450 Titel in etwa 2100 Bänden, also annähernd zwei Drittel des angenommenen Bestandes der Marx-Engels-Bibliothek, wiedergefunden und identifiziert werden« (73). Band IV/32 der MEGA bildet eine Art Quellenkunde der Marginalien und Exzerpte, deren Edition zum weitaus größeren Teil erst später erfolgen wird. Er bietet die ausführliche bibliographische Beschreibung jedes Exemplars, nennt den Standort, bezeichnet die Seiten, auf denen Lesespuren von Marx und Engels (Anstreichungen, Marginalien) zu finden sind, gibt Auskunft über anderweitige Erwähnungen durch die Autoren und belegt die etwaige Verwendung dieser Texte in ihren Werken. Die Konzentration der Sammlung auf Ökonomie, Statistik und Geschichte (in den Anfangsjahren: Philosophie) ist unverkennbar; von Engels kommt der militärwissenschaftliche Akzent. Auch Gobineaus *Essai sur l'inégalité des races humaines* wurde mit zahlreichen Marginalien versehen. Deutsche Titel machen eine Minderheit (37 Prozent) aus. Mit 16 Schriften ist Robert Owen am häufigsten in der Bibliothek vertreten.

Die Differenz zwischen dem neu gesicherten Bestand und dem ursprünglichen Gesamtumfang des Bücher-Eigentums von Marx und Engels – ihre beiden Bibliotheken umfassten »mindestens 2100 Titel in 3200 Bänden« (23) – lässt sich annähernd anhand von Verzeichnissen ermitteln, die beide seit 1844 immer wieder neu angefertigt haben, außerdem aufgrund von Katalogisierungsarbeiten im Berliner Parteiarchiv. Die Briefpartner von Marx und Engels haben gelegentlich erwähnt, dass sie ihnen Schriften übersandt haben. Erst in dem Maße, in dem die Brief-Edition voranschreitet, kann über diesen Aspekt voller Auf-

schluss erwartet werden. Dabei ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass neue Bücher entdeckt werden. Wohl aber können Exemplare, bei denen die Besitzverhältnisse bisher unklar blieben, dann besser zugeordnet werden. Die von Hans-Peter Harstick und Manfred Neuhaus verfasste Einführung in den Band ist von erfreulicher Ausführlichkeit und Gründlichkeit. Indem sie die Sammlung, Zerstreuung und Rekonstruktion der Bibliothek beschreibt, ist sie zugleich selbst ein Stück Gelehrten-geschichte des 19. und Forschungsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Für die noch ausstehende Edition und Analyse der Exzerpte und Marginalien von Marx bietet der Band eine unverzichtbare und zuverlässige Basis. In Einzelfällen ist sie überdies eine nützliche bibliographische Hilfe. Wer zum Beispiel Julius Aus *Die Hilfsdüngemittel in ihrer volks- und privatwirthschaftlichen Bedeutung. Eine gekrönte Preisschrift* (1869, viele Marginalien!) oder Edward Avelings *An American Journey* (1887) sucht, wird hier schneller fündig als anderswo.

Georg Fülberth (Marburg)

**Marx, Karl, u. Friedrich Engels, Briefwechsel Oktober 1864 bis Dezember 1865,** Gesamtausgabe (MEGA), hgg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Dritte Abt., Band 13, Akademie, Berlin 2002 (1443 S. [616 S. Textband, 827 S. Apparatband], 29 Abb., Ln., 168 €)

Der Band wurde in russisch-deutscher Gemeinschaftsarbeit von Svetlana Gavrilčenko, Inna Osobova und Oľga Koroleva sowie Rolf Dlubek herausgegeben, denen vor allem für die intensiven Quellenrecherchen und materialreichen Erläuterungen zu danken ist. Zusammen mit den Bänden I.20 (vor allem Dokumente der Internationalen Arbeiter-Assoziation [IAA]) sowie II.4.1 und 4.2 (Entwürfe des *Kapital* von Sommer 1864 bis Mitte 1865) ist nun der Zeitraum Herbst 1864 bis Ende 1865 ausgeleuchtet. Zwar finden sich die im vorliegenden Band enthaltenen Briefe von Marx und Engels bereits in der Werkausgabe (MEW 31), neue wurden leider nicht entdeckt (das Verzeichnis nicht überlieferter Briefe von und an Marx und Engels umfasst – nur für diesen kurzen Zeitraum – rd. 110 Notierungen), aber nun erst ist die Wiedergabe von Briefen zum Briefwechsel qualifiziert, die Wechselrede konturiert Schreiber zu Personen. Von den 354 Briefen sind 120 von Marx bzw. Engels verfasst und 234 an sie gerichtet; 153 der An-Briefe werden erstmals bzw. erstmals vollständig veröffentlicht. Zu ihnen gehören zahlreiche Briefe von Mitgliedern des IAA-Generalrats wie Johann Georg Eccarius, Hermann Jung, Friedrich Leßner, Victor Le Lubez und William Randall Cremer.

Die meisten Briefpartner reflektieren und bewerten Zeitereignisse, so die Auseinandersetzung um die Konstituierung der bürgerlichen Nationalstaaten in Italien und Deutschland, den amerikanischen Bürgerkrieg, die Tätigkeit der im September 1864 gegründeten IAA, Auseinandersetzungen im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) nach Lassalles Tod (August 1864), die Streiks und die Bewegung um die Wahlrechtsreform in England, die Lage in Polen nach dem gescheiterten Aufstand von 1863, Bismarcks Politik u.v.a.m. In den Briefen spiegelt sich u.a. Marx' Taktik, getragen von politischen Erfahrungen der 1848er Revolution und Zielen des Bundes der Kommunisten, eine Organisation wie die IAA richtungsweisend zu beeinflussen, obwohl deren heterogene Strömungen weit davon entfernt waren, die sozialistische Revolution als einzig möglichen Weg der Arbeiteremanzipation anzuerkennen. Wie weit er ging, um auf nationaler Ebene Bündnisse herzustellen und Mitkämpfer zu sammeln, kommt z.B. in der Bereitschaft zum Ausdruck, sich als Nachfolger Lassalles wählen zu lassen (an Carl Klings, 4.10.64). Aus dem gleichem Grund erklärten er und Engels sich bereit, an der von v. Schweitzer und v. Hofstetten



herausgegeben Berliner Zeitung *Der Social-Demokrat* als dem Organ des ADAV mitzuarbeiten: Dass das Blatt, gegen dessen Titel sie vergeblich opponierten, unter der Redaktion von Wilhelm Liebknecht stand, schien ihnen eine gewisse Garantie für die Abkehr wenn schon nicht gleich vom Lassalleanismus, so fürs erste von dem durch die Gräfin Hatzfeldt exzessiv betriebenen Kult um Lassalle zu sein. Als Marx und Engels ihre Einflusslosigkeit erlebten, zogen sie sich bei erstbestener Gelegenheit (Begründung: v. Schweitzer kokettierte mit der preußischen Politik) zurück, und Liebknecht trat aus der Redaktion aus. – Die Briefe beleuchten die Wechselwirkung zwischen Politik und Theorie. Die intensive Streikbewegung in England veranlasste im Generalrat der IAA eine Debatte um den Sinn gewerkschaftlicher Kämpfe, die in Marx' Vortrag *Value, price and profit* einen formellen Abschluss fand, während zugleich politische Aktivitäten an der Seite der Gewerkschaften die praktische Arbeit der Assoziation beeinflussten.

Als wichtigste editorische Änderung fällt auf, dass die chronologisch geordneten Briefe durchnummeriert sind und der Apparat (Varianten, Erläuterungen) sich nicht mehr auf die Paginierung des Textbandes, sondern die Briefnummer bezieht. Das ist, wenigstens anfänglich, ein wenig verwirrend. – Wie bei anderen in letzter Zeit erschienenen Bänden (I.14, rez. in Arg. 244; I.31, Arg. 247) werden einige Erläuterungen quellenmäßig belegt, z.B. eine Offensive im Sezessionskrieg Mai 1864 (App., 729, Erläuterung 23.10), andere nicht (Erstürmung der Düppelner Schanzen vom April 1864, App., 734, Erl. 25.41-42); ein Prinzip ist auch in diesem Band nicht auszumachen. Das gleiche gilt bei den erläuternden Zusätzen im Personenregister. Wie im Band I.31 ist der Umbruch partiell misslungen, die Zeilenabstände sind z.T. extrem groß (Text, 47, 74, 110, 562, 605). Trotzdem – mit dem Band III.13 liegt wiederum ein Beleg für die Leistungsfähigkeit von Edition und Editoren vor, für den ihnen zu danken ist!

Thomas Marxhausen (Halle)

**Zeleny, Jindrich**, *Die dialektische Ontologie*, Bd. 48: Philosophie und Geschichte der Wissenschaften, Peter Lang, Frankfurt/M 2001 (180 S., br., 34,50 €)

Der tschechische Philosoph Jindrich Zeleny (1922-1997) vertrat in der marxistischen Philosophie eine Position, die dem dialektischen Materialismus insofern nahe stand, als das philosophische Denken in engem Anschluss an die Theoriebildung der Naturwissenschaften entwickelt werden sollte. Eine seiner Leitideen, die er in seinen Werken *Die Wissenschaftslogik bei Marx und »Das Kapital«* (1968) sowie *Dialektik der Rationalität* (1986) verfolgte, bestand darin, dass nach dem antiken aristotelischen und dem neuzeitlich-bürgerlichen (galileischen bzw. newtonischen) Rationalitätstyp geschichtlich eine dritte, dialektisch-materialistische Form der Rationalität in Gestalt des Marxismus auf die Bühne getreten war. In diesem seien – vor allem dank einer kritischen Aneignung der hegelschen Dialektik durch Marx – die Einseitigkeiten der früheren Typen überwunden, was eine entsprechende neue Ontologie impliziert.

Auch in der unvollendet gebliebenen und postum veröffentlichten *Dialektischen Ontologie* besteht das Hauptproblem darin, die Möglichkeit einer »moderne[n] dialektische[n] Ontologie« zu begründen, einer Ontologie, die im Unterschied zu der des Aristoteles »prozessual und relational« ist und auf »dem Gedanken der wechselseitigen Durchdringung der gegensätzlichen ontologischen Bestimmungen« beruht (9). Die neue Ontologie soll fähig sein, widersprüchliche Bestimmungen des Gegenstandes zu bewältigen, doch lässt sich ihr dialektischer Charakter nicht adäquat durch die Formel »A & -A« ausdrücken, da damit »die inhaltsreicheren und mehrdimensionalen Begriffe in die reduzierte Form der Kalkülbegriffslehre hineingepresst« würden. Das Problem der dialektischen Konsistenz der Begriffe kann

überhaupt nicht restlos in die Kalkülkonsistenz zurückgeführt werden (15). Woraus also besteht die Dialektik? Bei der Suche nach ihren Merkmalen legt Zeleny besonderes Gewicht auf die Idee der Prozesshaftigkeit, darauf, dass die Kategorien der dialektischen Ontologie »flüchtig« sind. Die statische aristotelische Ontologie wird also im Geiste des *panta rhei*-Diktums von Heraklit korrigiert. Allerdings ist dabei nicht die bloße Vergänglichkeit betont; vielmehr gibt es laut Zeleny »keine Entitäten [...], die nicht in irgendeiner Weise mit der dialektischen Einheit von Bewegung und Ruhe zu tun hätten« (29). Aus der Betonung der Prozesshaftigkeit folgt weiter die »transkategoriale Natur« der Gegensätzlichkeit, der zufolge das Prinzip der gegenseitigen Durchdringung die Bildung von Kategorienpaaren wie Identität und Verschiedenheit, Eines und Vieles, Positives und Negatives usw. steuert (35ff). Man könnte sich vorstellen, dass das Prinzip, nach dem die Kategorien Gegensatzpaare bilden, sich zu einem System der ontologischen Kategorien ausweiten ließe, aber Zeleny entwickelt die Idee nicht weiter. Überhaupt hebt sich sein Dialektik-Entwurf von der Tradition des sowjetischen Diamat, wie sie etwa Pawel Kopnin oder Alexandr Scheptulin vertreten, dadurch ab, dass er das Konstruieren eines hierarchisch geordneten Kategoriengefüges eher vermeidet und sich auf die Analyse einzelner Begriffspaare beschränkt.

Die Philosophien Henri Bergsons und Alfred North Whiteheads, die ebenfalls alternative Prozessualontologien darzustellen versuchen, sind laut Zeleny nicht dialektisch genug. Bei Bergson fehlen die Übergänge zwischen Bewegung und Ruhe, was Zeleny am Beispiel des Zenon-Paradoxes vom fliegenden Pfeil demonstriert (106). Whitehead wiederum bleibt auf dem halben Wege stehen, weil er trotz allem an der formalen Logik und dem Prinzip der Widerspruchsfreiheit festhalten will (111). Den wichtigsten Vorbereiter dialektischer Kategorien sieht Zeleny in Aristoteles, aber in einem Kapitel, das zuvor als Artikel »Dialektischer Widerspruch« in der von H.-J. Sandkühler herausgegebenen *Europäischen Enzyklopädie* (1990) erschienen ist, geht er auch auf Hegel ein. Dessen Widerspruchsbegriff sieht er vor allem als eine Antwort auf Kants Lehre von den Antinomien und der Entgegensetzung. Während Kant darauf besteht, dass Entgegensetzung immer zur Annihilation (entweder zum *nihil negativum* oder zum *nihil privativum*) führt, hebt Hegel hervor, dass es außerdem auch »eine solche Vereinigung Entgegengesetzter« gibt, die »untrennbar eine Form der Entgegensetzung und eine Form der Vereinigung ist, und [...] nicht in Annihilation [mündet], sondern [...] einen positiven Inhalt« hat (149). Wie Hegel dieses Kunststück gelingt, führt Zeleny nicht näher aus. Ein paar Seiten früher hatte er aber schon auf die Natur der hegelschen Kant-Kritik hingewiesen: man könne sagen, »dass Hegel den kantschen Gedanken der ursprünglichen synthetischen Einheit der Apperzeption durch seine Theorie des Sichselbstsetzens des Denkens mit den Vorkategorien ›Widerspruch‹, ›Vereinigung Entgegengesetzter‹, ›Negation der Negation‹ ersetzt« (146). Aber – und hier liegt die Crux – in der kantschen Apperzeption wird bekanntlich der aus der objektiven Welt stammende Inhalt durch die Formen des Erkenntnissubjekts synthetisiert, und wenn Hegel dies mit einem »Sichselbstsetzen des Denkens« ersetzen will, bedeutet dies, dass das Denken seine eigenen Inhalte aus sich selbst schöpfen soll – also eine objektiv-idealistische Position. Indem eine Negation *gedacht* wird, bildet das Denken in gewisser Weise deren »Substanz«, und so ist Negation, als Gedanke, nicht gleich Null sondern etwas Existierendes. Die Akzeptanz von Postulaten des objektiven Idealismus erscheint somit als eine Grundvoraussetzung der Überwindung Kants.

Da für einen Materialisten der Ausgangspunkt der hegelschen Kant-Kritik inakzeptabel bleibt, wird daraus noch nicht klar, wie eine *materialistische* Dialektik möglich sein könnte. Leider erörtert Zeleny die Frage nicht näher. Aus seinen abschließenden Ausführungen

erhell zwar, dass die materialistische Dialektik keine Ansprüche erhebt, über die Struktur der Welt *a priori* zu urteilen, sondern dass sie vor allem als eine Darstellungsmethode begriffen werden sollte: zuerst müsse man den Gegenstand gründlich mit den »vordialektischen, auf die abstrakte Identität gestützten Denkformen und Methoden« analysieren, um »Erkenntnisstoff« anzuhäufen, und erst nachdem diese Analyse zu Ende geführt worden ist, könne man das Material synthetisch-dialektisch darstellen (151). Eben so habe Marx im *Kapital* die Resultate der Kapitalismus-Analyse von Smith und Ricardo dargelegt. Die materialistische Dialektik wäre somit nur als Methode der Darstellung schon gewonnener Resultate zu begreifen. Soll man sich aber mit dieser Bestimmung begnügen, so bleibt die materialistische Dialektik eine Disziplin ohne große Ansprüche: von einer neuen historischen Form der Rationalität kann dann schwerlich die Rede sein. Vesa Oittinen (Helsinki)

**Arendt, Hannah**, *Denktagebuch 1950–1973. Zwei Bände*, hgg. v. Ursula Ludz u. Ingeborg Nordmann, Piper, München 2002, 2. Aufl. 2003 (1230 S., Ln., 99 €)

Es ist kein gewöhnliches Tagebuch, kein Zeugnis von Befindlichkeit, Alltag, Intimität – wie etwa bei Thomas Mann; es ist auch kein Arbeitsjournal – wie etwa das von Brecht oder von Peter Weiss, wo man Zeitgenossin ist und bei der Entstehung der Gedanken zugegen sein darf. Der Begriff *Denktagebuch*, der bei Arendt nicht vorkommt, schien den Herausgeberinnen wichtig, um gerade die Spezifik dessen, was hier *Denken* heißt, zu bezeichnen. Als Phänomenologin nimmt Arendt einen Begriff und schreibt nieder, was ihr dazu eingefallen ist. Ins Begriffsempfinden mischen sich unausgewiesene Elemente von Tradiertem. Das Resultat ist keine Definition, auch kein Problemaufriss, sondern eine Art Inschrift, in einen Marmorblock zu meißeln, jedenfalls eine Behauptung: »Versöhnung mit dem Geschickten ist nur auf der Grundlage der Dankbarkeit für das Gegebene möglich.« (4) Der Gedanke wird weiter philosophiert, stellt sich ins Verhältnis zu Schuld, Gleichheit und Ungleichheit und steht am Ende, ohne sich mit der Last der Geschichte kritisch abmühen zu müssen, fertig da. Nicht einmal die Zeitmarke, dass sie zu Verzeihen und Versöhnen, zu Schuld und Sühne schrieb, nachdem sie das Nachkriegseuropa (November 1949 bis März 1950) besucht hatte, wird reflexiv eingetragen. Jedes Niedergeschriebene wirkt wie ein Mosaikstein, wartend auf seine Verwendung im Werk. In dieser Weise enthält der erste Band (der bis 1958 reicht und drei Viertel der Eintragungen umfasst) eine große Anzahl von Gedankenstücken, die sich wortgleich in Arendts *Vita Activa* (1958) finden. Das zeigt ihre Arbeitsweise. Sie hält nichts von der Verfertigung der Gedanken beim Sprechen oder Schreiben. »Ich schreibe niemals, bevor ich nicht sozusagen abschreibe«, sagte sie im Interview mit Günter Gaus (1964) – nämlich das im Kopf zuvor fertig Gestellte. Der eigentliche Schreibvorgang ist bloße Mechanik. So muss sich das Gedachte nicht mehr der Kritik stellen, auch nicht der eigenen. Das Resultat ist eine Sammlung von so etwas wie Aphorismen, die über ihre Entstehung schweigen.

Dies betrifft einen großen Teil der Eintragungen in den 27 Kladden aus 20 Jahren. Zum »Gedachten« für spätere Verwendung gesellen sich Überlegungen zu Liebe, Ehe, Freundschaft, die allesamt autobiographisch lesbar sind, allerdings nie explizit. »Die Liebe wiederum ist seit ihrer Institutionalisierung ganz und gar heimat- und schutzlos geworden.« (49) Aus solcher Empfindsamkeit kann Arendt Ehefrauen verurteilen, die aus der »Liebe« ihren Lebensunterhalt machen. Inhalt eines Lebens kann die Liebe aber nur werden, wenn sie mindestens ein halb Dutzend Kinder hervorgebracht hat, zwecks täglicher Beschäftigung.« (50) Ab und an notiert Arendt eigene Gedichte, über die man am besten mit Schweigen hinweggeht, und manchmal schreibt sie kommentarlos ein Gedicht ab, etwa Brechts *Choral vom Manne Baal* (493f – Brecht fehlt übrigens im Personenregister). Es gibt auch

so etwas wie Exzerpte mit Diskussion. Sie gelten den griechischen Klassikern (immer wieder Platon, Aristoteles) sowie Kant – in einer eigens ihm gewidmeten Kladde.

Auch mit Marx beschäftigt sich Arendt immer wieder, was im Tagebuch nur sehr wenigen zuteil wird. Schließt man von den Notizen auf ihr allgemeines Leseverhalten, muss ihre Handbibliothek sehr begrenzt gewesen sein. Da stehen im wesentlichen außer den Genannten Thomas von Aquin, Hegel, Montesquieu, Macchiavelli, Nietzsche und noch Jaspers und Heidegger; sehr knappe Bemerkungen gelten Demokrit, Spinoza, Descartes, Leibniz. (Das Literaturverzeichnis für die mehr als 800 Textseiten umfasst nur 4,5 großzünftig bedruckte Seiten.)

Wie erschließt sich Arendt Marx? Da findet man im Dezember 1950 unter der Überschrift »Wahrheitsbegriff und Weltsicherheit« unter 3. »Marx. Da er, Hegel folgend, im Strom schwimmen kann und das Schwimmen offenbar eine Aktivität gegenüber dem bloßen Strömen und Verströmen des Flusses des Weltgeschehens ist, kommt er auf den naheliegenden Gedanken, dass der Schwimmer den Strömen überlegen sein muss und er, versteht er nur die Gesetze des Strömens, das Fließen in bestimmte Bahnen lenken kann; dies natürlich nur innerhalb der Stromgesetze, die ja zugleich auch die Schwimmgesetze sind. Die Verglebarkeit des marxischen Versuches: Der Schwimmer beschleunigt nur sein eigenes Von-der-Strömung-getragen-Sein – also am Ende seinen eigenen Untergang. Die Frage ist gerade, wie man das Schwimmen im Strom überhaupt vermeiden kann.« (45) Das Zitat ist in ganzer Länge wiedergegeben, weil es einiges über Arendts Arbeits- und Denkweise zeigt. Sie schreibt zumeist keine Lektürestücke auf, exzerpiert kaum, so dass sie sich auch nicht wirklich auseinandersetzt. Sie denkt gewissermaßen einen Marx von innen, um in Anziehung und Abstoßung Eigenes zu entwerfen. Ohne sich um die Thematik überhaupt zu kümmern, deutet Arendt die Bestimmungen so, dass es gilt, aus der Arbeit auszusteigen, was sie in *Vita Activa* entwickeln wird. Aber Marx lässt sie nicht los. Etwa 50 verstreute Eintragungen, ca. 80 Seiten beschäftigen sich mit ihm, bis sie ihn auf die Formel gebracht hat, es gehe ihm darum, »Herr der Geschichte zu werden [...], Emanzipation von dem nur Gegebenen in der Natur und dem nur Geschickten in der Geschichte« (59). So entdeckt sie bei ihm den »grandiosen Irrtum«, die Menschen würden oder könnten Geschichte machen, eine Vorstellung, welche seine anderen Irrtümer über die Rolle der Arbeit in der Geschichte, die Verwechslung von Arbeiten und Herstellen, seinen Glauben an Geschichte und Gesetze und den Automatismus einer revolutionären Umwälzung unter Führung der Arbeiterklasse erkläre. Man erkennt in dieser Marxlegende leicht die bekannten Versatzstücke aus der Epoche des Kalten Krieges. Arendt selbst führt an anderer Stelle weiter aus, dass sich die Übervölkerung der Erde als politisches Problem ergebe, wenn man wie Marx versuche, »Herr der Geschichte zu werden [...]. Dass die Irdischen die Hilfs- und Heilmittel der Natur – Kindersterblichkeit, Überschwemmungen, Dürre, Pestilenz, kurz Massensterben – nicht mehr anerkennen [...] Dies ist die grundsätzliche Heimatlosigkeit in unserer Welt.« (59)

Seyla Benhabib hält die *Vita activa*, die im Denktagebuch ganz wesentlich vorbereitet wird, für »das Ergebnis eines Dialogs, den Arendt mit zwei Denkern führte: mit Martin Heidegger, dessen Philosophie sie sich aneignet und untergräbt, und mit Karl Marx, den sie kritisiert, aber nicht fallen lässt« (*Hannah Arendt, Die melancholische Denkerin der Moderne*, 1998, 12). Behalten wir für den Augenblick die Metapher vom »nicht fallen lassen«. Was tut Arendt in diesem Festhalten an jemandem, dem sie zwar Größe zuspricht, den sie aber grundsätzlich falsch findet? Welchen Stoff kann er für ihr Konstrukt bieten? Zugespitzt kann man sagen, dass sie Marx nutzt, um ihn zu ersetzen, indem sie für die Zusammenhänge, die er analysiert, eine andere Deutung behauptet. Der »nicht fallen gelassene« Dialogpartner also

als die Materie, deren Auslöschung neues Leben verspricht. Dabei lässt die Durchführung im Denktagebuch äußerst unbefriedigt, selbst wenn man dem Unterfangen folgen wollte. Arendt kommt zwar immer wieder auf Marx zurück, jedoch reproduziert sie hartnäckig immer gleiche Irrtümer in der Marxlektüre, die keinem ernsthaften Nachlesen standhalten. Und dies, obwohl sie durchaus Quellen angibt (wesentlich Marx' Frühschriften, die ersten Kapitel von *Kapital I* und eine Notiz aus *Kapital III*), Marx also teilweise gelesen zu haben scheint, wenn auch ausschließlich mit dem Blick einer Architektin, die das neue Gebäude schon entworfen hat, für welches das alte weichen oder als Materiallager herhalten muss. Dafür setzt sie sich als Erbin eines vergessenen Marx ein: »Das große, ungeheuer große und ganz verschüttete Verdienst Marx': Das öffentliche Leben und Sein des Menschen auf die *Arbeit* und nicht auf die Familie zu gründen. Die Befreiung vom Fluche der Arbeit und der Tyrannei der Familie. Die Emanzipation vom Besitz als einer Grundlage des politischen Lebens ist nur eine Konsequenz der Emanzipation des Politischen von der Familie.« (71) Auf dieser Grundlage kann sie ihre antikisierende Polisvision, befreit von körperlicher Arbeit, vom Gebären und Kinderaufziehen, als wirkliches Verstehen von Marx entwerfen. Hierfür lehrt sie, dass »die der marxischen Arbeitslehre entsprechende Philosophie [...] nicht die hegelsche, sondern die Nietzsches! [ist. ...] Alle menschlichen Tätigkeiten, die vom Leben weg das Sein erstreben [...] sind die höchsten; alle die nur dem Leben folgen, vom Leben erzwungen sind, sind zu verachten, also Arbeiten und Kinder-bekommen, die Sklaven und die Frauen.« (508) Arendt muss jetzt folgerichtig Marx' Überlegungen zum Absterben des Staates, zur Vergesellschaftung der Menschen, zur Emanzipation der Frau, zur Aneignung menschlicher Wesenskräfte in der Arbeit, zur Entwicklung der Produktivkräfte, zu einschnürenden und zugleich vorantreibenden Produktionsverhältnissen, zur Assoziation der freien Produzenten als geradezu leichtfertige Fehlleistungen abbügeln. Dass er politisch etwas will, wertet sie so: »Es gibt nur einen wesentlichen Unterschied zwischen Hegel und Marx, der allerdings katastrophal entscheidende Bedeutung hat«, nämlich den, dass Hegel seine »weltgeschichtliche Betrachtung nur auf die Vergangenheit projizierte«, Marx aber auf die Gegenwart, »um mit ihrer Hilfe das eigentlich tödliche anti-politische Prinzip in die Politik einzuführen« (72) – dem politischen Willen Zwecke zu setzen. Sie behauptet, dass Marx nicht die »Bewegungsgesetze der Ökonomie (und des Kapitalismus)« (75) finden wollte, sondern Arbeitstheoretiker war und essenzialistisch vom Einzelmenschen ausgehend eine Art Robinsonmodell in die Welt setzte. »Dies der marxische Platonismus.« (75) Aus aristotelischer Polissicht liest sie in Marx hinein, die vergesellschafteten Menschen hätten dem arbeitenden Menschen seine Welt aus der Hand geschlagen, und behauptet die Bestimmungen von Tausch und Markt als eine Art Widersinn, in den Marx sich wegen seiner falschen Annahmen über die Menschen (als Arbeitende) verstrickte (75f). Und da so Menschen aus eigenem Bedürfnis arbeiten, aber nur sekundär tauschen, also andere Bedürfnisse voraussetzen müssen, folge »der utopische Charakter der marxischen »kommunistischen Gesellschaft« (76). Immer weiter schreibt sie eigensinnig Marx die »zentrale Entdeckung« zu, dass der Mensch arbeite, was freilich zu Marx' Zeiten allgemein bekannt war, und zieht aus der marxischen Formulierung vom »Stoffwechsel mit der Natur« den Schluss, dass er auf den isolierten Hersteller ziele, der so als wahrer »Materialist« Objekte fabriziere. Und wieder schärft sie ein: »Die Gesellschaft ist für Marx primär das Monster, das diesem Arbeiter sein in der absoluten Einsamkeit der Subjekt-Objekt-Beziehung hergestelltes Produkt aus der Hand schlägt.« (79)

Da solche Notizen eben keine flüchtigen Denkversuche sind, sondern unbearbeitet in Veröffentlichungen Eingang finden, sind sie entsprechend zu beurteilen: als in Bezug auf Marx assoziative Dichtungen, bei denen nur ab und an ein Wort aus seinen Arbeiten

herübergeholt wird, um nun ein widersinniges Eigenleben zu entfalten. Eine detaillierte Auseinandersetzung müsste einen Marx-Einführungskurs einschließen.

Arendts eigene Marx-Kritik an dieser Stelle lautet: würden seine Kategorien der herstellenden Arbeit auf die Politik angewandt, würde »Pluralität [...] pervertiert in ein Monster-Individuum, das man Menschheit nennt« (80). Es folgt der später im Zusammenhang mit totalitärer Herrschaft veröffentlichte Gedanke, dass Marxismus in jedem Fall zu Tyrannei führe. »In diesem Sinn kann der Marxismus nur in einer Art aufgeklärter Despotie gehen müsste, ist ganz und gar verbarrikiert durch die Grundsatzkritik, es hinge all dies mit einem falschen Verständnis von Arbeit, ihrer unzulässigen Verallgemeinerung und Verlängerung in die Politik zusammen, also im Grunde mit einem Abfall Marxens von seinen frühen Gedanken über »die Abschaffung von Arbeit«. Die »Assoziation der freien Produzenten« nennt Arendt nicht, eliminiert aber diese Utopie, indem sie sie zum Geburtsfehler marxischen Denkens erklärt.

Dabei baut sie auf einen verbreiteten Widerwillen, etwa, wenn sie die »industrielle Revolution« als Verwandlung allen Herstellens in Arbeit denkt, »Arbeit wird zur Arbeitskraft«, weil alles ein Prozess wird, während Herstellen für Arendt eben kein Prozess ist, sondern sich aufs unsterbliche *Werk* bezieht. Aus diesem Grundfehler folge das Einerlei von Arbeits- und Erwerbsprozess usw. (524f). Wo es überhaupt einmal um Mehrwert geht, verkündet Arendt leichthändig: »Der Irrtum entsteht, wenn man primär von der Arbeitskraft ausgeht, anstatt vom Arbeitsprodukt«. Dann sagt man mit Marx: Die Arbeitskraft erzeugt mehr, als sie zu ihrer Wiederherstellung bedarf – und kommt zur ›Produktivität‹. Als ob tausend Omelettes etwas anderes wären und sich länger hielten als ein einziges!« (528) Arendt bemächtigt sich Marxens wieder und wieder, wobei sie jede Respektsbezeugung mit einer Verdrehung versieht. So empfiehlt sie als »das Großartige an dem Begriff der Ausbeutung« (453), dass er Herrschaft mit Arbeit zusammenbringt, eine lobende Bestimmung, die Marx faktisch zu jemanden verkehrt, der über kapitalistische Ausbeutung schweigt, um Wesensaussagen über Arbeit zu machen. Schließlich macht sie Marx zum »Begründer der Soziologie« (die sie verachtet), weil er Gesellschaft um der Wirtschaft willen denke und Dinge als Verhältnisse. »Die einzige ›Sache‹, die bei Marx kein Verhältnis ist, ist die *Arbeitskraft* selbst; Arbeit ist bereits *Verhältnis*. Von hier aus muss man Marx' Stellung im modernen Nihilismus verstehen.« (356) »Das Um-willen des politischen Lebens geht in Marx [...] zugrunde« (357).

Die Herausgeberinnen wurden 3 Jahre lang von der DFG mit Halbtagsstellen finanziert, ein sorgfältig aus den handschriftlichen Kladden erstelltes Werk zu machen, dazu einen 400 Seiten umfassenden Apparat von Anmerkungen, Literaturverzeichnis, Personen- und Sachregister, einem thematischen Inhaltsverzeichnis, Übersetzungen, eine Arbeit, die uneingeschränktes Lob verdient, wengleich sie gemessen an den 800 Seiten Arendtnotizen etwas überdimensioniert erscheint. Sie haben sich entschlossen, die griechischen und lateinischen Passagen im Text nicht zu übersetzen, auch nicht in Fußnoten, sondern erst im Anhang, »um den Lesefluss nicht unnötig zu beeinträchtigen« (VIII), ein Verfahren, das bei den vielen Texten, die zu mehr als der Hälfte und immer wieder innerhalb einzelner Sätze griechisch sind, einer Leserin ohne Griechischkenntnisse überhaupt keinen »Lesefluss« mehr erlaubt. In ihrem Nachwort versuchen sie einen Begriff für das Tagebuch zu finden, nennen es ein »portables Archiv«, einen »Koffer mit Denkprodukten«, eine »Werkstatt«, »eine Fundgrube«, dann doch ein »Arbeitsjournal«, eine Kennzeichnung, die verwundert, weil man unwillkürlich rechnet: 820 Seiten Arbeitsnotizen in 23 Jahren, das Ganze noch

sehr großzügig gesetzt, das bedeutet weniger als 40 Seiten pro Jahr, eine erstaunliche Enthaltsamkeit für eine politische Literatin. Die Herausgeberinnen hoffen schließlich, Arendts Denktagebuch könne eine »Gegenbewegung einleiten« gegen eine »geschichtliche Kontextualisierung ihres Werkes« zurück zu ihrer Ideenwelt (II, 847). Nicht vom Buch in die Welt also, sondern zurück ins Buch.

Frigga Haug (Esslingen)

**Weingarten, Michael (Hg.),** *Warum Hannah Arendt? Aufklärungsversuche linker Missverständnisse*, Pahl-Rugenstein, Köln 2000 (192 S., kart., 15 €)

»Wenn man so will, hatte Hannah Arendt mit ihren Schriften schon immer das Pech gehabt, als Stichwortgeberin für Diskurse zu fungieren, die mit ihren eigenen systematischen Interessen [...] nur in einem lockeren, meistens jedoch in gar keinem Zusammenhang standen.« (7) So beginnt Weingarten seinen einleitenden Beitrag (»Mit Hannah Arendt in die ›Berliner Republik‹?)«) und kennzeichnet damit, worum es in diesem Buch geht: In der Arendtkonjunktur die Umworbene vor falscher Vereinnahmung zu retten und zugleich damit eine ›richtige‹ Arendtlektüre vorzulegen, was Kritik durchaus einschließt. Allerdings bewegt sich diese zumeist auf einem Feld theoretischer Allianzen, ›richtiger‹ Anknüpfungen, Verwandtschaften, Schulen – nicht auf dem des Politischen und Ideologischen selbst und auch nicht auf dem von Realpolitik, Kaltem Krieg und rechter Hegemonie.

Man lernt z.B. (Schöngarth, »Terror und Kapital – Untersuchungen zur Substanzvorstellung im Totalitarismusbegriff Hannah Arendts«), dass in der Totalitarismusdebatte der 1950er Jahre Arendts Rolle im Kalten Krieg als Stichwortgeberin von ›rot = braun‹ falsch gesehen wurde, da es ihr um den Zerfall der politischen Öffentlichkeiten ging, nicht um Gleichsetzung totalitärer Staaten. Um sie zu verstehen, müssten Kant und Hegel rekonstruiert werden. – Thomas P. Schneider (»Liegt die Gefährdung moderner Demokratien in ihrer Fragmentierung? Die kommunitaristische Herausforderung, Hannah Arendt und die politische Dimension der Zivilgesellschaft«) sieht richtig, dass Arendts Machtvorstellung die Räume dessen, was unter Zivilgesellschaft diskutiert wird, besetzen kann. So befestigt er diese Linie, verbindet sie mit Montesquieu und Tocqueville, mit den Aufständen in den Staatssozialismen, aber nicht mit Gramsci. (Die Verbindung zu Gramsci stellt Weingarten in der Einführung her, was aber für die anderen Beiträge keine Folgen hat.) Derart versucht Schneider, das Zivilgesellschaftsdenken mit Charles Taylor zu unterfüttern und ihm mit Arendt eine antibürokratische Stoßrichtung zu geben. – Weingarten (»Arbeit als Natur? Die Fragwürdigkeit der Unterscheidung von Arbeiten, Herstellen und Handeln«) aktualisiert Arendt und schiebt sie in die Debatten um das Ende der Arbeitsgesellschaft, Neoliberalismus und Globalisierung. Er weist aktuelle Vorstellungen, Arendt als »Stichwortgeberin« der ›Berliner Republik‹ als einer in ihrem Sinn republikanischen Neugründung zu feiern, mit Habermas zurück, verbindet aber Arendts Politikvorstellung mit Problemen politischer Regulierung, dem Verhältnis von Markt und Staat, und denkt ihre Kritik an Arbeit vor allem als »überzeugenden« Beitrag zur Krise der Arbeitsgesellschaft in »gesellschaftskritischer Absicht« (65). Zwar wendet er sich gegen Arendts Abfertigung der Arbeit als bloß kreativ, kann aber mit der Unterscheidung von »kultureller Gemeinschaft« vs. »natürlicher Gesellschaft« (69) etwas anfangen. Er zieht die Linie zu Tönnies' »Gemeinschaft« und kritisiert Arendt nur dort, wo sie steten Neuanfang gegen Veränderung hält. Unerschrocken postuliert er: »sie hätte vielfältige Anregungen bei Marx finden können« (77). Diesen und John Dewey empfiehlt er schließlich für eine »Neubestimmung des Praktischen und Poietischen«. – Torsten Niechoj (»Drei Momente des tätigen Lebens und ihr Ort«) beleuchtet das Verhältnis des Ökonomischen zum Politischen bei Arendt grundsätzlich kritisch, empfängt

seine Kritik jedoch sogleich als Ausnahme und nimmt sich vorsichtig zurück, »kann nicht eine umfassende Stellungnahme abgeben« (47). Immerhin findet er zur angemessenen, aber provokativen These: »Ökonomie ist für Arendt kaum ein sozialer Ort, sondern ein *gesellschaftlicher Appendix*, der nur als Störgröße und Ort der unfreien Mühsal behandelt wird.« (47) Dies wird kämpferisch und umfassend mit Zitaten belegt. Am Ende fordert er einen anderen als den arendtschen Handlungsbegriff. – Einführend umkreist Reiner Kattel (»Hannah Arendts politische Öffentlichkeit«), was er als ihre eigentliche Frage herauschält: »was heißt es, ein Mensch zu sein?« (19) Ohne irgendeine Kritik zeichnet er nach und kommt zum Ergebnis, es komme darauf an, »in der Welt zu Hause zu sein« (32). – Die Frage nach dem Arendt-Boom stellt sich Andreas Eisenhauer (»Polis: Ein Modell für die Zukunft?«). Er hält fest, wie die verschiedenen politischen Richtungen sich nach 1989 in Hannah Arendt zusammenfanden, sie als »wertvoll und lehrreich« achteten, was den Anschein hervorruft, sie stehe »über parteipolitisch begründeten Differenzen« (37). Dagegen zeichnet er nach, dass Arendt »keineswegs so lehr- und hilfreich« ist, vielmehr konservativ »alte Ideale zu befestigen« sucht (ebd.), was er mit einem nüchternen Referat aus *Vita activa* belegt, das ihren geradezu »makabren« Rassismus (42f) zeigt, ihre bestenfalls dem gesunden Menschenverstand entstammenden Urteile zu Diskriminierung (45). Sein Schluss: »Weder die Faszination für die Texte Arendts noch ihre Bedeutung für die aktuelle politische Debatte erscheinen mir plausibel.« (45) – Christiane Kroll (»Jürgen Habermas und seine Reflexionen zur Französischen Revolution: Volkssouveränität als Verfahren. Ein normativer Begriff der Öffentlichkeit?«) schließlich arbeitet sich an Arendts Vorstellung vom Politischen in ihrem Revolutionsbuch ab. In einem ausführlichen Habermasreferat setzt sie dessen Vorstellung von Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft positiv gegen Arendts Projekt, das letztlich »elitär« sei.

Die Autoren arbeiten zumeist daran, ihre jeweiligen Projekte auf Arendt als einer Art Bildleinwand der Konjunktur zu projizieren, um von dieser mitgezogen zu werden, aber ohne ihre kritische Haltung preisgeben zu wollen. Oft liest sich das, als ob sie Angst vor dem eigenen Mut zur Kritik hätten. Die Leser und Leserinnen müssen den Eindruck bekommen, Arendt biete (trotz einiger Mängel) eine Art Universalschlüssel zum Begreifen, wenn nicht gegenwärtiger Gesellschaften, so doch der Geschichte politischer Ideen.

Frigga Haug (Esslingen)

**Kahlert, Heike, u. Claudia Lenz (Hg.),** *Die Neubestimmung des Politischen. Denkbewegungen im Dialog mit Hannah Arendt*, Ulrike Helmer, Königstein/Ts. 2001 (337 S., br., 24,50 €)

Beim Aufbruch stört Ballast. Allerdings geht es nicht ohne Proviant. Im »attraktiven Denkangebot« (12, 16) steht Hannah Arendt, ein eingeführter Name, seit 1989 stets zunehmend an Bekanntheit, Einfluss, Bedeutung. Die meisten ihrer Schriften wurden auch im neuen Jahrtausend neu aufgelegt (*Macht und Gewalt* gar in 14. Auflage), »kaum ein Monat vergeht ohne eine Neuerscheinung, die sich mit Arendts Ideen, Thesen und Beobachtungen auseinandersetzt, diese historisierend ausleuchtet und/oder auf ihre zeitgenössischen Anstöße hin befragt« (7). Grund genug, sich auf dies sichere Floß im Hauptstrom zu retten, zumal feministisches Denken hier nicht Gefahr läuft, in die Untiefen irgendeines Wildwassers abgetrieben zu werden.

Es soll um »Repolitisierung und Demokratisierung der Geschlechterfrage« (7) gehen. Neun Autorinnen, unter ihnen die Herausgeberinnen, messen ihre Projekte an Arendt oder geben ihnen durch Verschmelzung mit dieser neue Gestalt. Angesichts von Arendts Absage an jede Art von Feminismus ist das weit schwieriger als es für die neuen Feministinnen der 1970er Jahre war, an Marx anzuknüpfen, der für das Denken der Geschlechterverhältnisse



immerhin eine ganze Reihe grundlegender Voraussetzungen bereitgestellt hat. So gilt es zunächst, Arendt auf ein Podest zu heben, von dem aus sie »Denkanstöße« geben kann. Als gäbe es dafür nicht genügend originelles Material, wird dies mittels der verblüffendsten Zuweisungen versucht: Teils Jahrtausende alte, teils seit Jahrhunderten oder zumindest seit Jahrzehnten bekannte und fast im theoretischen Commonsense abgelagerte Aussagen, denen kaum jemand seine Zustimmung verweigert, werden als »heute neu« zu Entdeckendes Arendt zugeschrieben. So etwa die Einsicht, »dass Menschen bei der Regelung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten die *unausweichliche* Freiheit besitzen, selbst zu entscheiden, wie die Welt beschaffen sein soll, und die Welt handelnd zu gestalten« (9), was (wie Arendt) davon schweigt, was dieser »Freiheit« entgegensteht. Oder dass »das gedankliche Durchspielen unterschiedlicher Möglichkeiten und Positionen erst befähigt dazu, Maßstäbe und Kriterien für die Beurteilung dessen zu finden, was vor sich geht« (10). Oder: »Was Arendt zur Verfügung stellt, um der Herausforderung der metaphysisch nicht abgesicherten Selbstverantwortung zu begegnen, ist die Urteilskraft« (13). Ferner sollen folgende Erkenntnisse Arendt zu verdanken sein: dass Verständigung auf der Fähigkeit beruht, sich andere Standpunkte zu vergegenwärtigen (ebd.); dass »ziviler Ungehorsam eine legitime und notwendige Form »assozierten Handelns« ist (24); dass Individuum und Gesellschaft nicht getrennt zu denken sind (30) und Individuen erst »in kommunikativem Bezugssystem« zu solchen werden (31); dass es ein »inneres Zwiegespräch« gibt (10).

Indem Arendt solcherart als Lieferantin philosophischen Alltagsverstands gelesen wird, lassen sich im Anschluss an sie Positionen vorstellen, die wohl zumeist schon vor der Arendtlektüre eingenommen wurden. So, dass wir mit ihr den »Zivilgesellschaftsbegriff« aus seiner »inflationären und diffusen Verwendung« herausarbeiten können; dass Arendts »Kritik an der Absolutsetzung von Arbeit« dazu befähige, »sich für eine geschlechtergerechte Umgestaltung der Arbeitsgesellschaft einzusetzen«, statt für Frauen Erwerbsarbeit zu fordern (28); dass ihre »Darstellung moderner Massengesellschaften, in denen zwischen den isolierten Individuen keine sozialen und politischen Bindungen mehr bestehen« (22), uns befähige, die Entstehung von »Gewaltpotenzialen« zu entziffern; dass die »freiwilligen politischen Vereinigungen« auf andere Weise zu Entschlüssen kommen als Parteien, durch die sie im übrigen bedroht seien (25); dass die »Globalisierung« mit »ihrem Potenzial an technologischer Selbsterstörung der Lebensgrundlagen« mittels Arendts Diskussion der Nationalstaaten (wie bei dieser wird auch hier vom Kapitalismus geschwiegen) besser gedacht werden könne (17). Überlegt wird auch, ob nicht die »reality shows« mit ihrer Veröffentlichung von Intimem uns lehren, Arendts (der feministischen Forderung nach Einreißung der Grenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatem, bei Politisierung des letzteren, entgegengesetzte) strenge Trennung der beiden Bereiche zu folgen.

Arendt also als Referenz für feministische Projekte mit ihrerseits verschwimmenden Grenzen – so schreiben sich die unterschiedlichen Autorinnen ein. Einige wagen gar Kritik, »gehen mit Arendt über Arendt hinaus« (29). Exemplarisch hierfür ist Tuija Pulkkinens Untersuchung zur Uneindeutigkeit Arendts im Verhältnis zu Moderne und Postmoderne (47-76). Verf. zeichnet sorgfältig die existenzphilosophischen Wurzeln nach, die Arendt mit Heidegger und Jaspers verbinden und sie von Ursprung, Wesen, Identität »schicksalhaft« von Geburt an usw. sprechen lassen, und hält dagegen ihre Politikvorstellung als in der Öffentlichkeit denken und handeln, als »In-Erscheinung-treten«, als »performativen Akt« und mithin als eine Denkweise der Postmoderne. Schließlich schlägt sie vor, »die fundamentalorientierten Züge des modernen Projekts (neues Anfahren, Humanismus, Sinneserfahrung)« »beiseite zu lassen«, und nur mit dem Politikbegriff weiterzuarbeiten, der

Arendt als eine »der größten DenkerInnen des letzten Jahrhunderts« erkennen lasse, und ihn für feministische und kritische Theorie weiterzuentwickeln (73f).

Umgekehrt verfährt Andrea Günter (167-200). Ihr zentraler Bezugspunkt ist die »Gebürtlichkeit«, das »Neuanfangen«. Weit muss sie springen, um aus der griechischen Polis der freien Männer zur Frauenerfahrung im mailänder Buchladen zu kommen. Zur Brücke wird das Denken von »Differenz«, das sie mit »Pluralität« bei Arendt verbindet, um schließlich zu konstatieren, zwischen der Differenz unter Frauen und der Unterschiedenheit von Menschen bestehe eigentlich überhaupt kein großer Unterschied. In solcher Verschmelzung mit Arendt verglüht der Rest an kritischem Potenzial des Differenzgedankens.

Entgegengesetzt argumentieren auch Sabine Hark (77-105) und Sidonia Blättler (106-35). Hark geht es um Kritik an Identitätspolitik bei gleichzeitiger Artikulation dessen, was dahintersteht, das Ringen um Handlungsfähigkeit im politischen Raum. Sie stellt sich die paradoxe Aufgabe, Arendts Bestimmung des Politischen als Gegensatz zum Privaten und zum handwerklichen Herstellen genau nachzuzeichnen, um dem Ergebnis, dem Wettstreit unter Gleichen, der Achtung des Anderen aus der Einsicht einer allgemeinen Differenz der Einzelnen und der Produktion von Identität in diesem performativen Akt, zuzustimmen und diese Position ineins damit auszuhebeln. Sie möchte nämlich die feministischen Errungenschaften – so die Erkenntnis (gestützt u.a. auf Foucault), dass Normalisierung und Herrschaftsausübung über die Körper geschieht, diese also weder als Geschlecht noch als Sex eine »Gegebenheit« als bloße Natur sind (wie Arendt denkt) – keinesfalls preisgeben, sondern gerade Geschlecht und Sexualität im politischen Raum subversiv unterlaufen. Dessen Grundlagen zerstört diese Reparatur an Arendts Politikvorstellung allerdings. Warum dann mit ihr und nicht bloß mit Butler weiterarbeiten? Die einzig mögliche Antwort scheint zu sein, dass auf diese Weise an einer Auffassung des Politischen festgehalten werden kann, die aus diesem, wie Arendt das tut, die Regelung sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer usw. Fragen entfernt zugunsten eines Raumes, in dem man ausschließlich deliberativ, in demokratischer Kommunikation tätig ist und sich solcherart auf die Subversion von Herrschaft, wie sie sich in den alltäglichen zwischenmenschlichen Normalisierungspraxen zeigt, beschränkt. – Blättler diskutiert ebenso Fragen von Identität und Differenz mit Arendt, widerspricht jedoch einer Vorstellung, die ganz auf ein identitätsstiftendes Wir verzichten will. Das Engagement für Gerechtigkeit bedarf eines feministischen Wir, schreibt sie, praktisch die Diskussion vom ersten Kongress um Gleichheit und Differenz nachzeichnend, freilich ohne diese zu nennen (vgl. Ute Gerhardt u.a. 1990, *Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht*).

Die Herausgeberinnen verknüpfen Arendts »Gedachtes« mit aktuellen Fragen und schreiben eingangs kritisch, was sie in ihr nicht aufgehoben finden, z.B. »die Tendenzen der Vertiefung sozialer Spaltungen und die Herausbildung einer breiter werdenden Schicht von Marginalisierten und Ausgegrenzten« (28) sowie »die ökonomischen und sozialen Bedingungen, [...] die zur Partizipation befähigen bzw. zu Ausschlüssen führen« (29). In der allgemeinen Bejahung und Haltsuche lesen sich solche zwingenden Notwendigkeiten allerdings wie ein Beiläufiges, das ohne nennenswerten Umbau von Arendts Gedankenkonstrukt von den Nachfolgenden bewältigt werden kann. Trotz aller Bedenken gegen ein Verfahren, feministische Befreiungsprojekte rückzuübersetzen in ein antikisierendes Szenario männerbündlerischer Elite, vermitteln die Beiträge auch den Aufbruch, den es für die Autorinnen anscheinend bedeutet hat, ihre Vorstellungen an der Vorlage von Arendt zu messen. So fungiert deren Werk als eine Art Katalysator, der Energien zu bündeln vermag. Ob allerdings auf der Fahrt die überstehenden sozialen Fragen nicht doch als Ballast abgeworfen werden, bleibt offen.

Frigga Haug (Los Quemados)

**Soziologie**

**Morris, Lydia**, *Managing Migration. Civic Stratification and Migrants' Rights*, Routledge, London 2002 (178 S., br., 16,99 £)

Morris analysiert in ihrem Beitrag zur Soziologie von Staatsbürgerschaft die abgestuften Rechte von Nicht-StaatsbürgerInnen in unterschiedlichen nationalen Migrationsregimen. Sie beschreibt diese Systeme der »civic stratification« als Resultate widersprüchlicher Entwicklungen zwischen Transnationalisierung und nationaler Abschottung sowie als zentrale Mittel staatlicher Steuerung von Migration. Theoretisch schließt Verf. an jüngere Debatten über die Transnationalisierung von Rechten an und kritisiert die These einer sich herausbildenden »postnationalen« Gesellschaft (Yasemin Soysal), in der MigrantInnen zunehmend auf transnationale Rechte zurückgreifen könnten und nationale Staatsbürgerschaft bei der Gewährung von Schutz und sozialer Sicherheit gegenüber dauerhaftem Wohnsitz an Bedeutung verliere. Sie betont dagegen die fortwährend zentrale Rolle des Nationalstaats für die Implementation transnationaler Rechte und verweist darauf, dass auch ein sicherer Aufenthaltsstatus immer ein bedingter sei und MigrantInnen zwar soziale Rechte gewähre, politische aber weiterhin verwehre (20).

Entgegen dem traditionellen Konzept von Staatsbürgerschaft als undifferenziertem Status (Marshall) konzeptionalisiert Verf. Mitgliedschaft im Nationalstaat als gradiertes Kontinuum, das – mit national unterschiedlichen Feinabstufungen – von voller Staatsbürgerschaft über den relativ gesicherten Aufenthaltsstatus langjährig ansässiger ausländischer Wohnbevölkerung und den Status von Asylbewerbern und Flüchtlingen bis zum gänzlich unsicheren, illegalen Status undokumentierter MigrantInnen verläuft (19f). In detaillierten Fallstudien zur Bundesrepublik, zu Italien und Großbritannien, die auf der Analyse des Immigrations- und Sozialrechts dieser Länder sowie einer beachtlichen Anzahl von Interviews mit Einwanderungsbehörden, Beratungs- und Hilfsorganisationen beruhen, untersucht Verf. die Komplexität staatsbürgerlicher Stratifizierung, die sich aus den rechtlichen Bestimmungen über Aufenthalt, Arbeitserlaubnis und sozialstaatliche Unterstützung sowie aus der Implementation dieser Rechte ergibt. Im Mittelpunkt stehen die Mobilität von MigrantInnen innerhalb des Kontinuums partieller Mitgliedschaft sowie Barrieren und kritische Schwellen, die auf dem Weg zu einem gesicherten Aufenthalt überwunden werden müssen. Die Perspektive auf systemspezifische Selektivitäten wird durch diejenige auf die Ambivalenz der Systeme der »civic stratification« ergänzt – »system(s) which in practice can serve as both a statement of rights and as an apparatus of surveillance and control« (7). Zudem beschäftigt sich Verf. mit der Expansion und Kontraktion von Rechten. Die Entwicklung von Rechten von MigrantInnen folge keiner rein expansiven, evolutionären Logik, es sei vielmehr in den letzten Jahren zu gravierenden Einschränkungen, insbesondere der Rechte von AsylbewerberInnen, gekommen (155). Der Ländervergleich dient u.a. dazu, die Grenzen der Harmonisierung von Migrationspolitik innerhalb der EU zu diskutieren.

Verf. geht mit ihrem anspruchsvollen Konzept geschichteter Rechte über die Beschränkungen des traditionellen »Citizenship«-Konzepts ebenso hinaus wie über idealisierende Theoretisierungen der Rechte von MigrantInnen. Die Fallstudien beeindrucken durch die Herausarbeitung feinkörniger Schichtungs- und Exklusionsmechanismen sowie durch die Integration der formalrechtlichen und rechtspraktischen Perspektive. Ein gesondertes Kapitel widmet sich der geschlechtlichen und ethnischen Strukturierung formalrechtlicher Bestimmungen und informeller Praktiken und rundet damit die umfassende Perspektive ab. Kritik wäre allein daran zu üben, dass einige Redundanzen, die sich aus der Zusammenstellung von bereits publizierten Aufsätzen ergeben, nicht gänzlich ausgeräumt wurden.

Katrin Mohr (Göttingen)

**Conrad, Sebastian, u. Shalini Randeria (Hg.),** *Jenseits des Eurozentrismus – Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Campus, Frankfurt/M 2002 (380 S., br., 24,90 €)

Der Sammelband belegt die ethnozentristische und nationalistische Ausrichtung der Geschichts- und anderer Humanwissenschaften. Conrad und Randeria verorten ihren postkolonialen Ansatz innerhalb der Globalisierungsdebatte und begreifen – in Abgrenzung zu Negri und Hardt – die »neue Architektur des ›global governance‹ gerade als Fortsetzung des Imperialismus, als eine Re-Kolonisierung« (9). Der Kolonialismus hat für die Herausbildung des bürgerlichen weißen Europa und die Entstehung von Nationalbewusstsein eine herausragende Rolle gespielt. Moderne Nationalstaaten fungieren nicht nur als Ausgangspunkt für koloniale und kapitalistische Verhältnisse, sondern sind auch deren Produkt. In allen Aufsätzen wird der ethnozentristische Blick traditioneller (Geschichts-)Wissenschaften kritisiert und unterlaufen, indem andere, bislang ausgegrenzte ›Geschichten‹ hinzugefügt werden. Beispielhaft dafür ist die Geschichte der Afrikanistik (Steven Feierman), die zunächst rassistische Imaginationen über das Fremde wiederholte, um die europäische Zivilisiertheit hervorzuheben. Die zunehmende Präsenz schwarzer und afrikanischer WissenschaftlerInnen ab den 1960er Jahren ermöglichte jedoch eine Neuerzählung afrikanischer Geschichte, die das europäische Afrika-Bild in Frage stellt und zudem die Bedeutung Afrikas für die Entwicklung Europas in den Vordergrund rückt. – Sheldon Pollock untersucht kritisch die deutsche Indologie – ihre Ideologie des »Ariertums«, ihre Verstricktheit in den Nationalsozialismus und den heutigen Umgang mit ihrer Geschichte. – In den Weltausstellungen Ende des 19. Jahrhunderts wird für Timothy Mitchell der koloniale Charakter von Ordnung und Wahrheit sowie des Zusammenspiels von Wissen und Macht evident: »Was in der Ausstellung verfügbar gemacht werden sollte, war die Wirklichkeit – die Welt selbst.« (161) – Besonders deutlich wird der Einfluss der Kolonialfrage auf die Gestaltung des »Zentrums« am Beispiel der »Dialektik der Häuslichkeit« (Jean und John L. Comaroff, 251). Der abgegrenzte häusliche Bereich, der sich durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung etablierte, wird in der bürgerlichen Ideologie zum Symbol von Zivilisiertheit und Modernität. Diese Familienideologie stützt zum einen die europäische Kolonisierung Afrikas und zum anderen die bürgerliche Hegemonie in Europa. Darüber hinaus haben etwa »Diskurse über Hygiene, Erziehung, Beichte, Architektur und Urbanität [...] die soziale Geographie der Kolonien geformt« (Ann Laura Stoler, 313f).

Der deutsche Kolonialismus wird aufgrund seiner kurzen Dauer in der Regel als marginal für die deutsche Geschichte abgetan. Andreas Eckert und Albert Wirz betonen dagegen die Notwendigkeit, zwischen Kolonialbesitz und kolonialem Denken zu unterscheiden. Letzteres hat auch in Deutschland tiefe Spuren hinterlassen. Eine Aufarbeitung fand bislang kaum statt, daher liefert dieser Band wichtige Grundlagen. Die Mehrheit der Aufsätze ist allerdings etwa zehn Jahre alt; ein stärkerer Bezug auf aktuelle Debatten wäre wünschenswert gewesen. Zudem stellt sich die Frage, ob eine spezifisch deutsche Perspektive im breit angelegten postkolonialen Rahmen nicht verloren gehen würde. Die Gefahr besteht darin, im Rahmen einer postkolonialen Geschichte der Gewalt und des Ausschlusses des Anderen die nationalsozialistische Vernichtungspolitik in ihrer Einzigartigkeit zum Verschwinden zu bringen. Insofern bleibt der Blick auf die Besonderheit nationaler Verfasstheit und die Kontextualisierung des eigenen Sprechortes unerlässlich. Anette Dietrich (Berlin)

**Lossau, Julia**, *Die Politik der Verortung. Eine postkoloniale Reise zu einer ANDEREN Geographie der Welt*, transcript, Bielefeld 2002 (228 S., kart., 25,80 €)

Entgegen der weit über Huntington hinaus verbreiteten These zunehmender kultureller Konflikte hat sich Lossau zum Ziel gesetzt zu zeigen, »dass die natürliche Ordnung der internationalen Politik nicht per se ist, sondern im Zuge der *Verortung* von Objekten und Identitäten erst produziert wird« (15). Ihr Hauptargument lautet, dass »die Verortung essentialistischer Entitäten auf vermeintlich natürlicher Grundlage« (17) dazu führe, »dass kontingente lokale Wirklichkeiten auf geographische Abstraktionen reduziert bzw. in eine überschaubare Ordnung gebracht werden« (18). Erst solche homogenisierenden Abstraktionen, die sich »vom Klassenzimmer bis zum Kanzleramt« (23) finden ließen, ermöglichten die Produktion einer »vermeintlich natürliche[n] Wirklichkeit einer Welt, in deren Mittelpunkt entweder die universelle Menschheit oder das partikuläre EIGENE steht, dessen Interessen es gegenüber den ANDEREN zu sichern gilt« (15).

Als theoretischer Rahmen dient Verf. das von ihr so bezeichnete »ANDERE Denken«, das sich v.a. auf postkoloniale Theorie sowie (post-)feministische Ansätze und die *critical geopolitics* stützt und sich durch eine »essenzialismuskritische Position« (20) auszeichnet. Ihr Programm siedelt sie an zwischen einem erkenntnistheoretisch informierten »Pol der Differenz«, an dem die »Vielheit« beschworen wird, und einem auf die Praxis abzielenden »Pol der Identität«, an dem ein taktischer Essenzialismus ins Feld geführt wird. Das Verdienst dieser geographischen Dissertation besteht darin, die postkoloniale Essenzialismuskritik in die deutschsprachige Politische Geographie einzuführen. Verf. zeigt, dass sowohl die ältere Geopolitik als auch ihre geläuterte Nachkriegsvariante der Politischen Geographie den Staat unhinterfragt als natürliche Einheit politischer Organisation setzen und sich in eine kultur-räumliche Denkfalle begeben. Anstatt aber die politische Form des Staates genauer zu untersuchen, kann Verf. in ihrem Theorierahmen lediglich normativ die Anerkennung von Differenz einklagen. Als Alternative zu essenzialisierenden Raumabstraktionen (»Nation«, »Kulturraum«, »Globalisierung«) fordert sie die »Dislozierung von Identitäten im globalen Raum irreduzibel vieler Differenzen« (176). Genese und Funktion der kritisierten Denkformen bleiben jedoch ausgeblendet. Gelegentliche Verweise auf »die partikularen Interessen des jeweiligen ›Eigenen«« (153) laufen ins Leere, da diese – konsequenterweise – nicht näher identifiziert werden (können); schließlich wären jeweils auch ganz ANDERE Motive denkbar.

Bernd Belina (Bremen)

**Reuter, Julia**, *Ordnungen des Anderen. Zum Problem des Eigenen in der Soziologie des Fremden*, transcript, Bielefeld 2002 (312 S., br., 25,80 €)

Reuter will zeigen, dass der »soziologische Diskurs« Fremdheit nicht bloß beschrieben hat, sondern »den Fremden als Klassenfeind, als Kriminellen, als Außenseiter oder Störenfried hervor[brachte]« (11). Mit der These, dass das Fremde gerade so *anders* ist, wie es von der *eigenen* Ordnung konstruiert wird, kritisiert sie die Setzungsmacht der Beobachter, also von Soziologie und Ethnologie. Die frühe Fremdheitsforschung habe den/die/das Fremde immer als einer intakten Ordnung gegenüber Stehendes begriffen und ihm/ihr damit nur die Handlungsoptionen Assimilation, Absonderung oder Vereinzelung zugesprochen. Als Praxen der Ethnologie beschreibt Verf. u.a. das *Reisen* und das *Übersetzen*. Dabei dethematisiert sich der oder die Forschende jeweils selbst, weist dem Anderen einen Ort zu und gibt vor, ihn durch Beobachten zu verstehen. So neutral, wie die Forschung vorgibt, ist sie laut Verf. nie gewesen. Denn erst der Blick, der »entworfen« und dann auf das Andere »geworfen« wird, stellt es her. »Othering«, ins Deutsche etwas holprig als »Veränderung«

übertragen, ist die Voraussetzung, um von »dem Anderen« zu sprechen, und verortet den Fremden im »Woanders«. Anstatt *mit* dem Anderen in einen Dialog zu treten, wird *über* ihn gesprochen. Distanzierung, Kontextualisierung und Eingrenzung sind die wissenschaftlichen Strategien des *Othering*.

Als Praxen der Soziologie beschreibt Verf. deren Normierungs- und Zivilisierungsdiskurse. Im Diskurs über Normalitäten und Gewohnheiten wird das Abweichende und Fremde mit produziert. Da dieser Diskurs konstitutiv für das moderne Subjekt ist, findet die Herstellung von Fremdheit nicht nur am Rande der Kultur, sondern »inmitten des Bewusstseins des rationalen Subjektes« (205) statt. Die Kritik an der Fremdforschung weitet sich so zu einer Kritik an der Moderne und ihrer Wissenschaft insgesamt aus. Hinsichtlich des Verhältnisses von Zivilisation und Zivilisierung greift Verf. implizit Stuart Halls Gedanken vom »Westen und dem Rest« auf, wonach die Differenz zwischen zivilisierter Moderne und unzivilisierter, geographisch und historisch entfernter Vormoderne für das Selbstverständnis des westlichen Kapitalismus konstitutiv sei. Zivilisation drückt sich in Benehmen und Körperhaltung aus (217), so dass die Rede über Zivilisation selbst zivilisierend im Sinne von zurechtweisend und disziplinierend wirkt. Es stellt sich die Frage, wie eine Grenzziehung zwischen Eigenem und Fremdem aussehen kann, die die Fehler der klassischen Soziologie nicht wiederholt. Verf. schlägt dazu vor, die gegenseitige Abhängigkeit von Forschungstätigkeit und Untersuchungsobjekt in den Forschungsprozess mit einzubeziehen und nicht mehr vom Bestimmungsort, sondern vom Herkunftsland des Ethnologen auszugehen. Anstelle der Übersetzung könne die Auseinandersetzung mit dem Fremden treten; er würde als Mit-Übersetzer fungieren. Teilnehmen bedeute Sich-Einlassen- und Verstehen-Wollen, vor allem Nicht-besser-Wissen-Wollen.

Die sozialkonstruktivistische Perspektive der Verf. tendiert dazu, mit der Setzungsmacht auch die Kritikfähigkeit gegenüber materiellen Verhältnissen aus der Hand zu geben. Neben der Wissenschaft bleiben das politische Feld und der Alltag die Schauplätze, an denen Fremd- und Eigenheit hergestellt werden. Ihre Kategorisierungen bedürfen der wissenschaftlich-kritischen Intervention, wenn die Diskriminierung von Differenz bekämpft werden soll. Wenn Verf. betont, »einer glaubhaft betriebenen Soziologie des Fremden« könne es nur darum gehen, »dass das Fremde fremd bleiben darf, die Eigenheit des Eigenen aber in Zweifel gezogen wird« (231), scheint sie anzunehmen, dass sich mit der ausbleibenden Beschreibung auch der Gegenstand auflöst. Dem gegenüber wäre das Wechselverhältnis zwischen wissenschaftlicher Konstruktion und rassistischen, sexistischen und homophoben Diskriminierungen zu begreifen – und um die Analyse ökonomischer Bedingungen, politischer Diskurse und gesetzlicher Praktiken zu erweitern.

Jens Kastner/Elisabeth Tuider (Münster)

**Di Luzio, Gaia.** *Verwaltungsreform und Reorganisation der Geschlechterbeziehungen.* Campus, Frankfurt/M, New York 2002 (288 S., kart., 34,90 €)

Die seit 1990 in Deutschland in Gang gekommene Verwaltungsreform steht unter dem Vorzeichen der Ökonomisierung, und dies hat weitreichende Konsequenzen für Organisationsform und Selbstverständnis des öffentlichen Dienstes. An die Stelle »festgelegter und hierarchisch gestaffelter Fachkompetenzen mit einer Weisungsbefugnis von oben nach unten« (194) soll die effiziente Erreichung genau definierter Arbeitsergebnisse treten; die Dezentralisierung von Personen- und Ressourcenverantwortung sowie Formen internen Wettbewerbs und der Konkurrenz mit privaten Anbietern sollen Leistungsfähigkeit und -motivation der MitarbeiterInnen stärken, und mit der Flexibilisierung arbeitsrechtlicher

Normen sollen »bisherige einheitliche Regelungen einer dauerhaften Beschäftigung in einer bestimmten Position« (196), des Aufstiegs nach Dienstalter, ersetzt werden. Di Luzio diskutiert diese Entwicklungen in ihrem Buch unter zwei Fragestellungen: Welche Auswirkungen haben sie auf die »institutionell bestimmten Geschlechterbeziehungen« (12) im öffentlichen Dienst? Sind die Reformkonzepte kompatibel mit dem speziell für diesen Bereich entworfenen Frauenförderprogramm, das auf der »Herausbildung eines neuen Gleichberechtigungsparadigmas« (12) seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts fußt? Zur Beantwortung geht Di Luzio zunächst historisch zurück ins 19. Jahrhundert. Sie rekonstruiert die Herausbildung des öffentlichen Dienstes in Deutschland und zeichnet nach, mittels welcher Klassifikationsmuster und (Geschlechter-)Stereotypen die Profession des Berufsbeamten zum einen von marktwirtschaftlicher Tätigkeit abgegrenzt wurde und zum anderen die moderne Geschlechterordnung exemplarisch legitimierte. Für Di Luzio ist die Institutionalisierung des Beamtentums mit dauerhafter Anstellung, Anciennitäts- und Alimentationsprinzip grundlegend für die Verknüpfung von Karriere- und Familienernährermodell und bis heute eine entscheidende Ursache für Ausschluss bzw. Nicht-Passung von Frauen für den öffentlichen Dienst, weil sie z.B. durch familienbedingte Unterbrechungen dem Kriterium dauerhafter Anstellung nicht entsprechen. Dies trifft »auf Grund von Stereotypisierung auf die gesamte Gruppe der Frauen« (101) zu. Mit der Reform nun, die das Anciennitätsprinzip durchbricht, Beurlaubungen oder Arbeitszeitreduzierungen nicht negativ bewertet, leistungsabhängige Aufstiege sowie die zeitlich befristete Besetzung von Führungspositionen vorsieht, werden laut Di Luzio Karriere- und Entlohnungssysteme tendenziell vom Familienernährermodell entkoppelt und »geschlechtsneutraler« (197). Für »emanzipatorische Entwicklungen« (198) habe dies ambivalente Auswirkungen. Würden damit einerseits Chancen für »eine geschlechtsneutralere Form beruflicher Entwicklung« (197) eröffnet, führten die neuen Anforderungen an zeitliche und fachliche Beanspruchung sowie an räumliche Mobilität tendenziell zu einer Schlechterstellung derjenigen (in der Regel sind das immer noch Frauen), die unverändert mit familiären Verpflichtungen belastet sind. Diese eher negativen Folgen der Ökonomisierung für Frauen (mit Familie) würden dadurch verstärkt, dass die bisherigen Frauenförderprogramme mit dem Reformkonzept nicht kompatibel seien. »Das Modell einer an ökonomischen Effizienzkriterien orientierten administrativen Führungsweise verbietet (...) solche Verfahren, die nicht in einem erkennbaren Bezug zu einem Ergebnis stehen« (250). Individuelle Leistung(sfähigkeit) gewinnt an Bedeutung; zugleich wird »Chancengleichheit vorausgesetzt« (253). Frauenförderprogramme, die von einer strukturellen Diskriminierung von Frauen (als Gruppe) ausgehen, würden so delegitimiert. Allerdings ist, wie Di Luzio anhand der verfassungsrechtlichen Diskussionen in BRD und EU um eine neue Regelung der Gleichbehandlung zeigt, mit der »Betonung, dass auch die quotierende Personalselektion dem Leistungsprinzip« (146) folgt, auch schon im bisherigen Frauenförderprogramm des öffentlichen Dienstes eine höchstens halbherzige Berücksichtigung struktureller Benachteiligung angelegt. An das Prinzip der »Bestenauslese« kann angeknüpft werden, wenn in Reformkonzepten abstrakte Chancengleichheit und individualisierte Leistungsfähigkeit diskursiv miteinander verknüpft werden.

Di Luzio hat eine lesenswerte Arbeit vorgelegt, die den Blick schärft für – keineswegs optimistisch stimmende – Auswirkungen der Reform auf die Positionierung von Frauen in einem Bereich, der bisher insofern als »ihre Domäne« galt, als er Chancen für Karrieren versprach und mit Gleichstellungsgesetzen tendenziell auf den Abbau struktureller Benachteiligungen orientiert war. Gewünscht hätte man sich, dass aus der nüchternen Bestandsaufnahme erste Vorstellungen entwickelt werden, wie Gleichstellungspolitik

unter den veränderten Bedingungen aussehen könnte. Schade auch, dass di Luzio dem allgemeinen Trend folgt, die (alte) Bundesrepublik für das Ganze zu nehmen und gar nicht erst zu fragen, ob die beschriebenen Bedingungen und getroffenen Feststellungen so auch für Ostdeutschland gelten.

Irene Dölling (Potsdam)

## Soziale Bewegungen und Politik

**Faber, Richard.** *Abendland. Ein politischer Kampfbegriff*, Philo-Verlagsgesellschaft, Berlin-Wien 2002 (205 S., br., 24 €)

»Zuviel Abendland, / verdächtig«, dichtete Günter Eich. Kaum ein anderes Wort der politischen Semantik hat sich für gegensätzliche Konstellationen ähnlich aufnahmefähig erwiesen. Nach 1945 war die Rede vom »Abendland« der durch den »Scheinheiligenschein des ›Widerstands‹« (20) verfeinerte Balsam auf die Wunden der postfaschistischen Seelen, auch wenn das im Zeichen des Antikommunismus stehende Bündnis mit den USA sie nur unzureichend, nur ökonomisch, über die »deutsche Katastrophe« hinwegtrösten konnte. Die Aggressivität, mit der die neoliberale Durchdringung der Welt betrieben wird und mit der zugleich kulturelle Grenzen kompensatorisch betont oder reaktiviert werden, zeugt von einer fortdauernden Kreuzzugs-Konstellation: Am »christlichen Abendland«, diskursiv gesänftigt zu einer »Wertegemeinschaft«, lassen sich noch immer die Funken entzünden, um die erkalteten Herzen zu wärmen. »Deutsche Leitkultur auf abendländischer Grundlage« empfahl der baden-württembergische CDU-Fraktionsvorsitzende Oetinger als Kompromissformel, nachdem der Wirtschaftsfachmann Merz sich mit seinem Vorstoß ins Kulturelle blamiert hatte.

Daran erinnert der Soziologe und Religionswissenschaftler im Vorwort zur zweiten Auflage seines Buches von 1979, das in einem Moment wiederveröffentlicht wird, der kaum aktueller sein könnte. Die Studie vereint alle Vorzüge einer politischen Diskursanalyse vor deren modischer Entgleisung: Sie zwingt die Worte, Farbe zu bekennen, statt die Wirklichkeit zur Fiktion zu verflüchtigen. So interessiert, was die Rede vom »Abendland« in einer bestimmten Situation jeweils ›tut‹, als Instrument im ideologischen Klassenkampf, als »Kampfbegriff«, der der »Freund-Feindgruppierung« dient (C. Schmitt, 19). »Abendland – Reich – Europa« bilden eine Trias, wo immer es nach dem Ersten Weltkrieg um »reaktionäre Visionen und konservative Revolutionen« geht (20). Der »neopagane« Oswald Spengler, dessen Werk »in Erwartung eines deutschen Sieges« zunächst *Die Erfüllung des Abendlandes* heißen sollte (26), steckt mit dem katholischen Reinhold Schneider unter derselben linguistischen Decke. Am Vorabend der Machteinsetzung der Nazis sind die »konservativ-revolutionären Intellektuellen«, die »zehntausend Dozenten des Irrationalen«, von denen Thomas Mann sprach, von »eschatologischer Erregtheit« erfüllt (25); sie rechnen mit der Ankunft des neuen Augustus. Die Verse des Dichters Bergengruen, der 1962 den Schillerpreis erhielt, konnten nach 1945 unverändert gedruckt werden; sie boten den Topoi der Abendland-Ideologie – der »immerwährenden Schlacht« gegen die »Hunnen« und der »konstantinisch-karolingischen Kreuzzugsform dieser Schlacht: ›In hoc signo vinces‹« (30) – das rechte sprachliche Gewand. Das vergilsche Motto vom *novus ordo seculorum* – der Neuen Ordnung der Zeiten, welches das amerikanische Siegel ziert, »ist kein revolutionäres, wie Hannah Arendt noch in den sechziger Jahren meinte, sondern ein konservativ-revolutionäres« (71). ›Abendland‹ bleibt auch »in Zeiten euro-amerikanischer Hegemonie« ein Kampfbegriff (89), schon lange vor 1945: »Das heutige ›Römische



Reich« ist die europäisch-amerikanische Übermächtigung der Welt« (80), hieß es 1928. Der »missionarisch-militärisch-ökonomische Komplex« (66), der mit der portugiesisch-spanischen Eroberung der »Neuen Welt« installiert wurde und der noch den Beifall derjenigen Hitler-Gegner fand, denen das katholische Franco-Spanien eine »befriedigende Perspektive« bot (45), gewinnt in den 70er Jahren mit dem US-Imperialismus und den mit ihm verfilzten »30000 [...] protestantischen Predigern in allen Teilen der Welt« (69) sein aktuelles Gesicht. Freilich drängt sich die Frage auf, ob die alltäglich im Fernsehen zu empfangenden Bilder vom besseren Leben, mit denen übers Vergnügtsein das Einverständnis organisiert wird, dem »Neuen Weltmonarchen«, als welcher die USA nach dem Zweiten Weltkrieg begrüßt wurden (75), nicht zumindest ebenso dienlich waren.

So nützlich die Analysen im Einzelnen sind, so undurchsichtig bleibt, vor allem im zweiten Hauptteil (89-168), die in 27 Punkte untergliederte Gruppierung des Materials, darunter an drei verschiedenen Stellen der Titel »Katholisches Europa«. Die Ordnung, die mit Hilfe immer weiterer Qualifizierungen (integrales, lateinisches, organisches, gegenrevolutionäres, usw. Europa) geschaffen wird, muss formal bleiben, weil der resultierende gesellschaftliche Sinn der Rede weniger den einzelnen Stimmen als dem Stimmengewirr entspringt. Die Notatform der Materialgruppierung hat allerdings auch Vorteile. Sie verlangt geradezu, fortgeschrieben zu werden. Die Gegenwart bietet dafür vielfach Gelegenheit, scheint doch der heutige US-Präsident vom selben Missionsbewusstsein erfüllt wie einst Truman, der überzeugt war, die USA hätten die Bombe »in Übereinstimmung mit dem Willen und den Plänen Gottes« entwickelt (76). Das Wort vom »alten« Europa hat diesem ungewollt einen frischen Klang gegeben. Angesichts einer amerikanischen Übermacht, die die Stimmen der Völker geflissentlich überhört, steht er für demokratische Beteiligung und zivile Umgangsformen. Ob sich diese Bedeutung stabilisieren lässt, oder ob der von den USA ausgerufene Kreuzzug für die »Werte des Westens« als ein amerikanisch-europäisches Projekt wie bisher fortgesetzt wird, ist eine offene Frage.

Peter Jehle (Berlin)

**Holmes, Amy, David Salomon, Stefan Schmalz u. Guido Speckmann, *Imperial Jihad? Über Fundamentalismus, Schurkenstaaten und neue Kriege*, VSA, Hamburg 2002 (198 S., br., 15,50 €)**

Zwölf Beiträge liefern Analysen zur Situation nach dem 11. September 2001 – zur gewachsenen Akzeptanz weltweiter Militäreinsätze, zu repressiven Maßnahmen gegen die innere Opposition und zunehmenden rassistischen Diskriminierungen und Verdächtigungen gegen Menschen, denen arabische oder zentralasiatische »Herkunft« unterstellt wird. Unter dem Titel »Gender-Djihad« zeichnet Holmes Parallelen zwischen islamistischem Fundamentalismus (Afghanistan) und christlichem Fundamentalismus (USA) nach. Beide sind fester Bestandteil der Regierungspolitiken und dienen zur Ausgrenzung von Frauen aus dem öffentlichen Leben. Die »Instrumentalisierung des Feminismus« im Afghanistan-Krieg sei daher »grotesk« (112) und zeitige in den USA antiemanzipatorische Folgen. Mohssen Massarrat, Winfried Wolf, Gert Meyer und Matin Baraki diskutieren ökonomische und strategische Gründe für den Afghanistan-Krieg. Sabine Kebir verweist auf laizistisch-demokratische Strömungen in Staaten wie Algerien und deren Schwierigkeiten, sich gegen islamistische Organisationen durchzusetzen, die über große finanzielle Mittel verfügen und lange vom Westen unterstützt wurden. Zur wirksamen Bekämpfung antidemokratischer Strömungen seien Änderungen der IWF-Politik erforderlich, die Algerien bisher zu Privatisierungen und zum Abbau von Solidarsystemen zwingt. Am Beispiel Ägypten erklärt Götz Nordbruch den islamistischen Antisemitismus – eher vage – als anti-

moderne Strömung, die sich aus der postkolonial geprägten Gleichsetzung von Moderne und Imperialismus ergeben habe und sich mit ihrem »grundsätzlich modernen Charakter« (195) klar vom religiösen Antijudaismus früherer Jahrhunderte abgrenzen lasse. Micha Brumlik argumentiert gegen Interpretationen des 11.9., die in der deutschen Öffentlichkeit kursieren. Zu den Anschlägen habe nicht die Massenarmut in islamisch geprägten Ländern geführt, sondern eine Sabotage der Demokratisierung arabischer Staaten durch koloniale Interessen. Auch sei der Islamismus keine partikularistische Bewegung, sondern »dem imperialen westlichen Universalismus ein ebenso universalistischer Schatten« (166). Ursache der Anschläge sei demnach keine »mensenverachtende Ideologie«, vielmehr ein »machtpolitisches Interesse« an der »Schwächung des Westens« (165). Frank Deppe ruft dazu auf, der neuen Weltordnung durch Stärkung sozialer Bewegungen aus dem attac- und Gewerkschaftsspektrum entgegenzutreten. Die Hoffnung auf das Ausnutzen »zwischenimperialistischer Widersprüche« (30) sollte nicht aufgegeben werden. Sein Ruf nach stärkerer Autonomie der EU und seine Forderung, Europa solle in Abgrenzung zu den USA zu einem »energischen Eingreifen in den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern« (ebd.) beitragen, erinnern allerdings unangenehm an Vorschläge deutscher PolitikerInnen aus den letzten Monaten. In weiteren Beiträgen äußern sich Johannes M. Becker, Werner Biermann, Arno Klönne und Frank Unger zur veränderten internationalen und us-amerikanischen Politik.

Im Band wird deutlich, dass die Beschäftigung mit Imperialismus, geostrategischen Überlegungen und der heuchlerischen Kriegslegitimation nicht überflüssig oder veraltet ist. Die AutorInnen widersetzen sich der unsinnigen Gleichsetzung der USA mit einem »Hort der Zivilisation« und der Bevölkerung arabischer und zentralasiatischer Staaten mit »Barbaren«, die Vielfalt der Beiträge arbeitet ökonomistischen Verkürzungen entgegen. Mangels eines geschlossenen Konzeptes bleiben aber Fragen offen: Während das Interesse der USA an Zentralasien auch auf die Verquickung von Regierung und Ölindustrie zurückgeführt wird, fehlt der Versuch einer Erklärung, welche gesellschaftlichen Kräfte aus welchen Gründen den Islamismus tragen und propagieren. Dadurch erscheinen die arabischen und zentralasiatischen Staaten als »Opfer« des westlichen Imperialismus und Widersprüche transnationaler Vergesellschaftung bleiben unbegriffen. Auch fehlt eine Abgrenzung gegen jene »Friedensbewegten«, die in Osama Bin Laden und Saddam Hussein antiimperialistische Vorkämpfer sehen oder ihre Kriegsgegnerschaft mit antisemitischen Bildern über Interessen der »US-Ostküste« oder der israelischen Regierung begründen. Für die Fundierung linker Kritik sowohl am neuen Imperialismus als auch am politischen Islamismus liefert das Buch dennoch wichtige Impulse.

Marco Tullney (Marburg)

**Ramonet, Ignacio**, *Kriege des 21. Jahrhunderts. Die Welt vor neuen Bedrohungen*, a.d. Frz. v. Birgit Althaler, Rotpunkt, Zürich 2002 (217 S., engl. br., 19,80 €)

Als allein übriggebliebene Supermacht schicken die USA – mit den Anschlägen des 11. September 2001 als »Einfallstor« (Susan Sonntag) – sich an, ihre militärische »Hypermacht« zum Griff nach Weltherrschaft zu nutzen. Da sie Krieg als präventive Maßnahme und mit angedrohtem Ersteinsatz der Atombombe wieder zu einer »normalen« und permanenten Option imperialer Politik gemacht haben, kommt der kritischen Kriegstheorie eine neue Bedeutung zu. Von Ramonet, dem Ehrenpräsidenten von Attac International, ist dazu einiges zu erwarten. Seine Leitartikel in *Le Monde diplomatique* sind oft Glanzstücke zupackend verdichteter Reflexion der jeweils aktuellen Situation. Sie verbinden die auf

einschlägige Sachbücher gestützte Recherche mit der Analyse von Einzelphänomenen, die als Sinnbilder der Konjunktur blitzartig einzuleuchten vermögen. Sein Buch enttäuscht diese Erwartung jedoch. Es eliminiert die Widersprüchlichkeit und den prekären Prozesscharakter der Verhältnisse. Die Welt wird bereits »von einer einzigen Hypermacht beherrscht« (9), diese greift nicht erst nach der Herrschaft. Das gegenwärtige Konfliktgemenge wird zudem ungenau situiert: »Wir haben es mit einer zweiten kapitalistischen Revolution zu tun. [...] Die Welt befindet sich heute in einer neuen, der Kolonialzeit vergleichbaren Ära der Eroberungen.« (11) Nur dass es nicht Staaten, sondern transnationale Konzerne seien, die als Eroberer aufträten, und dass sie nicht Länder, sondern Märkte eroberten. Insgesamt legt Ramonet Kritik als permanente Alarmierung über Gefahren und Niedergang an. Von der Erosion von Nationalstaaten bis zum Waldsterben, von der Trinkwasserknappheit über den Neofaschismus bis zu Kriegen und Aids, der »Pest der Armen«, ist sein Buch ein atemloser Katastrophenbericht. »All die strukturellen und konzeptuellen Veränderungen der letzten Jahre haben zu einem regelrechten Zerfall der Welt geführt.« (14) »Neue Akteure« in Gestalt »überstaatlicher Zusammenschlüsse« (u.a. nennt er die EU), »globalisierter Unternehmen« und weltweit tätiger NGOs handeln in einem Rahmen, der von der Welthandelsorganisation, »dem neuen Weltschiedsrichter«, vorgegeben wird (14f). Die argentinische Krise sei »für den Neoliberalismus, was der Fall der Berliner Mauer für den Sozialismus war« (12). Auf die Frage, wer die Welt heute beherrscht, antwortet Ramonet (im Widerspruch zu seiner einleitenden Rede von der US-Weltherrschaft) mit der unklaren These »von einem doppelten Triumvirat, das [...] wie eine Weltregierung agiert«: »Das erste, geopolitisch und militärisch bestimmende Triumvirat setzt sich aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich zusammen, das zweite, wirtschaftlich bestimmende aus den Vereinigten Staaten, Deutschland und Japan.« (17) Nicht wenige Teile des Textes entstammen den anfangs genannten Leitartikeln (vgl. etwa 117 mit Ramonets Artikel »Nouvelle économie«, in: *Le Monde diplomatique*, 4/2000, 1), können aber in theoretischer Analyse nicht halten, was sie als Aperçu versprochen haben.

Das Buch endet mit einer Rede, die einen programmatischen Horizont fürs Weltsozialforum in Porto Alegre umreißt: Vorab soll »die Macht der Finanz gebrochen werden« (213), wobei freilich daran zu erinnern wäre, dass sie mit Marx noch immer als Bewegungsform des kapitalistischen Systems selbst begriffen werden muss, also eher symptomatischen als Ursachenstatus hat. Garantiertes Grundeinkommen, Schuldenerlass für die armen Länder, gerechter Handel, privat-öffentliche Mischwirtschaft, »Erhöhung der Entwicklungshilfe unter der Prämisse, dass das ökologisch unhaltbare Modell des Nordens nicht übernommen werden kann«, Investitionen in Trinkwasserversorgung, Bildung, Gesundheit usw. sind Forderungen, die gewiss Beifall verdienen, aber vorerst nur Wünschbarkeiten statt eines konkreten politischen Projekts zum Ausdruck bringen. Ramonet schließt: Dieses »Weltveränderungsprogramm« (das keines ist) »wäre um weitere dringliche Aufgaben zu ergänzen: die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs, die weltweite Emanzipation der Frauen, die Errichtung einer internationalen Schiedsstelle, welche die Menschen vor medialer Kontamination (Lügen, interessenbedingte Desinformation) bewahrt, das Vorsorgeprinzip im Umweltschutz und bei jeder Form von Genmanipulation« (215). Das meiste davon ist, zumindest verbal, bereits Bestandteil der EU-Politik. Und als Korrektiv gegen Propagandalügen können höchstens die kritischen Medien ihren (zumeist bescheidenen) Beitrag liefern. Letztlich können soziale Bewegungen sich nur selbst helfen in dem Maße, in dem ihr Beschleunigungsmoment sie über das Schwerkrauffeld der herrschenden Ideologien hinausragt.

Wolfgang Fritz Haug (Esslingen)

**Gresh, Alain, *Israel-Palästina. Die Hintergründe eines unendlichen Konfliktes*, Rotpunkt, Zürich 2002 (192 S., br., 21 €)**

Mit seiner sachkundigen Nachzeichnung der Konfliktgeschichte vom Entstehen der zionistischen Bewegung in Europa und den ersten Siedlerwellen in Palästina bis zur zweiten Intifada will Gresh etwas gegen die Kommunikationslosigkeit der Positionen tun. Die »Anti-Terror-Politiken« Bushs und Sharons haben die Gewaltspirale wieder neu in Gang gebracht und den Nahost-Konflikt mehr denn je aus seiner regionalen Verankerung gerissen. »Der Konflikt schwappte zu uns herüber« (7). Vor dem Hintergrund neuer Anschläge auf Synagogen und araberfeindlicher Ausschreitungen in Frankreich, in die Gresh mit Sorge v.a. die Jugend involviert sieht, schreibt er sich die Aufgabe eines »Übermittlers« zu, der weder den Antisemitismus noch die »»primitiven« Gefühle der Solidarität« (11), wonach ein Jude mit den Israelis und ein Moslem mit den Palästinensern solidarisch zu sein hat, unwidersprochen akzeptiert, sondern Brücken über die sich vertiefenden kulturellen Gräben schlagen möchte. Gresh kann als Kind einer russlandstämmigen jüdischen Mutter und eines koptischen Vaters nicht nur auf »das ungeheure Privileg« zurückgreifen, seine »Nationalität selbst gewählt zu haben«. Er gehört zudem einer Generation an, die sich, durch den Algerien- und Vietnamkrieg geschult, als »integralen Bestandteil der Menschheit« verstand, frei von »Vorurteilen« und »Rassenzuschreibungen« (8f). Allerdings habe sie es verpasst, den Jüngeren diese »»internationalistische« Erfahrung [...] zu übermitteln«. Daher möchte er »Sachkenntnis«, die »Vorbereitung jeder Diskussion«, liefern, damit sich die »unterschiedlichen Standpunkte [...] aneinander abarbeiten« (11f) können. Er lässt keinen Zweifel daran, dass er sich stets mit den Opfern, egal welcher Nationalität oder Religion, solidarisch fühlt.

Marc Hanisch (Essen)

**Sauermann, Ekkehard, *Neue Welt Kriegs Ordnung. Die Polarisierung nach dem 11. September 2001*, Atlantik, Bremen 2002 (579 S., br., 24,80 €)**

Sauermann analysiert den Griff der USA nach der Weltherrschaft in der Folge der Anschläge vom 11. September 2001. Er untersucht Strategieaussagen der Akteure und ihre ideellen Grundlagen. Dass dabei harte Fakten und Belege zugunsten langer Zitate ausgeblendet bleiben, ist eine Schwachstelle, die seine Auseinandersetzung mit den USA, ihren Verbündeten und deren fundamentalistischen Gegnern wettmacht.

Verf. fragt berechtigt nach Tätern und Nutznießern des 11. September. Er knüpft an jene umstrittenen Einschätzungen an (z.B. von Gore Vidal, *Bocksgesang*, Hamburg 2003), die die offizielle Darstellung der Terrorakte als überraschendes Werk islamistischer Fundamentalisten bezweifeln. Diese Analysen vermuten Kenntnis, Verwicklung oder zumindest Duldung seitens US-Stellen, um einen Anlass für einen außenpolitischen Kurswechsel hin zu einer offensiven, gewaltsamen Durchsetzung us-amerikanischer Vorherrschaft zu bekommen. Weiterhin arbeitet Verf. die ökonomischen und geopolitischen Interessen der USA im »Krieg des Guten gegen das Böse« heraus. Die Führer der USA sehen endlich die Chance, die Früchte des Siegs im Kalten Krieg einzufahren, wie überzeugende Belege bei Zbigniew Brzezinski, Robert Hutchings und Bush jr. zeigen. Dann steht die Konstruktion des Feindbildes vom »Bösen« im Zentrum. So unterschiedliche Autoren wie Samuel Huntington (in Tradition von Spenglers »Untergang des Abendlandes«) oder Bassam Tibi schmiedeten eine Argumentationskette, die Terroristen mit islamischem Fundamentalismus gleichsetzt und den militärischen Kampf gegen beide alternativlos macht. Nicht zuletzt erinnert er daran, dass der Jugoslawienkrieg die Wirksamkeit solcher Argumente und der daraus abgeleiteten Kriegspläne zunächst gegen Afghanistan, heute gegen den Irak und

künftig gegen andere ›Schurkenstaaten‹ beförderte. Europa wie Deutschland spielen dabei nur die Rolle von überrumpelten Verbündeten, die sich kaum eigene Positionen leisten, so der Stand bei Drucklegung des Buches. Verf. stellt die Selbstdarstellung der »USA als Reich des Guten« zur Disposition. Chalmer Jones und Noam Chomsky sind Zeugen jener Selbstüberhebung, mit der die USA eine neue Weltmission begründen. Scharf die Polemik gegen Hardt und Negri, deren Konzept System- wie Kulturkritik unmöglich mache, indem es die Unentrinnbarkeit des Empires unterstellt. Das begünstige Apathie und mache mit schuldig. Schließlich entwirft Verf. Perspektiven der Menschheit in diesem permanenten Krieg und setzt marxistisch auf die inneren Widersprüche der Träger, Verbündeten und Dulder der neuen Ordnung und auf den Widerstand ihrer Opfer. Hier lägen die Chancen der Linken. Verf. stimmt mit dem sowjetischen Dissidenten Alexander Sinowjew überein: »Das Ende des Kommunismus ist auch das Ende der Demokratie. Unsere Ära ist nicht nur postkommunistisch, sie ist auch postdemokratisch.« (65) Der neue Totalitarismus wirkt und ihm muss widerstanden werden, so die Botschaft. Denn noch ist Widerstand möglich.

Stefan Bollinger (Berlin)

**Butterwegge, Christoph, Janine Cremer, Alexander Häusler u.a., Themen der Rechten – Themen der Mitte. Diskurse um deutsche Identität, Leitkultur und Nationalstolz,** Leske + Budrich, Opladen 2002 (288 S., br., 18 €)

Das vorliegende Buch zeigt, wie in der sog. ›neuen Mitte‹ erneut die Vorstellung einer ›deutschen Nation‹ erstarbt. Es tritt der These entgegen, Rechtsradikalismus und Nationalismus seien bloße Randphänomene der Gesellschaft. Alle Beiträge entstammen einer medienkritischen Forschungsgruppe der Hg., deshalb herrscht in der Methodik medienanalytische Monotonie. Breiter gestreut sind die behandelten Themen: Der Weg zur neuen Zuwanderungsgesetzgebung wird beschrieben (Reißblandt); die Arbeitgeber- und Gewerkschaftspresse werden auf ihre Äußerungen zur Zuwanderungspolitik untersucht (Cremer); in Medien der extremen Rechten werden Argumentationslinien nachgewiesen, die eng mit Debatten im bürgerlichen Lager verschränkt sind (Häusler). So präsentiert das rechte Organ *Nation und Europa* in einer eigenen Rubrik unkommentiert Artikel zur ›Ausländerkriminalität‹ aus bürgerlichen Medien, und die völkisch-nationalistische *Junge Freiheit* druckt in einer Querfrontstrategie Beiträge konservativer Politiker ab – etwa den »Appell« des ehem. Berliner Innensenators Lummer, »das deutsche Volk vor der Auflösung zu bewahren« (84).

Der zweite Teil will die »Diskurse zu (Leit)Kultur, Nation und Volk« untersuchen. Er beschränkt sich aber darauf, Verlauf und Akteure der Debatten (etwa über ›Leitkultur‹ und ›Nationalstolz‹, über Demografie und das »sterbende Deutsche Volk«) zu beschreiben. Dieser bloßen Reihung von Diskussionsverläufen fehlt die Ausarbeitung wiederkehrender Figuren und ihrer Funktion, von ihrer Analyse als »Diskurse« kann keine Rede sein. Theoretisch am wichtigsten ist der Beitrag von Butterwegge und Häusler im dritten Teil, der die gewonnenen Eindrücke zusammenfasst: Die schleichende Renationalisierung der Politik baut auf die verzerrte Betrachtung rassistischer Tendenzen als Randphänomene. »Nicht der Rassismus als gesellschaftliches Problem wird verurteilt, sondern der bekennende bzw. gewalttätige Rassist erfährt eine Stigmatisierung« (218). Die Mechanismen, mit denen der Rassismusverdacht aus der Mitte der Gesellschaft verdrängt wird, sind plausibel analysiert. In den Medien dominiert eine Deutung rassistischer Übergriffe als verständlicher Abwehrreaktion randständiger Gruppen, womit sie de facto entschuldigt werden, während zugleich die strukturelle Verfasstheit kapitalistischer Gesellschaft unbeachtet bleibt. Die Täter werden meist als orientierungs- und perspektivlose Jugendliche dargestellt, obwohl sich z.B.

beim Prozess gegen die Gruppe »Skinheads Sächsische Schweiz« zeigte, dass etablierte Bürger beteiligt waren. In der Berichterstattung über Migrantinnen und Migranten haben »Nachrichtenwert [...] fast nur negative Meldungen, wodurch eine ethnische Differenzierung zementiert wird, die [sie] in Verbindung mit Problemzuständen bringt« (253). Gleichzeitig reaktiviert der auch ethnisch homogenisierende Begriff »neue Mitte« in der Politik die Vorstellung eines nationalen Kollektivs. – Obwohl einzelne Beiträge sich inhaltlich überlappen, entstand ein vielseitiger Band. Die Verf. sind in ihrem Bereich solide informiert. Mehr als eine Beschreibung der ideologischen Schnittmengen zwischen Rechtsextremismus und etablierter Politik leistet das Buch allerdings nicht.

Henning Füller (Berlin)

**Albert, Michael**, *The Trajectory of Change. Activist Strategies for Social Transformation*, South End Press, Cambridge/USA 2002 (174 S., br., 9 \$)

Die USA – von Che Guevara als »belly of the beast« bezeichnet – sind kein leichtes Terrain für Linke, die Geschichte der radikal-linken Politik in den USA ist voll von Misserfolgen. Schon Werner Sombart fragte: »Warum gibt es keinen Sozialismus in Amerika?«, und auch das vorliegende dünne Bändchen gibt darauf keine systematische Antwort. Es stellt aber ein ganzes Spektrum selbstkritischer Analyseansätze zur Diskussion. Welche Fehler hat die US-Linke zu verantworten? Welche Veränderungen sind nötig, um dem expansiven Neoliberalismus und Neomilitarismus zu begegnen? Sein Verf., ein »unorthodoxer Marxist« (so der Titel eines seiner Bücher), ist Mitbegründer von *Z-Magazine*, des linken Verlags *South End Press* und fungiert als Herausgeber des *ZNet* ([www.zmag.org](http://www.zmag.org)). – »Was ist falsch an der Art, wie wir Politik machen?« (1) Vor allem müsse die Linke ihre Enklaven verlassen und mehr Menschen für ihr Projekt gewinnen, müsse an deren Unzufriedenheit ansetzen und zeigen, wie konkrete Lösungen aussehen können. Auch jenseits der politischen Arbeit im engeren Sinne müsse sie den Menschen Möglichkeiten bieten, sich wohl zu fühlen und weiter zu entwickeln. Zwar sollten militante Aktivitäten nicht verdrängt werden, »aber wir müssen [...] sie integrieren, um ihnen mehr Reichweite zu verleihen; [...] mehr lokale Wege der ständigen Einbindung von Menschen entwickeln, die gerade erst ihr Interesse entdeckt haben; und insbesondere mehr Zeit aufbringen für die Erläuterung [...] von Inhalt, Ziel und Logik unserer Politik vor einem neuen Publikum, das noch nicht von dem, was wir tun, überzeugt ist« (17).

Immer mehr Menschen werde bewusst, dass viele ihrer täglichen Probleme nicht durch individuelle Fehler entstehen, sondern systemimmanente, strukturelle Ursachen haben (38). Deshalb sei es sinnvoll, wenn Verbindungen zwischen Einzelproblemen aufgezeigt und Verknüpfungen zwischen einzelnen Protest-Bewegungen hergestellt werden. Dafür seien Erfahrungen der in den 1980ern gegen die Reagan-Politik formierten Regenbogen-Koalition um Jesse Jackson ein guter Ausgangspunkt. Fundamente einer solchen Vereinigungsbewegung wären: die Möglichkeit, dass Menschen alle Entscheidungen über die sie betreffenden Aktivitäten beeinflussen können, sowie Diversität im Sinne eines Pluralismus linker Ansätze (57f). Die beteiligten Organisationen und Bewegungen müssten autonom, aber untereinander solidarisch sein. Um gemäß dieser Prinzipien zusammenzuarbeiten, sollten sie eine Dachorganisation aufbauen. An dieser Notwendigkeit habe der 11. September nichts geändert – deutlich werde aber, dass eine stärkere Kooperation zwischen Friedensbewegung und anderen oppositionellen Bewegungen wichtig sei (XV). Und es seien Gräben zu überwinden, die zwischen linken Organisationen und Aktivisten einerseits und der Mehrheit der Bevölkerung sowie wichtigen Bündnispartnern andererseits entstanden

sind: In Teilen der Linken habe sich eine Kultur entwickelt, die insbesondere der Arbeiterschaft distanziert, ja »feindselig« gegenüberstehe (46).

Albert schätzt grob, während der letzten 30 Jahre seien in den USA etwa 10 Mio. Menschen an progressiven Bewegungen beteiligt gewesen. »Als mir klar wurde, wie viele wir irgendwann einmal und vielleicht nur unter Vorbehalten erreicht haben, und wie wenige heute aktiv sind, war ich erschüttert.« (51f) So erhielt Ralph Nader, Kandidat der US-Grünen, bei den letzten Präsidentschaftswahlen immerhin 3 Mio. Stimmen. Doch seine Wähler seien nicht für weitere Aktivitäten angesprochen und in lokale Initiativen eingebunden worden – eine »Schande angesichts eines Potenzials, das sich schlagartig in eine ernstzunehmende und dauerhafte Verstärkung verwandeln lässt« (85). Also alles nur eine Frage der Organisation und des Engagements? – Wenn es um die Möglichkeiten einer linken Sammlungsbewegung geht, dürfen Widersprüche und Interessengegensätze zwischen den einzelnen Bewegungen nicht vergessen werden. Auch muss, wer nicht in Voluntarismus ableiten will, die Mängel dieser Bewegungen im Verhältnis zu gesellschaftlichen Veränderungen betrachten. Insgesamt stellt Albert jedoch Fragen, auf die auch hiesige Linke Antworten finden müssen, wenn sie den Kreis der üblichen Aktiven und Sympathisanten erweitern wollen.

Edgar Göll (Berlin)

**Meyer, Malte**, *Neuanfang in der Defensive. US-Gewerkschaften unter Handlungsdruck*, VSA, Hamburg 2002 (171 S., br., 14,80 €)

Verf. setzt bei den Veränderungen des US-Fordismus in den 1970er Jahren an, dessen Krise zu einer aggressiven Offensive des Kapitals und neoliberaler Kräfte führte (»Reaganomics«). Die Gewerkschaften reagierten mit dem »Business Unionism«, einer Anpassungsstrategie sukzessiver Konzessionen und betriebszentrierter, konkurrenzfördernder Kompromisse. Vor diesem Hintergrund analysiert Meyer ihre heutige strategische Situation. Betriebliche »Partnerschaften für eine verbesserte Konkurrenzfähigkeit [...], Lohnverzichtsrunden, Arbeitszeitflexibilisierung und die Liquidation branchenweiter Tarifbindungen« konnten den Verfall ihres Einflusses nicht bremsen und trugen sogar »dazu bei, die Dauerkrise zu verschärfen« (11). Aspekte des Verfalls sind die mangelnde theoretische Verarbeitung der Umbrüche, ausgeprägte Klientelpolitik, aber auch kriminelle Machenschaften einer z.T. reaktionären Funktionärsgarde, die einen Niedergang des Basis-Engagements zur Folge hatten. Zugleich verloren die Gewerkschaften im politischen Feld an Einfluss – bei den Demokraten zeigen sich die Grenzen des traditionellen Lobbyismus in Regierung und Kongress, während die Republikaner sogar aktives »Union busting« betreiben. Hinzu kommt die »Kooperationsunwilligkeit des Kapitals«. Die defensive Strategie des »Co-Management«, mit der Gewerkschaften ihren Einflussverlust zu kompensieren suchten, ist gescheitert, und sie haben der polarisierenden Beschäftigungs-, Einkommens-, Steuer- und Sozialpolitik nichts entgegenzusetzen.

Indes entstand eine handlungsfähige »Gewerkschaftsopposition« (83ff), die sich zuerst innerhalb der Bergbau- und der Kraftfahrgewerkschaften (der berühmten »Teamsters«) zeigte, sich dann auf die Gewerkschaft der Automobilarbeiter sowie die der Reinigungskräfte und Hauswarte (bekannt aus Ken Loachs Film *Brot und Rosen*) ausdehnte und durch das »New Directions Movement« (NDM) weiter getrieben wird. NDM lehnt Konzessionen an das Kapital und unfaire Kompromisse ab, setzt auf die Mobilisierung der Mitglieder, die Organisation ethnischer Minderheiten, die Gleichbehandlung von Frauen und auf internationalen Ausgleich. Im Oktober 1995 hatten die Bemühungen der Gewerkschaftslinken auf dem Bundeskongress des Dachverbandes AFL-CIO Erfolg (108f): das Kandidatenteam

unter Leitung von John Sweeney errangt einen knappen Wahlsieg gegen den konservativen Block um Lane Kirkland (dessen Antikommunismus dem Verband gelegentlich das Kürzel AFL-CIA eingebracht hatte). Von der neuen Führung wurden enorme Geldsummen für Mitgliederwerbung, Bildungsarbeit, moderne Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit aufgewendet. Frauen und Vertreter von Minderheiten werden verstärkt in Ämter berufen. Auf diese Weise konnte der Mitgliederschwund zwar reduziert, aber nicht beendet oder umgekehrt werden. Großenteils sind die Mitglieder passiv, resigniert oder konservativ eingestellt – der »ökonomische Nationalismus« feiert sein Comeback. Die Bush-Regierung macht kleine arbeitsrechtliche Reformen Clintons wieder rückgängig. Angesichts der Übermacht des Kapitals, des fortgesetzten Strukturwandels, der neoliberalen Bundespolitik, der insgesamt kaum wahrnehmbaren Linken und der einseitigen kommerziellen Medien nimmt es kaum Wunder, dass sich die Lage der Gewerkschaften nicht wesentlich verbessert hat. Auch erschwert die Situation nach dem 11. September Protestaktionen: Nach einem langen Streik der Hafearbeiter ordnete Bush im Herbst 2002 eine Zwangsschlichtung an – denn alle verfügbaren Kräfte müssten auf Vorbereitung des Krieges gegen den Irak konzentriert werden.

Für die Zukunft bleibt Verf. skeptisch. »Obwohl die New Voice-Führung nun seit mittlerweile sieben Jahren den AFL-CIO leitet und die Erneuerungsbewegung insgesamt auch schon auf eine 15 bis 20jährige Geschichte zurückblicken kann«, gebe es kaum Anzeichen für eine Überwindung der Krise (151). Im Jahr 2000 erreichte der gewerkschaftliche Organisationsgrad einen neuen Tiefstand und liegt bei 13,5%, in der Privatwirtschaft bei 9%. »Vermutlich reichen weder die im Einzelnen durchaus einleuchtenden theoretischen Konzepte noch die politischen Kräfte der [...] Gewerkschaftslinken aus, um den unerlässlichen Umbruch zu bewerkstelligen.« (12) Eine Vernetzung mit anderen sozialen Bewegungen ist notwendig. Edgar Göll (Berlin)

## Ökonomie

**Schui, Herbert, u. Stephanie Blankenburg,** *Neoliberalismus. Theorie, Gegner, Praxis*, VSA, Hamburg 2002 (190 S., br., 15,50 €)

Eine Kritik neoliberaler Theoriebildung muss »historisch eingebettet« werden (9). Daher steht zu Beginn eine umfangreiche Darstellung der Geschichte und Theorie moderner Wohlfahrtsstaaten. Sie werden zusammen mit der keynesianischen Theorie als Hauptgegner des Neoliberalismus identifiziert, unter Vernachlässigung des Staatssozialismus. Durch Wohlfahrtsstaat und Keynesianismus ist für die Autoren eine »ausgeprägte Verschiebung« der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse »nach links« (22) vorangetrieben worden. »Die Unternehmer konnten sich, wenn sie ihre gesellschaftliche Macht aufrecht erhalten wollten, mit Keynes' Verteilungspolitik und Investitionsförderung nicht abfinden« (43), da, entgegen der Intentionen von Keynes, das Projekt der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Kräfte weit darüber hinausging und langfristig die Eigentumsfrage stellte (40). Der Neoliberalismus sei die Antwort der organischen Intellektuellen des Kapitals auf diese geschichtliche Situation. Den Boden für ihren Erfolg haben allerdings sozialdemokratische Regierungen bereitet, denen es »nicht gelungen ist, die Voraussetzungen des Wohlfahrtsstaates« durch seine konsequente Erweiterung zu erhalten (23). Dem Neoliberalismus gelingt es, das »Unbehagen« infolge ökonomischer Krisen auf den Wohlfahrtsstaat



selbst zu lenken (39ff). Verf. leiten den damit verbundenen gesellschaftlichen Umbruch nicht aus der ökonomischen Krisendynamik ab, sondern führen ihn im Anschluss an Kalecki auf »politische Machtverhältnisse« zurück: »Die ›mächtige Phalanx aus den Interessen des Big Business und der Rentiers‹ widersetzt sich dem Ziel der Vollbeschäftigung trotz einer möglichen negativen Wirkung auf die Akkumulationsfähigkeit« des Kapitals, »um ihre politische Vormachtstellung nicht zu gefährden« (72f).

Gegen den Staatsinterventionismus und kollektivistische Praktiken setzt der Neoliberalismus den Markt als »Entdeckungsprozess« (Hayek, 79) und den Wettbewerb als »Bewegungsmoment evolutionärer Entwicklung« (82), Eigentums- und Verteilungsverhältnisse als deren natürliches Resultat (107). Die neoliberale Theoriebildung zeichnet sich dabei »gerade nicht« durch das »selbstzufriedene Schulterklopfen« der etablierten neoklassischen Gleichgewichtstheorie aus, sie versucht vielmehr alle Probleme, die letztere ausklammert, »der ökonomischen Logik der neuen Ordnung einzuverleiben« (85). Die »Rolle von Institutionen als Bindeglied [...] zwischen Individuum und Gesellschaft« wird anerkannt (180), eine vollständige Konkurrenz und Information der ökonomischen Akteure entsprechend nicht angenommen. Der Mensch verfüge nur über eine »begrenzte Rationalität« (93), daher sei der »common man«, so Tullock im Anschluss an Hayek, nicht in der Lage, sich mit anderen über gesamtgesellschaftliche Prinzipien zu verständigen (130). Laut Arrow erschöpft sich »ihre Gesellschaftlichkeit darin, den eigenen, individuellen, subjektiven Nutzen durch Selbstbeschau festzustellen, und diesen durch Tausch zu vergrößern« (129). Damit sind etwa Wahlen eine unbrauchbare Methode, den tatsächlichen Willen der Mehrheit festzustellen (123ff), der Markt hingegen bietet immer noch den vergleichsweise effizientesten Mechanismus gesellschaftlicher Steuerung. Das neoliberale Ziel besteht folglich darin, »das Marktprinzip« über den rein ökonomischen Bereich hinaus »zum allgemeinen gesellschaftlichen Organisationsprinzip zu erheben« (79). Allgemeine Wohlfahrt, politische Entscheidungen, Familienplanung, alles ist das »spontane Ergebnis individueller Tauschakte« (77) unter Bedingungen unvollständiger Information (92). Verf. schließen daraus: »Die ›Offene Gesellschaft‹ (Popper) ist demnach zutiefst unpolitisch; ihre einzelnen Mitglieder sind unwissend. Ihre Festigkeit und ihren Bestand verdankt diese Gesellschaft der Unterwerfung« (103). Es gelingt ihnen, die ökonomische Theorie, die epistemologischen Grundlagen sowie das Gesellschaftsbild des Neoliberalismus auszuweiten, seine theoretischen Leistungen herauszustellen und zugleich seinen autoritären, elitären und chauvinistischen Charakter aufzuzeigen.

Verf. bezeichnen den Neoliberalismus als »modernes Projekt der Gegenaufklärung« (147), welches »zur Legitimation einer langen Phase – oder eines neuen Produktionsregimes – des entwickelten Kapitalismus« (74) führt. Sie verweisen darauf, dass er »eine praktische, eine operationale Ausformung« benötigt, »um seine politischen Ziele als neue Ordnung zu verwirklichen« (161), können seine politische Form allerdings nicht vorführen. Einsichtig sind zwar die Nachweise der Verbindungen zwischen neoliberaler Theorie und rechtsextremen Parteien (161ff), die Verankerung des Neoliberalismus im herrschenden Block und im Alltagsverstand der Menschen bleibt jedoch unkenntlich. Verf. konstatieren entsprechend: Das »bemerkenswerteste Phänomen der letzten drei Jahrzehnte ist der Umstand, dass ein Kapitalismus, der hinter sein substantielles Glücksversprechen [...] zurückfällt, indem er im historischen Vergleich niedrigere Wachstumsraten und höhere Ungleichheiten reproduziert, dennoch politisch akzeptabel [...] erscheint« (73). Diese Frage muss unbeantwortet bleiben, da Verf. den Neoliberalismus im wesentlichen auf sein theoriepolitisches Programm reduzieren und seine komplexen Artikulationsformen

in einem hegemonialen Projekt vernachlässigen. Die »Praxis« des Neoliberalismus bleibt gegenüber seiner »Theorie« und seinen »Gegnern« unterbelichtet. Die Kritik der neoliberalen politischen Ökonomie ist allerdings außerordentlich überzeugend.

Mario Candeias (Berlin)

**Beck, Ulrich, *Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie*, Suhrkamp, Frankfurt/M 2002 (478 S., br., 20 €)**

In den 1990er Jahren legte Verf. eine Reihe von Studien vor, in denen er im Namen einer freiheitlichen, selbsttätigen und bürgergesellschaftlichen »Zweiten Moderne« zum Sturm auf die vormundschaftlichen Staatsinstitutionen der Ersten aufrief. Seine Stichworte machte sich die neoliberal gewendete »Neue Sozialdemokratie« zu eigen, um ihre Demontage des Sozialstaats als Aufbruch in eine »zivile Bürgergesellschaft« (Gerhard Schröder) zu verkaufen. Nachdem die aktuelle Wirtschaftskrise Becks Theorie als ideologische Illusion entzaubert hat, kehrt er in seiner jetzt publizierten »Skizze der Neuen Kritischen Theorie in kosmopolitischer Absicht« (341) zum klassischen soziologischen Thema Macht und Herrschaft zurück. Mit seiner machiavellistischen Wende will er im Zeitalter der Globalisierung über den Umweg Transnationalität den Vorrang nationalstaatlicher Politik über das entgrenzte Kapital restituieren. Hauptthema der Studie ist also das Verhältnis von Politik und Ökonomie unter der Bedingung von Globalisierung.

Um die Chancen zu erkennen, die Transnationalität dem Nationalstaat eröffnet, müsse – in Umkehrung der 11. Feuerbachthese – das gesellschaftliche Sein mit einem kosmopolitischen »Bewusstsein« (26) betrachtet werden. Dann werde transparent, dass der Globalisierung ein »Zwang zur Großen Politik« (20) inhärent ist, den Verf. als »regelveränderndes Metaspiel der Weltpolitik« (22) begreift. Dessen autonome und konkurrierende Machtsubjekte sind »Staaten, weltwirtschaftliche Akteure sowie die Akteure der globalen Zivilgesellschaft« (21), die mit ihren jeweiligen Machtressourcen und -techniken das neue transnationale Spielfeld konstituieren und das Spiel austragen. Beck untersucht ihre denkbaren logischen (nicht empirischen) Strategien in Gegenwart und Zukunft. Dieser Teil der Untersuchung umfasst immerhin fünf der insgesamt acht Kapitel (II-VII).

Ihr zentrales Axiom ist ein »Macht-Machtspiel« (314) zwischen Ökonomie und Politik. Globalisierung generiere eine »neue Machtrivalität von Staat und Weltwirtschaft« (110), deren Kern darin besteht, dass die grenzenlose Kapitalmobilität die territorial gebundenen Nationalstaaten gegeneinander ausspielt und sie dadurch zur ohnmächtigen Anpassung an die ökonomischen Zwänge verurteilt. Das transformiert den liberalen Staat in einen neoliberalen »Weltmarkt-Staat« (247), der autoritär die Gesellschaft ökonomisiert und die Staats- in Wirtschaftsbürger verwandelt. Zu dem derart skizzierten Ende der Politik gebe es allerdings eine Alternative, sofern die Nationalstaaten einen Teil ihrer Machtressourcen an transnationale Staatlichkeiten wie etwa die EU abtreten. Letztere wären in der Lage, dem Allmachtsanspruch des mobilen Kapitals erfolgreich Grenzen zu setzen und über diesen Umweg den Nationalstaat zu stärken bzw. den Primat der Politik wieder herzustellen. Möglich sei dies aufgrund der Ambivalenzen der Globalisierung. Zwar wickelt die global-kapitalistische Modernisierung die nationalstaatliche Politik ab, aber zugleich schafft sie insbesondere bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren eine »Kultur der Globalität«, deren Kern die »Anerkennung der Andersheit der Anderen« ist (11). Sie bilde den Resonanzboden für den Kosmopolitismus. Diese uralte Idee könne heute als transnationale Politik und Staatlichkeit verwirklicht werden, sofern »Parteien und Regierungen einerseits, globale Zivilgesellschaft und Kapitalfraktionen andererseits« (367) kosmopolitische Bündnisse schließen.

Doch schon Becks zentrales Axiom eines »Macht-Machtspiels« zwischen Ökonomie und Staat erweist sich als verkürzt. Seine Konstruktion autonomer Akteure basiert auf der Hypothese einer »Abkoppelung der Weltwirtschaft von der Politik« (389), die ihrerseits im »Zerfall staatlicher Macht und Autorität« (31) kulminiert. Tatsächlich aber sind, wie er selbst einräumt, »staatliche Politik und Wirtschaft immer schon ineinander verzahnt« (196). Und weil das so ist, impliziert die sukzessive Durchsetzung des »Weltmarkt-Staats« als funktionale Voraussetzung für die neoliberale Politik der Globalisierung auch nicht den Abschied von Politik, wie Verf. meint, sie fußt im Gegenteil auf »Großer Politik« – der Konterrevolution des autoritären Staats. Seine Kritik an letzterem impliziert einen nicht ausgewiesenen normativen Politikbegriff, der neoliberale Politik einfach zur Nicht-Politik erklärt.

Wie wenig dies trifft, erhellt die mit der regelverändernden Globalisierung einhergehende regelverändernde internationale Politik, insbesondere die Ablösung des Völkerrechts durch das Recht des Stärkeren. Da Verf. zufolge die Regelveränderungen aber die Chance für eine kosmopolitische Moderne eröffnen, er sie also prinzipiell bejaht, steht er vor dem Dilemma, seine Utopie von der tatsächlichen imperialistischen Praxis abgrenzen zu müssen. So unterscheidet er etwa zwischen »echtem und unechtem Kosmopolitismus« (42); seine Neue Kritische Theorie definiere den ersteren, nicht aber die symbiotisch verschmolzenen und zur imperialistischen Expansion neigenden ökonomischen und politischen Akteure. Das Äquivalent zu dieser idealistischen Argumentationsfigur bildet seine »Kultur der Globalität«, deren Illusion in ihrer Annahme begründet liegt, politisch-ökonomische Strukturprobleme könnten durch Kulturalismus gelöst werden. Verf. lässt zwar partiell seine bürgergesellschaftlichen Naivitäten aus den 90er Jahren hinter sich (vgl. Argument 246), aber um den Preis, sie romantisch in die unverbindliche Unendlichkeit der Weltpolitik zu projizieren – statt in der Tradition der alten Kritischen Theorie die hiesige Misere der Kritik zu unterziehen.

Volker Stork (Bremen)

**Lordon, Frederic**, »Aktionärsdemokratie« als soziale Utopie? Über das neue Finanzregime und Wirtschaftsdemokratie, VSA, Hamburg 2002 (127 S., br., 12 €)

Lordon sieht Europa an der Schwelle zu einem finanzgetriebenen Akkumulationsregime. Er diskutiert dessen Funktionsweise unter besonderer Berücksichtigung der Pensionsfonds und der Kontrolle der Unternehmen durch institutionelle Anleger. Das Zauberwort der Finanzmärkte sei Liquidität und damit eine Art »finanzielles Wahlrecht« (32), das darin besteht, angelegte Mittel schnellstmöglich wieder abziehen zu können. Auf dieser Basis entfaltet sich die Macht der Aktionäre in Form von Vermögenskonzentration in den Händen institutioneller Anleger. In Frage gestellt wird damit das Modell der Managerherrschaft im Unternehmen, welches für die Nachkriegszeit konstitutiv war (39). In der neu etablierten Hierarchie stehen die Aktionäre an der Spitze, Unternehmen müssen sich ihren Interessen unterordnen. Am Ende der Hierarchie stehen die Lohnabhängigen. Die Durchsetzung verschiedener Shareholder-Value-Konzepte garantiert den Kapitalgebern ein »Mindestaktionärsinkommen« (60), unabhängig von der Unternehmensentwicklung. Die erweiterte Abschöpfung von Profit hat zur Konsequenz, dass der Anteil der Löhne bei Wertsteigerungen rückläufig ist. Zugleich werden unternehmerische Risiken auf die Beschäftigten abgewälzt, indem Teile des Arbeitseinkommens an den Unternehmenserfolg geknüpft werden.

Ähnlich wie Aglietta oder Boyer geht Verf. davon aus, dass sich die Nachfrage der Haushalte zunehmend an der Entwicklung der Aktienkurse ausrichtet. Er betont jedoch die Krisenanfälligkeit dieses Modells und die Gefahr eines Überspringens finanzwirtschaftli-

cher Schocks auf die Realökonomie. Da ein wachsender Anteil der privaten Nachfrage aus Kapitaleinkommen stammt, führen Finanzkrisen zum Rückgang der Haushaltseinkommen und sinkender Konsumnachfrage (75). Die Hauptaufgaben der Wirtschafts- bzw. der Geldpolitik im finanzgetriebenen Akkumulationsregime liegen bei der Regulierung der Wertpapiermärkte und der Verhinderung des Übergreifens von Krisen auf die Realwirtschaft (78). Pensionsfonds sind nicht nur treibende Kräfte einer gewandelten Ökonomie, sondern auch Angelpunkt eines positiv konnotierten Projekts bzw. eines neuen »Kompromisses zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital« (94). Suggestiert wird, dass über die Streuung des Aktienbesitzes eine soziale Kontrolle des Eigentums bzw. ein »Pensionsfondssozialismus« zustande komme (96). Verf. kritisiert diese Vorstellungen, da sie nicht zwischen dem juristischen Eigentum und der tatsächlichen Verfügungsgewalt unterscheiden. Das Verhalten der US-Gewerkschaften, die Teile des Pensionsfondsvermögens verwalten, hat sich eher den Rentabilitätsnormen der Finanzwirtschaft angepasst, als Elemente einer sozialen Kontrolle durchzusetzen. Teil des neuen Projektes ist auch eine Ausdehnung von Belegschaftsaktien, mit der feindliche Übernahmen erschwert und Lohnsenkungen legitimiert werden sollen. Insgesamt betrachtet Verf. die Versuche, die Arbeitnehmer am Aktienbesitz zu beteiligen, als Elemente einer neuen Utopie: der »Aktionärsdemokratie«. Zu ihr tragen etwa die Rede von der »Meinung der Märkte« oder die Stilisierung von Hauptversammlungen zu Orten unmittelbarer Partizipation bei. Alternativ plädiert Lordon für die Konfrontation der Aktionärsgesellschaft mit ihren falschen Hoffnungen. Im Gegenzug müsse von der Linken das Konzept der Wirtschaftsdemokratie wiederbelebt werden (122).

Obwohl Verf. sich an den aktuellen regulationstheoretischen Arbeiten von Aglietta und Boyer orientiert, bleibt er dem neuen Modus finanzgetriebener Akkumulation gegenüber kritisch; er hat seine Krisenanfälligkeit bereits betont, noch bevor der intermittierende Absturz der Kurse einsetzte. Dennoch überschätzt er die Bedeutung der Beteiligung von Lohnabhängigen am Aktienkapital. In den Vereinigten Staaten verfügt zwar etwa die Hälfte der Haushalte über Wertpapierbesitz, fast 90% der Aktien konzentrieren sich jedoch auf das obere Zehntel der Bevölkerung, so dass sich der Effekt auf die Nachfrageentwicklung in Grenzen hält. Entsprechend kann auch eine neue Spaltung der Arbeiterschaft nur schwer auf wachsenden Aktienbesitz zurückgeführt werden. Die vom Verf. unterstellte »Einheitlichkeit ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen« (109) war schon vor Ausbreitung des neuen Finanzregimes Fiktion. Nichtsdestoweniger wird eine pointierte Kritik des neuen Finanzkapitalismus und seiner ökonomischen wie politisch-ideologischen Auswirkungen geliefert.

Martin Beckmann (Marburg)

**Widowitsch, Roland, Gerlinde Breiner, u. Sepp Wall-Strasser (Hg.), *Im Roulette der Finanzmärkte. Alterssicherung in Zeiten des Neoliberalismus*, Promedia, Wien 2002 (206 S., br., 17,90 €)**

Die Wahl zwischen einem angeblich nicht mehr finanzierbaren solidarischen Umlage- und einem vorgeblich sicheren Kapitaldeckungsmodell ist keine Frage ökonomischer Evidenz, sondern eine »stark politisch motivierte Fragestellung« (11). Die Analyse der Problemsituation ergibt, dass das Umlageverfahren keineswegs unfinanzierbar wird. Für ein Kapitaldeckungsverfahren spricht nur, so Huffschmid, dass »europäische Pensionsfonds in international relevanten Dimensionen aufgebaut werden« sollen (39). Attac Austria: »Den Versicherern gelingt es, die Umwandlung eines bisher nicht gewinnorientierten Bereichs in einen Profitsektor als »gemeinnütziges« Unterfangen darzustellen.« (159) Am Ende dieses radikalen Umbruchs des Rentensystems werde die breite Bevölkerung eindeutig als Ver-

lierer dastehen (11), da durch Kapitaldeckung die demographischen Risiken keineswegs verschwinden und das Verfahren weder effizienter noch billiger wird (167).

Weltweit hat ein neoliberaler Umbau der Altersvorsorge und ein Wettlauf um die Vorsorgegelder eingesetzt. Zahlreiche Länderstudien belegen dies. Das »neoliberale Versuchslabor Chile« (9) wurde nicht nur zum Modell für die Rentenversorgung in vielen lateinamerikanischen Ländern, sondern unter dem Druck von Weltbank und IWF auch für viele osteuropäische Staaten, z.B. Ungarn und Polen (vgl. Breiner/Wall-Strasser/Widowitsch 9, Röhrenbacher 73, Unterhinnighofen 98, Weber 111). Müller zeigt auf, dass faktisch »in zahlreichen lateinamerikanischen und osteuropäischen Ländern bereits die vollständige oder teilweise Privatisierung der Alterssicherung durchgesetzt wurde« (117). Die sich darin ausdrückende »neue Rentenorthodoxie« im Sinne des Washington-Konsensus dient in erster Linie der Förderung des Wirtschaftswachstums durch die Herausbildung effizienter Kapitalmärkte, der Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis und von Investitionen – die Alterssicherungsfunktion hingegen wird als zweitrangig betrachtet (122).

Schmitthenner deckt in den Bestrebungen, die Rentenversorgung in Deutschland teilweise zu privatisieren, das Ziel auf, »dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Sozialstaat allein finanzieren«. Der Umbau des Rentensystems »hat Pilotfunktion für die anderen sozialen Sicherungssysteme« (92). Aus der Einschätzung heraus, dass der »totale Markt« inzwischen »mehr oder weniger Realität« ist (14), sprechen sich Schulmeister, Huffschmid und Glötzl (24ff) blauäugig für eine »Erneuerung des Modells der Sozialen Marktwirtschaft« (25) aus. Eine neokeynesianische Politik soll eine »neue Prosperitätsphase« ermöglichen, deren Realisierungsbedingungen werden aber nicht geprüft. Mit einem Bündel von Abfederungsmaßnahmen wie Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, Beitragsumschichtung, Ausschöpfung des Bundeszuschusses im gesetzlichen Rahmen und Finanzierung auf Wertschöpfungsbasis könne das durch den demographischen Wandel entstehende Finanzierungsdefizit ausgeglichen und sogar überkompensiert werden (164).

Hassler und Deml fragen, ob mit ethisch-ökologischen Kapitalanlagen eine Alternative zu schaffen wäre. Sie behaupten, dass sich dadurch langfristig das »Leitbild der nachhaltigen Entwicklung« bei Unternehmen etablieren könne und damit ökonomische, ökologische und soziale Ziele in Einklang gebracht würden (146ff). Sie nähren so aber eher Illusionen. Attac Austria betont hingegen: »Mit ethischen und ökologischen Anlagen werden weder entstehende Verteilungsprobleme gelöst noch Finanzmarktrisiken gemindert.« (178) Wögerbauer versucht, aus der Perspektive eines Fondsmanagers zu erklären, wie AnlegerInnen Gewinne erzielen könnten, was letztendlich im Gesamtzusammenhang deplaziert wirkt. Insgesamt versachlichen die Hinweise auf Gefahren des Kapitaldeckungs- und die Argumente für eine Beibehaltung eines Umlageverfahrens die Diskussion. Über rein defensive Positionen hinaus bedarf es aber eines weitergehenden gegen-hegemonialen Projektes, um die neoliberale Restrukturierung der Gesellschaft zu brechen.

Anneliese Braun (Neuenhagen)

## Verfasser/innen

V: Veröffentlichungen A: Arbeitsgebiete M: Mitgliedschaften

*Balibar, Etienne*, 1942; Emeritierter Prof. für Philosophie an der Univ. Paris Nanterre, Prof. of Humanities an der Univ. Irvine, Kalifornien. V: *Politics and the Other Scene* (2002); *Sind Wir Bürger Europas?* (2003); *L'Europe, l'Amérique, la Guerre. Réflexions sur la médiation européenne* (2003). A: Philosophie

*Barth, Thomas*; freier Journalist, Dipl.-Psychologe, Dipl.-Kriminologe. V: *Soziale Kontrolle in der Informationsgesellschaft* (1997). A: Internetpolitik, Medienpsychologie, Computerkriminalität. M: The European Group for the Study of Deviance and Social Control«

*Beckmann, Martin*, 1977; Dipl.-Politologe, wiss. Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Univ. Marburg. A: Europäische Integration, Internationale Politische Ökonomie

*Belina, Bernd*, 1972; Dipl.-Geograph, Doktorand an der Univ. Bremen. V: *Kriminelle Räume* (2000)

*Bock, Helmut*, 1928; Dr. phil. habil., Prof. em., Rentner. V: *Krieg oder Frieden im Wandel der Geschichte von 1500 bis zur Gegenwart* (Hg., 1989); *Die fatale Alternative. Von Krieg und Frieden* (2002); *Wir haben erst den Anfang gesehen. Selbstdokumentation eines DDR-Historikers 1983 bis 2000* (2002). A: Politik- und Geistesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. M: Leibniz-Sozietät

*Bollinger, Stefan*, 1954; Dr. phil. habil., Politikwissenschaftler, Dozent in der Erwachsenenbildung, Lehrbeauftragter an der FU Berlin. V: *1989 – eine abgebrochene Revolution* (Mithg., 1999); *Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer sozialkulturellen Einrichtungen* (Mithg., 2002); *Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland* (Mithg., 2002). A: Geschichte der DDR, Soziale Bewegungen, Konflikttheorie. M: Helle Panke e.V., Gesellschaftswissenschaftliches Forum, GEW, BdWi, Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS

*Brand, Ulrich*, 1967; Dr. phil., wiss. Assistent am FB Gesellschaftswissenschaften der Univ. Kassel. V: *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* (Mitverf., 2000); *Mythen globaler Umweltpolitik. »Rio plus 10« und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung* (Mithg., 2002); *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes.* (Mithg., 2003). M: Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft im Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

*Braun, Anneliese*, 1933; Prof. Dr. sc. oec. V: *Befindlichkeiten, Meinungen, Konflikte erwerbsloser oder von Erwerbslosigkeit bedrohter Frauen* (1992). A: Arbeitstheorie und Gleichstellung, Arbeitsmarktpolitik

*Candeias, Mario*, 1969; Dipl.-Politologe, Promovend an der FU Berlin, FB Sozialwissenschaften. V: *Die Politische Ökonomie der USA an der Wende zum 21. Jahrhundert* (2000); *Ein neuer Akkumulationstyp?* (Mitverf., 2000). A: Politische Ökonomie, Regulationstheorie, Raum. M: GEW

*Dietrich, Anette*, 1972; Dipl. Pädagogin, Promovendin zu Kolonialrassismus und Antisemitismus in der deutschen Frauenbewegung. V: *Differenz und Identität im Kontext Postkolonialer Theorien* (2000)

- Dölling, Irene*, 1942; Prof. Dr. für Soziologie und Frauenforschung an der Univ. Potsdam. V: *Unsere Haut. Tagebücher von Frauen aus dem Herbst 1990* (1992); *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis* (1996)
- Fülberth, Georg*, 1939; Prof. für Politikwissenschaft in Marburg. A: Arbeitet zusammen mit Jürgen Scheele (Frankfurt/Main) und Malcolm Sylverfs an Band III/29 der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA).
- Füller, Henning*, 1977; Student der Politikwissenschaft an der FU Berlin. A: Kritik der politischen Ökonomie, Ideologietheorie
- Göll, Edgar*, 1957; Dr. disc. soc., Sozialwissenschaftler und Zukunftsforscher. A: Nachhaltige Entwicklung, Globalisierung, Zukunftsforschung. M: ver.di, DFG-VK
- Görg, Cristoph*, 1958; Dr. habil., z.Zt. Vertretungsprof. an der Univ. Kassel. V: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse* (1999); *Zugänge zur Biodiversität* (Mithg., 1999); *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation der Staaten* (Mithg., 2001). A: Politische Ökologie, Staatstheorie
- Hanisch, Marc*, 1976; Student der Geschichte, Politologie und Germanistik an der Univ. Essen. A: Terrorismus, Nahost-Konflikt. M: InkriT
- Haug, Frigga*, 1937; Dr. phil. habil.; Prof. für Soziologie. V: *Frauenpolitiken* (1996); *Lustmölche und Köderfrauen* (Mithg., 1997); *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit* (1999); *Lernverhältnisse* (2003). A: Arbeit, Frauen, Methode, Lernen. M: Berliner Institut für kritische Theorie (InkriT), BdWi, Wissenschaftlicher Beirat von attac
- Haug, Wolfgang Fritz*, 1936; Dr. phil. habil., Prof. für Philosophie. V: *Elemente einer Theorie des Ideologischen* (1993); *Philosophieren mit Brecht und Gramsci* (1996); *Politisch richtig oder Richtig politisch - Linke Politik im transnationalen High-Tech Kapitalismus* (1999); *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* (Hg., 1994ff); *Dreizehn Versuche, marxistisches Denken zu erneuern* (2001). M: Leibniz-Sozietät, Berliner Institut für kritische Theorie (InkriT), BdWi, Wissenschaftlicher Beirat von attac
- Holloway, John*, 1947; Dr., Prof. in Soziologie, Instituto de Ciencias Sociales y Humanidades, Benemérita Universidad Autónoma de Puebla, Mexiko. V: *Global Capital, National State and the Politics of Money* (Mithg., 1995); *Zapatista! Reinventing Revolution in Mexico* (Mithg., 1998); *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen* (2002)
- Jehle, Peter*, 1954; Dr. phil., Lehrer. V: *Werner Krauss und die Romanistik im NS-Staat* (1996); *Gramsci, Gefängnishefte Bd. 9* (Mithg., 1999)
- Jelinek, Elfriede*, 1946; Schriftstellerin. V: *Die Klavierspielerin* (1983), *Lust* (1989), *Gier* (2000). A: Prosa, Theaterstücke
- Kastner, Jens*, 1970; Dr. phil., Lehrbeauftragter an der Uni Münster. V: Politik und Postmoderne. Libertäre Aspekte in der Soziologie Zygmunt Baumanns (2000); *Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus* (Mithg., 2002). A: Kulturosoziologie, Rassismus- und Staatstheorie
- Liguori, Guido*, 1954; Prof. für Geschichte des politischen Denkens der Gegenwart an der Univ. Kalabrien, 2. Vors. der Intern. Gramsci-Gesellschaft/Italien, Chefredakteur von *Critica Marxista*. V: *Gramsci conteso. Storia di un dibattito 1922-1996* (1996); *Autunno caldo. Il secondo biennio rosso 1968-1969* (Interview mit Bruno Trentin, 1999); Hg. der erweiterten Neuauflage von Palmiro Togliattis *Scritti su Gramsci* (2001)

- Marxhausen, Thomas*, 1947; Prof. Dr. sc. phil. V: »Geheimdiplomatie«, »gerechter Lohn«, »Glasnost« (HKWM 5, 2001). A: MEGA-Edition, Mitarbeiter des HKWM
- Mohr, Katrin*, 1973; Dipl. Soziologin, Doktorandin am Graduiertenkolleg »Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells« der Univ. Göttingen. A: Wohlfahrtsstaatsforschung, Soziologie sozialer Ungleichheiten
- Oitinnen, Vesa*; PD, Dozent am Institut für Philosophie an der Univ. Helsinki, Researcher of the Finnish Academy
- Orozco Teresa*, 1959; wiss. Mitarbeiterin am Institut für Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Univ. Frankfurt/M. V: *Platonische Gewalt. Gadamers politische Hermeneutik der NS-Zeit* (1995). A: Politische Philosophie, Rezeptionstheorie, Genderforschung
- Prucha, Milan*, 1931; Prof. für Philosophie und Sozialwissenschaften an der FU Berlin; V: *Marx und die Folgen* (Mithg., 1974). A: Marxistische Philosophie des Menschen
- Stork, Volker*; Dr. phil., Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler in Bremen. V: *Die »Zweite Moderne« – ein Markenartikel? Zur Antiquiertheit und Negativität der Gesellschaftsutopie von Ulrich Beck* (2001)
- Tuider, Elisabeth*, 1973; Dr. phil., wiss. Assistentin an der Univ. Münster. V: *Jenseits der Geschlechtergrenzen. Queer-Studies an der Universität Hamburg* (Mithg., 2001). A: Geschlechter- und Sexualitätsforschung, Queer Theory, Cultural Studies, Migration, Soziale Bewegungen. M: Vorstand der Gesellschaft für Sexualpädagogik, Gender-Net der Univ. Münster
- Tullney, Marco*, 1977; Student. A: Kritik der Politischen Ökonomie, Faschismus und Antifaschismus, Feministische Theorien
- Weber, Thomas*, 1954; M.A., HKWM-Koordinator. V: V: *Destruktive Dialektik. Benjamins Katastrophe* (1999, in *Argument* 230); »Erfahrung«, in: *Opitz/Wizisla* (Hg.), *Benjamins Begriffe*. 2000; »Dialektik der Verfremdung«, in: *Eingreifendes Denken. Festschrift für W.F.Haug*, 2001
- Wittich-Neven, Silke*, 1947; V: *Lustmolche und Köderfrauen* AS 252 (Mitverf., 1997). A: Arbeits-, Sozial- und Zivilrecht, feministisches Recht.
- Wulff, Erich*, 1926; Dr. med., Prof. em. für Sozialpsychiatrie an der Med. Hochschule Hannover. V: *Vietnamesische Lehrjahre* (1968/1972); *Psychiatrie und Klassengesellschaft* (1972); *Eine Reise nach Vietnam* (1979); »Wahnsinn als selbstdurchkreuzte Intentionalität«, *Argument* 197 (1993); *Wahnsinnslogik* (1995)



## Blätter für deutsche und internationale Politik

4/2003

W.Pfaff: Der eigentliche Kern der Irak-Kontroverse

Analysen und Alternativen

A.Hass: Die Katastrophe als Normalität. Palästinensisches Leben im Schatten des Krieges

Gepräch mit M.Brumlik u. C.Leggewie: Schöne neue Welt. Europäische und transatlantische Bruchlinien

E.Pond: Das NATO-Trauerspiel

H.-J.Heintze: Die Kurden im Irakkonflikt

C.Palme: Das Berlusconi-Regime im Lichte des EU-Rechts

A.Baumer: ETA am Ende? Die spanische Offensive im Kampf gegen den Terrorismus

B.Keller: Unkoordinierter Aktivismus. Zur Umsetzung der Hartz-Vorschläge

H.Meier: In der Nachfolge der NSDAP? Das SRP-Verbotsurteil und das Verfahren gegen die NPD

R.Hickel: Wege aus der kommunalen Finanzmisere

48. Jg. 2003

Mitglieder des Herausgeberkreises: N.Birnbaum, M.Brumlik, D.Diner, G.Gaus, J.Habermas, D.Hensche, R.Hickel, J.Huffschmid, W.Jens, R.Kühnl, C.Leggewie, I.Maus, K.Naumann, J.G.Reich, R.Rilling, I.Runge, K.Schönwälder, F.Schorlemmer, G.Stuby, M.Veit, R.Will – Redaktion: K.D.Bredthauer, M.Reeh, M.Zetzmann – Einzelheft 9,50 € inkl. Porto, Jahresabo 70,80/erm. 54,60 € – Blätter Verlagsgesellschaft mbH Postfach 2831, 53018 Bonn, e-mail: blaetter@t-online.de – www.blaetter.de

## Freiburger FrauenStudien

12

D.Kimmich: Kultur statt Frauen? Zum Verhältnis von Gender Studies und Kulturwissenschaften

F.Hassauer: Die Matrix des Wissens: Autorität und Geschlecht

N.Degele: Anpassen oder unterminieren? Zum Verhältnis von Gender Mainstreaming und Gender Studies

C.Klinger: Inklusion und Exklusion – Das Konzept Mensch zwischen Universalitätsanspruch und Ausschluss-Strategien

H.Kotthoff: Was heißt eigentlich doing gender? Differenzierungen im Feld von Interaktion und Geschlecht

C.Genschel: Queer Meets Trans Studies: Über den problematischen Stellenwert geschlechtlicher Transgressionen in Queer Theorie

F.Schlößler: Gender Studies in der Literaturwissenschaft

R.Badry: Gender-Studien in der Islamwissenschaft

Herausgeber: M.Penk Witt. – Redaktion: R.Brand, R.Giuliani, M.Grimmig, C.Harms, A.Ingelfinger, G.Lenz, M.Mangelsdorf, B.Mundt, M.Penk Witt, T.-K.Pusse, F.Schlößler, E.Vogel. – Wissenschaftliche Leitung: N.Degele, J.Jurt, E.Manske. – Redaktionsadresse: Bellfortsstr. 20, 79098 Freiburg, Tel. 0761/203-8846, Fax 0761/203-8876, frauenst@mail.uni-freiburg.de.



268

*Politik und Ökonomie*

Collectivo Situaciones: Argentinien: Orte der Hoffnung

S.R.Voltaire: Bolivien: Rassismus an der Schmerzgrenze

*Irakkrieg*

Interview mit M.Brumlik: »Dieser Krieg ist die Büchse der Pandora«

T.Binger: Risse im Empire. Die neue Weltordnung und der Irakkrieg

B.Schmid: Machtpoker unter Zockern. Frankreichs Irakpolitik beruht auf Konkurrenz zu den USA

A.Bank: Gefangen in Netzwerken. Strukturelle Hürden für eine politische Transformation im Irak

*Mittlerer Osten – Stabilität und Dissens*

J.Schulz: Die arabische Welt zwischen Dissidenz und Anpassung

H.Wettig: Im Libanon entsteht eine neue Linke

E.Said: Nationale Unabhängigkeit statt Besatzung!

V.Raheb, K.Al-Maaly: Vergesst (nicht) Palästina

J.Müller: Wes Geistes Kind? Arabischer Nationalismus im Mittleren Osten

W.Wahdathagh: Das Scheitern des Khomeinismus. Im Iran zeichnet sich die Trennung von Religion und Politik ab

*Kultur und Debatte*

W.Strothenke: Literatur: Revolution im Lebenslauf

Interview mit C.Spivak: Postkolonialismus

J.Hirsch: Eine Theologie der Befreiung? Zu Holloway

Herausgeber: Aktion Dritte Welt e.V. – Jährlich 8 Hefte, Einzelheft 4 €, Jahresabo 32 € (erm. 26 €). – Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 79020 Freiburg i.Br. Redaktion: M.Backes, U.Bergmann, J.Erbach, T.Goethe, S.Günther, M.Hoffmann, G.Lutz, O.Meineck, J.Müller, U.Nickel, C.Neven-du-Mont, C.Parsdorfer, W.Rust, S.Schülein, A.Schwendemann, C.Seidler, J.Später, W.Stadler, C.Stock, S.Weber, H.Wegmann – www.iz3w.org

**PROKLA** Zeitschrift  
für kritische Sozialwissenschaft

130

*Gewerkschaften: Zur Sonne, zur Freiheit?*

S.Hürtgen: »Gestaltung des Anpassungsdrucks«, »Rückkehr zu bewährter Gewerkschaftspolitik« oder »Kampf um soziale Transformation«? Gewerkschaftliche Positionen zur Globalisierung in Deutschland und Frankreich

B.Schmid: SUD und Solidaires: Linksalternative Basisgewerkschaften in Frankreich

R.Zelik: Gewerkschaftsterben in Kolumbien. Über den Zusammenhang von neoliberaler Deregulierung, staatlicher Politik und Paramilitarismus

C.Vellay: Brasilianische Gewerkschaften im Aufwind?

B.Lüthje, C.Scherrer: Rassismus, Immigration und Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten

S.van Diyck: Im Konsens aus der Krise? Die Rolle von Gewerkschaften in »Erfolgspartnerschaften« am Beispiel des niederländischen Poldermodells

W.Schroeder: Die Transformation einer bundesdeutschen Basisinstitution – oder: warum Bob Dylan Recht hatte ... Eine Replik auf Michael Wendls konservative Verteilung des Flächentarifvertrags in PROKLA 129

A.Bühl: Die Habermas-Foucault-Debatte neu gelesen: Missverständnis, Diffamierung oder Abgrenzung gegen Rechts?

32. Jg. 2003

Herausgeber: Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. – Redaktion: E.Altvaier, M.Heinrich, H.Herr, B.Mahnkopf, K.Müller, S.Nuss, P.Schaper-Rinkel, D.Schmidt – Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 10,20 €, Jahresabo 8,20 € zzgl. Porto. – Redaktionsanschrift: Postfach 100529, 10565 Berlin. – Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstraße 26a, 48145 Münster

# Sozialismus

# spw

Zeitschrift für Sozialistische  
Politik und Wirtschaft

4 / 2003

2/2003

## *Kriegzeiten*

Redaktion Sozialismus: Krieg & Krise

U.Cremer: Nicht die ganze Breite des Widerstands ausgeschöpft

D.Hirschel: Politische Ökonomie des Irak-Krieges

J.Bischoff: US-Hegemonie und Irak-Krieg

## *Krisenzeiten*

Agenda 2010: Elemente des Projekts, Kritikpunkte der bürgerlichen Parteien sowie der Gewerkschaften und sozialistischen Linken

I.Schmidt: Soziale Zerstörung ohne Widerstand?

D.Müller: Eine alternative Rentenpolitik ist möglich

K.Stein: Deutschland am Hindukusch verteidigen und erwogene Ausnahmen vom Folterverbot

J.Bischoff: Die PDS und die neoliberale Diktatur

## *Forum Gewerkschaften*

R.Detje, D.Knauss: Mut zur Veränderung?

T.Backmeister, U.Mayer, W.Trittin: Zur Novelisierung des Kündigungsschutzgesetzes

B.Sander: Die französischen Gewerkschaften: Zersplittert und vor neuen Fragen

## *Internationales*

W.Brassloff: New Labour innen- und außenpolitisch unter Druck

H.Onur: Das türkische Dilemma

B.Müller: Palästina – Zwei Jahre Intifada

J.P.Neelsen: Intellektuelles Eigentum – Herrschaft und Aneignung als universales Recht

## *Suplement*

J.Leibiger: Die Linke und das Wirtschaftswachstum

30. Jg. 2003

Herausgeber: T.Bergmann, H.Bierbaum, J.Bischoff, K.Bullan, H.Conert, F.Deppe, O.König, S.Stamm, M.Wendl, A.Zieher u. Sost e.V. – Redaktion: J.Bischoff, R.Detje, C.Lieber, B.Müller, B.Sander – Erscheint 11mal jährlich, Einzelheft 6,20 €, Jahresabo 62 € zzgl. Porto, ermäß. 44 € – Redaktionsanschrift: Postfach 106127, 20042 Hamburg. – St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg – www.sozialismus.de

A.Heise: Das sozialdemokratische »Markenprofil« schärfen

A.Nahles: Gerhard Schröder und der Herrscher der Molosser: Pyrrhus

B.Böhning, F.Welti: Sinnloser Sozialabbau – Menschenopfer statt ökonomischer Aufklärung

J.Karasch: Hartz – Gewinner und Verlierer

L.Jeschke: attac – Der Ratschlag

U.Zachert: Mehr Beschäftigung durch weniger Kündigungsschutz?

## *Berufsorientierung*

A.Hall: Qualifikationsentwicklung in einer sich wandelnden Arbeitswelt

T.Breuer: Ist das deutsche System das Ideal? Berufsausbildung und -orientierung im internationalen Vergleich

U.Banscherus, B.Böhning, T.Gombert: Berufsorientierung und sozialer Umbau als sozialistisches Reformkonzept

## *Internationale Politik*

E.Göll: »McWar« – US-Imperium made by BUSH

R.Mützenich: Irak Konflikt und US-Strategie

Hg.: H.Albrecht, E.Bulmann, K.Benz-Overhage, K.Fuchs, C.Hannewinkel, U.Kremer, D.v.Larcher, S.Möbbeck, P.v.Oertzen, H.Peter, S.Skarpelis-Sperk, T.Westphal. – Redaktion: U.Biermann, S.Gerszewski, B.König, D.Meyer, R.Rünker, R.Schäuff, C.Walther, F.Wilhelmy. – Erscheint mit sechs Heften im Jahr. Jahresabo 34 €, mit Bankeinzug 32 €, im Ausland 37 €, Einzelheft 5,50 €. – Redaktion und Verlag: Postfach 12 03 33, 22293 Dortmund

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

149

D.Wittich: Thomas S.Kuhn und der Marxismus

*Krieg & Frieden*

L.Schröter: Streitkräfte gegen Terroristen?

W.Triebel: Militärseelsorge in der Bundeswehr

*Bildung, Wissenschaft & Politik*

D.Kirchhöfer: Neue Lernkultur – Realprozess oder ideologische Konstruktion?

S.Bollinger: Ohne ostdeutsche Sozialwissenschaftler keine ost- oder gesamtdeutsche Zivilgesellschaft

*Programmdiskussion der PDS*

H.Dietzel: Wohin geht die PDS? Zur Richtungsdiskussion in der Partei

R.Claus: Was wollen die Reformer?

150

M.Schirdewan: Zwischen Macht und Anarchie

*Gesellschaft: Analysen & Alternativen*

W.Adolphi: Die steckengebliebene Öffnung. Das Schicksal des »Forum 2000plus!« der PDS

D.Wittich: Hannibal ante portas. Der Krieg der USA und die Weltöffentlichkeit

U.Busch: Der Reichtum wächst, aber nicht für alle

*Arbeiterbewegung & Geschichte*

J.Schütrumpf: Unabgeholtenes. Politikverständnis bei Paul Levi

U.Plener: Sozialdemokraten und andere Linke: Immer noch feindliche Brüder?

*Alternative Wirtschaftstheorie*

A.Hopfmann: Entwicklung, Gerechtigkeit und Weltmarkt – für und wider das Theorem vom ungleichen Tausch

Herausgeber: Förderverein Konkrete Utopien e. V. unter Vorsitz von G.Kohlmeier und H.Steiner. – Redaktion: Wolfram Adolphi, Arndt Hopfmann, Marion Kunze, Ulla Plener, Arnold Schölzel, Jörn Schütrumpf. – Einzelheft 6 €; Jahresabo im Inland 57 € incl. Versand, im Ausland 75 €. – Redaktionsadresse: Weydingerstraße 14-16, 10718 Berlin

# WIDERSPRUCH

Beiträge zur  
sozialistischen Politik

43

K.Dräger: Das Scheitern des Mitte-Links-Projekts in Europa

J.Steinhilber: Nach der Niederlage der französischen Linken. Chancen für die globalisierungskritische Bewegung

M.Wendl: Halbierung der Arbeitslosigkeit? Rotgrün und die Hartz-Kommission in Deutschland

W.Eberle, H.Schäppl: Flexibilisierungspakt oder Sozialismus. Politische Perspektiven der Linken

K.Dörre: Neubildung von gesellschaftlichen Klassen. Zur Aktualität des Klassenbegriffs

W.F.Haug: Arbeit, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse. Oskar Negts »Arbeit und menschliche Würde«

J.Holloway: Wie Macht überwinden? Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen

Y.Kramer: Jenseits von Kapital und Staat? Globalisierungskritische Mobilisierungen und Kampagnen

F.O.Wolf: Empire und die Linke. Zur Debatte über »Empire« von M.Hardt und A.Negri

*Diskussion*

T.Soiland: Mit Foucault gegen Gender. Eine machttheoretische Kritik am Paradigma des sozialen Konstrukts

N.Klein: Gerechtigkeit und Befreiung. Von der fortdauernden Notwendigkeit der Befreiungstheologie

H.Baumann: EU-Erweiterung ohne soziale Dimension? Zur Gefahr einer Amerikanisierung der Sozial- und Arbeitsbeziehungen

Herausgeber und Redaktion: R.Amsler, H.Aubert, P.Franzen, R.Graf, S.Howald, W.Schöni, U.Sekinger, E.Tomporde Schöni, P.Ziltener. – Ersch. halbjährlich, Einzelheft 25 Fr./16 €; Jahresabo 40 Fr./27 € zzgl. Versand. – Redaktionsadresse: Postfach, CH-8026 Zürich. – Redaktionssitz: c/o Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Quellenstraße 25, CH-8005 Zürich

## Summaries

### **Wolfgang Fritz Haug: Hegemonic Unilateralism? Thinking the split of the West through the lense of Gramsci's concept of hegemony**

Just at the historical moment as the US-administration, by its unilateral decision to go to war, ceased to treat its allies as allies and thus turned away from the paradigm of hegemony, the category of hegemony made its appearance in the international debate. But differently from its meaning in both the first Russian Revolution of 1905 and in Greek antiquity, the term is not used any more for describing the primacy of leadership over domination but rather its opposite, an imperial politics based on military hyperpower. Starting from a reconstruction of Gramsci's key concept of hegemony, the author demonstrates that the criticism of US-hegemony is driven by a desire for returning to a politics that corresponds to the Gramscian paradigm of hegemony. Hegemony in this sense is always multilateral, and Habermas' term of a »hegemonic unilateralism« is as self-contradictory as »wooden iron«. US-unilateralism has engendered an international dyshegemony, and the split of the West is more than mere appearance. Contrary to Perry Anderson's prediction, the »Widows of Clinton«, who criticize the administrations' abandoning of hegemonic politics, have not just gone over to the side of the victors. Haug interprets the split of the West as a fighting over two different concepts of »Empire«. Transversally to this opposition, the global movement for an alternative to neoliberal High-Tech-Capitalism has developed some elements of a counter-hegemony.

### **Etienne Balibar: Europe: Vanishing Mediator**

Europe and European intellectuals increasingly have to cope with calls from all over the world, especially from the USA, asking them to play a certain world-political role. While the one side wants Europe to accept a power-based American hegemony, the other suggests a check and balance function or an activity of translation between the Occidental and Oriental civilisations. Reacting to the weaknesses and inconsistencies of these calls, the text tries to develop the scheme of an anti-strategic European politics of power which might lead to the vanishing of its very actor. Europe will only be able to play the role of a mediator between the given world order and a less violent, less centralised new one if it integrates its other – as it may do in the case of Turkey – and thereby abandons its traditional identity.

### **Ulrich Brand, Cristoph Görg: Another World Social Forum is possible**

At least at a symbolic level the 3rd World Social Forum 2003 in Porto Alegre was a great success. Even from the view of its counterpart, the World Economic Forum in Davos, it is now acknowledged as an important expression of the search for alternatives considering the emerging crises of neoliberal globalisation. But it is exactly this symbolic success that could endanger its function to give room for the exchange of different experiences of social movements all over the world. The article discusses strengths and problems of this meeting and examines the possible role of the WSF in the global social movements.

**John Holloway: The Printing House of Hell. An Answer to Joachim Hirsch**

The negative, corrosive, infernal movement of theory is at the same time the theoretical emancipation of human doing. The negative, corrosive, infernal movement of revolutionary practice is at the same time the construction of an alternative world. There is no middle term. That is what Joachim Hirsch (and many other Marxist theorists) have not grasped.

**Helmut Bock: Mary Kaldor on the »new wars«**

The author discusses Mary Kaldor's concept of a new type of war after the end of the Cold War. This new type cannot be equated to the »modern« wars between national states nor to the »total« wars of the 20th Century. Aims, Means and Economy of the new wars are examined.

**Teresa Orozco: Constructions of Maleness in the reception of Carl Schmitt**

This article studies the current reception of Carl Schmitt with respect to the debate about the neoliberal transformation of the state in times of war. It is analyzed how themes from Schmitt's work are read after September 11. The guiding question is not which aspects of Schmitt's thought influence particular authors, but how constellations of crisis and conflict are translated in a way that favours Schmitt's solutions.

**Frigga Haug: In the Spell of the Polis. An Effort, to probe into the Fascination that Hannah Arendt has for the Left and for Feminists**

Outlining the architecture of Arendt's thinking, Frigga Haug reconstructs her main concepts and connects them with current problematics in politics and discussions. She then focuses on Arendt's reinterpretation of Rosa Luxemburg and Bertolt Brecht which aims at their depoliticization. Looking at various feminist receptions, Haug discovers a widespread arbitrariness that allows for an astonishing allegiance of modern feminism with Arendt.

**Thomas Weber: »The most peculiar Marxist«? On Hannah Arendt's portrait of Walter Benjamin**

The article shows how Arendt treats Benjamin's Marxism: his intervening thought is turned into mere contemplation, the revolutionary is dissolved into the elitist figures of the »flaneur« and the »collector«, and a Heideggerean recovery of greek antiquity replaces the remembrance of the tradition of the oppressed.

Gresh, Alain, <i>Israel-Palästina. Die Hintergründe eines unendlichen Konfliktes</i> (Marc Hanisch) .....	322
Sauermann, Ekkehard, <i>Neue Welt Kriegs Ordnung. Die Polarisierung nach dem 11. September 2001</i> (Stefan Bollinger) .....	322
Butterwegge, Cristoph, Janine Cremer, Alexander Häusler u.a., <i>Themen der Rechten -- Themen der Mitte. Diskurse um deutsche Identität, Leitkultur und Nationalstolz</i> (Henning Füller) .....	323
Albert, Michael, <i>The Trajectory of Change. Activist Strategies for Social Transformation</i> (Edgar Göll) .....	324
Meyer, Malte, <i>Neuanfang in der Defensive. US-Gewerkschaften unter Handlungsdruck</i> (Edgar Göll) .....	325

## Ökonomie

Schui, Herbert, und Stephanie Blankenburg, <i>Neoliberalismus. Theorie, Gegner, Praxis</i> (Mario Candeias) .....	326
Beck, Ulrich: <i>Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie</i> (Volker Stork) .....	328
Lordon, Frederic: <i>»Aktionärsdemokratie« als soziale Utopie? Über das neue Finanzregime und Wirtschaftsdemokratie</i> (Martin Beckmann) ..	329
Widowitsch, Roland, Gerlinde Breiner, und Sepp Wall-Strasser (Hg.): <i>Im Roulette der Finanzmärkte. Alterssicherung in Zeiten des Neoliberalismus</i> (Anneliese Braun) .....	330

**Buchhandlungen, die das Argument-Verlagsprogramm führen**

Augsburg	Probuch, Gögginger Straße 34 (0821/579173)
Berlin	Argument-Buchladen, Reichenberger Straße 150 (030/611 39 83) Schleichers Buchladen, Königin-Luise-Straße 40/41 (030/841902-0) Schwarze Risse, Mehringhof - Gneisenaustraße 2a (030/6928779)
Bielefeld	Eulenspiegel Buchladen, Hagenbruchstraße 7 (0521/175049)
Bremen	Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60 (0421/785 28)
Düsseldorf	BiBaBuZe, Aachener Straße 1 (0211/34 00 60)
Essen	Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8 (0201/820700)
Esslingen	Provinzbuch, Küferstraße 26 (0711/352738)
Frankfurt/M	Unibuch, Jügelstraße 1 (069/775082) Karl Marx Buchhandlung, Jordanstraße 11 (069/778807)
Freiburg	Jos Fritz, Wilhelmstraße 15 (0761/26877)
Göttingen	Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7 (0551/42128)
Hamburg	Heinrich Heine Buchhandlung, Schlüterstraße 1 (040/441133-0)
Hannover	Annabee, Gerberstraße 6 (0511/1318139)
Heidelberg	Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 65 (06221/26036)
Hildesheim	Amei's Buchecke, Goschenstraße 31 (05121/34441)
Kassel	ABC Buchladen GmbH, Goethestraße 77 (0561/777704)
Kiel	Zapata Buchladen GmbH, Jungfernstieg 27 (0431/93639)
Köln	Der Andere Buchladen, Zülpicher Straße 197 (0221/416325)
Konstanz	Buchladen zur Schwarzen Geiss, Am Obermarkt 12 (07531/15433)
Mainz	Cardabela, Frauenlobstraße 40 (06131/614174)
Marburg	Roter Stern GmbH, Am Grün 28-30 (06421/24786-87)
München	Basis-Buchhandlung, Adalbertstraße 41b-43 (089/2723828)
Münster	Buchhandlung Rosta, Aegidiistraße 12 (0251/44926)
Neckartenzlingen	Buch Weiss, Hauptstraße 4, (07127/21328)
Nürnberg	Buchhandlung Libresso, Bauerngasse 14 (0911/225036)
Oldenburg	Buchhandlung Carl v. Ossietzky, Markt 24 (0441/13949)
Reutlingen	Jakob Fetzer, Georgenstraße 26 (07121/239080)
Schweiz	Basel Buchlade, Theaterpassage Theaterstraße 7 061/2718404 Bern Buchhandlung Candinas, Münstergasse 41 (031/3121285)
Österreich	Innsbruck Buchhandlung Parnass, Marktgraben 17 (0512/571212) Wien Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstraße 18 (0222/4063221)

**Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen**

Augsburg	Frauenbuchhandlung Elisara, Schmiedgasse 11 (0821/154303)
Bochum	Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstraße 12 (0234/683194)
Bremen	Hagazussa, Friesenstraße 12 (0421/74140)
Düsseldorf	Frauenbuchladen, Becherstraße 2 (0211/4644050)
Göttingen	Laura GmbH, Burgstraße 21 (0551/47317)
Hamburg	Frauenbuchladen, Bismarckstraße 98 (040/4204748)
Kassel	Frauenbuchladen Aradia e.V., Pestalozzistraße 9 (0561/17210)
Köln	Rhiannon, Moltkestraße 66 (0221/523120)
Leipzig	Frauenbuchladen Tian, Könnerritzstraße 92 (0341/4797475)
Mannheim	Frauenbuchladen Xanthippe, T3, 4 (0621/21663)
München	Lillemor's Frauenbuchladen, Barerstraße 70 (089/2721205)
Nürnberg	Frauenbuchladen, Innerer Kleinreutherweg 28 (0911/352403)
Tübingen	Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2 (07071/26590)
Schweiz	Zürich Frauenbuchladen, Gerechtigkeitsgasse 6 (01/2026274)
Österreich	Wien Frauenzimmer, Lange Gasse 11 (0222/4068678)